

Stenographischer Bericht

16. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 23. Oktober 2001

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Landeshauptmann Waltraud Klasnic, Abg. Stöhrmann.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen.
2. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 500/1, betreffend Wirtschaftsbericht 2000.
Berichterstatter: Abg. Kasic.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 3.
Beschlussfassung.
3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 482/1, betreffend den Förderungskatalog 2000.
Berichterstatter: Abg. Bittmann.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3: Abg. Kasic (938), Abg. Prattes (939), Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Schrittwieser, Abg. Wiedner, Abg. Bittmann, Abg. Mag. Zitz, Abg. Wiedner, Abg. Gennaro, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek, Abg. Hagenauer, Landesrat Dörflinger.
Beschlussfassung.
4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 517/1, Beilage Nr. 70, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Straßberger.
Beschlussfassung.
5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 516/1, betreffend die Genehmigung des Verkaufs des 1,0391-prozentigen Anteiles des Landes Steiermark an der Zellstoff Pöls AG.
Berichterstatter: Abg. Bittmann.
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 165/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann, Graf und Dietrich, betreffend Installierung eines Bildungskontos.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Redner: Abg. Dr. Bleckmann, Abg. Mag. Koller, Abg. Mag. Lackner, Abg. Lechner-Sonnek.
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 91/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich, Ferstl, Graf, List und Wiedner, betreffend Zweckbindung von Mitteln der Pendlerpauschale.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Redner: Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 522/1, betreffend die Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001 (siebenter Bericht für das Rechnungsjahr 2001).
Berichterstatterin: Abg. Mag. Koller.
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 507/1, betreffend den Umweltschutzbericht 2000.
Berichterstatter: Abg. Gödl.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 10.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 501/1, Beilage Nr. 66, Gesetz, mit dem das Gesetz über Einrichtungen zum Schutze der Umwelt geändert wird.
Berichterstatter: Abg. Gödl.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10: Abg. Gödl, Abg. Mag. Zitz, Abg. Halper, Abg. Dietrich, Abg. Präsident Ing. Kinsky, Abg. Kaufmann, Abg. Dipl.-Ing. Wöhr, Abg. Böhmer, Landesrat Pörtl.
Beschlussfassung (976).

11. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz, Einl.-Zahl 146/5, betreffend die Bewilligung von Antennentrasmastenanlagen im Naturschutzgesetz zum Antrag, Einl.-Zahl 146/1.
Berichterstatte(r)in: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Gödl, Abg. Dr. Bleckmann (978), Abg. Mag. Zitz, Abg. Wiedner).
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 131/1, der Abgeordneten Kaufmann, Schrittwieser, Halper und Stöhrmann, betreffend den Ausverkauf von Wald und Wasser durch Veräußerung von Flächen der Österreichischen Bundesforste AG.
Berichterstatte(r)in: Abg. Kaufmann.
Redner: Abg. Kaufmann, Abg. Dietrich, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Präsident Ing. Kinsky), Abg. Hagenauer, Landesrat Pötl.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 66/1, der Abgeordneten Kaufmann, Halper, Stöhrmann und Detlef Gruber, betreffend die Setzung von wirksamen Maßnahmen zum Schutz der VerbraucherInnen vor BSE beziehungsweise der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJK).
Berichterstatte(r)in: Abg. Kaufmann.
Redner: Abg. Riebenbauer, Abg. Kaufmann.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 494/1, betreffend den Verkauf des im Eigentum des Landes stehenden Grundstückes Nr. 635/2, EZ. 1, KG. Muggenau, laut Teilungsausweis des Dipl.-Ing. Dieter Irgang im Ausmaß von 4850 Quadratmeter mit dem darauf befindlichen Kapplhof an die Gemeinde Heimschuh für Betriebsansiedlungszwecke zum Kaufpreis vom 2,100.000 Schilling.
Berichterstatte(r): Abg. Dimberger.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 471/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Änderung des Schulpflichtgesetzes.
Berichterstatte(r)in: Abg. Graf.
Redner: Abg. Detlef Gruber.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 481/1, Beilage Nr. 59, Landesverfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird.
Berichterstatte(r): Abg. Mag. Drexler.
Rednerin: Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 230/2, betreffend die Genehmigung einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark zur Sicherung der Patientenrechte (Patientencharta).
Berichterstatte(r): Abg. Mag. Drexler.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 18.
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 511/1, betreffend den Abschluss einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 2001 bis 2004.
Berichterstatte(r): Abg. Hammerl.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 17 und 18: Abg. Dietrich, Abg. Lechner-Sonnek, Landesrat Dörflinger.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 484/1, betreffend einen Vorschlag für eine Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über die Harmonisierung bautechnischer Vorschriften.
Berichterstatte(r): Abg. Dipl.-Ing. Wöhry.
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 499/1, betreffend den zweiten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration.
Berichterstatte(r): Abg. Majcen (1002).
Redner: Abg. Majcen (1003).
Beschlussfassung (1003).
21. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 488/1, Beilage Nr. 60, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Prostitutionsgesetz, das Steiermärkische Veranstaltungsgesetz, das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisator- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens, das Steiermärkische Sammlungsgesetz, das Gesetz, betreffend die Anstandsverletzung, Lärmerregung und Ehrenkränkung geändert werden.
Berichterstatte(r): Abg. Bittmann.
Beschlussfassung.

22. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 521/1, zum Beschluss des Steiermärkischen Landtages betreffend Durchforstung des Landesrechtes auf behindertendiskriminierende Bestimmungen.
Berichterstatterin: Abg. Beutl.
Redner: Abg. Wicher, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Gross.
Beschlussfassung.
23. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit, Einl.-Zahl 590/1, betreffend Novellierung der Richtlinien für die Gewährung von Bedarfszuweisungsmitteln an Gemeinden zu den Anträgen, Einl.-Zahl 18/1, Einl.-Zahl 26/1 und Einl.-Zahl 151/1.
Berichterstatter: Abg. Lafer.
Redner: Abg. Lafer, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Dirnberger, Abg. Schleich, Abg. Lechner-Sonnek.
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 591/1, betreffend stichprobenweise Überprüfung der Projektentwicklung (Bedarfsplanungsphase bis Ausführungsphase) des Neubaus der Bezirkshauptmannschaft in Murau.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Redner: Abg. Bacher, Abg. Margarethe Gruber.
Beschlussfassung.
25. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 469/1, der Abgeordneten Schleich und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Novellierung der Kehrordnung 2000.
Berichterstatter: Abg. Schleich.
Redner: Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
26. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 474/1, der Abgeordneten Lafer und Ferstl, betreffend Bau einer Landesakademie für die musizierende Jugend in Sankt Stefan ob Stainz.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Redner: Abg. Tasch, Abg. Ferstl, Abg. Schrittwieser, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.
Beschlussfassung.
27. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 84/1, der Abgeordneten Gennaro und Böhmer, betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit der Arbeitsförderung (Fahrgemeinschaften).
Berichterstatter: Abg. Detlef Gruber.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 38.
Beschlussfassung.
28. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 255/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Wöhry, Tasch und Straßberger, betreffend Bahninfrastruktur in der Obersteiermark.
Berichterstatter: Abg. Dipl.-Ing. Wöhry.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 38.
Beschlussfassung.
29. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 83/1, der Abgeordneten Kröpfl und Kollegger, betreffend den Ausbau des Koralmbahntunnels für Zivilschutzmaßnahmen.
Berichterstatter: Abg. Kollegger.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 38.
Beschlussfassung.
30. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 504/1, betreffend Steiermärkische Landesbahnen (StLB); Bahnstrecke Weiz–Oberfeistritz (Anger–Birkfeld); Übertragung der im Gemeindegebiet Birkfeld gelegenen Grundstücke des als öffentliche Eisenbahn eingestellten Streckenteiles Oberfeistritz–Birkfeld an die Feistritzalbahn Betriebs-GesmbH. zum symbolischen Betrag von ATS 1 (ein Schilling). Einräumung eines Vorkaufsrechtes für den Landring Weiz.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 38.
Beschlussfassung.
31. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 498/1, betreffend die Auflassung der L 246, Lichendorfer Straße, von Kilo-meter 0,000 bis Kilometer 0,884 in einer Länge von 884 Meter.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 38.
Beschlussfassung.
32. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 194/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Stöhrmann, betreffend Sanierung und Neutrassierung der L 131, Brunnalmstraße.
Berichterstatter: Abg. Detlef Gruber .
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 38.
Beschlussfassung.

33. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 195/1, der Abgeordneten Böhmer und Schleich, betreffend Straßenbauvorhaben in der Region der Gemeinde Lafnitz, Bezirk Hartberg.
Berichterstatter: Abg. Kollegger.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 38.
Beschlussfassung.
34. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 266/1, der Abgeordneten Kröpfl und Detlef Gruber, betreffend Verbesserungen an der L 303.
Berichterstatter: Abg. Kröpfl.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 38.
Beschlussfassung.
35. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 267/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Stöhrmann, betreffend den Ausbau der Landesstraße 114, Schanzsattelstraße.
Berichterstatter: Abg. Prattes.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 38.
Beschlussfassung.
36. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 294/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Stöhrmann, betreffend Sanierungen der S 6, Semmeringschnellstraße und der L 117, Pfaffensattelstraße.
Berichterstatter: Abg. Kollegger.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 38.
Beschlussfassung.
37. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 347/1, der Abgeordneten Kröpfl, Detlef Gruber und Kollegger, betreffend den Ausbau der „Schweizerhöhe“ der B 76, Radlpassbundesstraße im Ortsgebiet der Gemeinde Frauental.
Berichterstatter: Abg. Kröpfl.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 38.
Beschlussfassung.
38. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 265/1, der Abgeordneten Kröpfl und Detlef Gruber, betreffend Ausbau der Straßenverbindungen im Bezirk Deutschlandsberg.
Berichterstatter: Abg. Kröpfl (1019).
Redner zu den Tagesordnungspunkten 27 bis 38: Abg. Prattes, Abg. Ober, Abg. Hagenauer, Abg. Wiedner, Abg. Kröpfl, Abg. Böhmer, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.
Beschlussfassung.
39. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 483/1, betreffend den Bericht der Patientenombudsfrau über das Geschäftsjahr 2000.
Berichterstatter: Abg. Mag. Erlitz .
Redner: Abg. Mag. Erlitz, Abg. Lechner-Sonnek, Landesrat Dörflinger, Abg. Mag. Drexler, Abg. Lechner-Sonnek, Landesrat Dörflinger, Landesrat Schützenhöfer, Abg. Gennaro, Abg. Lechner-Sonnek.
Beschlussfassung.
40. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 495/1, Beilage Nr. 65, Gesetz über die Fortführung des Fonds zur leistungsorientierten Finanzierung steirischer Krankenanstalten (Steiermärkisches Krankenanstalten-Finanzierungsfondsgesetz-SKAFF-Gesetz 2001).
Berichterstatter: Abg. Mag. Erlitz.
Beschlussfassung.
41. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 497/1, betreffend Abverkauf der Liegenschaftsfläche samt Wohnobjekt „Pfortnerhaus“ Nr. 1921/2 und .596, EZ. 313, GB. 67511 Rottenmann an Josef und Maria Frewein, 8786 Rottenmann, Boder 82.
Berichterstatterin: Abg. Margarethe Gruber.
Beschlussfassung.
42. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 207/3, zum Beschluss Nr. 115 des Steiermärkischen Landtages vom 3. April 2001, betreffend die Anerkennung ausgebildeter Kindergärtnerinnen als Kinderbetreuerinnen beziehungsweise Tagesmütter.
Berichterstatterin: Abg. Halper.
Beschlussfassung .
43. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 289/2, zum Beschluss Nr. 110 des Steiermärkischen Landtages vom 3. April 2001, betreffend die Beibehaltung der bisherigen Öffnungszeiten.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Abg. Gennaro.
Beschlussfassung.

44. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 508/1, betreffend Tourismusbericht 2000.
Berichterstatter: Abg. Tasch.
Redner: Abg. Tasch, Abg. List, Abg. Gennaro, Abg. Tschernko, Abg. Böhmer, Abg. Rieser, Abg. Margarethe Gruber, Landesrat Dr. Hirschmann.
Beschlussfassung.
45. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 592/1, betreffend Überprüfung der Landesbildstelle Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Mag. Drexler.
Rednerin: Siehe Tagesordnungspunkt 46.
Beschlussfassung.
46. Selbstzändiger Antrag des Ausschusses für Kontrolle zum Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 592/3, betreffend Überprüfung der Landesbildstelle Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Mag. Drexler.
Rednerin zu den Tagesordnungspunkten 45 und 46: Abg. Dr. Reinprecht.
Beschlussfassung.
47. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 594/1, betreffend Überprüfung der Steiermärkischen Landesdruckerei Gesellschaft m.b.H.
Berichterstatter: Abg. Ferstl.
Redner: Abg. Mag. Lackner.
Beschlussfassung.
48. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 593/1, betreffend stichprobenweise Überprüfung des Rechnungswesens der Gemeinnützigen Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft für Leoben und Umgebung, reg. Gen.m.b.H..
Berichterstatter: Abg. Prattes.
Beschlussfassung.
49. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 524/1, Beilage Nr. 72, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird (Wohnbauförderungsgesetznovelle 2001 – Nr. 2).
Berichterstatter: Abg. Kreisl.
Redner: Abg. Schleich, Abg. Riebenbauer, Abg. Kreisl.
Beschlussfassung.
50. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 476/1, der Abgeordneten Wicher, Bacher, Gross und Tschernko, betreffend gesetzliche Verankerung des Österreichischen Behindertensportverbandes.
Berichterstatterin: Abg. Wicher.
Rednerin: Abg. Wicher.
Beschlussfassung.
51. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 212/2, zum Entschließungsantrag 212/1, Beschluss Nr. 54 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Februar 2001, betreffend den Managementvertrag Vital-Hotel Bad Radkersburg.
Berichterstatter: Abg. List.
Beschlussfassung.
52. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 458/1, Beilage Nr. 50, Gesetz, mit dem das Landesbeamtengesetz, die als Landesgesetz geltende Dienstpragmatik 1914, das als Landesgesetz geltende Gehaltsgesetz 1956, Vertragsbedienstetengesetz 1948, Pensionsgesetz 1965, das Nebengebühreuzulagengesetz, die Dienstzweigeordnung und das Landes-Gleichbehandlungsgesetz geändert werden (Dienstrechtsnovelle 2001) sowie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 493/1, Beilage Nr. 64, Steiermärkisches Pensionsreformgesetz, mit dem die als Landesgesetz geltende Dienstpragmatik 1914 sowie das als Landesgesetz geltende Pensionsgesetz 1965 und Gehaltsgesetz 1956 sowie das Nebengebühreuzulagengesetz geändert werden.
Berichterstatter: Abg. Mag. Drexler.
Redner: Abg. Majcen, Abg. Lafer, Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Lechner-Sonnek, Landesrat Schützenhöfer.
Beschlussfassung.
53. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 380/1, Beilage Nr. 32, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Rettungsdienstgesetz geändert wird.
Berichterstatter: Abg. Dirnberger (998).
Redner: Abg. Lafer (999), Abg. Dirnberger (999), Abg. Schrittwieser (1000), Abg. Dr. Lopatka (1001), Abg. Schrittwieser (1002).
Beschlussfassung (1002).

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die sechzehnte Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic – sie ist bei der Landeshauptleutekonferenz – und Herr Abgeordneter Bernhard Stöhrmann

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen diese Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Ich freue mich sehr darüber, dass ich auf der Zuhörer- und Zuschauertribüne die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Leibnitz-Wagna unter der Leitung von Herrn Obmann Matthias Divo sowie die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Strallegg unter der Leitung von Herrn Obmann Johann Lechner begrüßen darf. (Allgemeiner Beifall.)

Auch Wirtschaftstreibende sind heute unter uns. Ich begrüße die Damen und Herren des Wirtschaftsbundes Rottenmann unter der Leitung von Herrn Obmann Mag. Wolfgang Panhölzl. (Allgemeiner Beifall.)

Ganz erfreulich ist, dass wir heute viele Jugendliche unter uns haben. Ich begrüße die 19 Schülerinnen und Schüler der 4 b-Integrationsklasse der Volksschule Mitterdorf im Mürztal unter der Leitung von Frau Volksschuloberlehrerin Ilse Russmann und Frau Schuloberlehrerin Waltraud Hermann. Euch allen ein herzliches Grüß Gott. (Allgemeiner Beifall.)

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass 28 schriftliche Anfragen und zwei Anfragebeantwortungen gemäß Paragraf 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Heute liegt ein Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz, Einl.-Zahl 146/5, betreffend die Bewilligung von Antennentragmastenanlagen im Naturschutzgesetz zum Antrag, Einl.-Zahl 146/1 auf, der als Punkt 11 auf die heutige Tagesordnung gesetzt wurde.

Weiters liegt ein Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit, Einl.-Zahl 590/1, betreffend Novellierung der Richtlinien für die Gewährung von Bedarfszuweisungsmitteln an Gemeinden zu den Anträgen, Einl.-Zahl 18/1, 26/1 und 151/1 auf, der als Punkt 23 auf die heutige Tagesordnung gesetzt wurde.

Außerdem liegt noch ein Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Kontrolle, Einl.-Zahl 592/3 zum Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 592/1, betreffend Überprüfung der Landesbildstelle auf, der als Punkt 46 auf die heutige Tagesordnung gesetzt wurde.

Gemäß Paragraf 22 Absatz 3 GeoLT hat der Landtag zu beschließen, ob über einen Selbstständigen Antrag eines Ausschusses unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen ist oder ob dieser einem anderen Ausschuss zur neuerlichen Vorberatung zugewiesen werden sollte.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, hinsichtlich dieser Selbstständigen Anträge unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass am heutigen Tage um 9.30 Uhr der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 458/1, Beilage Nr. 50, Gesetz, mit dem das Landesbeamtengesetz, die als Landesgesetz geltende Dienstpragmatik 1914, das als Landesgesetz geltende Gehaltsgesetz 1956, Vertragsbedienstetengesetz 1948, Pensionsgesetz 1965, das Nebengebührenzulagengesetz, die Dienstzweigeordnung und das Landes-Gleichbehandlungsgesetz geändert werden (Dienstrechtsnovelle 2001) und die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 493/1, Beilage Nr. 64, Steiermärkisches Pensionsreformgesetz, mit dem die als Landesgesetz geltende Dienstpragmatik 1914 sowie das als Landesgesetz geltende Pensionsgesetz 1965 und Gehaltsgesetz 1956 sowie das Nebengebührenzulagengesetz geändert werden, beraten hat und zu diesen Vorlagen den im Schriftlichen Bericht, Einl.-Zahl 458/4 und Einl.-Zahl 493/4, Beilage Nr. 78 enthaltenen Ausschussantrag gefasst hat.

Weiters hat der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit um 9.40 Uhr über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 380/1, Beilage Nr. 32, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Rettungsdienstgesetz geändert wird, beraten.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, den Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlagen, Einl.-Zahl 458/1, Beilage Nr. 50 und Einl.-Zahl 493/1, Beilage Nr. 64 als Tagesordnungspunkt 52 und den Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 380/1, Beilage Nr. 32 als Tagesordnungspunkt 53 zu behandeln, wobei die Behandlung der genannten Tagesordnungspunkte an folgenden Stellen stattfindet:

Tagesordnungspunkt 52 vor dem Tagesordnungspunkt 15

Tagesordnungspunkt 53 vor dem Tagesordnungspunkt 20

Gemäß Paragraph 39 Absatz 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Die Zweite Lesung darf gemäß Paragraph 43 Absatz 2 GeoLT in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes an die Landtagsklubs stattfinden, doch kann bei Festsetzung der Tagesordnung, wenn kein Einspruch erfolgt, hievon abgesehen werden.

Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Ergänzung der Tagesordnung und die Abstandnahme von der 24-stündigen Auflegungsfrist in einem abstimmen.

Wenn Sie meinen Vorschlägen zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über.

Bei den Tagesordnungspunkten 2 und 3 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

2. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 500/1, betreffend Wirtschaftsbericht 2000.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Wolfgang Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (10.14 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gemäß Steiermärkisches Wirtschaftsförderungsgesetz vom 15. Juni 1993 ist jährlich vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung der steirische Wirtschaftsbericht zu erstellen. Nach Begutachtung durch den Wirtschaftsförderungsbeirat ist der Bericht mit der Empfehlung dieses Beirates vom zuständigen Mitglied der Landesregierung vorzulegen und von dieser dem Landtag zur Kenntnis zu bringen.

In der Sitzung des Wirtschaftsförderungsbeirates vom 4. Juli 2001 wurde der Wirtschaftsbericht 2000 vom Wirtschaftsförderungsbeirat positiv begutachtet.

Der einen integrierenden Bestandteil dieses Sitzungsantrages bildende Wirtschaftsbericht in zwei Bänden gibt im ersten einen komprimierten Überblick über die allgemeine Konjunktorentwicklung, Beschäftigungslage und Arbeitsmarktverhältnisse, Leistungs- und Strukturindikatoren der Gesamtwirtschaft und der Sachgüterproduktion, die Clusterbeziehungen in der steirischen Wirtschaft, die gesamte Wirtschaftsförderung des Landes sowie über die wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen unter besonderer Berücksichtigung des Steiermark Profiles 2008, das die Strategiefelder der steirischen Wirtschaft darstellt.

Der Band II dieses Berichtes vertieft die Ausführungen, ergänzt um Tabellen und Grafiken.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Wirtschaftsbericht 2000 wird zur Kenntnis genommen. (10.15 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 482/1, betreffend den Förderungskatalog 2000.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (10.15 Uhr): Ich berichte über die Einl.-Zahl 482/1, Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Förderungskatalog 2000. Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 2. Juli 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Förderungskatalog für das Jahr 2000 wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (10.15 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (10.15 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Was so lapidar als Antrag formuliert wurde, nämlich die Kenntnisnahme eines Berichtes, ist in Wirklichkeit die Kenntnisnahme eines umfangreichen Zahlenwerkes, eines Rechenschaftsberichtes, einer Leistungsbilanz, die die Dynamik der steirischen Wirtschaft im vergangenen Jahr, nämlich im Jahr 2000, die vor allem diese positive Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr aufzeigt; unter Federführung von Landeshauptmann Waltraud Klasnic und von Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl.

Es kommt also, wenn Sie sich diesen Bericht anschauen, nicht von ungefähr, dass eine international tätige Agentur der Steiermark vor kurzem ein zweifaches A-Plus verliehen hat und diese Auszeichnung in diesem Ranking vor allem mit den Worten begründet wurde, dass die dynamische, vorausschauende und umsichtige Wirtschaftspolitik dieses Landes hauptverantwortlich dafür ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Steiermark erlebt derzeit nach wie vor einen Gründerboom, der einen neuen Rekord darstellt. Gemessen am gesamten Betriebsstand in der Steiermark war der Anteil der neuen Arbeitgeberbetriebe im Jahr 2000 deutlich höher als im Österreichdurchschnitt. Auch die so genannte Überlebensrate der Betriebe ist deutlich höher, so dass wir mit Fug und Recht behaupten können, dass die Steiermark durch die Gründung neuer Betriebe strukturelle Anpassungen ermöglicht hat.

Zum Zweiten bestätigt dieser Wirtschaftsbericht aber auch den von Landesrat Herbert Paierl immer wieder, ich sage schon fast vorgebeteten, eingeschlagenen Weg der hellen Köpfe. So ist die Innovatorenquote deutlich gestiegen, die Kooperationsneigung in diesem Land liegt weit über den Österreichdurchschnitt, was vor allem in diesen vielen Clusterbildungen seinen Niederschlag findet. Und wenn – ich sage es fast landläufig – immer nur der Automobilcluster in den Mund genommen wird, so ist das nur ein Zusammenschluss von Unternehmungen mit einer sehr hohen Wertschöpfung mit immerhin einem Bruttoproduktionswert von 35 Milliarden Schilling. Wir vergessen dabei aber auch einen der größten Cluster, nämlich den Holzcluster, der einen Bruttoproduktionswert von 80 Milliarden darstellt oder einen zwar noch kleinen, aber immerhin boomenden Informationstechnologiecluster, der vor allem eine gute regionalwirtschaftliche Einbettung aufweist. Der Metallcluster, ebenfalls stark eingebettet, ist mit über 70 Prozent der Betriebe mit regionalen Wissensträgern regelmäßig in Kontakt. Aber auch der Chemie- oder Pharmacluster oder auch der Zusammenschluss im Unternehmensbereich Elektrotechnik und Elektronik ist hervorzuheben. Der Bruttoproduktionswert beträgt rund 22 Milliarden Schilling, die Exportquote in diesem Cluster, meine Damen und Herren, 93 Prozent. Und wie schon gesagt, eigentlich das Highlight, das vor allem in der Öffentlichkeit immer wieder angesprochen wird, der Automobilcluster.

Die Exportorientierung, wie die Zahlen beweisen, ist weiter gestiegen. Waren es 1999 noch 74 Prozent, so sind jetzt 76 Prozent der Auftragsbestände aus der Sachgüterproduktion, womit die Steiermark weit über dem österreichischen Durchschnitt, nämlich bei 68 Prozent, liegt. Aber auch in der Beschäftigungspolitik wurde die Strukturkrise überwunden. Seit Mitte der neunziger Jahre setzten eine signifikante Verbesserung und ein überdurchschnittliches Wachstum ein, meine Damen und Herren, die sich auch im Jahr 2000 fortgesetzt haben.

Ich verhehle aber nicht, und auch das soll man in diesem Hohen Haus ansprechen, dass es derzeit einen kleinen Dämpfer in der Beschäftigungsentwicklung gibt, bestimmte Branchen sind davon betroffen. Das Geheul, das aber mancherorts angesprochen wird, vor allem aus Gewerkschaftskreisen und von Seiten der SPÖ ist einfach fehl am Platz. Das Krankjammern, meine Damen und Herren, ist der Wirtschaft nicht dienlich und ich bedaure auch sehr, dass sich hier die Medien von einigen Gewerkschaftern vor den Karren spannen lassen und in dieses Gejammer mit einspringen. Daher darf ich alle in diesem Hause tätigen Verantwortungsträger bitten, hier an einem Strang zu ziehen und nicht durch Krankjammern die Wirtschaft wirklich krank zu machen. Denn wie sonst können Sie sich den Umstand erklären, etwa Herr Klubobmann Schrittwieser, wenn Sie am Samstag die „Kleine Zeitung“ aufschlagen und hier unzählige Stellenangebote, vom einfachen Arbeiter bis hin zu Toppositionen, die offen sind, vorfinden. Von Jänner bis August heurigen Jahres, meine Damen und Herren, hat es in der Steiermark ein Plus von 0,9 Prozent in der Gesamtbeschäftigung gegeben, im österreichweiten Durchschnitt waren es 0,6 Prozent.

Ein weiteres wesentliches Element aus diesem Wirtschaftsbericht ist aber auch die Wachstumsbeschleunigung, hier erreicht man ein Plus von 4,9 Prozent in der Bruttowertschöpfung.

Lassen Sie mich aber noch ein Letztes zur Wirtschaftsförderung sagen. Das Gesamtvolumen 2000 betrug 553,9 Millionen Schilling, wobei wir den Weg von der „Back-to-Loser- zur Back-to-Winner-Strategie“ weiter fortgesetzt haben. Es geht also in dieser Wirtschaftsförderungspolitik nicht um allgemeine Standortfaktoren, sondern es geht um immer stärker werdende subjektive Faktoren, wie Ausbildung, unternehmerische Fähigkeiten, Kooperationsbereitschaft, siehe Clusterbildung, anstelle von Größen wie materielle Infrastruktur, maschinelle Ausstattung oder Sonstiges. 71 Prozent aller Förderungsfälle sind auf die Kleinstbetriebe, 99,2 Prozent auf alle KMU's entfallen und 97,4 Prozent der gesamten Förderungen sind geringer als 2 Millionen Schilling.

Auch ein Blick auf die geförderten Betriebe, meine Damen und Herren, zeigt, dass die steirische Wirtschaftsförderung auf die Gewinner dieses wirtschaftlichen Strukturwandels setzt. So haben wir von acht untersuchten geförderten Großbetrieben eine Umsatzsteigerung von 12,6 auf 20,5 Milliarden Schilling. Der Beschäftigungsstand in diesen acht Betrieben stieg von 7900 auf über 10.000 und der Umsatz je Beschäftigung in der steirischen Industrie stieg um 15,5 Prozent gegenüber 7 Prozent österreichweit. Und wenn Sie in den letzten Tagen die Medien verfolgt haben und hier von der Kür der Top of Styria 2001 gelesen haben, wo die Top 100 der steirischen Wirtschaft im vergangenen Jahr 259,5 Milliarden Schilling umgesetzt haben und das eine Steigerung um 20 Prozent bedeutet, so zeigt das einfach die Leistungsfähigkeit unserer heimischen Wirtschaft.

Bei all diesen positiven Entwicklungen, meine Damen und Herren, dürfen wir aber nicht die Problematik fehlender Arbeitskräfte in der Steiermark, sowohl was den IT-Bereich, aber auch den Facharbeiterbereich betrifft außer Acht lassen. Maßnahmen der steirischen Wirtschaft jene Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, die sie dringend braucht, sind raschest umzusetzen, ob dies durch Schulungsangebote oder Lenkungsmaßnahmen im Sinne einer zielgerichteten Ausbildung unserer Jugend passiert.

Gleichzeitig aber ist die allgemeine wirtschaftspolitische Zielsetzung weiter zu verfolgen. Eine Stärkung der steirischen Wirtschaft und eine Erhöhung der Standortaktivität dieses Landes. Die Rahmenbedingungen sind optimal von der Wirtschaftspolitik und dem verantwortlichen Landesrat und Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze gelegt, zum Vorteil der Unternehmer, aber auch der Arbeitnehmer in diesem Land. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 10.23 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (10.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Mitglieder der Landesregierung! Meine sehr geehrten Damen und Herren im Abgeordnetenhaus! Liebe Zuschauer!

Wir diskutieren den Wirtschaftsbericht des Jahres 2000. Aber gerade dieser Bericht bietet Möglichkeit und fordert geradezu heraus, Stellung zu nehmen über Infrastruktur, die sozusagen handstreichartig abgeschafft, weggefegt wird. Wir erleben eine Schließungssorgie sondergleichen. Jeden Tag werden die Regionen und Gemeinden mit neuen Zusperrmeldungen konfrontiert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Unsere Bevölkerung wird durch ständig wechselnde Namen und Orte verunsichert. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Man braucht nur das glauben, was in den Medien steht!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, das ist es ja! Verunsicherung und Unsicherheit ist das Tagesthema und hier ist das Auditorium groß gefüllt, und ich möchte die Damen und Herren hier gerne fragen, wie Sie sich fühlen, wenn an einem Tag das Postamt X, am nächsten Tag das Postamt Y in der Zeitung drinnen steht und am übernächsten Tag gilt schon alles nicht mehr und wird alles neu aufgerollt. Der neue Coup ist 137 steirische Postämter zu schließen. Das ist ein weiterer Anschlag auf die Regionen und trägt zur weiteren Ausdünnung und Verödung bei. Um diese Verschlechterung der notwendigen Infrastruktureinrichtungen zu dokumentieren, muss das Schließungspaket wiederum einmal in Erinnerung gerufen werden. Es findet ja so statt, dass immer scheinbar und jeden Tag, jede Woche, jedes Monat was anderes kommt. Ich habe soeben genannt 137 Postämter. Es waren ja zuerst 131 und auf einmal, über Nacht sind es 137 geworden. (Abg. Wiedner: „Jetzt kennst dich nicht mehr aus!“) Die Bezirksgerichte, meine sehr verehrten Damen und Herren, beabsichtigt ist der Abbau von 26 Bezirksgerichten, aus derzeit 35 Bezirksgerichten sollen neun so genannte Regionalgerichte werden. Wenn man das nicht hören will, da muss ich weiter ausführen, wenn zum Beispiel das Landesgericht Leoben ein so genanntes Eingangsgericht wird, dann bedeutet das nichts anderes, als dass unzählige Richter, die Staatsanwälte, ihren Dienstsitz in Zukunft nicht mehr in Leoben, sondern in Graz haben werden. (Abg. List: „Furchtbar!“) Ja, freilich ist das furchtbar, weil man muss ja was Weiteres sehen. Es werden sehr viele Rechtsanwälte ihre Kanzleien schließen, weil die sitzen ja bekanntlich dort, wo die Gerichte sind. Dann denken Sie daran, wie viele Schreibkräfte in diesen Büros tätig sind, auch Notare werden ihren Sitz verändern. Aber das möchte man ja nicht hören.

Ich darf weiter fortsetzen: Die Gendarmerieposten, zirka 31 Gendarmerieposten sollen laut den vorliegenden Konzepten geschlossen werden. Derzeit gibt es ja insgesamt zirka 80. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wie viele Gendarmen werden weniger?“) Wenn das noch nicht genug ist, dann darf ich auch fortfahren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wissen, ich komme aus Leoben. Auch in Leoben, in Graz haben wir es auch gehört, ist die Schließung von Polizeiwachzimmern auf der Tagesordnung. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wie viele Polizisten werden weniger?“) Hier sagt man, man spart keine Dienstposten ein, es geht um Betriebskosten. Da darf ich Ihnen nur ein Beispiel sagen, dass das ein aufgelegter Blödsinn ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Polizeiwachzimmer in Donawitz verursacht Betriebskosten von 80.000 Schilling pro Jahr. Und wenn man jetzt sagt, das ist ein sehr guter Sparansatz und die Bevölkerung eines wichtigen Stadtteiles einfach außer Acht lässt, dann frage ich mich, wo bleibt die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahmen.

Ich darf weiter fortsetzen, meine Damen und Herren, die Finanzämter. In Diskussion stehen die Finanzämter Hartberg, Radkersburg, Mürzzuschlag und Feldbach. Die Entscheidungen sollen angeblich Ende November fallen. Auch hier trifft das Gleiche zu, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ja wenn ein Finanzamt geschlossen wird, werden die ganzen Steuerberater, die Lohnverrechnungsbüros abwandern. (Abg. Lafer: „Reine Unwahrheiten!“) Ja, das tut Ihnen weh, wenn ich das sage. Aber das muss man ja sagen, das hat ja alles Auswirkungen. (Abg. Lafer: „Du berichtest lauter Unwahrheiten!“) Sie sagen jetzt, Unwahrheiten, etwas, was schon passiert ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Bundessozialamt in Leoben wurde bereits geschlossen. Da gab es gerade von Ihrer Partei einen Abgeordneten, der sich sehr bemüht hat, aber dann eingestehen musste, dass er auch bei seinem Minister zu schwach war. Die Behinderten und alle jene Leute, die dieses Bundessozialamt brauchen, die sind der Regierung wurscht. Die sollen weiterfahren, da haben sie ein Pech gehabt, wenn sie dort nicht mehr hinkommen. Ich setze fort, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht ja weiter. (Abg. Lafer: „Alles Schauermärchen!“) Nein, das sind keine Schauermärchen. Nach der EU-Osterweiterung sollen von derzeit acht Zollämtern zwei in der Steiermark erhalten bleiben. Ich glaube, dass ihr das nicht gerne hört, aber das muss man sagen, denn wenn das Ganze ein abgerundetes Bild ist, dann sieht man, was alles auf unsere Steiermark zukommt. Ich beschäftige mich gar nicht dezidiert jetzt mit dem öffentlichen Verkehr, aber es muss auch hier gesagt werden, dass zu diesen ganzen Schließungen auch die Auflassung von ÖBB-Bahnstrecken und

die massive und gravierende Verschlechterung der ÖBB-Bahnkunden kommt. Sie wissen selber, wo die Schnellzüge nicht mehr stehen bleiben. Na gut, jetzt soll ich halt mit dem Autobus drei-, viermal umsteigen, ist auch gut. Dass das einen öffentlichen Verkehr nicht fördert, liegt auf der Hand. Dafür wird aber der Semmeringtunnel, die vorgesehenen 3,5 Milliarden Schilling für dieses Projekt wandern nach Kärnten zum Koralmtunnel, noch immer blockiert. Wir werden wahrscheinlich heute noch Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wo ist die zweite Öffnung vom Koralmtunnel? Ist die auch in Kärnten?“) Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu eine weitere Anmerkung. Ich weiß, das wollt ihr alle nicht hören, weil es nicht angenehm ist.

Die Volkszählung 2001 zeigt bereits jetzt dramatische Einbußen für steirische Gemeinden und das Land insgesamt. In den letzten 20 Jahren weist die Steiermark als einziges Bundesland einen Bevölkerungsrückgang von 0,1 Prozent auf. Von 1991 bis 2001 gab es in der Steiermark den schwächsten Bevölkerungszuwachs, nämlich plus 0,1 Prozent aller Bundesländer. Der Bundesdurchschnitt beträgt 3,5 Prozent. Und jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, komme ich dazu. Es liegt auf der Hand, dass diese Schließungen auch massive Auswirkungen auf die Arbeitsplätze haben. Bei dieser rasanten Abwärtsentwicklung ist es nur eine Frage der Zeit, bis Betriebe wie Einzelhandel – ich habe es bereits erwähnt –, Rechtsanwälte, Steuerberater und andere abwandern. Ich frage Sie, wo wird unsere Jugend in Zukunft ihre Arbeitsplätze haben? Ich habe bereits vorher die Entwicklung der Bevölkerungszahl angesprochen. Gerade die mittleren und die kleinen Gemeinden, es sitzen ja genügend Bürgermeister hier, haben anlässlich der Volkszählung schmerzliche Verluste zur Kenntnis nehmen müssen. Sie haben gerade junge Menschen an die Zentralräume verloren. Ich betone es noch einmal, die Schließungsorgie wird diesen negativen Trend nicht nur fortsetzen, sie wird ihn sogar noch verstärken. Wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben hier akuten Handlungsbedarf. Die Bevölkerung in unseren Regionen und Gemeinden hat ein Anrecht auf eine funktionierende öffentliche Infrastruktur. (Abg. Wiedner: „Die Kamera ist schon aus, kannst schon aufhören!“) Die ist nicht von mir bestellt.

Unsere Menschen haben ein Recht auf Sicherheit. Es genügt nicht, bei der Landtagswahl durch die Frau Landeshauptmann zu plakativieren, ich möchte eine sichere Steiermark. Hier muss aktiv gehandelt werden. Weil wenn man hergeht und sagt, eigentlich hätten mehr Gendarmerieposten geschlossen werden sollen, aber uns ist es gelungen, dass es nur 31 sind. Das ist ein Pyrrhussieg, würde ich meinen. Eine sichere Steiermark, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll uns, glaube ich, alle am Herzen liegen. Ich komme schon zum Schluss. (Abg. Wiedner: „Gott sei Dank!“)

Als Politiker sind wir gefordert, gerade unserer Jugend neue Perspektiven zu eröffnen. Wir müssen es ihr ermöglichen, dass sie auch dort sein kann bei aller Mobilität, die von uns allen verlangt wird, aber die muss in den Regionen bleiben können. Denn nur wenn sie in den Regionen bleiben kann, wenn sie dort arbeiten kann, wenn es lebenswert ist, wird es auch gelingen und zu verhindern sein, dass unsere Regionen nicht ausdünnen und zusammenbrechen – und das wollen wir doch alle miteinander nicht. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 10.33 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek.

Abg. Lechner-Sonnek (10.34 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Wirtschaftsbericht, der uns vorliegt, zeichnet eigentlich ein sehr positives Bild, aber nur so lange, bis man genau anschaut, auf welcher Basis, auf welcher Datenqualität er beruht. Ich habe mir das genauer angeschaut, wie Sie sehen, wir haben Angaben über die Bruttowertschöpfung, wo der Steiermark das drittstärkste Wachstum attestiert wird, wir haben Angaben über den Zuwachs des Produktionswertes der Sachgüterproduktion, wo die Steiermark mit 9,1 Prozent nur geringfügig unter dem Österreichschnitt 10,3 Prozent liegt, wir haben Angaben über die Tourismuskategorien und so weiter. Wenn man genauer anschaut, was das für Zahlen sind, sieht man, das sind Zahlen, die immer nur im Verhältnis zu den Vorjahren oder überhaupt nur manchmal zum Vorjahr erstellt worden sind. Die sind ungefähr so aussagekräftig, als wenn ich Ihnen jetzt sagen würde, ich werde jetzt doppelt so lange reden wie heute in der Früh im Klub. Sie haben keine Information darüber, was Ihnen bevorsteht, denn Sie alle, bis auf meine zwei Kollegen, sind nicht dabei gewesen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Die wissen, was das bedeutet!“) Die wissen, was das bedeutet, sagt der Herr Landesrat. Ich denke, es wäre sehr wichtig mit absoluten Zahlen zu operieren, denn dann hätten wir auch einen Vergleich mit anderen Bundesländern in absoluten Zahlen und da würde das Bild dann ziemlich anders ausschauen. Eine Zahl ist im Wirtschaftsbericht enthalten, die weist schon in diese Richtung. Im Bruttoregionalprodukt haben wir eine marginale Erhöhung seit 1995 und wir liegen in diesem Bereich an der achten Stelle von neun Bundesländern. Auch die Kaufkraft schaut ähnlich aus in der Steiermark. Im Juni wurden wir von einer Meldung überrascht, und zwar negativ überrascht, dass das Burgenland, das 1994 noch deutlich abgeschlagen am letzten Platz der Bundesländer gelegen ist, mittlerweile auf Platz sieben gerückt ist, und zwar an uns vorbei. Kärnten liegt auf Platz neun, die Steiermark auf Platz acht. Nach wie vor gehört zum Beispiel der Bezirk Hartberg zu den zwei mit Abstand einkommensschwächsten Bezirken, der zweite ist der Bezirk Imst in Tirol. Diese positive Botschaft vom Wirtschaftswunderland Steiermark ist also sehr zu relativieren. Dieses Wirtschaftswunder erreicht vielleicht manche, das mit Sicherheit, aber viele Steirerinnen und Steirer nicht.

Zum Thema Beschäftigung. Das Thema Beschäftigung wird sehr oft aufgehängt an der Höhe der Arbeitslosenraten. Gerade in Bezug auf die Steiermark muss man allerdings darauf hinweisen, dass allein die Arbeitslosenraten zu betrachten wenig aussagekräftig ist. Wir leben leider Gottes in einem Land, in dem es Regionen

gibt, wo in den letzten Jahren und Jahrzehnten sehr viele Menschen abgewandert sind, weil sie keine Chance für ihre Erwerbstätigkeit gesehen haben, weil sie gedacht haben und berechtigt gedacht haben, dass sie keine Möglichkeit haben werden, sich selbst zu erhalten, ihre Familie so weit zu unterstützen, dass sie lebensfähig sind. Das ist in Überlegungen einzubeziehen, in Überlegungen, wenn wir über Arbeitslosenraten sprechen und glauben, wir reden dabei wirklich zur Gänze über die Beschäftigungssituation in der Steiermark. Auffällt, wenn man die Daten in der Steiermark anschaut – und das sind durchaus auch Daten, die nicht im Wirtschaftsbericht stehen –, dass bei BeamtInnen die Steiermark am höchsten liegt von allen Bundesländern, was die Einkommen betrifft, dass allerdings die niedrigsten Fraueneinkommen im Burgenland, Steiermark und Kärnten liegen. Dazu wird meine Kollegin Edith Zitz dann noch ausführlicher Stellung nehmen.

Zwei oder drei weitere kurze Anmerkungen zum Bereich Arbeitsmarktpolitik. Im STAP hat es eine große Anstrengung gegeben in Sachen Jugendarbeitslosigkeit beziehungsweise Unterstützung von jugendlichen Menschen in berufstätig auch in Berufsausbildung zu kommen. Es gibt in diesem Bereich – und dieses Projekt, dieses Programm läuft noch immer – sehr vielfältige und interessante Angebote. Ich habe zu recherchieren versucht – den STAP gibt es ja schon länger – was herausgekommen ist, wie viele junge Leute haben heute einen Lehrplatz oder eine Beschäftigung, die diesen Lehrplatz oder Beschäftigungsplatz nicht gehabt hätten, wenn es den STAP nicht gegeben hätte. Es ist leider nicht möglich, hier zu einer Aussage zu kommen. Mir wurde gesagt, es gibt noch keine Evaluierung. Das wäre also in meinen Augen dringend notwendig, denn es gibt auch im Bereich im STAP bereits abgeschlossene Projekte, da wird man nichts Neues mehr erkennen können, da weiß man schon alles. Sollte allerdings auch offen gelegt werden, was wirklich die Erfolgsquote des Programmes ist.

Zur Altersarbeitslosigkeit ein Satz. Es hat im letzten Jahr ein Projekt gegeben, das die Arbeitslosigkeit reduzieren sollte. Das ist auch in einem großen Ausmaß gelungen. Man muss nur ehrlich sein und hinschauen und sagen, hier handelt es sich mit Sicherheit auch um Einmaleffekte, die nicht in jedem Jahr neu zu erzielen sind. Das also weiterzuschreiben als das große Erfolgsrezept, würde ich für bedenklich halten.

Und eine besorgniserregende Tatsache noch zum Beschluss im Bereich Beschäftigung. Ich höre, dass das AMS Steiermark in der nächsten Zeit, im nächsten Jahr 7 Prozent weniger Mittel vom Bund bekommen wird. Das wird die Steiermark ganz massiv beeinträchtigen. Wie auch zu hören ist, wird das passieren, wird diese Einschränkung auch sich durchschlagen auf einen Bereich, der gerade für das Land wichtig ist, nämlich auf den Bereich der kooperativen Mittel für Maßnahmen im Beschäftigungsbereich, zum Beispiel die sozialökonomischen Betriebe. Ich denke, da gibt es dann für uns mit Sicherheit Handlungsbedarf, da muss das Land dann mit Sicherheit überlegen, wie es den Ausfall dieser Mittel kompensieren kann.

Zum Thema Innovationsbereitschaft. Der Begriff ist vorhin schon gefallen. Der Kollege Kasic hat stolz darauf hingewiesen, wie positiv sich alles entwickelt. Ich kann seiner Einschätzung nicht ganz folgen. Der Bericht sagt ganz dezidiert, wenn man ein bisschen genauer hinschaut, dass es im Bereich der Mittelbetriebe hier ganz starke Defizite gibt. Auch hier ist eine bewusste Anstrengung des Landes nötig. Man muss genau schauen, wie wir die Mittelbetriebe unterstützen, was hindert sie derzeit in diesem Bereich tätig zu werden, sich der Institutionen zu bedienen, die es gibt, und dann muss man daraufhin maßgeschneiderte Angebote und unterstützende Maßnahmen konzipieren. Hier herrscht großer Handlungsbedarf.

Das Thema Bildung ist mir ein großes Anliegen. Der Wirtschaftsbericht führt unter wirtschaftsnahen Infrastrukturen und Rahmenbedingungen auch an, dass es Anstrengungen im Bereich der Bildung, Forschung und sonstigen Qualifizierungseinrichtungen gibt. Was allerdings daran auffällt ist, dass er auflistet das HTL-Programm des Landes und der Gemeinden, das Programm der Fachhochschulen und dass er sich ganz dezidiert einsetzt für private Kollegs und Akademien als Maßnahme der Steigerung des Bildungsangebotes. Wenn ich das so auf mich wirken lasse, dann fällt mir natürlich ein, dass wir es im Bereich der universitären Ausbildung und der Fachhochschulen seit kurzem mit Studiengebühren zu tun haben, nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landesebene. Wir hätten als Landtag zum Beispiel durchaus entscheiden können – und die Grünen waren eindeutig dafür – zu sagen, dass die Fachhochschulen keine Studiengebühren verlangen sollen. Da sind Studiengebühren eingeführt worden, im Zusammenhang damit, dass dann auch noch von privaten Kollegs und Akademien und einer möglichen Unterstützung die Rede ist, fällt mir auf, dass man ganz dezidiert davon Abschied genommen hat, dass alle Personen die gleichen Chancen auf Bildung, Ausbildung und Studium haben sollen. Der Begriff Chancengleichheit in der Bildung ist damit mit Sicherheit zu Grabe getragen worden und es ist zu befürchten, dass nur mehr Personen, die auch etwas investieren können, die sich das leisten können, zu dieser Bildung kommen, die wir im Land so dringend brauchen. Das ist eine gefährliche Tendenz und eine, die ich ganz entschieden ablehne.

Ein kurzer Exkurs zum Thema Exportzahlen. Meiner Meinung nach finden sich in den Exportzahlen auch Zahlen von Gütern, die in Wirklichkeit nicht nur auf dem Freien Markt nach außen exportiert werden, sondern die im Rahmen einer Produktkette von einer Firma zur anderen transportiert werden und dort weiterverarbeitet werden. Da würde ich es interessant und richtig finden, hier etwas mehr Offenheit und Transparenz in den Zahlen herzustellen. Noch zur starken Betonung des Exportes. Das hat auch einen Nachteil. Wenn es zum Beispiel um Regionalmarken geht, um hochwertige Nahrungsmittel, um regionale Kreislaufwirtschaft, wie es uns Vorarlberg so erfolgreich vorgehüpft ist, dann ist eine starke Exportorientierung in der Wirtschaftsförderung mit Sicherheit ein Handicap. Die Käsestraße in Vorarlberg, ein international renommiertes, bekanntes und viel nachgemachtes Projekt ist mit Sicherheit nicht von vornherein auf Exportorientierung aufgebaut gewesen und es wäre gar nicht möglich gewesen, sofort mit einer starken Exportorientierung zu beginnen. Heute ist sie davon

geprägt. Heute wird aus dem Bregenzerwald sehr viel Käse exportiert. Die Wertschöpfung in der Region ist trotzdem sehr hoch, weil die regionale Kreislaufwirtschaft einen hohen Wert hatte und auch dementsprechend mit Wirtschaftsförderung unterstützt wurde.

Zum Abschluss das Thema Cluster. Es fällt auf – und der Kollege Kasic hat es ja schon aufgezählt –, dass es eine Menge von Wirtschaftsbereichen gibt, in denen es Clusterbildung gegeben hat. Was mir natürlich massiv abgeht, ist die Erwähnung eines Ökoclusters oder Alternativenergieclusters, wo ich doch für die Steiermark und speziell für die Oststeiermark reklamieren würde, dass es in diesen Bereichen ein außerordentlich hohes Know-how gibt, das auch international bekannt ist und das sich auch niederschlägt heuer im Thema der Landesausstellung in der Oststeiermark „Energie“. Hier hat die Steiermark ein hohes Know-how-Potential, das wir offensichtlich, wenn ich mit „wir“ das Land Steiermark meine, noch nicht ausreichend unterstützen oder noch nicht ausreichend zu einem großen Wirtschaftsbereich werden haben lassen. Ich kenne natürlich die Bedenken, für einen Cluster, er braucht das große Flakschiff, braucht die großen Institutionen und Firmen, die bereit sind, international relevant aufzutreten, mitzumischen, die Aufmerksamkeit auf die Steiermark zu ziehen, so dass alle denken, aha, das ist die Steiermark, wie es vielleicht im Bereich des Autoclusters schon funktioniert. Wir haben natürlich viele kleine und mittlere Betriebe, die in diesem Bereich sehr engagiert sind, sehr innovativ sind. Das ist ein Bereich, wo die Betriebe das mit Sicherheit von selbst machen, auch wenn ihnen oft überhaupt nicht dabei geholfen wird. Ich glaube, dass es notwendig ist, hier ganz dezidiert daran zu arbeiten, Rahmenbedingungen von Seiten des Landtages, von Seiten des Landes und der Landesregierung zu erarbeiten, wie dieser Bereich zu einem seriösen und guten Wachstum kommen kann. Und wenn Sie sagen, das ist ein Orchideenthema, da kann es ja kein Wachstum geben, muss ich Ihnen entgegenhalten, dass dieser Tage die Elin in Weiz ein neues Werk eröffnet hat. Der Herr Landesrat war dabei, wie ich heute in den Medien sehen konnte, wo der Geschäftsführer sagt, der Markt, auf dem sie zu agieren gedenken, wächst jährlich um 20 bis 25 Prozent. Diese Firma in Weiz will in Hinkunft 40 Prozent ihrer neuen Produktion in einem Bereich tätigen, der Alternativenergie pur ist, und zwar im Bereich der Windenergie. Wenn die VATech Elin auf diesen Bereich setzt, dann ist das auch ein Indikator dafür, dass es sich um einen boomenden interessanten Wirtschaftsmarkt handelt, und ich denke, das ist eine industriepolitische Aufgabe, hier zu schauen, wie können wir zu einer Größenordnung und zu einer Marktwirksamkeit kommen in diesem Bereich. Ich möchte nicht, dass wir darauf warten, dass im Alternativenergiebereich endlich einmal ein Frank Stronach mit der Alternativenergie daherkommt. Das kann es ja wohl nicht sein.

Ein letzter Ansatz dazu: Vernetzung und Kooperation von Bundesländern. Prof. Geldner, ein anerkannter Wirtschaftsexperte, weist darauf hin, dass die Kompetenz in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen viel mehr als bisher gebündelt gehört. Er sagt, ein wirtschaftspolitisch relevanter Raum, also eine Größenordnung, die international wirklich relevant wäre, würde in manchen Bereichen – und das kann jetzt um Holz gehen, es kann auch um andere Produktbereiche gehen – Bayern, Südtirol und Österreich umfassen. Ich glaube, in diesem Zusammenhang sind auch durchaus verstärkt Überlegungen zu investieren. Dasselbe kann man innerösterreichisch versuchen, und auch hier denke ich, besteht Handlungsbedarf in Sachen Biomasse, wo wir es auch mit kleinen Anbietern zu tun haben, wäre eine Kooperation im südösterreichischen Raum, Kärnten, Steiermark, gegebenenfalls auch mit Oberösterreich, wo es Aktivitäten in diesem Bereich gibt, sehr interessant und relevant.

Das Letzte, was ich ansprechen möchte, ist Holzbau. Es gibt in der Steiermark sehr viele Vorleistungen zum Holzbau. Diese Vorleistungen werden im Wesentlichen von ein paar hoch engagierten Planern und ein paar ebenso hoch engagierten Betrieben getragen, die noch ziemlich im luftleeren Raum agieren. Auch hier hätten wir ein ganz großes Potential. Wir hätten Firmen, wir hätten das Know-how und wir müssen einfach als Land und auch als Gemeinden nachziehen. Hubert Riens spricht von der Innovationslokomotive Wohnbau, Wohnbau war einmal eine Wirtschaftslokomotive, Hubert Riens ist einer der Proponenten dieses Bereiches, ein engagierter Architekt, der auch in Nordeuropa sehr aktiv ist auch im Rahmen eines Lehrauftrages an einer Universität. Wir könnten nicht nur im Wohnbau sehr innovativ sein, wir könnten auch im Bereich der öffentlichen Bauten, Schulen, Feuerwehren und was auch immer die öffentliche Hand noch zu bauen hat, hier innovativ sein. Das würde bewirken, dass wir diese Firmen, die sich schon sehr weit hinausgelehnt haben, sehr viel entwickelt haben, was international auch interessant wäre, unterstützen würden und zu einem großen weiteren Wirtschaftsbereich kommen würden.

Abschließend, es besteht eindeutig Handlungsbedarf, und ich würde mir wünschen, wenn ein Wirtschaftsbericht erstellt wird, dass er auf der Basis von Zahlen erstellt wird, die eine echte Einschätzung ermöglichen, wo die Steiermark im Verhältnis zu den anderen Bundesländern steht, nicht nur in relativen, sondern in absoluten Zahlen. Das wäre die Basis für einen seriösen Bericht. Das wäre auch die Basis, dass man wirklich erkennen kann, wo Handlungsbedarf besteht und dann könnte man anfangen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 10.51 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir haben heute sehr viele Besucherinnen und Besucher. Wir freuen uns darüber. Und ich habe nun die Aufgabe, die Schülerinnen der HBLA Schrödingergasse unter der Leitung von der Frau Dr. Elisabeth Kohrgruber zu begrüßen. Weiters begrüße ich die Seniorinnen und Senioren aus Unterlamm unter der Leitung von Frau Reichmann sowie die Seniorinnen und Senioren aus Hohenbrugg unter der Leitung des Seniorenobmannes Kapper. Herzlichen Gruß! (Allgemeiner Beifall.)

Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Klubobmann Abgeordneten Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (10.52 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wer angenommen hat – (Abg. Wiedner: „Jetzt gehen schon die Leute fort!“) Weil du reingeschrien hast! Die haben gemerkt, es gibt keine Disziplin auf dieser Seite!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wer angenommen hat, dass der Kollege Paierl nicht einen Bericht erstellt, der das beste Zeugnis ausstellt und der alles so darstellt, wie er es gerne selbst liest, der hat sich geirrt oder kennt den Landesrat Paierl nicht, denn er ist ein Meister der Selbstdarstellung. Und es geht auch viel Steuergeld drauf, damit er sich ins richtige Licht setzen kann. Es ist ihm allerdings gelungen, weil er das sehr lange so gemacht hat, dass er jetzt auf dem Sessel sitzt, wo er sitzt. Und es ist ja nichts Abtrünniges. Aber dieser Wirtschaftsbericht geht absolut an der Realität vorbei. Ich werde Unabhängige zitieren und zu Wort kommen lassen, die dabei feststellen, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Und der Kollege Kasic, der durchaus ein temperamentvoller Redner ist und immer wieder sehr engagiert hier steht, hat heute größte Probleme gehabt, in dem Wirtschaftsbericht irgendetwas Positives zu finden – etwas, das der Realität entspricht. (Abg. Kasic: „Hast du mir nicht zugehört?“) Und ich sage auch dazu, dass es falsch wäre zu sagen, dass nicht das eine oder andere in der Wirtschaftspolitik des Landesrates Paierl gelungen ist und dass er viele seiner persönlichen Interessen miteingebracht hat. Und es wäre auch falsch zu sagen, Herr Landesrat Paierl ist nicht ausschließlich ein Vertreter der Wirtschaft. Ich glaube, dass es der Wirtschaft gut gehen muss, aber es kann in der Politik doch nicht so sein, dass am Wirtschaftslandratsessel und im Finanzressort jemand sitzt, der ausschließlich das Wohlergehen der Wirtschaft vor Augen hat, sondern wir glauben auch, genauso wichtig oder wichtiger ist, dass auch den Steirerinnen und Steirern das zukommt, was ihnen zusteht, nämlich gute Beschäftigung, gutes Einkommen, gute Infrastruktur, eine Gesundheitspolitik, wie sie Kollege Dörflinger macht, eine Sozialpolitik, wie sie Kollege Flecker macht, aber das sind Dinge, die ihr verteufelt – da komme ich noch dazu –, aber nicht so, wie es hier passiert, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn ich mir anschau, dass durchaus in der Frage des neuen Schlagwortes „Cluster“ Dinge sehr gut gelungen sind, wo ich nicht der Auffassung war, ob das so gelingt, weil Monostruktur, das wissen wir alle, birgt große Gefahren und wenn da etwas passiert, wissen wir, was daraus folgen kann. Aber dass das nicht ganz so das Richtige ist, meine Damen und Herren, dazu komme ich jetzt, weil irgendwann muss irgendwo vorbeigearbeitet werden oder trifft man nicht das richtige Maß oder die Notwendigkeiten, die erforderlich sind, ansonsten könnte eine Umfrage von Gallup nicht so ausschauen, wie sie ausschaut. Aber noch zum Kollegen Kasic, wenn er sagt, mein Gott in der Zeitung sind so viele Stellengebote drinnen. Kollege Kasic, hast du diese Stellenangebote schon einmal durchgelesen? Hast du dir diese schon einmal durchgelesen? Das sind in erster Linie Verkäuferjobs, wo es um Provisionen geht, und wenn er nichts verkauft, dann hat er auch kein Einkommen. Das ist nicht die Wirtschaftspolitik, dass wir in der Steiermark Jobs haben, nur mehr Mc-Jobs, wo jeder zwei, drei Jobs braucht, um überhaupt leben zu können. Das ist nicht unsere Intention und daher würde ich mich auch nicht auf das reduzieren. (Beifall bei der SPÖ.) Meine Damen und Herren, es hat ein steirisches Monatsmagazin auf Grund einer Gallup-Umfrage im September dieses Jahres diese Umfrage veröffentlicht. (Abg. Wiedner: „News!“) Gallup, so weit ich weiß, ist ja nicht unbedingt ein SPÖ-nahes Institut, darum sage ich das – und hier wird Folgendes festgestellt, meine Damen und Herren: Es gibt ja immer das Ranking, Herr Landesrat Hirschmann spricht vom Ranking, Herr Landesrat Paierl spricht vom Ranking, heute spreche ich auch vom Ranking. Wisst ihr, was da drinnen steht – Gallup-Institut, ich glaube, mit dem arbeitet ihr von der ÖVP sogar hin und wieder zusammen –, stellt in der Steiermark Folgendes fest: Sie sagen, in der Ausbildung – und Kollegin Lechner-Sonnek, es ist mir sehr wichtig, was sie gesagt hat –, dass dieser Bundesländervergleich dargestellt wird. Indem das der Herr Landesrat nicht gemacht hat, habe ich ihm diese Arbeit abgenommen und werde einige Dinge jetzt zitieren. Im Bundesländervergleich heißt es – Gallup-Institut –, bei der Ausbildung liegt die Steiermark – neun Bundesländer haben wir – an siebenter Stelle. In der Verkehrssituation liegt die Steiermark am siebenten Platz, in der Wohnsituation, wo jetzt der Herr Landesrat Hirschmann hergeht und ÖVP und FPÖ die Wohnbeihilfen noch kürzen, die Wohnbauförderung kürzen, dass sich die jungen Leute da keine Wohnungen mehr leisten können, liegen wir im September dieses Jahres, bevor das überhaupt greift, schon an letzter Stelle. Und ich sehe da hinten viele junge Leute sitzen, die werden sich bedanken, wenn die Steiermark jenes Land ist, das sich in der Wohnsituation an letzter Stelle befindet. Und wenn ich Ihnen noch sage, ab nächstem Juli bekommt ihr auch keine Wohnbeihilfe in dem Ausmaß mehr, und wenn ihr es euch nicht leisten könnt, dann sagt der Herr Landesrat Hirschmann nur, es wohnen viele in Wohnungen, wo sie nicht hingehören, und das sagt jemand, der selbst 170.000, 180.000 Schilling im Monat verdient. Wir, die wir da sitzen, sind alle gute Verdienner, aber es steht uns nicht zu, dass wir so über die reden, die das brauchen, für die es wichtig ist, dass es dem Land gut geht. Und da kann etwas nicht stimmen.

Ich komme weiter zum Thema Arbeitsplatzsituation. Heute habe ich gehört, dass alles so super ist. Und ich habe schon gesagt, es gibt gute Dinge, die hier gelungen sind, aber in Sachen Arbeitsplatzsituation sind wir auch von neun Bundesländern an siebenter Stelle und in der Kaufkraft, meine Damen und Herren, was ja wichtig ist, wie viel ich in meinem Geldtascherl drinnen habe, dass ich mir etwas leisten kann für meine Familie und im täglichen Leben oder das Wichtigste bezahlen kann, ist die Steiermark am achten Platz. Auch nicht meine Sache, Gallup-Umfrage September dieses Jahres.

Und beim Bevölkerungszuwachs, meine Damen und Herren, das ist aber ganz klar, dass das so ist, weil wenn ich keine Kaufkraft habe, wenn ich keine gute Wohnsituation habe, wenn ich keine gute Infrastruktur habe und keine gute Arbeitsplatzsituation habe, in der Bildung nicht vorne bin, dann, meine Damen und Herren, ist ganz klar, dass das herauskommt, was die Volkszählung gebracht hat. Wir sind nämlich auch beim Bevölke-

rungszuwachs von den neun Bundesländern in Österreich an letzter Stelle. Das ist der Erfolg Ihrer Politik, meine Damen und Herren. Und dann stellt euch nicht her und unterstellt uns nicht, dass wir nur alles schlecht machen und polemisieren und kritisieren. Diese Politik gehört aufgezeigt (Abg. Straßberger: „Ein Miesmacher bist du!“), der gehört schnellstens ein Ende gemacht und wir werden dafür sorgen, dass die Leute in der Steiermark das wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Wiedner: „Ja, ja!“) Ich sage dir nur, die Zeit, die du mich störst, muss ich dann anhängen. Bitte. (Abg. Wiedner: „Nein, bitte tu das nicht!“) Und jetzt – das wird ja auch vom Kollegen Kasic und von den Regierungsmitgliedern immer wieder gesagt – sind wir die Nummer eins da und die Nummer eins dort. Soll ich euch sagen, meine Damen und Herren, wo ihr die Nummer eins seid? Die Nummer eins von Schwarz-Blau ist, als Erste hat die Frau Landeshauptmann den Stabilitätspakt unterschrieben, der den Landesrat Paierl in ein, zwei Jahren in eine Situation bringen wird, in der sein Budget zerbröselte wie eine Semmel, die du fünf Tage aufbehältst und dann aufwärmst. Meine Damen und Herren, das wird nicht halten. Sie war die Erste, die gefahren ist und gesagt hat, ich unterschreibe diesen, weil damit dürfen wir Steirer pro Jahr 3,5 Milliarden Schilling abliefern.

Das Nächste war, dass ich sage, ihr seid die Nummer eins beim Zusperrern. Der Kollege Prattes hat schon gesagt, meine Damen und Herren, 137 Postämter, 31 Gendarmerieposten, 26 Bezirksgerichte, zahlreiche Finanzämter, Sozialeinrichtungen und Zollverwaltungen. Meine Damen und Herren, ihr seid aber noch wo die Nummer eins – und der Kollege Lopatka ist nicht da, weil ihm, wahrscheinlich die Wirtschaft nicht interessiert, na warum auch? –, meine Damen und Herren, es hat sich etwas eingenistet in dieser schwarz-blauen Koalition auch in der Steiermark, man geht jetzt her, weil man in der Geiselhaft der Bundesregierung ist und als Vollzugsfiliale dieser agiert und alles was mit Leistungen zu tun hat von jenen, die nicht so viel Einkommen haben, dass sie sich eine ordentliche Wohnung leisten können, dass sie das Pech haben, keinen Arbeitsplatz zu haben, dass sie behindert sind, dass sie krank sind und wenn diese Sozialleistungen bekommen und es zugegebenerweise den einen oder anderen gibt, der das ausnützt, ist jetzt die ÖVP diese Partei, die beginnt, diese zu verfolgen, als Schmarotzer hinzustellen, als Leute, die Kriminelle sind, weil sie zu unrecht etwas beziehen, das hat Hirschmann hier im Landtag und in einer Zeitung gesagt. Meine Damen und Herren, dort, wo es funktioniert, das habe ich schon oft gesagt, braucht man die Politik nicht so sehr, da braucht man Rahmenbedingungen der Politik, aber es gibt viele in dieser Gesellschaft, die Politik brauchen (Abg. Straßberger: „Das sagst du jetzt!“) und die machen Sie nicht und wenn Sie jetzt die Schwächsten dieser Gesellschaft auch noch verfolgen, das ist keine Kategorie der Politik, aber auch nicht der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Darum lehnen wir das ab, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Sie sind auch die Nummer eins, meine Damen und Herren, beim Plakatieren von Unwahrheiten. Da gibt es auch eine Nummer eins für die ÖVP. Ich lese und höre (Abg. Riebenbauer: „Und Schulden machen!“) Ich lese und höre, das wollt ihr nicht hören, das weiß ich, aber ihr habt plakatiert, Semmeringbasistunnel durchgesetzt, Konterfei von Frau Landeshauptmann, 24-Bogen-Plakat. Meine Damen und Herren, jetzt haben sie die Baustelle sogar eingestellt, weil die Frau Landeshauptmann gesagt hat, sie hat ihn durchgesetzt. Aber da sitzen jetzt ihre Minister und ihr Bundeskanzler, die haben es ja auch in der Vergangenheit schon verhindert und jetzt haben sie gesagt, machen wir nicht. Durchgesetzt! Jeder Steirer soll am Erfolg teilhaben. Meine Damen und Herren, Erfolg teilhaben heißt nicht, alles zusperrern, alles streichen, den Leuten keine Wohnungen zur Verfügung zu stellen und Leute, die sozial nicht in einer günstigen Lage sind, noch zu bestrafen. Das ist eine Politik mit gespaltener Zunge, die wir ablehnen. Und da seid ihr, meine Damen und Herren, Nummer eins. Und wo ihr überhaupt die Nummer eins seid, das ist beim Postenschacher. Da habt ihr es euch gerichtet. Da habt ihr gesagt, die Freiheitlichen kaufen wir uns ein. Da geben wir den ÖVP-Landeshauptmannstellvertreterposten dem Freiheitlichen Schögl. Dann habt ihr gesagt, aber gut, irgendwo müssen wir noch etwas tun. Wenn sie uns den Rechnungshofdirektor schon mitpackeln und zustimmen, dass ich einen ÖVP-Sekretär dort hinsetze, weil der könnte was sehen, was mir nicht passt, habt ihr gesagt, aber einen Bezirkshauptmann brauchen die Freiheitlichen schon auch noch in Radkersburg, und in Leibnitz erfolgt der nächste Postenschacher. Und das mit einer Partei, die immer gesagt hat, für die Kleinen und Tüchtigen da zu sein und für Postenschacher nicht zur Verfügung zu stehen. Schämen Sie sich, meine Damen und Herren, weil Sie sich nach diesem Wahlergebnis, nur weil Sie jetzt ein bisschen an den Pfründen und Trögen sitzen, sich haben kaufen lassen. Und das ist eine Politik, die wir ablehnen. Wir stehen für das nicht zur Verfügung, meine Damen und Herren! Mit dem müssen Sie selber fertig werden. Aber die Umfragen sagen euch, was dabei rauskommt.

Nächster Punkt, meine Damen und Herren! Ich habe nicht mehr viel Zeit! Es gibt eine weitere Umfrage, die „Kleine Zeitung“ hat erst am 20. Oktober festgestellt, dass in der Steiermark eine Kaltfront heraufzieht. Die Industriellenvereinigung stellt fest, dass diese Wirtschaftspolitik nicht okay ist. Es geht – am 4. Oktober schreibt eine Tageszeitung – schlechter denn je zuvor in der Bauwirtschaft, meine Damen und Herren, in der Bauwirtschaft, wo vieles in der Beschäftigung immer wieder in Schwung gekommen ist, hat der zuständige Landesinnungsmeister erklärt, es war noch nie so schlecht wie jetzt. Und der Herr Gillich von der Firma PORR hat ein Paket geschnürt, wo die Politik reagieren soll, wo sie Investitionen freigeben soll und vorziehen soll und nicht dieses von Ihnen angeschaffte wahnsinnige Nulldefizit, das die Steiermark noch weiter zurückschmeißen wird, wo die Steiermark noch weiter nach hinten kommt. Und Sie reagieren nicht, weil Sie sagen, ich, der Finanzlandesrat, muss ein Nulldefizit haben, dann habe ich vielleicht, wenn ich nicht mehr in der Politik bin, irgendwo einen Job, weil ich so gut bin. Freunde, das ist nicht Politik. Wirtschaftspolitik heißt Beschäftigung schaffen, investieren und schauen, dass es bessere Werte für dieses Bundesland gibt.

Und Sie machen Folgendes und das müssen Sie mich noch sagen lassen. Sie machen ein Nulldefizit, treiben aber die Privaten immer mehr in die Schulden, meine Damen und Herren. 700.000 Schilling, das ist die durchschnittliche Schuldensumme der Privaten in der Steiermark. Und jetzt tu ich ihnen noch mehr Belastungen aufpropfen, dass sie sich überhaupt nichts mehr leisten können. Und was Sie dann noch tun, ist neben nicht Politik

machen, dass Sie in Ihrem Privatisierungswahn alles verkaufen, was nicht niet- und nagelfest ist. Das ist unerträglich für dieses Land, meine Damen und Herren. Die Bundesregierung verlangt es, der Landesrat Paierl hat gestern erst einen weiteren Anteil der Hypobank verscherbelt. Ich weiß nicht, was er gehabt hat mit diesen drei Aufsichtsräten, ob er ihnen da etwas zukommen hätte lassen wollen oder nicht. Auf Grund unseres Widerstandes hat er das jetzt an eine deutsche Firma vergeben. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wir haben dagegen gestimmt, und daraufhin habt ihr die zweite Variante beschlossen!“) Ich weiß nicht, warum er das braucht. Und Landeshypobank, meine Damen und Herren. Seid froh, meine Damen und Herren. Das war die größte Packelei, was der Landesrat hier vorgehabt hat. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Schacherer seid ihr, sonst gar nichts!“) Und der Widerstand der SPÖ und von Peter Schachner hat dazu geführt, dass ihr das nicht machen konntet. Da sieht man diesen Machtausch, den ihr seit der Wahl habt. Ihr wollt euch über alles hinwegsetzen. Ihr wollt euch um nichts mehr kümmern, was nicht eurer Partei, euch selbst oder ein paar Freunden von euch dient, meine Damen und Herren. Und für das können wir nicht zur Verfügung stehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und es kommt noch etwas dazu, meine Damen und Herren! Der Landesrat Paierl macht ja das alles nur, weil er jetzt schon weiß, er ist ja ein gescheiter Bursch, dass sein Budget nie halten wird. Das erkennt er ja bereits nach einem halben Jahr, dass alles das, was wir vorausgesagt haben, dass das Budget ein Scheinbudget ist, dass das eine Mogelpackung ist, hat er jetzt selbst nach einem halben Jahr schon erkannt. Und daher geht er jetzt her und verschleudert alles schön schnell. Verkauf der Landesimmobilien, die so genannte LIG. Da haben wir im Budget drinnen 2 Milliarden für diese zwei Jahre. Heuer wird von der LIG überhaupt nichts kommen. Jetzt braucht er diese Milliarden von der Hypobank, weil sonst zerbricht sein Budget heute schon. Und da muss ich sagen, frage ich mich, ob die hellen Köpfe, ob dieses Fachwissen, ob dieses Wollen in der Politik, für dieses Land was weiterzubringen und für die Menschen, ausreichend vorhanden ist? Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, das ist nicht vorhanden.

Und das Nächste, was ich euch noch dazu sage, ist, dass der Kreischberg gestern verscherbelt worden ist. Der Kreischberg ist verscherbelt worden, 39 Millionen, in einer Zeitung ist gestanden, 35 Millionen Schilling werden wir lukrieren, Herr Landesrat, 35 oder 39 Millionen. Das ist eine Verschleuderung von Staatsgeldern, wie es sie noch nie gegeben hat. In den Kreischberg sind mehrere hunderte Millionen Schilling (zugegeben auch Teile von privatem Kapital) dabei. Seit 1992 sind 332 Millionen Schilling hineingeflossen und Sie wollen es um 35 oder 39 Millionen Schilling verkaufen, und das Geld kriegt nicht einmal das Land, sondern es fließt wieder in die Betreibergesellschaft, meine Damen und Herren. Wenn mir da noch einer erzählt, dass das Wirtschaftspolitik mit Verstand ist, mit Zukunftsorientierung und dauerhafter Haltbarkeit, dann muss ich sagen, ist er ein Lebenskünstler. Mir könnt ihr das nicht erzählen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Präsident Purr: „Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist längst überschritten!“)

Ich bin schon fertig, Herr Präsident! Ich sage euch Folgendes: Wenn ihr glaubt, nur weil ihr vor einem Jahr eine Wahl gewonnen habt, wo ihr die Wähler getäuscht habt, indem ihr von „Gemeinsam gestalten“ gesprochen habt, die Steirer müssen am Erfolg teilhaben, werden die Steirer übersehen, okay, dass das alles nicht so ist. Sie sprechen mit gespaltener Zunge, Reden und Handeln stimmt nicht überein bei dem, was Sie machen. (Abg. Mag. Drexler: „Das ist ungeheuerlich!“) Und ich sage Ihnen eines, dass wir nicht zuschauen werden, dass die Steirerinnen und Steirer dabei auf der Strecke bleiben. Sie haben ein Recht auf eine gute Politik. Und wenn eine schlechte gemacht wird, haben sie ein Recht darauf, dass die SPÖ dasteht und das aufzeigt und sie auffordert, dass man das nur ändern kann, indem man euch den Rücken zukehrt. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 11.10 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (11.11 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung!

Kollege Prattes hat einen seiner schon recht bekannten Auftritte geliefert, vielleicht auch nur deswegen, weil die Fernsehkamera eingeschaltet war. Ihr habt ein lokales Fernsehen heute, damit ihr in Leoben sagen könnt, wie wir uns einsetzen großartig für die Region. (Abg. Schrittwieser: „Ihr macht euch nie Sorgen darüber!“) Kommt schon! Reg dich nicht vorher schon auf! Du bist heute so aufgereggt, was hast du denn? Ruhig bleiben. (Abg. Schrittwieser: „Ihr macht euch eine Gaude daraus, weil ihr euch um nichts kümmert!“) Es ist nämlich wirklich eine Sauerei, entschuldige, dass ich das jetzt so sage, was es an Schließungen gegeben hat in diesem Land. Es wurden die ganzen Konsumfilialen geschlossen. (Beifall bei der FPÖ. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber ihr seid nicht in der Vergangenheit. Ihr seid zukunftsorientiert!“) Ich komme schon zur Zukunft. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Beschäftigt euch mit der Zukunft!“) Was habt ihr heute? Jetzt sind Sie einmal im Landtag, Herr Landeshauptmannstellvertreter, jetzt sind Sie schon so aufgereggt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ihr seid in der Vergangenheit!“) Es ist wirklich eine Sauerei, was geschlossen wurde zum Beispiel in der Verstaatlichten in der Obersteiermark. Das ist ein Wahnsinn. Eine Sauerei, was man da geschlossen hat, wie viele Arbeitsplätze man vernichtet hat, wie man gedacht hat, dass man mit Defizit Spending Arbeitsplätze erhalten kann. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wenn es nach eurer Partei gegangen wäre, gäbe es Donawitz nicht mehr!“) Und wissen Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, warum ich zurückkomme auf die Vergangenheit? Weil ihr noch immer an Rezepten festhaltet, die in der Vergangenheit gescheitert sind, Freunde! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie wollen noch weiter in die Vergangenheit zurück?“) Weil ihr immer festhaltet an Rezepten, die in der Vergangenheit gescheitert sind.

Ihr wollt ja wieder reverstaatlichen, ihr wollt ja wieder diesen Weg zurückgehen, wo ihr das Sagen hattet und wo ihr das Geld verschleudert habt, Freunde! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Jetzt habt ja ihr das Sagen!“)

Über 600 Millionen zahlt der Staat täglich zurück an Zinsen und an Kapital für eure Schulden, die ihr im Land aufgehäuft habt, 2200 Milliarden. Könnt ihr euch vorstellen, was mit über 600 Millionen gemacht werden könnte im Land Österreich? Über 600 Millionen! Und das Land Steiermark, Herr Landeshauptmannstellvertreter (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die meisten Schulden sind gemacht worden, wie die ÖVP in der Regierung war!“) – Herr Präsident, Sie rechnen mir die Redezeit ohnedies ein, wenn mich der Herr Landeshauptmann immer unterbricht. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie reden mich ja immer an. Du brauchst dich nicht aufzuregen, ich melde mich dann, wenn ich will. Und das mache ich auch, du wirst es nicht glauben. Das wirst du mir nicht vorschreiben!“) Herr Landeshauptmann, hast du dich schon beruhigt? (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Wiedner!“) Danke, Herr Präsident. 21 Milliarden Schulden im Lande Steiermark. 800 Millionen zahlen wir nur an Zinsen für die Schulden im Lande Steiermark. Herr Landeshauptmannstellvertreter, wer war denn Landesfinanzreferent bis zur letzten Wahl? (Beifall bei der FPÖ. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wer hat in den fünfziger Jahren die Mehrheit gehabt?“) Ich glaube, das war Ihr Landesrat Ressel, den man dann einen Klassen-Vorstandsjob verschafft hat. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie, Herr Wiedner, wer waren denn die Landeshauptleute in diesem Land? Erklären Sie mir das einmal!“) Wer war den Landesfinanzreferent? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Fünf zu vier ist es in der Regierung dauernd gestanden, also wer ist schuld?“) Aha, fünf zu vier ist dauernd gestanden, aha, interessant. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Für die ÖVP! 40 Jahre hat die ÖVP die Mehrheit gehabt in dem Lande!“) Ihr habt wahrscheinlich den Adam Riese auch außer Kraft gesetzt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber hören Sie auf mit diesem Blödsinn!“) Jetzt kommen wir zu ein paar Dingen, weil Herr Prattes auch von den Schließungen von Postämtern, Bezirksgerichten und weiß Gott was alles gesprochen hat. Auch eine Frage, welche Regierung war es, die die Post ausgegliedert hat und zu einem selbstständigen Unternehmen gemacht hat? (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Ich glaube, die Maria-Theresia war das!“) War das Schwarz-Blau oder war das Rot-Schwarz? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Thurn und Taxis, der Thurn und Taxis war es!“ – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Ich glaube, es war die Maria Theresia!“) Man gibt der Post den Auftrag, sich in die Selbstständigkeit zu verabschieden, man gibt der Post den Auftrag, wirtschaftlich zu handeln und regt sich dann nachher auf, wenn die Post, der Postvorstand – und keine Regierung – hat 137 Postämter zur Schließung vorgeschlagen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Die Frau Forstinger hat mit dem alles nichts zu tun, großartig. Erzählen Sie diesen Schmäh irgendjemand anderem, aber nicht uns. Die Frau Forstinger ist zuständig, sie ist Eigentümerin!“) Der Postvorstand und keine Regierung! (Beifall bei der FPÖ.) und die Frau Minister Forstinger – (Präsident: „Es ist bitte der Herr Abgeordnete Wiedner am Wort. Ich ersuche Sie, den Herrn Abgeordneten Wiedner fortsetzen zu lassen!“) Ich habe ärgste Bedenken um Sie, Herr Landeshauptmann, Sie regen sich heute so auf, Sie müssen ein bisschen aufpassen. Ich habe ärgste Bedenken um Sie. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nein, das ist gut für meinen Kreislauf. Ich habe einen niederen Blutdruck, ich brauche das!“) Ja, das passt mir, aber tun Sie mit Ihrem niederen Blutdruck nicht die anderen behindern. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „170 zu 115. Tut applaudieren!“ – Beifall bei der ÖVP.) Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich habe ja gar nicht gewusst, dass ich hier Therapeut bin. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Gennaro: „Es gibt ja Kurpfuscher auch!“) Da gehörst du dazu, da hast du recht.

Das Stichwort war die Frau Minister Forstinger, und Sie wissen auch ganz genau, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Freunde der SPÖ, dass die Frau Minister Forstinger gesagt hat, bevor nicht eine Universaldienstverordnung herauskommt, wird es keine Schließungen geben. Und noch einmal dazu. Die Post hat das vorgeschlagen und nicht die Frau Minister Forstinger. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Sie ist zwar Ministerin, aber sie ist für nichts verantwortlich. Das kennen wir. Das ist uns bekannt von euch!“) Regen Sie sich nicht zu sehr auf! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das Einzige, was Ihnen einfällt, ist, dass ich mich aufrege. Ich sage nur, was die Wahrheit ist!“) Ich habe mich auch irrsinnig darüber aufgeregt, was ihr der Regierung an Schulden hinterlassen habt. Und weil früher der Kollege Schrittwieser gesagt hat – (Abg. Schrittwieser: „Die Leute haben eine Beschäftigung gehabt und damit sind Werte geschaffen worden!“) Lass mich einmal etwas sagen, bevor du dich aufregst. Kollege Schrittwieser hat früher gesagt, hinten sitzen sehr viele Jugendliche, und ich stelle auch die Frage an die Jugendlichen da hinten, ist es verantwortungsvoll, wenn diese Regierung so viele Schulden hinterlässt, dass die nächste Generation nicht mehr handeln kann? Ist das verantwortungsvoll? Und wir haben gesagt, diesen Weg können wir nicht gehen. Wir müssen auch an die nächste Generation denken und wir müssen daran denken, ihnen einen gesunden Haushalt zu überlassen. Das ist das Ziel! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Eine gesunde Post hinterlassen, ohne irgendeine Zweigstelle!“) Sie haben Ihren Auftritt heute schon hinter sich, Sie waren heute schon so lange im Landtag wie sonst nie. Es passt schon, Herr Landeshauptmannstellvertreter. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Im Landtag war ich schon öfter als Sie, glauben Sie mir das!“)

Ja, aber da sind wir nicht da, da sitzen Sie wahrscheinlich alleine da. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ihr seid im Klub, ihr streitet gerade, ihr wisst nicht, wie ihr euch entscheiden sollt in eurer Fraktionierung!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um den Wirtschaftsbericht und es haben sehr viele Redner heute schon Teile aus dem Wirtschaftsbericht vorzitiert, und ich glaube, man braucht nicht mehr über Zahlen und Fakten reden, sondern es geht um Dinge, die wichtiger sind und wo es um die Zukunft geht. Und hier darf ich auch eines sagen, eine ganz wichtige Sache für die wirtschaftliche Belebung ist die Forschung und die Entwicklung und hier wird es erstmalig Maßnahmen geben, dass im Bund die Quote für die Forschung und Entwicklung von 2 auf 2,5 Prozent gehoben wird und das sind bitte 7 Milliarden mehr für Forschung und Entwicklung, das sind 7 Milliarden mehr für qualitative Arbeitsplätze. (Beifall bei der FPÖ. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Du, wo sind sie denn. Wo sind die 7 Milliarden?“) Herr Landeshauptmann, Sie müssen ein bisschen aufpassen, dann melden Sie sich zu Wort und dann sagen Sie etwas. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich melde mich dann zu Wort, wenn ich es für richtig halte!“) Ja, dann melden Sie sich dann, wahrscheinlich haben Sie eh nichts mehr zu sagen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aufforderungen von Ihnen nehme ich überhaupt nicht einmal zur Kenntnis!“) Ja okay, dann lassen Sie mich wenigstens ausreden. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber die Bemerkungen, die zu machen sind, mache ich. Ich will wissen, wo die 7 Milliarden hingehen? Erzählen Sie mir das!“) Sind Sie fertig?

So das Nächste. Sehr wichtig für die Wirtschaft ist natürlich die Infrastruktur und eng damit verbunden. Auch einen kleinen Zahlenvergleich dazu. Bis dato wurden von der rot-schwarzen Bundesregierung in etwa 29 Milliarden – das war schon das Höchstmaß aller Gefühle – in die Infrastrukturmaßnahmen gesteckt. Heuer, unter Blau-Schwarz, sind es 32,4 Milliarden. Auch wenn ihr das nicht hören wollt, es sind um fast 15 Prozent mehr, die in die Infrastruktur gesteckt wurden. (Abg. Schrittwieser: „Aber nicht in der Steiermark!“)

Auch in der Steiermark! Wie Sie wissen – und wir kommen auch noch zu dem Straßenkapitel heute – haben wir die größten Baustellen Österreichs in der Steiermark. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ja freilich, weil wir 30 Jahre hinten sind!“) Genau, weil wir 30 Jahre hinten sind. Jetzt muss ich noch eine Frage an Sie stellen, wer war der Straßenreferent bis 1990? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Also bis 1990 war das sicher ein ÖVPLer!“) Ein ÖVPLer? Ich habe geglaubt, Ressel. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Landeshauptmann Krainer war Straßenreferent!“) Ach so, Entschuldigung bis 2000. Danke, danke. Und wer war es dann in der letzten Periode? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „In 55 Jahren fünf Jahre!“) Aber erstmalig, als für die Infrastruktur eine blaue Ministerin zuständig ist, gibt es um 15 Prozent mehr für die Infrastruktur. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Schrittwieser: „Das kann dir nur der Schögggl aufgeschrieben haben!“) Nein, das hat mir nicht der Schögggl aufgeschrieben, das steht in der Zeitung. Ich lese auch Zeitungsartikel. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das weiß bei uns jeder!“)

Ich darf noch zu zwei Punkten des Wirtschaftsberichtes kommen, die mir sehr wichtig sind. Der eine Punkt ist die Ausbildung, der Bereich der Facharbeiterausbildung. Ich muss hier wirklich nachdrücklich appellieren, hier mehr Augenmerk auf die Ausbildung unserer Facharbeiter zu legen. Es hilft nichts kurzfristig darauf zu hoffen, dass wir Leute aus dem Ausland bekommen. Es schreibt sogar selbst der Direktor Rupp von der Wirtschaftskammer, das wird nicht die Lösung sein, es kann nur kurzfristig eine Lösung sein. Und es gibt einen ganz interessanten Bericht in der Presse, dass auch die neuen Reformstaaten, wenn wir glauben, dass wir von dort Facharbeiter bekommen, in kürzester Zeit selbst keine Facharbeiter mehr haben, dass sie selbst größte Probleme haben. Also wir müssen unbedingt hergehen, hier unser eigenes Facharbeiterkräftepotential bestmöglich zu qualifizieren, um Chancen am Arbeitsmarkt zu haben.

Es geht aber noch um eine Sache, die ich auch ein bisschen kritisch sehe. Es geht um den Bereich des IT und IKT, Informationstechnologie und Informations- und Kommunikationstechnologie. Ich glaube, da redet man den Leuten etwas Falsches ein. Ich sehe die Arbeitsplätze nicht, die damit verbunden sind. Wir bilden momentan sehr viele Leute in diesen Bereichen aus und ich sehe dann nachher die Arbeitsplätze nicht. Das ist leider eine Luftblase, die wir hier produzieren. Ich bitte daher die Zuständigen hier aufzupassen und den Leuten nichts Falsches vorzuspielen und zu sagen, gehe zu einem Kurs, mache eine Informationstechnologieausbildung, schule dich in der EDV weiter und du hast eine Jobsicherheit. Das ist sicherlich nicht gegeben und bitte daher darauf aufzupassen, wie man Leuten etwas Falsches vorspiegelt. Das wäre der falsche Weg in die falsche Richtung. Und noch eine Sache, die auch unmittelbar mit der Arbeitswelt verbunden ist und wo die SPÖ und speziell der Gewerkschaftsbund dabei ist, Ideenklau zu machen. Ich sage das ganz beinhart, Ideenklau zu machen. Erst seit es die FPÖ in der Bundesregierung gibt, spricht man über die „Abfertigung neu“. (Abg. Mag. Drexler: „Kollege Wiedner, das ist sicher nicht richtig!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Alles Gute kommt von der ÖVP!“) Spricht man darüber. Wohl, Kollege Drexler! Lieber Kollege Drexler, in dieser Massivität spricht man erst darüber, seit es die Freiheitlichen in der Bundesregierung gibt. Jetzt geht der Gewerkschaftsbund her und schreibt groß in seine Urabstimmung hinein, wir sind für die „Abfertigung neu“. Seit 20 Jahren, seit 25 Jahren hat der Gewerkschaftsbund das Thema verschlafen. Das war ihnen völlig wurscht, man hat sich nicht darum gekümmert. Jetzt geht man her und schreibt großartig rein und dann höre ich am Sonntagabend den Kollegen – Kollege ist er nicht, Präsident auf Abruf scheinbar, weil er weiß nicht, was rundherum in der Gewerkschaft passiert, der Herr Präsident Verzetnitsch sagt, also die Abfertigung, das ist schon eine ganz richtige Sache, aber wir sehen die Abfertigung nicht als Treueprämie, was sie bis dato war, und wir sehen sie auch nicht als zweite Pensionssäule, sondern wir sehen sie als Überbrückung für die Zeit der Arbeitssuche. Da hat man wieder ganz was Neues erfunden, bitte, als Überbrückung für die Zeit der Arbeitssuche! Das ist eine neue Sache, die ich bis dato nicht gehört habe. Aber nur eines bitte, die „Abfertigung neu“, und dass darüber geredet wird, ist der Verdienst der Freiheitlichen, das lassen wir uns nicht wegnehmen und schon gar nicht von der Gewerkschaft, die das Thema bis dato verschlafen hat. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Wirtschaftsbericht zeigt im Großen und Ganzen ein positives Bild. Wir kommen scheinbar auch in der Rezession mit einem so genannten blauen Auge davon. Wir haben alle zusammenzuarbeiten, nicht krankzujammern, um diesen positiven Trend weiter zu verfolgen. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der FPÖ. – 11.26 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (11.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete und liebe Zuhörer im Zuhörerraum!

Sie sind heute schon mehrmals angesprochen worden. Wir diskutieren hier den Wirtschaftsbericht aus dem Jahr 2000. Ich bin selbst Unternehmer, Elektrogroßhändler. Habe einen mittelständischen Betrieb mit 40 Mitarbeitern und brauche keine Umfragen, um beurteilen zu können, geht es gut, geht es schlecht, wird es ein bisschen besser, wird es ein bisschen schlechter. Eines ist mir am Anfang aber sehr wichtig festzustellen: Hier im steirischen Landtag, hier sitzen Damen und Herren, ältere, jüngere Unternehmer, Arbeitnehmer, Ärzte. Die Bevölkerung wird hier repräsentiert. Und wir diskutieren hier meist sachlich. Es ist nicht üblich, es ist zwar lustig, aber es ist nicht üblich und bitte machen Sie sich jetzt keinen falschen Eindruck, Sie sind vielleicht heute das erste Mal hier, bitte machen Sie sich keinen falschen Eindruck, so wie der Herr SPÖ-Chef Schachner hier zwischengerufen hat, um nicht zu sagen, geschrien hat. Das ist nicht üblich. Hier wird sachlich diskutiert. Es ist natürlich, wenn jetzt ein Bericht gebraucht wird, ist es lustiger, der eine schreit und der andere sagt auch etwas, aber das ist hier in diesem Haus nicht üblich. Und noch etwas möchte ich Ihnen sagen. Sie haben gehört, Nulldefizit, keine neuen Schulden. Ich habe die Worte vom damaligen Bundeskanzler Kreisky noch im Ohr, der gesprochen hat von Schulden und dafür haben wir keine Arbeitslosen, er hat dann beides gehabt. Und wir zahlen jetzt die Schulden von der damaligen Regierung Kreisky. Und wenn jetzt die Bundesregierung und die steirische Landesregierung sagt, keine neuen Schulden, kommt das Ihnen zugute, weil Sie werden dann keine Schulden, keine Altschulden, die irgendjemand vor Ihnen gemacht hat, zu zahlen haben. Das ist mir sehr wichtig. Das ist eine Jugendpolitik und eine zukunftsorientierte Politik für Sie, für die Jugend des Landes. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist zum Wirtschaftsbericht selbst schon einiges gesagt worden und deswegen möchte ich noch ein paar Ergänzungen zu meinen Vorrednern anbringen. Herr Prattes, Sie haben angesprochen die Volkszählung. Sie haben recht, die Zahlen sagen aus, dass die Bevölkerung immer älter wird, dass es weniger junge Leute geben wird. Ich darf Ihnen berichten, dass sich der ÖVP-Klub aber nicht erst seit Sommer oder Herbst mit diesem Ergebnis beschäftigt, sondern bereits am 9. Jänner diesen Jahres sich in einem Sonderklub mit diesem Thema beschäftigt hat, weil wir natürlich damals schon gewusst haben, wie wird die Entwicklung ausschauen, wohin ziehen die Leute. Also wir beschäftigen uns schon seit fast einem Jahr mit diesem Thema.

Herr Prattes, Sie haben auch angesprochen die Schließungen von Bezirksgerichten, wo es Richter gibt, die im Jahr ein paar Urteile fällen. Bitte, bei aller Liebe, dass jeder in seinem Ort sein Bezirksgericht und sein Postamt haben will, es wurden Postämter erfolgreich zum so genannten Greißler ausgelagert. Und Sie haben von Betriebsschließungen und Betriebe werden abwandern gesprochen, das ist falsch. Wenn ich das Postamt zum Greißler auslagere, dann haben die bis zu 15 Prozent Umsatzzuwachs.

Frau Sonnek, weil Sie gesprochen haben von Zahlen. Sie wollen absolute Zahlen. Ich kann Sie Ihnen geben. Sie haben sie ja, aber Sie haben gesagt, Sie haben keine Zahlen und das ist irgendein Machwerk von Herrn Landesrat Paierl. 37 Prozent der BIP in der Steiermark erwirtschaftet die Industrie. Und die Industrie hat im Jahr 2000 das erste Mal über 200 Milliarden Schilling Umsatz erwirtschaftet in absoluten Zahlen. Es waren 201 Milliarden Schilling, die die steirische Industrie im Jahr 2000 erwirtschaftet hat und 70 Prozent davon sind in den Export gegangen, 70 Prozent mit zukunftsorientierter Technologie. Die steirische Industrie beschäftigt – das ist wieder eine absolute Zahl, Frau Sonnek – 84.000 Mitarbeiter und indirekt weitere 150.000, das ist gut die Hälfte der in der Steiermark beschäftigten.

Erlauben Sie mir zu Ihrer Aussage bezüglich Hartberg, Kaufkraft, dass es dort so schrecklich sein soll, Sie wissen es oder Sie wissen es nicht, wenn Sie es nicht wissen, sage ich es Ihnen jetzt. Wenn Sie es wissen, haben Sie hier etwas Falsches gesagt, um Pessimist zu sein, aber Sie wissen ja, was ein Pessimist ist. Wissen Sie das? Ein Pessimist findet zu jeder Lösung das passende Problem. Und so kommen Sie mir vor, wenn Sie sich da herstellen und sagen, wie schlecht alles ist in der Steiermark. Das muss ja furchtbar sein, hier zu leben.

Zu Hartberg: Bei diesen Berechnungen sind die Pendlereinkommen nicht berücksichtigt. Und es gibt zirka 30 Prozent der Arbeitnehmer, die Pendler sind, die aber in Hartberg leben, denen es gefällt in Hartberg, die dort einkaufen, die dort ihr Geld lassen. Nur bei der Berechnung, weil sie eben Pendler sind und woanders arbeiten, fließen diese Zahlen nicht mit ein. Zu Ihrer Information, Herr Klubobmann Schrittwieser ist nicht da, hat gesprochen, hat an und für sich das Thema verfehlt, denn er redet über einen positiven Wirtschaftsbericht negativ. Man kann über alles schlecht reden, man kann alles zerreden. Das ist aber nicht das, was die Unternehmer wollen. Ich habe hier ein Ergebnis der jüngsten Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung aus dem dritten Quartal 2001. Aus diesen Ziffern der Umfrage ist weder für 2001 noch für 2002 eine Rezession herauszulesen. Vertrauensbildende Maßnahmen der Politiker machen daher durchaus Sinn. Und das, was Sie da im linken Drittel hier im Landtag sitzend, von der SPÖ und von den Grünen, machen, das ist ein Miesmachen. Damit helfen Sie niemand. Sie helfen damit niemand, Herr Schrittwieser, wenn Sie sich da herstellen und sagen, wie schlecht alles ist. Das hilft Ihnen nicht. (Beifall bei der ÖVP.) Das hilft nicht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Land und das hilft auch nicht der Zukunft, die da hinten sitzt. Es hilft niemand, nur zu sagen, wie schlecht alles

ist. Wie Sie angefangen haben zu reden, ist die Hälfte der Zuhörer aufgestanden und weggegangen. (Abg. Schrittwieser: „Das sage ja nicht ich, sondern andere. Eure Meinungsforscher sagen das!“) Da sind hier Herren und Damen gesessen, das war wahrscheinlich ein Zufall. Aber im Nachhinein gesehen, muss ich sagen, haben sie richtig gehandelt. Monokultur, keine Rede von Monokultur. Es gibt hier keine Monokultur in der Steiermark. Es ist vom Abgeordneten Kasic aufgezählt worden, wie breit sich zum Beispiel hier in der Steiermark die Industrie positioniert, wie sich der Tourismus positioniert, wie erfolgreich unsere Sportvereine sind. Wir sind die Fußballhauptstadt Österreichs, wir haben die besten Vereine. In den letzten Jahren hat kein Verein in ganz Österreich so viele Punkte gesammelt wie Sturm und GAK, die auch Wirtschaftsunternehmen sind, die auch wichtig sind, für das Land und für die Stadt. Wir haben die Formel 1, die auch enorm wichtig ist, die Sie auch immer schlecht reden, aber sie ist wichtig für dieses Land. Bezüglich Ranking darf ich Ihnen mitteilen, wir sind also da laut Ihrer Aussage fast überall Achter, Neunter oder Zehnter oder wie viele Bundesländer es auch gibt, Aussage der steirischen Industrie, wir sind im Ranking Nummer vier. Darüber war die steirische Industrie nicht erfreut, weil die vierte ist die Blecherne, wir hätten gerne eine Medaille gehabt, Gold, Silber oder Bronze und die vierte ist halt leider nur die Blecherne, auch wenn es nur um ein Hunderstel verfehlt wird, aber es ist der vierte Platz. Und diese Aussage ist nicht von irgendeinem Institut oder von irgendeinem Umfrageunternehmen, sondern von Unternehmen und von Entscheidungsträgern. Das sind die Unternehmen selbst. Sie sagen, hier in der Steiermark sind wir Position Nummer vier. Wenn wir hier nicht Vierter werden, sondern nur Zehnter oder Zwölfter oder 15., so wie Sie es immer sagen, dann würden die sich hier nicht halten können, wenn wir 70 Prozent Exportquote haben bei 201 Milliarden Schilling Umsatz. Also das sind Fakten und keine Umfragen, wo man irgendwo etwas herauskitzeln kann. Die eine Aussage, Herr Schrittwieser, Sie haben da irgendetwas gesagt, wir reden mit gespaltener Zunge, entspricht nicht der Würde dieses Hauses und entspricht auch nicht Ihrem Stand als Klubobmann der Sozialdemokratischen Partei.

Abschließend darf ich sagen, dass die Steiermark sich im Jahre 2000 ausgezeichnet hat, durch eine beachtliche wirtschaftliche Performance. Der strukturelle Wandel von einer alten Industrieregion in eine moderne vernetzte Regionalwirtschaft ist in den letzten Jahren gelungen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 11.36 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Bevor ich nun der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich die Schülerinnen und Schüler der Neuen Mittelschule Straßgang unter der Leitung von Herrn Mag. Tasch begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Zitz zu Wort gemeldet. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Mag. Zitz (11.37 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

Für mich ist es recht typisch, dass die Parteien im Landtag damals sehr genau zeigen, wie es Ihnen im Moment geht. Die SPÖ, die Redner von der SPÖ tun so, als ob sozialdemokratische Finanzer nie irgendwo, irgendwelche Sparbudgets mitzuverantworten gehabt hätten und wenn ich an das Belastungsbudget aus dem Jahre 1996 vom Herrn Gewerkschafter Ressel denke und an die Interventionen und das Dagegenkämpfen von Behindertenorganisationen, von Bildungsorganisationen, von Lehrerinnen und Lehrern, die genau auf Grund dieses Budgets massiv unter Druck gekommen sind, dann wundert es mich, mit welcher Glattheit sich der Klubobmann der SPÖ heute da heraußen hinstellen kann und mit dem Zeigefinger groß und stark gegen die ÖVP erheben, das wundert mich.

Das Zweite, was die ÖVP betrifft, ich schätze den Herrn Wirtschaftslandesrat als einen Mann ein, der, und das sage ich als Grüne, die sicher einige von seinen Aktivitäten sehr, sehr kritisch sieht, der Interesse an einem politischen Verständnis von Wirtschaftspolitik hat, der genau hinschaut und der punktuell auch zu Innovationen bereit ist. Und ich weiß nicht, wie toll das für Sie ist, wenn dann Leute von Ihrer Fraktion herausgehen und entweder nur lobhudeln und sagen, dass alles ganz, ganz toll ist, ohne einen Millimeter Selbstkritik, das wäre für mich nämlich echte politische Auseinandersetzung und aus der könnten wir inhaltlich lernen und sozusagen sich inhaltlich weiterentwickeln. Oder wenn jetzt da im Landtag Blau-Schwarz noch einmal vorgeführt wird, indem der Herr Wiedner hergeht und die Frau Forstinger ganz skurril in Schutz nimmt. Also diese 15 Prozent mehr für Infrastruktur – ich nehme an, Sie reden da über Verkehrsprojekte –, da hätte ich sehr gerne einen Zahlenvergleich, 15 Prozent, worauf bezogen. Und wenn man sich anschaut, wie man in der Steiermark unterwegs sein kann, dann muss ich sagen, dass die Verkehrspolitik in der Steiermark, konkret Straßenbahn, Bus und Bahn, dass genau in dem Bereich massiv eingespart wird. Und es gibt einen tollen Satz im Umweltbericht. Da steht nämlich drinnen, dass in der Steiermark seit 100 Jahren kein einziger Meter mehr für die Schiene gebaut worden ist. Also woher kommen Ihre 15 Prozent?

Und eine letzte Sache noch zum Herrn Wiedner, weil ich wirklich geglaubt habe, ich höre nicht richtig. Sie haben gesagt, eine Abfertigung wäre eine Möglichkeit, dass eine beschäftigte Person die Arbeitslose sozusagen besser durchsteht und dann eine Arbeit findet. Für mich ist die Abfertigung eine ganz kleine Vereinbarung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin und Arbeitgeber. Es hat etwas mit Loyalität von dieser Person zum Betrieb zu tun, weil bei nicht einvernehmlichen Kündigungen gibt es auch keine Abfertigung. Und ich verstehe auch nicht, dass da der Wirtschaftssprecher der Freiheitlichen sagt, naja, die Abfertigung ist eigentlich eine Überbrückung für die Arbeitslose. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Der Verzetnitsch hat das gesagt!“)

Aber ich denke, das ist eine Haltung, die absolut problematisch ist und ich habe nicht gehört, dass Sie das in der Form massiv in Frage gestellt hätten. Ich möchte noch auf ein Anliegen zurückkommen, das für uns als Grüne sehr wichtig ist. Wir haben einen Antrag eingebracht, betreffend Frauenanliegen in der steirischen Wirtschafts-

politik, und dieser Antrag wird auch von der SPÖ von Frau Bachmaier-Geltewa unterstützt. Ich bin hergegangen und habe mir den wirtschaftspolitischen Bericht durchgeschaut, sozusagen mit meinen Überlegungen als Frauensprecherin und bin auf ein paar Elemente draufgekommen. Das eine ist, dass es zwar stimmt, dass derzeit in der Steiermark mehr Frauen berufstätig sind, also sprich beim Arbeitskräftepotential sind, dass aber gleichzeitig der Frauenanteil bei den steirischen Arbeitslosen insgesamt überdurchschnittlich hoch ist und deutlich nach wie vor über dem Österreichschnitt liegt. Der Bericht hält das – zum Glück, muss ich sagen – sehr eindeutig fest, indem geschrieben wird, dies darf aber trotzdem nicht darüber hinwegtäuschen, dass es gerade Frauen sind, die nach wie vor besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Das steht im Wirtschaftsbericht drinnen, erster Punkt. Der zweite Punkt, der schaut es jetzt aus, wenn Frauen berufstätig sind. Es ist nach wie vor so, dass Frauen zwei Drittel bekommen, die ein Mann bekommt in einem vergleichbaren Beruf. Und am krassensten auseinander geht es im Bereich der Dienstleistungsangebote. Da bekommt eine Frau, die eingestellt wird, oft junge Frauen, und ein Mann, der eingestellt wird, die inhaltlich ganz was Ähnliches machen, da bekommt die Frau 56,9 Prozent des Einkommens von männlichen Kollegen. Und diese Zahl, die klingt im ersten Moment abstrakt, wenn es einen aber selber erwischt und wenn man sieht, dass man für die eigene Leistung so viel weniger bekommt als ein vergleichbarer Kollege, dann ist das einfach in hohem Maße ungerecht und hat frauenpolitische und natürlich auch familienpolitische Auswirkungen und bringt einfach ganz klar zum Ausdruck, was auch ein unverdächtig Autor gesagt hat, nämlich der Bundesrechnungshofbericht, nicht der Sozialbericht des Bundes oder der Frauenbericht, sondern der Bundesrechnungshof hat festgestellt im Jahre 1999, dass es diese Kluft zwischen Fraueneinkommen und Männereinkommen in Österreich in massivem Ausmaß gibt. Und das ist für mich einfach ein elementares Stück Verteilungsgerechtigkeit und auch Wirtschaftspolitik.

Der dritte Punkt in der Steiermark – und jetzt zitiere ich das AMS, das Arbeitsmarktservice –, da wird festgehalten, dass etwa dreimal so viel Frauen als Männer geringfügig beschäftigt sind und etwa zehnmal so viel Frauen als Männer teilzeitbeschäftigt sind. Wenn das etwas Selbstgewähltes ist, was die Frauen sich wünschen und wo sie ja sagen, ich möchte keine fixe Anstellung und ich möchte nicht ganztags arbeiten, dann ist es absolut zu respektieren. Es ist aber so, dass ein großer Teil dieser Frauen sehr wohl Interesse hätte an einer nicht geringfügigen Beschäftigung, also sprich einem Recht auf Sozialversicherung, auf eine Krankenversicherung, auf eine Pensionsversicherung beziehungsweise andere Sozialleistungen, die sie aber einfach nicht bekommen, weil sie in einem so unsicheren Status gegenüber dem Arbeitgeber sind. Und die Frage der Teilzeitbeschäftigungen, das heißt, sehr, sehr oft, dass Frauen, nachdem sie Kinder bekommen haben und zu Hause waren, wenn sie wieder arbeiten gehen, zwar zum Glück teilzeit einsteigen können, was eine Zeit lang auch gewünscht wird, aber das, was ich sehr kritisch sehe, ist, dass es für Führungspositionen sehr oft keine Teilzeitangebote gibt und da zu sagen, man kann eine Führungsfunktion einnehmen, aber nicht 40 Stunden, sondern 20 Stunden mit einer sinnvollen Aufteilung zwischen zwei Personen, das wäre für mich ein Stück innovative Wirtschaftspolitik und zugleich auch Arbeitsmarktpolitik. Und es gibt konkret in den USA und in Skandinavien etliche Varianten, wo man sagt, Führungspositionen haben unterschiedliche Tätigkeiten. Es gibt Tätigkeiten, die mehr nach außen und die mehr nach innen gerichtet sind, und warum soll man das nicht auf zwei Personen entsprechend ihren Kompetenzen und Qualitäten aufteilen.

Ein letzter Punkt noch, um jetzt den Antrag einzubringen. Wie gesagt, er wird von der SPÖ unterstützt. Für uns ist Wirtschaftspolitik dann zeitgemäß, wenn sie hohe Chancen gibt auf Innovation, auf Kreativität und auf Gleichberechtigung. Und für uns bedeutet Wirtschaftspolitik deswegen automatisch eine moderne emanzipatorische Frauenpolitik und leider auch eine Maßnahme der Armutsbekämpfung. Es hat vor einer Woche die dritte Aktionswoche gegen Armut und soziale Ausgrenzung gegeben und diese Aktionswoche ist nicht zufällig auch schwerpunktmäßig auf die Situation von Frauen gelenkt worden. Und ich glaube, dass das genauere Hinschauen, wie Wirtschaft aus weiblicher Sicht funktioniert oder aus der Sicht auch von ganz alten Frauen oder ganz jungen Frauen, dass das was sehr Interessantes sein kann.

Den Antrag – wie gesagt – haben wir so formuliert, dass wir Zitate aus dem Wirtschaftsbericht verwendet haben beziehungsweise aktuelle Zahlen vom AMS. Ich bringe deswegen den Entschließungsantrag der Grünen mit SPÖ-Unterstützung ein.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Hinkunft im Wirtschaftsbericht über Ziele und konkrete Maßnahmen zur Senkung der Frauenarbeitslosenquote zu berichten, frauenrelevante Anliegen in die „wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen“ aufzunehmen sowie in den „Strategiefeldern der Wirtschaftspolitik“ auf Frauenförderung Bezug zu nehmen. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 11.47 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zur tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (11.47 Uhr): Frau Präsidentin! (Abg. Schrittwieser: „Jetzt gehen viel mehr als bei mir!“) Bist fertig?

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung!

Frau Kollegin Zitz, Sie haben gesagt, ich habe dargestellt, dass die Abfertigung eine Überbrückung für die Zeit einer Jobsuche sei. Ich habe hier zitiert den Herrn Präsidenten Verzetnitsch, der das bei „Betrifft“ gesagt. Mir ist diese Version völlig neu und ich vertrete sie auch nicht. (Abg. Mag. Zitz: „Okay!“ – 11.48 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (11.48 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bin heute etwas später gekommen, weil wir in der Nacht erst fertig geworden sind mit den Sozialpartnern bei den Kollektivvertragsverhandlungen. Und ich muss sagen, ich habe wiederum einmal erkennen können, dass das, was da geredet wird, so wie es geredet wird, Praxis und Theorie zwei Welten sind, und ich würde den Kollegen Wiedner einmal bitten, vielleicht reklamiert er sich rein, dass er bei den Unternehmern verhandeln kann. Ich muss sagen, wir haben einen sehr guten Kompromiss erzielt und wir haben auch eine Konferenz bereits abgehalten. Dieses Ergebnis wurde von beiden Seiten akzeptiert.

Schade, dass jetzt die Jugend gegangen ist, weil der Kollege Bittmann rausgegangen ist und gesagt hat, es ist nicht üblich, dass man hier schreit. Meine Damen und Herren, liebe Kollegen der anderen Fraktionen, manchmal muss ich euch schon sagen, bei eurem Machtausch und bei eurem Wortgehabe, da muss man sich sehr zusammennehmen mit Ausnahme der Grünen, selbstverständlich, muss man sich schon sehr zusammennehmen, dass einem die Emotionen nicht durchgehen. Wir haben nur ein Problem, ihr nehmt das alles so locker auf die leichte Schulter und wir haben einen anderen Zugang, weil wir sehen die Bürgerin und den Bürger und nicht euer Geplänkel. Und daher ist es legitim, dass man sich einmal in der Wortwahl ein bisschen stärker artikuliert. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Es hat damit überhaupt nichts zu tun, dass man krankjammert. Ich habe mit dem Wirtschaftslandesrat Paieryl einige Diskussionen geführt. Wir führen sie im Wirtschaftsförderungsbeirat, wir führen sie so. Nur Jubelberichte, da brauchen wir uns nicht anstrengen, die macht ihr. Und ich stehe nicht an zu sagen, dass die Steiermark – und das hat auch der Schrittwieser in der Form nicht gesagt, wie ihm unterstellt wurde – einen Aufholbedarf gehabt hat und dass es uns gelungen ist in vielen Bereichen etwas aufzuholen. Nur wenn der Kollege Wiedner – das kann ich in jedem Protokoll nachlesen – permanent rausgeht, die alte Scheibe auflegt vom Konsum, wo ich persönlich sage, ich bedaure ja, dass einer das zum Anlass nimmt, wo viele hunderte Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben, dass er sich noch freut darüber, weil das passiert ist. Mir würde das ja nie einfallen, dass ich sage, dass der Gewerke Assmann, dem man im Land Steiermark herumgetragen hat, bitte sogar eingesperrt worden ist, weil er fahrlässig gehandelt hat. Da hat noch keiner geredet. Ich könnte euch viele andere Private aufzählen, die bitte in Konkurs gegangen sind, die Probleme gehabt haben. Da redet jetzt keiner was davon. Und ich sage, ich mache aufmerksam, weil wir schon einmal in der Steiermark das Problem miterlebt haben und es hat mich für meine Gewerkschaft, für meinen Berufsweg, am stärksten betroffen, die Grundstoffindustrie zu sanieren, wie der große Einbruch gekommen ist. Ja glaubt denn einer hier in dem Haus, das wäre angenehm, wenn du in Kapfenberg und Donawitz von 6000 auf 2000 Leute reduzieren musst. Wir haben nur eines machen können, wir sind nicht hinausgegangen als Sozialdemokraten wie die ÖVP und die Freiheitlichen und haben gesagt, sperrt die Museumsbetriebe zu, nein, wir sind gestanden dazu und haben gesagt, wir müssen versuchen, die Standorte zu erhalten. Und heute, weil alles in Ordnung ist, weil die Gewinne eingefahren werden, heute wechselt man in den Gremien, in der ÖIAG und überall hat man die Prinzhorn und andere reingesetzt, weil jetzt geht es ja gut, und damals habt ihr gesagt, sperrt zu. Und dann hat noch der Schlüssel als Bundeskanzler die Frechheit, bei der Eröffnung des Hochofens hinzugehen und zu sagen, super, klass und er bedankt sich. Die Belegschaften und das Management haben unter großen Opfern und Einsatz, meine Damen und Herren, die Leistung verbracht, damit die Jugend wieder eine Chance hat, Arbeitsplätze zu kriegen und dass die Standorte erhalten bleiben. Und hört einmal mit dem alten Geplänkel auf. (Beifall bei der SPÖ.)

Und der Frau Kollegin Zitz möchte in aller Kürze sagen, ich stehe auch dazu als Gewerkschafter. Wir haben sogar unter ÖVP-/SPÖ-Regierung Sparpakete beschlossen. Wir haben sie mitgetragen. Es war nicht einfach. Nur die Umverteilung war eine andere. Da ist es nicht nur darum gegangen, dass man nur den Kleinen die Haare schneidet und oben alles hineinschiebt, sondern da haben alle miteinander dementsprechend Einsparungen getroffen. (Abg. Wiedner: „Umverteilung zu den Gewerkschaftsspitzen!“) Nur der Sparkurs von euch, lieber Kollege Wiedner, geht in die andere Richtung. Dort wird nämlich unten weggenommen und oben dazugegeben. Da können wir als Sozialdemokraten sicher nicht mitgehen. (Abg. Wiedner: „Umverteilung!“) Du kannst dann noch einmal reden. Unter der Hysterie, das Nulldefizit zu kriegen – und ich bin dem Kollege Schützenhöfer, irgendwo habe ich ihn schon gesehen, dankbar und ich weiß auch im Innersten nach einem Gespräch mit dem Landesrat Paieryl, dass wir nicht hergehen sollen und ich bin überhaupt nicht bereit, dass ich sage, der Wirtschaftsbericht von 2000, der ist schlecht und was weiß ich, sondern ich möchte aufmerksam machen auf die Sorgen, die wir jetzt haben, wo es darum geht, das zu diskutieren, offen zu legen und zu versuchen, entgegengenzusteuern. Und wenn schon einmal von der ÖVP-Seite ein Landesrat und Experte – ich bin kein Experte, ich kenne mich da nicht so aus – sagt, ihr müsst gegensteuern, was tun wir denn bei der Bauwirtschaft, wenn die Bauarbeiter heuer die größte Arbeitslosigkeit haben, im Sommer nicht einmal eine Beschäftigung gefunden haben und jetzt das Pech haben, dass sie nicht einmal eine Arbeitslose bekommen können, weil sie die Zeiten nicht zusammenbringen, dass sie einen neuerlichen Anspruch haben. Und da muss die öffentliche Hand einsteigen. Und wir als Sozialdemokraten haben immer gesagt, wenn die Wirtschaft nicht in der Lage ist aus weltwirtschaftlichen Einflüssen, dann müssen wir versuchen, dass die öffentliche Hand mit Projekten und so weiter einsteigt, damit wir Beschäftigung im Land haben. Da geht es nicht nur um die Bauarbeiter, da geht es um das Baunebengewerbe und alle anderen Bereiche, meine Damen und Herren. Und ich bin nicht glücklich darüber, dass wir in der Obersteiermark schon wieder beginnen, obwohl da schon Diskussionen geführt worden

sind, Arbeitslosigkeit haben. Wir haben das Problem, dass bei der ehemaligen Firma Schrack-Artisen, die geteilt sind, die Telefongeschichten machen, wo 150 Leute auf einen Schlag ihren Arbeitsplatz verloren haben. Wir wissen, dass in Kindberg, trotz politischer Zurufe ein Problem entsteht. Wir wissen, dass in Krieglach, wo die Zeitungen geschrieben haben, wo der Kollege Straßberger hinausgegangen ist, ist eh alles paletti, die kommen alle unter. Kein Einziger ist drüben untergekommen im Rohrwerk. Die stehen noch immer, läuft jetzt aus, Arbeitslosigkeit. Und wir haben das Problem bei Böhler Müzzuschlag und, und, und. Wir haben das Problem bei Philips Lebring, wir haben das Problem bei Vogel und Noot und es zeichnet sich, meine Damen und Herren, ich tue nicht schwarz malen (Abg. Wiedner: „Was denn dann?“), hoffentlich tritt das nicht ein, aber es zeichnet sich ein nächstes Tief für die Wirtschaft ab, und seit dem 11. September ist sowieso alles anders geworden, weil man sich auch an den weltwirtschaftlichen Entwicklungen nicht vorbeiswindeln kann, und wenn es überall hinunterfährt, wird es auch bei uns Auswirkungen haben und darum habe ich auch Angst und Bedenken, und nicht dass ich es verteufle, dass wir einen Autocluster haben, dass wir in Graz alles konzentrieren. Super, aber ich sage halt, die Regionen müssen auch beteiligt werden. Da höre ich nicht auf, das zu reden. Ilz bei Fürstenfeld, unten ein Superwerk hingestellt. Die kleinen Unternehmer jammern und sagen, ihr hungert die Regionen aus, die Leute gehen uns weg. Ja, warum? Ja, weil sie dort Gott sei Dank mehr verdienen. Aber es kann uns das gleiche Schicksal passieren, wenn wir nicht vorsorgen, wie es uns in der Grundstoffindustrie passiert ist. Und wir haben in Graz erlebt, dass bei Steyr-Daimler-Puch mit einem Schlag über 1000 Leute ihren Arbeitsplatz verloren haben. Könnt ihr euch das ausrechnen, wenn wir jetzt in der Form – wir haben nur ein Glück, Eurostar redet auch noch keiner darüber. Wir wissen alle miteinander, dass Eurostar ein großes Problem wird, und jetzt haben wir schon wieder ein Glück dabei, Gott sei Dank, dass wahrscheinlich Puch das wird übernehmen können, dass wir dort keine 1700 Arbeitslosen haben, sondern dass wir die brauchen, weil eben gewisse Firmenkonzepte nicht aufgehen.

Meine Damen und Herren von der ÖVP, weil ihr immer so Beifall klatscht und so lacht. Ich möchte euch sagen, das ist euer neues Maskottchen. Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts mehr. Seit 1986 bis 2000 in der Regierung, über die Schulden schreit ihr immer mit. Da ist die Statistik, die ist euch allen zugänglich, wo ihr in der Regierung mitbeteiligt gewesen seid, wie die Schulden gestiegen sind. Da seid ihr überhaupt nicht fein gewesen, zu begehren und zu sagen gemma, gemma, da müssen wir tun. Ich bekenne mich dazu, dass man teilweise oft auch den Staatsschilling, die Steuerschillinge eingesetzt hat, damit Menschen eine Arbeit haben. Nicht für umgekehrt, dass wir die Reichen noch reicher machen und dass man privatisiert für die Privaten. (Beifall bei der SPÖ.)

Und noch eines: Facharbeitermangel, meine Damen und Herren. Ich bitte auch den Herrn Landesrat Paieryl, wir haben nach wie vor in der Steiermark – es gibt drei Bundesländer Wien, Burgenland und Steiermark, die in der Jugendausbildung nach wie vor hinten hinken. Wir wissen das. Es sind die Maßnahmen der ehemaligen Bundesregierung ausgelaufen, die neuen werden ja nicht ersetzt. Ich bitte auch, dass wir dann vom Land uns beteiligen, dass dieses Jugendsozialausbildungsgesetz aus dem Jahr 2001 dann dementsprechend auch dotiert wird, dass sich das Land beteiligt, dass wir eine Kofinanzierung machen, dass wir gemeinsam versuchen, mitzuhelfen, dass die Betriebe wieder bereit sind, Jugendliche auszubilden, ihnen eine Chance zu geben, damit verschiedene andere gesellschaftspolitische Dinge ausbleiben, denn wenn die Jugend keine Beschäftigung findet, da reden wir alle schön. Nur in der Tatsache ist es so, dass wenn einer sich 70-, 80-mal als Jugendlicher bewerben muss, dass er überhaupt einen Lehrplatz oder einen Arbeitsplatz kriegt, dann muss man sich einmal in die Lage derjenigen oder desjenigen hineinversetzen, welchen Frust man damit erzeugt, wenn keiner eine Beschäftigung findet, meine Damen und Herren. Da sind wir aufgerufen etwas zu tun.

Abschließend möchte ich nur noch sagen, ich habe das Glück gehabt, mit einer Delegation aus Niedersachsen in der Therme Loipersdorf zu sein und ich habe das Glück, dass ich mit verschiedenen anderen aus der Landesbeteiligung, Geschäftsführer gesprochen habe – und ihr habt alle schon die Zeitungartikel vergessen, wie sich die hilfevoll an die Öffentlichkeit gewandt haben, wenn wir jetzt reden Thermenverkauf, also alles was ist, muss verscherbelt werden. Verkaufen kann ich nur einmal etwas und ihr redet von der Jugend. Ihr verkauft der Jugend jetzt die Dinge, wo man in der weiteren Folge vielleicht noch einmal einen Notgroschen haben könnte und etwas brauchen kann. Das ist auch eine Politik, da tun wir nicht mit. Nur um des Verkaufens willen, damit die Zahlen nach außen stimmen und damit wir das Geld nach Wien tragen, werdet ihr von der sozialdemokratischen Fraktion nie und nimmer eine Zustimmung kriegen. (Beifall bei der SPÖ. – 11.59 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Paieryl. Bitte, ich erteile es Ihnen.

Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl (11.59 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Herr Landeshauptmannstellvertreter hat sich schon gemeldet, er wird also, so nimmt er an, einiges auch zu meinen Ausführungen noch zu sagen haben. Ich werde versuchen, einerseits auf aufgeworfene Themen einzugehen, zum anderen auch meine Sicht der Dinge, wie Sie hier die Damen und Herren Abgeordneten gebraucht haben, nämlich nicht nur, was den Rückspiegel anlangt, was den Geschäftsbericht und den Wirtschaftsbericht über das Jahr 2000 anlangt, sondern dass auch die aktuelle Situation und das, was man aus heutiger Sicht einigermmaßen gesichert von einer Führungsposition ausgehend über die Zukunft der Steiermark sagen kann. Lassen Sie mich auf einige Details eingehen, so wie ich es mir auch aufgeschrieben habe.

Herr Abgeordneter Prattes hat einerseits natürlich weniger über das Wirtschaftsthema oder sagen wir so, im weitesten Sinne über das Wirtschaftsthema gesprochen, weil er eher eine Sicherheitsdebatte hier geführt hat. Ich darf nur eines dazu grundsätzlich sagen, Herr Abgeordneter. Natürlich sind es auch Wirtschaftsunternehmen und insbesondere wenn man sie ausgliedert und wenn man, was ja nicht in der bösen ÖVP-FPÖ-Bundesregierung passiert ist, sondern längst vorher, wenn man etwa die Post in dieser Zeit der SPÖ-Kanzlerschaft der ÖIAG zuweist, zu 100 Prozent. Das ist ein ÖIAG-Betrieb, der dort noch sogar – und die Entscheidungen stammen aus dieser Zeit – Dividenden zu zahlen hat und wenn auf dieser Schiene fahrend, natürlich auch versucht wird, dort Effizienz zu steigern, um mitzukommen, um nicht zugesperrt zu werden, um nicht insgesamt dieses große traditionsreiche Unternehmen zu gefährden, dann hat man da oder dort schon gewisse Notwendigkeiten und auch Verständnis von politischer Seite zu bringen. Und ich meine, nicht nur gegen das Zusperrn zu wettern. Ich bin auch dafür, dass man das kritisch anschaut, die Pläne anschaut, aber auch politisch gefordert ist – Sie, wir alle politisch gefordert sind – Alternativen anzubieten. Und da komme ich gleich zur Kollegin Lechner-Sonnek. Sie fordert absolute Zahlen, Sie können Sie haben, Sie brauchen nur in den Wirtschaftsserver schauen, aktuellst auf den letzten Stand gebracht. Wir verheimlichen nichts. Von Anfang dieser Ressortführung, seit sechs Jahren, haben wir nichts verheimlicht, sondern haben deutlich gemacht, wo wir stehen, wo wir uns verbessern müssen, aber dort und da natürlich auch evaluiert. Nicht wir haben das gemacht, sondern das haben durchaus kritische Zeitgenossen gemacht. Schauen Sie sich den Wirtschaftsbericht im Vorwort an. Ein Kommentar von außen, ein durchaus unverdächtig und unbeeinflussbarer. Chefredakteur Dr. Peter Muzik des Wirtschaftsblattes schreibt: „Die eingeschlagene Richtung stimmt. Die Steiermark befindet sich auf dem richtigen Weg!“ Meine Damen und Herren, das ist es, worauf wir uns konzentrieren sollten, dass wir uns nicht hier in eine zum Teil wirklich detailierte und nichts erbringende Schlacht begeben.

Ich komme auf ein paar Dinge, die Sie, Frau Kollegin Lechner-Sonnek, noch gefordert haben, noch zu sprechen. Beschäftigung wird leider nur in Arbeitslosenzahlen ausgedrückt. Das stimmt nicht. Ich kann es Ihnen geben. Sie finden es wie gesagt auch im Wirtschaftsserver. Die Arbeitsplätze werden von uns neben den Arbeitslosenzahlen, wie sie vom AMS monatlich kommen, auch dem gegenüber gestellt. Und da werden Sie sehen, dass wir in den letzten Monaten immer ein Allzeit-Hoch hatten und noch immer haben, Gott sei Dank. 440.000 Steiererinnen und Steierer sind zur Zeit unselbstständig beschäftigt. Und es ist auch im Vergleich dieser absoluten Zahl mit den anderen Bundesländern ein Topwert. Ich komme auf einige Phänomene diesbezüglich noch zu sprechen. Sie haben auch die Einkommensstatistik angesprochen, wo die Steiermark hinten nach ist. Es hat ohnedies der Herr Abgeordnete Bittmann hierauf schon geantwortet. Meine Damen und Herren, da müssen Sie sich schon die Erhebungsmethoden auch anschauen. Dort sind nämlich beispielsweise, das zeigt ja auch der steirische Fall Mürrzuschlag. Mürrzuschlag hat österreichweit die höchsten Einkommen. Wir reden nur über das Negative. Wir reden über das Schlimme, wir reden nur über das sozusagen Problemmachende, obwohl auch in jenen Regionen, wo ich schlechte Einkommensstatistiken habe, ja vieles nicht hinzugerechnet wurde. Die Pendlerproblematik ist schon genannt worden. Auch im agrarischen Bereich. Vieles, was dort nicht eingeht in die Statistik, kann auch nicht ausgewiesen werden und nicht zu vergessen natürlich auch das Preisniveau auf der anderen Seite. Also nicht nur das Einkommen, sondern auch die Kosten sind in diesen Regionen ja geringer.

Und ein Drittes: Sie haben Ökocluster zum x-ten Mal eingefordert. Ich kann Ihnen nur zum x-ten Mal sagen, bitte nehmen Sie teil, schauen Sie da auch in die Informationen, die wir anbieten, es gibt den Ökocluster, und zwar seit 1997. (Abg. Lechner-Sonnek: „Aber nicht im Bericht, wie auch die anderen Zahlen!“) Okay, da bekenne ich, das werden wir für das nächste Mal ausbessern. Wir werden auch im Bericht die Cluster, nicht nur den Automobilcluster, sondern den Holzcluster, den Telekommunikations- da sagen wir noch nicht Cluster dazu, das ist ein Netzwerk in Vorbereitung. Dort werden wir heftigst jetzt anschieben, weil dort sind wir nicht gut. Dort müssen wir entsprechend investieren. Aber den Ökocluster gibt es seit 1997 und wir investieren dort ja einiges gemeinsam mit der Stadt Graz. Ich würde Sie bitten, tun Sie da hier auch mit Ihren Kollegen im Grazer Gemeinderat, die das bestens wissen und die zum Teil da ja auch beteiligt sind, kommunizieren.

ELIN haben Sie angesprochen. Wir haben hier mit der ELIN in Weiz ein Unternehmen, das noch vor einigen Jahren von vielen abgeschrieben wurde. Weiz-Süd war eine Industriebrache. Heute haben Sie dort ein Weltkompetenzcenter für den Ausbau, für die Errichtung von Windkraftanlagen. Letzten Samstag ist die feierliche Inbetriebnahme gewesen.

Jetzt komme ich zum Herrn Klubobmann, lieber Siegi, du forderst Wirtschaftspolitik nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Arbeitsplätze, für die Arbeitnehmer und nicht nur für die Arbeitgeber. Selbstverständlich, 440.000 Beschäftigte. Diese Zahl sollte doch genug Antwort auf die Frage sein, wo die Steiermark steht. Ich würde schon bitten, hier nicht nur diese Totenglocken zu läuten, weil da muss ich auch die grundsätzliche Frage stellen, die auch Gennaro angesprochen hat. Was ist unsere Aufgabe, meine Damen und Herren? Was ist unsere Aufgabe in so einer Situation, die von außen her durchaus nicht lustig ist. Wir betreiben ja nicht nur Schönwetterpolitik. In einer Hochphase, in einer Hochkonjunkturphase ist es durchaus da oder dort leicht, Politik zu betreiben. Das bedingt gewisse Methoden, gewisse Strategien. Aber wir haben auch Strategien für eine Schlechtwetterphase. Da haben wir ja gerade in der Steiermark das bereits in den letzten zehn, 15 Jahren ausführlich geübt. Sicher keine Methode ist es, ein Budget und damit Stabilität in Frage zu stellen. Und das tun Sie seit geraumer Zeit. Das tut die SPÖ insbesondere auch auf der Regierungsebene, aber ich kann Ihnen versichern, meine Damen und Herren, das Budget 2001/2002 wird halten. 2001 ist sowieso schon gesichert. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen und nicht permanent Ihr eigenes Budget hier in Frage zu stellen. Die Steiermark ist gut geführt, sehr gut geführt sogar. (Abg. Schrittwieser: „Ist nicht unser Budget!“) Wir werden auch die Investitions-offensiven, die in diesem Budget ja sind und die Sie damit auch in Frage stellen, auch durchziehen. Das wird erledigt. Und da würde ich wirklich bitten den Kollegen Gennaro, dass er sich in seiner Fraktion insbesondere auf

der Regierungsebene, aber auch dann hier im Landtag besonders dafür einsetzt, dass diese Bauprojekte, wie wir sie beschlossen haben in der Landesimmobiliengesellschaft im Falle Pfauengarten auch tatsächlich von der SPÖ mitgetragen werden. Bisher sehe ich das nicht. Bisher gibt es ein sturheiles Kontrastimmen, ein Blockieren und zum Teil, was die Argumente anlangt, ein ziemlich mit bösen und üblen Unterstellungen versehenes politisches Agieren dagegen. Die Steiermark, meine Damen und Herren, – Prattes ist jetzt nicht mehr da, weil er von der Zusperrorgie gesprochen hat – die Steiermark ist ein Aufsperrland. Die Steiermark hat in den letzten Jahren, gerade wenn es um wirtschaftliche Unternehmen gegangen ist, Topraten bei den Gründern immer gehabt, und zwar bundesweit, nicht von uns ausgewiesen, sondern bundesweit nachgewiesen, dass wir eine Gründermark sind. Die Steiermark ist auch ein Zukunftsland und deswegen brauchen wir auch den Zukunftsfonds. (Beifall bei der ÖVP.)

Und weil hier auch die Gefahr der Monostruktur auch zum x-ten Mal – ich sage es auch zum x-ten Mal dazu – angesprochen wurde, meine Damen und Herren, deswegen beschäftigen wir uns ja neben dem Automobilcluster mit dem Thema Schiene, mit dem Thema Luftfahrt, mit dem Thema Holz, mit dem eigenen Holzcluster, Organisation, mit dem Thema Telekommunikation und mit dem Thema Ökologie. Also auch hier zum x-ten Mal diese Antwort, Sie kennen sie schon, ich will Sie auch nicht weiter langweilen, aber trotzdem, weil es immer wieder von Ihrer Seite kommt.

Weil gerade zum Schluss auch der Kollege Gennaro angesprochen hat das alte Thema der letzten Wochen, verscherbeln, und hier wird unverantwortlich agiert von der Landesseite, weil hier Landesvermögen verkauft wird. Ich darf Ihnen nur eines – und da würde ich dann bitten, dass vor allem die Frau Kollegin Gross und der Herr Kollege Gennaro aufpassen. Sie haben nämlich am 16. April 1991 hier in den Landtag einen gemeinsamen Antrag eingebracht betreffend die Privatisierung der Steiermärkischen Landesdruckerei GesmbH., wo es heißt, der Hohe Landtag wolle beschließen – mit einer sehr vernünftigen, sachlich richtigen Begründung, ich würde das heute jederzeit auch so unterschreiben –, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Verkauf der Anteile des Landes Steiermark an der Steiermärkischen Landesdruckerei GesmbH. zu betreiben und so rasch als möglich einen konkreten Vorschlag für den Verkauf der Anteile dem Steiermärkischen Landtag zur Genehmigung vorzulegen.

Bitte, meine Damen und Herren, Ihr Antrag von 1991. Wissen Sie, das ist schon möglich, dass Sie das vergessen haben. Aber was Sie nicht vergessen haben können, ist, dass Ihr Kollege Ressel, der hier saß und bei uns in der Regierung saß als Finanzreferent und Beteiligungsreferent die Fälle ESTAG, die Fälle Hypo im Jahre 1998 zur Zufriedenheit – wir haben mitgestimmt – abgewickelt hat, und zwar auf die ganz gleiche Art und Weise, nur ein bisschen teurer. Wir machen es jetzt ein bisschen billiger, was die Berater anlangt. Und zwar mit Garantie machen wir das billiger und auch sehr transparent werden wir dasselbe machen. Und die Schiene etwa für die Hypo ist 1998, nicht nur was die Vorgangsweise anlangt, sondern sogar was den Betrag anlangt, den Kaufbetrag anlangt, bereits beschlossen worden. Sie werden es wohl noch einmal reinkriegen. Also, ich bitte Sie schon, besinnen Sie sich und erinnern Sie sich an diese vernünftigen Vorgangsweisen, die Sie selbst hier beantragt haben als Abgeordnete und die wie gesagt in der Regierung immer außer Streit gestanden sind.

Ich komme schon zum Schluss und stelle die Frage, die die Menschen wirklich zu beschäftigen hat in dieser schwierigen Zeit, was brauchen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch die Arbeitgeber in so einer Situation? Sie brauchen Stabilität, sie brauchen Vertrauen in politische Leadership, in Führungstätigkeit, sie brauchen selbstverständlich immer noch und immer wieder auch Innovations- und Investitionsgeist. Und ich behaupte und kann das auch beweisen, dass das in dem letzten Jahr, wo Sie jetzt hier den Bericht vorliegen haben, aber auch heuer und im nächsten Jahr in dem Ausmaße stattfinden wird, dass es uns in der Steiermark in einer schwierigen Situation gut gehen wird und dass insbesondere, was den Arbeitsmarkt anlangt, wie auch sehr rasch und sehr effizient auf Veränderungen etwa im Baubereich – das tun wir im Moment gerade, soweit wir können –, und bitte erwarten Sie da nicht, dass das Landesbudget Konjunkturtäler ausgleichen kann. Wir werden da oder dort feinjustieren können und werden da oder dort die richtigen Strukturen schaffen. Und das ist uns bisher gelungen mit viel Technologie, mit viel Innovationsgeist und auch mit einer richtigen Politik im Budgetbereich. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.13 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann DDr. Schachner. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (12.13 Uhr): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es wird heute der Wirtschaftsbericht des Jahres 2000 diskutiert. Zum Teil heftig, weil ich schon sage, dass ich wenig Verständnis dafür habe, wenn sich jemand darüber freut, dass irgendetwas in der Vergangenheit danebengegangen ist. Wir haben alle darunter gelitten. Die Sozialdemokratie hat mit dem Niedergang des Konsum auch in sich selbst gelitten. Das hier zu einem Gegenstand zu machen, über den man sich freut, freut mich gar nicht und ich bekenne mich auch dazu.

Und ich bekenne mich auch dazu, dass ich in solchen Situationen durchaus Emotionen habe und auch weiterhin haben werde. Das ist das eine. Meine Damen und Herren, wir reden über den Bericht 2000 und es ist in der Tat so, dass dieses Jahr 2000 ein gutes Jahr für die Steiermark war, eines der hervorstechenden Jahre. Wissen Sie warum? Die Steiermark hat bis 1995 de facto durch die Dominanz einer politischen Partei in diesem Land seit 1945 ein unglaubliches Nachholbedürfnis an Öffnung, Veränderung hin zu einer offenen Gesellschaft

gehabt. Dieses Land war von der steirischen ÖVP geprägt, von oben bis unten, in ihrer Machtherrlichkeit, in ihrer Machtvollkommenheit, mit allen Fehlern, die dabei passieren. 1991 hat es zum ersten Mal keine absolute Mehrheit gegeben, nach Jahrzehnten, und das hat dem Land gut getan, weil es eine Öffnung war. Und ich sage im Nachhinein, weil ich anders bin als manche in der ÖVP, dass ich mit Michael Schmid in vielen Fragen nicht übereingestimmt habe, auch in sehr grundsätzlichen Fragen, aber eines haben wir gemeinsam gewollt und getan, wir haben dieses Land durchlüftet, wir haben es aufgemacht und wir haben so etwas wie eine offene Gesellschaft in diesem Land ermöglicht, die vorher ausschließlich von Ihnen, meine Damen und Herren, dominiert war. Und Sie schicken sich jetzt wieder an, das Gleiche zu tun. Und daher wird der Bericht für das Jahr 2004 und für das Jahr 2005, wo dann die nächsten Wahlen sind, nicht so ausschauen, wie der des Jahres 2000. Er wird wieder Ihre Handschrift haben. (Abg. Straßberger: „Eine gute!“) Es wird so ausschauen, dass Sie die nächsten Wahlen natürlich wieder verlieren werden, weil Sie sich gleich verhalten wie bis 1991. Und daher sage ich, der Bericht 2000 ist ein guter Bericht. Es waren gute fünf Jahre von 1995 bis zum Jahr 2000, streite ich überhaupt nicht ab. Meine Damen und Herren, die Sozialdemokratie hat ein Drittel aller Ressorts gehabt. Der Kollege Paierl hat – und das bekenne ich offen und ich habe es unlängst bei einer Pressekonferenz gesagt – als Wirtschaftslandesrat Handlungen und Schritte gesetzt, die für das Land wichtig und notwendig waren. Ich bekenne mich dazu, dass der Autocluster eine gute Sache war und ist. Ich bekenne mich dazu, dass der Holzcluster, den wir auch im Übrigen gemeinsam besprochen haben, über viele Zeiten gemeinsam, im Übrigen auch den Autocluster, eine richtige, gute Entscheidung ist. Und wenn man sich in der Obersteiermark anschaut, dass sich die Gemeinden über alle Parteien hinweg zusammengetan und etwas Gescheites angefangen haben. Natürlich müssen wir als öffentliche Hand wieder hineinzahlen, um den Start zu ermöglichen. Da muss ich sagen, okay, das sind Dinge, wo ihr mich allzeit haben könnt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Warum haben Sie beim Holzcluster dagegegengestimmt?“) Nein, nein, aber beim Holzcluster, wissen Sie ganz genau, da haben Michael Schmid und ich damals dagegegengestimmt, weil es Finanzierungsfragen gegeben hat. Nein, nein, meine eigenen Gemeinden musste ich jetzt finanzieren. Dass der Holzcluster, wie Sie wissen, in der Obersteiermark entstehen konnte, weil die Hauptzahler die Gemeinden Judenburg und Zeltweg sind und dann viele kleine ÖVP-Gemeinden. Wir haben uns darauf verstanden, dass wir das selbstverständlich tun, weil wir es für richtig halten. Meine Damen und Herren, was will ich damit sagen. Die Durchlüftung des Landes war notwendig. Sie ist 1991 bis 1995 geschehen. Ich verhehle nicht, über weite Strecken, obwohl wir in vielen Fragen nicht übereingestimmt haben, doch mit der FPÖ. Das ist ein Verdienst des Michael Schmid, keine Frage. Und ich sage, dass es einen Ansprechpartner für diese Durchlüftung, für diese Öffnung gegeben hat. In Wahrheit war das doch ein zuzementiertes, zugemachtes Land, ohne die Bereitschaft in Forschung, Wissenschaft, damals auch schon nicht mehr in der Kultur oder irgendwelchen anderen Fragen überhaupt einen Schritt nach vorne zu gehen. Und es ist richtig, dass die neunziger Jahre anders geprägt waren, als die Jahrzehnte davor. Und deshalb ist auch dieser Bericht des Jahres 2000 möglich, zu dem ich sage, jawohl, wir haben gemeinsam in diesen fünf Jahren sehr, sehr viel für dieses Land weitergebracht. Sie sind die Ernte eingefahren, das ist in der Demokratie so. Wir akzeptieren das. Wir haben das nicht nur zu akzeptieren, sondern wir müssen auch damit umgehen und gehen auch damit um. Und ich glaube, Sie sehen das ja auch. Ich beklage mich nie, Herr Kollege Paierl, über eine Abstimmung. Sie werden von mir nie ein Wort der Klage hören, wenn ihr uns niederstimmt, auch in ganz, ganz elementaren Fragen. Demokratie ist Mehrheit. Mehrheit entscheidet. Am Ende wird man sehen, wie diese Entscheidung von der Bevölkerung aufgenommen wird. Und da komme ich jetzt zu einem Punkt. Ich glaube, es ist wichtig, dass Unternehmer sich im Landtag zu Wort melden, und ich halte es auch für legitim, dass die Unterehmerseite, wie Sie das heute gemacht haben, sich so artikuliert, wie sie das tut. Ich sage Ihnen aber dazu nur, denken Sie ein bisschen an den komplexen Bereich, den wir derzeit international und natürlich auch in Österreich feststellen. Kurt Gennaro hat das nur mit einem Nebensatz gesagt. Ich möchte es ein bisschen intensiver sagen. Wir haben es verlernt, damit umzugehen, dass wir in der Gesellschaft zwei Komponenten haben. Die eine Komponente ist Freiheit, Entwicklung der Freiheit, auch das Unternehmertum gehört dazu. Aber auf der anderen Seite gibt es so etwas wie eine gesellschaftliche Verantwortung. Und ich glaube, das Schwierige ist, beide immer auszutarieren. Wenn ich mir anschau, welche privaten Konkurse es gibt, 40 Milliarden und mehr, meine Damen und Herren, dann erlauben Sie mir die Frage, Herr Kollege Bittmann, wer zahlt diese Konkurse? Der Heilige Geist nicht, die zahlen auch die Gemeinschaft. Die zahlt jeder von uns. Sie müssen bei Ihren Vorlieferanten abschreiben, das Finanzamt kriegt kein Geld, Sie müssen ein paar Leute hinausschmeißen, dem Nächsten wird etwas schuldig geblieben und, und. Es zahlt bitte die Gemeinschaft. Also, ich bitte euch, bei aller Bereitschaft, zu sagen, furchtbar, da haben welche Schulden gemacht, furchtbar, da ist irgendwas zu Grunde gegangen, noch dazu mit freudigem Unterton, also das regt mich wirklich auf. Wenn das noch wer ehrlich meint, okay, da kann man noch mit mir reden. Aber bitte schön, seht doch die andere Seite. Ihr werdet doch nicht im Ernst glauben, dass sich das in Luft auflöst. Das sind genauso Managementfehlentscheidungen, die letztlich die Gemeinschaft zu zahlen und zu tragen hat. Erster Befund.

Zweiter Befund. Bei mir wird ja niemand annehmen, dass ich unternehmerfeindlich bin. Ich kann mich auch sehr gut hinein fühlen. Ich habe das lange genug selbst gemacht, ein Unternehmen zu beurteilen und auch zu führen. Aber, meine Damen und Herren, neben dieser Komponente gibt es eine zweite, die mich persönlich sehr beunruhigt. Schauen Sie sich die Kapitalvernichtung an, die derzeit stattfindet, und in Wirklichkeit, wenn Sie ganz genau hinschauen, über weiteste Strecken auf Fehlfentscheidungen der Unternehmungen zurückzuführen ist. Also ich bin bei aller Begeisterung eines wirklich funktionierenden Wettbewerbs, bei aller Begeisterung für die Notwendigkeit der freien Entwicklung nicht dafür, dass man Kapitalvernichtungen in der Form betreibt, wie sie heute durch Managementfehler betrieben werden. Zum Beispiel deswegen, weil man sich fusioniert, weil man zusammenschließt, zusammenkauft, zusammenrafft, nicht um besser zu werden – da sind Paierl und ich einer Meinung –, sondern um die Konkurrenz auszuschalten und Marktanteile zu gewinnen. Schauen Sie sich

einmal an, was sich an den Börsen abgespielt hat. Schauen Sie sich an, was sich auf den Kapitalmärkten abgespielt hat. Ja, was glauben Sie, wer diese Kapitalvernichtung trägt? Glauben Sie, die tragen nur die Unternehmer? Das werden schon auch diejenigen sein, die anlegen. Und jetzt sage ich Ihnen ein anderes Beispiel.

Jetzt kommen die Leute zum Finanzminister, zum jetzigen Finanzminister und sagen, ja Kinder, die Pensionsfonds werden aber nicht das ausschütten können, was wir vorher versprochen haben, jetzt soll vielleicht der Finanzminister etwas zuschießen. Ja, das ist erst eine tolle Entwicklung. Zuerst haben alle gesagt, kauft Pensionsfonds, versichert euch selbst, versichert euch privat, denn das ist das Sicherste auf der Welt, da kann überhaupt nichts passieren. Und ein Jahr später schon, nach dieser Reklamewelle, stehen sie beim Finanzminister Grasser – ich meine, das ist eine Ungeheuerlichkeit, hoffentlich hat er sie hinausgeschmissen – und sagen, ja mein Gott die Renten werden heruntersetzt, weil die Pensionsfonds auf einmal durch die Kapitalvernichtung, von der ich gerade geredet habe, ihre Ausschüttungen nicht machen können. Ja, meine Damen und Herren, eine Gesellschaft funktioniert nicht nur auf der Basis der Individualisierung. Die Auflösung der Solidarität im Verhältnis zur Individualisierung ist, meine Damen und Herren, keine Lösung, genauso wie das Umgekehrte keine Lösung ist. Wir wissen, dass die Staatswirtschaft keine Lösung ist. Wir wissen aber, dass nur Privat und nur Gewinn auch keine Lösung ist. Glaubt mir das! (Beifall bei der SPÖ.)

Also ich bekenne, dass der Wirtschaftsbericht 2000 für die Steiermark über die Maßen gut war. Das ist überhaupt keine Frage. Und jetzt komme ich zur Zukunft und sage, der Kollege Paieryl vermeint, es gibt die Gegenposition von uns offensichtlich aus Jux und Tollerei oder aus unverstandener tiefer Erkenntnis, die er mit sich trägt. Nein, meine Damen und Herren, es ist leider anders. Der Kollege Paieryl ist gut genug informiert und ist als Wirtschaftslandesrat in vielen Fragen so gut informiert, dass er so wie ich auch etwas weiß. Nämlich wir unterliegen längst einem Diktat aus Brüssel, das nicht einmal mehr von den Politikern kommt, sondern von den Statistikern. Eurostat, meine Damen und Herren, bestimmt in Wirklichkeit die Wertigkeit, worin Politik heute besteht. Und ich sage Ihnen, ich würde mir das nicht gefallen lassen und wir lassen es uns auch nicht gefallen. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt sage ich Ihnen etwas. Es gibt kaum einen so konservativen Volkswirt wie den Prof. Walter. Das ist der Berater der Deutschen Bank. Ich vernehme mit Erstaunen in den letzten Tagen ein Interview, in dem dieser besagte Prof. Walter, den ich persönlich von einem Besuch in Berlin kenne, also wirklich konservativste ökonomische Ausrichtung, jetzt wäre es aber schon Zeit, dass wir uns über die Statistik hinwegheben – sinngemäß – und eigentlich wieder Politik machen und jetzt wäre eigentlich die Zeit, dass wir den Staat wieder einsetzen, und zwar würden wir ihn berechtigt einsetzen, weil er jetzt gebraucht wird, weil das jetzt mit Statistik nicht mehr geht. Und wissen Sie was, meine Damen und Herren, was vor allem nicht mehr geht und nicht mehr gehen wird? Denken Sie an Japan. Sie können mit der Geldpolitik nicht beliebig herumjonglieren. Irgendwann können Sie mit dem Zinssatz auf null gehen und es wird nichts in der Wirtschaft passieren. Und der Herr Greenspan ist auch schon daraufgekommen. Nach der siebenten Zinssenkung im heurigen Jahr tut das Vehikel nicht. In Japan haben wir seit zehn Jahren Rezession. Zinssatz, Diskont 0,1 Prozent, meine Damen und Herren. Sagt Ihnen das was? Wissen Sie, was mir das sagt? Wer in der Ökonomie glaubt, dass er einäugig agieren kann, der irrt. Wir haben Gott sei Dank zwei Augen und die Ökonomie hat zwei Seiten. Ich bekenne mich, dass es notwendig ist, angebotsorientiert zu arbeiten, da haben der Kollege Paieryl und ich überhaupt kein Problem. Wir wissen beide, dass Konkurrenzfähigkeit, dass die Frage der Anstrengung unverzichtbar sind und auch die dazu notwendigen Freiheiten. Wir wissen aber, dass es neben dieser Angebotsorientierung die Nachfrage geben muss. Es kann nicht funktionieren. Die ganze amerikanische Ökonomie funktioniert zu 75 Prozent über die interne Nachfrage, meine Damen und Herren. Und jetzt komme ich zu einem Punkt, wo ich euch von der ÖVP ersuche, bei der FPÖ ist es sinnlos, das lasse ich, aber bei der ÖVP versuche ich es zumindest, meine Damen und Herren, denken Sie ein bisschen darüber nach, sich von der Statistik zu verabschieden, zu akzeptieren, dass das Nulldefizit erstens nicht erreichbar ist und zweitens als Zielsetzung von mir aus schön, aber halt in die Zukunft zu versetzen ist. Probieren Sie ein bisschen mit uns gemeinsam zu überlegen, wo wir jetzt – ob es die Bauwirtschaft, ob es die Infrastruktur ist, vor allem die Forschung, die Wissenschaft. Ich bin zum Beispiel überhaupt nicht der Meinung, dass die Telekommunikation am Ende ist. Das wäre ja das Frivolste überhaupt. Das ist eine der wenigen selbsttragenden Systeme, neben der Autoindustrie wahrscheinlich die größte selbsttragende Wirtschaftsform, die wenngleich kurzfristiger nur selbsttragend sein wird, aber es doch ist. Also strengen wir uns gemeinsam an und fragen wir uns bei Beiseitelassen der Statistik, bei Beiseitelassen dessen, was ohnedies nicht in jedem Fall erreichbar ist, in der vorgesehenen Zeit schon gar nicht. Lassen Sie das Nulldefizit einmal weg, schmeißen Sie die Statistiken weg und machen Sie bitte Politik. Ich ersuche euch darum, macht Politik, rückt von dem ab, was ihr euch da vorgenommen habt, es ist nicht einzuhalten und macht wieder Politik in dem Sinn, auch den Staat dort einzusetzen, wo wir ihn auch brauchen. Im investiven Bereich, sowohl in der materiellen als auch in der immateriellen Infrastruktur. In der immateriellen noch stärker als in der materiellen, denn in der immateriellen liegt überhaupt die einzige Zukunftschance. Also investieren wir in diese Bereiche. Und etwas sage ich Ihnen auch. Wenn die Geldpolitik nicht mehr funktioniert, dann gibt es sehr gute Gründe dafür. Dann gibt es nämlich den Punkt, dass die Nachfragekippe bereits eingetreten ist. Dort, wo die Zinssenkungen, die Verbilligung des Kapitals keine Wirkungen mehr haben, gibt es in Wirklichkeit keine Nachfrage mehr. Und dann können Sie mit der Zinspolitik so viel machen, wie Sie wollen, sie wird nicht mehr anspringen. Und ich sage Ihnen, Sie sind in Ihrer ökonomischen Politik bereits dort angelangt. Also meine Damen und Herren von der ÖVP in der Steiermark, ich ersuche Sie, zu überlegen, ob Sie diesen Weg in der Form so weitergehen, nämlich sturheit, wurscht, was passiert, links und rechts, wir ziehen das durch und im Übrigen, wenn es sich nicht ausgeht, verscherbeln wir alles, was wir finden können und sei es unterpreisig oder sei es zur Unzeit. Versuchen Sie den Weg zu gehen, den im Übrigen mittlerweile auch in der ÖVP der eine oder andere schon andenkt. Für mich wäre das eine Zukunfts-

perspektive, Herr Kollege Paierl, über die man dann ganz anders reden könnte, weil derzeit sind Sie mir – sind Sie mir nicht böse, weil ich das sage – in Ihrer ökonomischen Ausrichtung absolut einäugig. Und ich möchte die zweite Seite auch sehen. Ich möchte auch Konsumenten sehen, ich möchte auch Nachfrager sehen, ich möchte auch Menschen sehen, die sich in die Nachfrage wieder hineintrauen und nicht nur angstvoll herumrennen bei dem, was allen alles bevorstehen kann. Also für die Zukunft eine Veränderung Ihrer Position, wir stehen dann bereit, wenn Sie bereit sind, einmal über das nachgedacht zu haben und vielleicht Ihre Position zu adaptieren. Ich bin sehr höflich und sehr vorsichtig, aber ich ersuche euch, denkt einmal in diese Richtung. (Beifall bei der SPÖ. – 12.31 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Paierl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (12.31 Uhr): Herr Landeshauptmannstellvertreter! Meine Damen und Herren!

Ich gehe gerne auf das ein, ich habe überhaupt kein Problem damit. Ich meine nur, dass auch Nachfragestimulanz das ist, wenn man gerade hier im Hohen Haus von Repräsentanten, von gewählten Mandataren, nicht eine Sprache, in dem Aufgeregtsein oder wie immer das begründbar ist, wählt, wo – ich habe mir das mitgeschrieben – etwa Gennaro sagt, 1700 Arbeitslose bei Eurostar. Meine Damen und Herren, da bitte ich wirklich, diese alten Reflexe – und ich stimme Ihnen durchaus zu, auch was Konsum oder Neue Zeit betrifft, dieses Aufregen bringt überhaupt nichts, Verstaatlichte dort oder Raiffeisensektor da, bringt nichts, ist kein Problemlösungsbeitrag für die Probleme der Zukunft. Aber ich verschweige mich nicht, aber da bitte ich wirklich, da soll sich jeder beim eigenen Krawattl oder im eigenen Klub packen, 1700 Arbeitslose bei Eurostar, wir wissen ob der Marktprobleme. Jetzt frage ich mich, außer dass du selber einen PT Cruiser kaufst oder dass du ein Eurostar-Produkt kaufst, was kannst du sonst tun? Aber da stellt man sich dann als Vertreter von Arbeitnehmer und Arbeitgeber, ist völlig wurscht, her und macht eigentlich aus einem Problem, einem objektiven, das von außen kommt, noch ein größeres Problem, weil man glaubt, damit ein bisschen ein politisches Kleingeld lösen zu können. Hören Sie damit auf. (Abg. Gennaro: „Da kann man kein politisches Kleingeld bekommen!“) Aber ich komme schon zu Ihrem Angebot, das nehme ich sehr ernst und seriös, ich hoffe, das ist sozusagen auch tragfähiges Eis, dass wir hier nicht diese einäugige, rein monetaristische Politik betreiben. Die haben wir in der Steiermark ohnedies nie betrieben, unsere Strukturen sind gar nicht so. Wir wollen aber trotzdem auf der einen Seite stabilisierend etwas in der Budgetstruktur weiterbringen, so dass wir – und bitte, da habe ich ja die besten Vorbilder im Finanzreferat. Und ich habe aus vielen Gesprächen mit Ihnen die Erkenntnis, dass Sie ja selber das auch wissen, Christoph Klausner. Der Kurt Flecker war damals jahrzehntelang Sekretär und wir haben gemeinsam um jeden Posten gerungen, wo wir im Verwaltungsaufwand reformieren und damit einsparen können, damit wir dort nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Ich glaube, diese Übereinstimmung können wir doch erzielen. Und zum anderen haben wir ja bereits im Budget 2001/2002 und auch in der Budgetplanung für 2004 ja ohnedies die von Ihnen eingeforderten Offensivmaßnahmen, nur sie stimmen nie zu. Die Landesimmobiliengesellschaft ist ja nichts anderes, als uns tatsächlich dort in eine Offensive zu begeben, was die Infrastruktur etwa im Bildungsbereich betrifft, die Sie einfordern. Da rennen Sie bei uns Scheunentore ein. Die werden wir dort auch umsetzen. Wir haben heute im ÖVP-Klub auch vorbereitet, grob noch, aber bitte beschäftigen Sie sich damit, mit der Frage der Verkehrsinfrastruktur, eine ähnliche modellhafte Konstruktion anzudenken. Ich sage nicht mehr. Sehr vorsichtig, natürlich aber immer mit dem sehr, sehr wichtigen und ernst zu nehmenden – den Klubobmann interessiert das im Moment gerade nicht, ich versuche auch seine Aufmerksamkeit zu erlangen –, auch im Verkehr (Landesrat Dr. Flecker: „Ist nicht so wichtig!“) Nein, wir sind befreundet und ich kenne seinen Rücken so gut, so dass ich jetzt einmal sein Gesicht sehen möchte. (Abg. Dr. Bleckmann: „Das war eine Rüge!“) Und wir werden selbstverständlich diese Mittel, die wir durch Aufdecken von – ein wirtschaftliches Prinzip – versteckten Reserven, dort, wo wir sie nicht brauchen und was wie gesagt 1998 von Ressel vorbereitet wurde. Die Milliarde, meine Damen und Herren, von der Hypo, die geht in den Zukunftsfonds, die verschwindet nicht irgendwo, damit finanzieren wir das von Ihnen geforderte Zukunftsprojekt. Warum stimmen Sie dagegen? Sie haben dagegen gestimmt bisher. Das verstehe ich nicht. Der Regierung ist es ohnedies sehr amikal, aber vor allem dann in den jeweiligen Pressekonferenzen Montag nach der Regierungssitzung diesbezüglich sehr grobschlächtig. Und das steht Ihnen ja eigentlich eh, weil Sie wissen es ja. Ich bin ja da immer doppelt entsetzt in Ihrem persönlichen Fall, weil ich weiß, 100-prozentig weiß, dass Sie es wissen, dass das der richtige Weg ist.

Bildungsoffensive, die Sie einfordern. Bitte vorige Woche mit dem AMS zusammen mit dem europäischen Sozialfonds, 350 Millionen Schilling im Ziel-2-Programm. Wir können nicht mehr. Wissen Sie, was die Unternehmer und die Arbeitnehmervertreter dort von Arbeiterkammer und Gewerkschaft sagen? Der Gennaro sagt es mir ja sonst da nicht, aber bei den anderen Gelegenheiten ja auch immer, das ist die beste Wirtschaftsförderungspolitik, das ist Wirtschaftsförderung pur, machen wir. Sie schimpfen trotzdem, sie sagen trotzdem, wir sind da irgendwo auseinander. EU-Erweiterungsprojekt, ja selbstverständlich, das, was die Frau Landeshauptmann jetzt seit Monaten, eigentlich seit der letzten Wahl, seit der Konstituierung des neuen Landtages und der Regierung bienenflüchtig macht, ist, in den Nachbarregionen für dieses EU-Erweiterungsprojekt zu werben und die Wirtschaftsforscher, Prof. Kramer war letzte Woche zweimal in der Steiermark, einmal beim Klub AAB und einmal beim Europaforum der Bank Austria, und ich bin ihm jedes Mal nachgegangen und habe mit ihm da diskutiert – nicht nur ich, andere auch. Er hat gesagt, ihr macht es richtig, bleibt drauf, lasst euch nicht irritieren von dem einen oder anderen innerpolitischen Zuruf, was möglicherweise hier an Schwierigkeiten noch auftaucht. Wir brauchen dieses Erweiterungsprojekt, denn das ist die richtige steirische, österreichische Antwort in Richtung Zukunftsregion Südost. Also, meine Damen und Herren, vor allem Herr Landeshauptmannstellver-

treter, ich sehe nicht ein, wenn man nicht aus taktischen, aus parteitaktischen Gründen unbedingt dagegen sein will und sagt, naja, das ist halt jetzt diese unheilvolle schwarz-blaue Konstruktion und wir sind jetzt Opposition, ich sehe inhaltlich sachlich die Differenzen nicht. Ich kann sie nicht sehen, außer man konstruiert etwas, man sagt verscherbeln und im Übrigen kann man ja vielleicht da oder dort personell noch – ich glaube der Siegi Schrittwieser hat das gesagt, naja sich da irgendwie persönlich bereichern oder so – (Abg. Schrittwieser: „Das habe ich nicht gesagt!“) –, also ich meine, ich würde bitten, Beweise auf den Tisch zu legen und nicht so dumpf und unter Decken andeuten. Also bitte, wir werden ja am nächsten Montag bei einem Budget, das dann auch in die Regierung kommt, wo jetzt Anmeldungen aus allen Ressorts kommen, wo viele Baumaßnahmen drinnen sind, insbesondere auch aus dem SPÖ-Bereich. Dort werden wir gemeinsam zur Nagelprobe schreiten und Sie werden das auch hier miterleben. Stimmen Sie mit, gehen Sie ab von Ihrem Kurs, den Sie bisher gewählt haben, dagegen zu stimmen im Budgetbereich, bei den Investitionen, Landesimmobiliengesellschaft, Zukunftsfonds und kommen Sie an Bord, es wird dem Land und Ihnen nicht schlecht tun. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.39 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (12.39 Uhr): Also ich möchte ja keine Debatte auf der Regierungsbank, aber, Herr Kollege, Sie haben mich in zwei Punkten angesprochen und ich möchte dem Landtag nicht verhehlen, warum wir in zwei wesentlichen Punkten dagegen gestimmt haben. Schauen Sie, auf der einen Seite wird proklamiert, wir haben 96 Prozent einheitliche Beschlüsse. Nur halt leider bei allen wichtigen kommen wir nicht zusammen. Das sei auch einmal im Hohen Haus sehr deutlich gesagt. Also 700 Förderungen und dann das Budget. Beim Budget sind wir dagegen und bei den 700 Förderungen sind wir auch dafür. Dann zu sagen, es sind 99 Prozent Übereinstimmung, ist halt wirklich nur eine statistische Größe. Es gibt ein paar fundamentale Punkte, wo wir anderer Auffassung sind. Herr Kollege, ich komme ganz konkret zu Ihren zwei Fragen.

Die Landesimmobiliengesellschaft stellt sich für uns folgendermaßen dar. Sie brauchen jetzt Geld, um Ihr Budget einzuhalten, und nehmen dafür vermeintliches Geld auf, das Sie sich so beschaffen, dass sie dann letztlich über die Mieten, die Sie bezahlen, also in Wahrheit über Leasingraten, zweieinhalb Mal so viel zurückzahlen. Und da sind Sie mir nicht böse nur deswegen, weil Sie dieses Budget gemacht haben, weil Sie sich an diese Bindungen von Stabilitätspakt bis Eurostart sklavisch unterworfen haben, dafür jetzt 2 Milliarden zu lukrieren, um in der Folge 5,5 Milliarden zurückzuzahlen. Ich habe Ihnen das selbst auch gesagt, dafür werden Sie mich nie kriegen. Das ist das Gleiche, wenn einer sein Häusl in Wahrheit verleast, selbst drinnen sitzen bleibt, die Zinsen, die laufenden Kosten und die ganzen Nebenkosten, die ganzen Gebühren, die ganzen Transmissionsgebühren, Transformationsgebühren und Transfergebühren, und alles zusammen zahlt und am Schluss nur für das, dass er drinnen bleiben darf, weil er momentan gerade ein Geld braucht, letztlich das Zweieinhalbfache bezahlt. Seien Sie mir nicht böse, da verstehe ich Sie nicht als Finanzreferent, dass Ihnen keine gescheiterte Form eingefallen ist. Das ist schon beim Bund eine schwache Lösung und beim Land ist es ja überhaupt nur eine momentane Geldbeschaffung mit zweieinhalbfachem Zurückzahlen. Erster Punkt.

Zweiter Punkt. Ich habe gestern auch gesagt, ich habe es auch zu Protokoll gegeben, aus meiner Sicht wäre die ESTAG-Leistung, sofern das nicht eine Abteilung überhaupt machen kann, wie das heute richtig geschrieben wurde, auszuschreiben gewesen. Das Gutachten von Prof. Eicher ist sehr, sehr klar. In Wahrheit kann man nur kommunikative Instrumente einsetzen, wenn man nicht öffentlich ausschreibt. Und ich frage mich, abgesehen davon, dass der Vorschlag, drei zu nehmen und dazu einen Roten und dann zu hoffen, wir stimmen zu, einigermaßen abstrus ist, so gut müssten Sie mich schon lange kennen.

Vom Punkt eins rede ich gar nicht, der ist gar nie in Frage gekommen. Und der Punkt zwei, da sage ich Ihnen, da werden Sie sich irgendwann gefallen lassen müssen, warum Sie das nicht ausgeschrieben haben. Da kriegen Sie von mir keine Zustimmung. Und man muss sich auch anschauen, wie dieser Gutachter gefunden wurde, gesucht wurde und so weiter. Also da können Sie von mir jedenfalls, solange ich da bin, keine Zustimmung erwarten. Ich werde das auch ganz kritisch begleiten, ohne Sie persönlich anzugreifen. Das habe ich nicht getan. Böse Worte hat jemand anderer von uns beiden gebraucht, aber ich halte es Ihnen nicht vor, wir haben uns ausgededet. Das ist vorbei. Das tue ich nicht. Böse Worte haben Sie gewählt. Sie wissen es genau, wir haben uns ausgededet, es ist vorbei. Aber das tue ich nicht. Das hätte ausgeschrieben gehört und es sind Merkwürdigkeiten bei der Vorgangsweise.

Und das Dritte, schauen Sie bei der Raika, da brauchen wir gar nicht herumreden, hätte man diese Putoption meiner Meinung nach 2002 ziehen müssen. Und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Es ist nämlich eine irrsinnig tolle Hintergrundleistung. Ich will nicht näher auf die Geschäftsgeheimnisse eingehen, aber es ist einfach so, dass Sie jetzt das Geld brauchen, daher ziehen Sie die Putoption jetzt und nicht am Ende des Jahres 2002. Wir alle aber miteinander wissen, dass der Verzinsungsfaktor höher ist, als wenn Sie sich das ganze Geld aufnehmen würden. Nur sind Sie wieder in dem Dilemma, das Sie sich selbst verordnet haben. Sie haben sich selbst die Schlinge um den Hals gelegt, aus der Sie nicht herauskönnen. Und jetzt sage ich Ihnen etwas, Herr Kollege, jetzt sind wir im Landtag und fast unter uns. Ich kenne Ihre eigenen Schmerzen mit der Schlinge, die Sie sich umgelegt haben. Ich weiß, wie sehr Sie selber darunter leiden, weil Sie hinten und vorne sehen, dass das, was Ihnen auferlegt wurde, dass das, was in Wien unterschrieben wurde und was sonst noch alles erklärt wurde, für Sie schwer ist durchzuhalten. In Wahrheit kennen Sie sich so gut aus, zu wissen, dass Sie das unheimlich einengt, bei dem was Sie wirklich wollen. Sie haben ja auch Gesprächspartner, ich habe Gesprächspartner. Und wir wissen

gegenseitig von einander relativ viel, wie wir die Dinge einschätzen. Ich weiß längst, dass Sie mit dem nicht glücklich sind, was Sie da vollziehen müssen, weil es Sie einfach in Ihrem Spielraum einengt und Sie ja einer sind, der durchaus bereit ist, was zu wollen. Sie können nichts mehr wollen, weil Sie nichts mehr als Statistiken und Stabilitätspakte und sonstiges Klumpert haben. Und deswegen machen Sie solche Schritte. Ich bitte Sie zu verstehen, dass wir solche Schritte nicht mitgehen. Das sind Schritte, die letztlich dem Land das zweifache, dreifache von dem kosten was sie jetzt bringen, nur damit Sie Ihr Schmarrenbudget über die Runde bringen. Ich bitte um Entschuldigung für dieses Wort. Aber ich weiß, dass Sie selber darunter leiden. Sie sagen es ja selber, wenn Sie in vertrautem Kreise sind. Und das ist ja auch gut so, das spricht ja auch für Sie. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (12.45 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich mache es kurz. Wir brauchen eine Änderung der Geschäftsordnung. (Beifall bei den Grünen.) Wir erleben das jetzt nicht zum ersten Mal, dass den geschätzten Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung das Bedürfnis besonders stark hoch kommt, hier eine Regierungsdebatte abzuführen. Dazu ist der Landtag nicht da. Wir brauchen eine Redezeitbeschränkung und wir brauchen eine Regelung dafür, wieweit also hier der Landtag debattiert oder die hoch geschätzten Mitglieder unserer Regierung. Wenn die Parteien etwas zu sagen haben, und glauben Sie mir, auch den Grünen wäre zum Thema ESTAG-Verkauf zur Not noch etwas eingefallen. Wenn die Parteien glauben, hier etwas sagen zu müssen, dann sollen sie das tun, aber ich würde doch bitten zur Kenntnis zu nehmen, dass wir hier den Landtag haben und nicht eine Regierungssitzung. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 12.46 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dörflinger. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dörflinger (12.46 Uhr): Kollege Hagenauer!

Ich schätze sehr viel von dem, was du sagst und sehr viel von dem, was du machst. Nur eine Geschichte bei deiner Wortmeldung fällt mir jetzt schon auf. Wenn niemand von uns heroben sitzt, gibt es die riesige Aufregung, die Regierung missachtet den Landtag, wenn keiner da sitzt. Wenn die Regierung heroben sitzt und wenn es durchaus eine konstruktive Debatte gibt, verwehrst du dich dagegen, dass wir miteinander reden. Ich glaube schon, ihr müsst euch auch entscheiden, was ihr wollt. Nur heroben sitzen und nichts sagen, könnt ihr von uns auch nicht verlangen. Danke! (Abg. Hagenauer: „Lieber Günter Dörflinger. Es geht dahier darum, dass die Regierungsmitglieder den Abgeordneten antworten und nicht, dass sie untereinander, weil es lustig ist, zu diskutieren anfangen. Wieso hat denn der Herr Landesrat Paierl jetzt nicht mehr geantwortet? Ich verstehe die Logik nicht. Es wäre ja noch lustig gewesen!“ – 12.47 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren! Laut Geschäftsordnung steht es jedem Mitglied der Regierung offen, zu einem Tagesordnungspunkt Stellung zu nehmen. Ich komme, nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, zur Abstimmung.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 500/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Frauenanliegen in der steirischen Wirtschaftspolitik, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 482/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 517/1, Beilage Nr. 70, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (12.49 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die Gesetzesvorlage, betreffend Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf, mit dem das Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark geändert wird, wird zum Beschluss erhoben.

Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen:

Paragraf 1:

Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, für das Land Steiermark zu dem im Paragrafen 3 genannten Zweck Anleihen bis zum Gegenwert von insgesamt 218,018.503 Euro auf dem Inlands- oder Auslandsmarkt gegen Ausgabe von festverzinslichen Teilschuldverschreibungen zu den im Paragraf 2 genannten Bedingungen aufzunehmen.

Paragraf 2:

Die Anleihen sind mit einer Laufzeit von höchstens 15 Jahren auszustatten und können in Teilen aufgenommen sowie in Tranchen aufgeteilt werden.

Paragraf 3:

Der Erlös der Anleihen ist ausschließlich zur Finanzierung von Investitionen in den Steirischen Krankenanstalten bestimmt.

Paragraf 4:

Für die Verzinsung und Tilgung dieser Anleihen haftet das Land Steiermark mit seinem gesamten Vermögen und allen seinen Rechten.

Paragraf 5:

Dieses Gesetz tritt mit dem seiner Kundmachung folgenden Tag in Kraft. Ich bitte um Annahme. (12.50 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 516/1, betreffend die Genehmigung des Verkaufs des 1,0391-prozentigen Anteiles des Landes Steiermark an der Zellstoff Pöls AG.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (12.50 Uhr): Danke, Herr Präsident! Ja, es geht tatsächlich bei der Einl.-Zahl 516/1 um den Verkauf eines 1,0391-prozentigen Anteiles des Landes Steiermark an der Zellstoff Pöls AG. Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 10. September 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Abschluss des einen integrierenden Bestandteil dieses Antrages bildenden Aktienkaufvertrages zum Verkauf der Minderheitsbeteiligung des Landes Steiermark an der Zellstoff Pöls AG. im Ausmaß von 1,0391 Prozent beziehungsweise von 131.034 nennwertlosen Stimmrechtsaktien um den Preis von 3,930.000 Schilling an die Heinzl, Bunzl Beteiligungs- und Liegenschaftsverwaltung m.b.H. wird genehmigt.

Der Kaufpreis von 3,930.000 Schilling ist als Einnahme bei der VSt. 2/914018-0806 „Veräußerung von Anteilen“ zu verrechnen. Ich bitte um Annahme. (12.52 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

6. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 165/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann, Graf und Dietrich, betreffend Installierung eines Bildungskontos.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (12.52 Uhr): Ich darf berichten:

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung zum Antrag, Einl.-Zahl 165/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann, Graf und Dietrich, betreffend Installierung eines Bildungskontos zur Erleichterung des Wiedereinstieges in das Berufsleben, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (12.53 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bleckmann.

Abg. Dr. Bleckmann (12.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es geht um die Errichtung eines Bildungskontos für Frauen und es ist heute schon seitens der grünen Fraktion ein Antrag eingebracht worden, der eigentlich sehr in die Richtung geht, wie wir sie uns vorstellen, deshalb haben wir auch dem Antrag zugestimmt. In der Begründung steht, auf Grund der Berichte, die wir immer bekommen, dass gerade Frauen es sind, die vor allem von der Armut betroffen sind, dass die Frauen nach wie vor geringere Einkommen haben als die Männer und gerade deshalb sollten wir in diesen Bereichen vermehrt etwas tun und auch hier fördern. Und deshalb bringen die Abgeordneten Bleckmann und Graf einen Unselbstständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung ein und der Antrag lautet, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Richtlinien für die Förderung von Arbeitnehmer/Innen durch ein Bildungskonto des Landes Steiermark zu erstellen und im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes festzuschreiben.

Diesen Antrageben deshalb, damit es auch wirklich in diesen Richtlinien festgeschrieben wird, was eben eine genauere Festschreibung dessen ist, was schon im Antrag der Grünen eigentlich globaler und weiter formuliert ist und hier seitens unseres Antrages eine genauere Festschreibung ist. Und ich kann mir nur vorstellen, dass Sie alle zustimmen, denn wenn es um die Anliegen der Frauen geht, sollten wir uns doch alle einig sein. (Beifall bei der FPÖ. – 12.54 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Koller. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Koller (12.55 Uhr): Meine Damen und Herren!

Die Installierung eines Bildungskontos wird ja bereits praktikabel durchgeführt. Wenn Sie das Steirische Arbeitsförderungsgesetz durchschauen, wurden in Zusammenarbeit mit dem AMS sehr viele Erleichterungen des beruflichen Wiedereinstieges geschaffen. So wurden zum Beispiel beim steirischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm des Jahres 1999 mit rund 99 Millionen Schilling Förderungsmaßnahmen gesetzt. Gefördert wurde zum Beispiel die Verbesserung der Berufsausbildung oder die Schaffung von Arbeitsplätzen, Arbeitsmarktchancenverbesserung. Dort besonders wiederum für benachteiligte Personengruppen und bei rund 900 verschiedenen Projekten konnten 13.000 Frauen und Männer eine neue berufliche Herausforderung ergreifen.

Im Jahr 2000 wurde unter dem Titel Wirtschaftspolitisches Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm insgesamt 114 Millionen Förderungsvolumen investiert, wobei hier besonders zielgruppenorientierte Initiativen für Qualifizierung und Beschäftigung gesetzt wurden. Ein wichtiger Förderungsaspekt und bereits von mir ja erwähnt ist wie jedes Jahr die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Qualifizierung von Arbeitslosen und vor allem die Frauenqualifizierungsprojekte. Darüber hinaus sollen in allen Projekten des Jahres 2001, 2002 die unterschiedlichen Bedürfnisse und Situationen von Frauen und Männern berücksichtigt werden, die unter dem Überbegriff Gender mainstreaming zusammengefasst sind. Es gibt sehr, sehr viele Projekte und ich möchte eigentlich nur ein paar wenige herausgreifen, wie zum Beispiel der Arge Regionale Kultur und Bildung in Weiz, die besonders für Wiedereinsteigerinnen Betreuungs- und Begleitungsmaßnahmen gemacht haben, oder das Projekt Prisma auf nicht traditionelle Frauenberufe aufbauend oder aber Kinderschule Grashalm oder bei uns in der Südsteiermark Museumsverband Südsteiermark, der eben primär auf Langzeitarbeitslose eingeht.

Das aktuelle steirische Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm 2001 setzt die Förderungsschwerpunkte auf Verbesserung und Sicherung der beruflichen Qualifikation, Schaffung und Erhaltung von Ausbildungsplätzen, Erhöhung des bedarfsorientierten Fachkräftepotentials und Schaffung beziehungsweise Erhaltung von Arbeitsplätzen im Speziellen für sozial benachteiligte Personen und Personengruppen. Wenn man die Zielsetzung der Förderungsprogramme für Frauen betrachtet, die ja nach wie vor meist zu Hause bleiben und Betreuungsarbeiten übernehmen, wird sehr wohl darauf gesetzt, dass mit Ausbildungsmöglichkeiten die Beschäftigungschancen erhöht werden, dass eine Chancengleichheit in unserer Wirtschaft gegeben ist. Im kooperativen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm werden Schwerpunkte wie Schaffung von Arbeitsplätzen, Qualifizierung von Arbeitslosen, Qualifizierung von Personen, die von Ausgrenzung am Arbeitsmarkt bedroht sind und präventive, integrative Maßnahmen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit gesetzt. Besonders herausgreifen möchte ich noch bei Schaffung von neuen Arbeitsplätzen den Bereich der Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften. Zielsetzung dabei ist die Integration Langzeitarbeitsloser und anderer arbeitsmarktpolitischer Problemgruppen in den Arbeitsmarkt. Hier werden definitiv Personen, die nach Betreuungspflichten wieder in das Berufsleben einsteigen wollen, besonders berücksichtigt. Dies war ein absolut nicht vollständiger Streifzug über viele Möglichkeiten der Förderung, damit man wieder in das Berufsleben integriert werden kann. Ich bin überzeugt, dass alle diese Maßnahmen sehr gut angenommen werden und darüber hinaus auch gute Erfolge für alle unsere Steirerinnen und Steirer bieten, die wieder in das Berufsleben einsteigen wollen.

Auf Grund dieser bereits vorhandenen Programme und Möglichkeiten der bildungspolitischen Förderung allen Menschen den Zugang zur Weiterbildung zu gewähren und damit die Eignung zur Beschäftigung und Erwerbsfähigkeit zu verbessern, werden wir dem Unselbstständigen Entschließungsantrag der FPÖ bezüglich Richtlinien für Förderungen durch ein Bildungskonto nicht zustimmen. (Beifall bei der ÖVP. – 12.59 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Lackner. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Lackner (12.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen und Kolleginnen!

Dem Antrag der FPÖ ist zu entnehmen, dass der längere Zeitraum für Familienarbeit, also wenn man Zeit investiert, damit einhergeht, dass Wiedereinstiegsprobleme ins Berufsleben vorliegen. Ein Bildungskonto soll Abhilfe schaffen und nach der langjährigen Abwesenheit vom Erwerbsleben die Möglichkeit bieten, sich Qualifizierungen für die Arbeitswelt zu erwerben. Der Antrag, den die FPÖ gestellt hat, ist ein sehr allgemeiner, ein eigentlich auch sehr wässriger, weil sich sehr viele Fragen stellen, die nicht beantwortet werden können, nämlich für wen genau außer Hausmännern und Hausfrauen diese Initiative gedacht ist, in welchem Ausmaß. Was heißt denn „zwischenzeitlich die Möglichkeit einer Weiterbildung“ zu haben? Was bedeutet das für das Kind? Wohin soll dieses während einer Qualifizierungsmaßnahme kommen? Und wieso eigentlich? Und dieses Wieso frage ich mich deswegen, weil ja wir in der letzten Landtagssitzung eine sehr lange Diskussion gehabt haben über das Kinderbetreuungsgeld und ich stelle sehr wohl eine Klammer zwischen diesem Antrag und dem Kinderbetreuungsgeld, weil wenn ich mir vor Augen oder vor Ohren führe, was alles Positives gesagt worden ist, dann muss ja das Paradies auf Erden eingetreten sein. Wenn ich die Kollegin Graf zitiere, die vor einem Monat gesagt hat, jetzt haben die Mütter endlich die Möglichkeit zu wählen, ob sie zu Hause bleiben wollen oder ob sie arbeiten können. (Abg. Graf: „Ja, genau!“) Aber Sie widersprechen sich mit diesem Antrag sehr, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, auch Sie, Frau Kollegin Bleckmann. Sie haben gesagt, mit dem Kinderbetreuungsgeld werden die Frauen nicht dem Arbeitsmarkt fernbleiben müssen und sie werden sogar schon ab der Geburt davon Gebrauch machen, es gibt nämlich nur Verbesserungen. (Abg. Dr. Bleckmann: „Es gibt aber auch welche, die zu Hause bleiben wollen! Das ist der Unterschied und für die sollen wir die Möglichkeiten schaffen!“) Aber Sie haben ja damals ausgeschlossen, dass es keine Probleme gäbe, wieder in den Arbeitsmarkt zu kommen und darauf beziehe ich mich jetzt. (Abg. Dr. Bleckmann: „Das habe ich nie gesagt!“) Sie haben alle Sorgen, die wir deponiert haben im Zusammenhang mit dem Kinderbetreuungsgeld weggeschoben und gesagt, in diesem Bereich, was den Arbeitsmarkt betrifft, wird es keine Probleme geben. (Abg. Dr. Bleckmann: „Nein, das habe ich nie gesagt!“) Ich habe es nachgelesen in den Berichten, die heute vorliegen. (Abg. Dr. Bleckmann: „Nein, das habe ich nicht gesagt!“)

Die Stellungnahme der Landesregierung also von Landesrat Paierl gibt im Grunde auch keine Antwort auf diesen Antrag der FPÖ. Es sollen nämlich auch, wie wir gerade gehört haben, keine rechtlichen Grundlagen für ein Bildungskonto in Aussicht gestellt werden. Zur Information und damit im Zusammenhang auch muss gesagt werden, dass die Mittel für das AMS bundesweit für Wiedereinsteigerinnen um 19 Milliarden Schilling reduziert werden für das Jahr 2000. Und das bedeutet natürlich erschwerte Bedingungen speziell für Frauen ins Erwerbsleben zurückzukommen, oder überhaupt einzusteigen, und auch das Weiterbildungsgeld nach der Karenzzeit wurde gestrichen. Und das, was Sie mit diesem neuen Antrag jetzt vorlegen, ist Augenauswischerei und Heuchelei, denn wenn das AMS Steiermark für unser Land jetzt konkret 9,7 Prozent weniger Budgetmittel, Fördermittel zur Verfügung hat, das sind konkret 148 Millionen Schilling, wird das ganz krasse Auswirkungen auf die Arbeitsmarktpolitik haben. Es werden besonders, wie schon heute beim Wirtschaftsbericht von den Grünen angesprochen, die Beschäftigungsmaßnahmen wie sozialökonomische Projekte darunter leiden. Und was Frauen und Männer erwartet, wenn es um die Realisierung Ihres Antrages geht, dann ist es möglicherweise ein sehr schnelles, ein nicht sehr nachhaltiges Programm, das Sie vielleicht als Ziel haben. Vielleicht so etwas wie Hobbykurse, weil dem Antrag ist ja nichts Näheres zu entnehmen. Ohne Bildungsplan, ohne Bildungsberatung und ohne Qualitätsverbesserung, wie das zur Zeit vom AMS geleistet wird und von den Einrichtungen, die da kooperieren. Dieser Standard wird ganz sicher nicht zu halten sein. Und das alles ist ja gefährdet durch diese von der Bundesregierung vorgegebene unselige Sparpolitik, die im Land Steiermark nachvollzogen wird.

Ich glaube nicht, dass alle Bescheid wissen über dieses Bildungskonto, das seit 1994 in Oberösterreich sehr erfolgreich läuft. Es geht nämlich vom „lebenslangen Lernen“ aus, von diesem Prinzip, auf das alle Modelle der Weiterbildung, der berufsorientierten Bildungsmaßnahmen oder der Umschulung ausgerichtet sind. Und es sind Qualifizierungen und Qualifikationen zu erwerben, die tatsächlich den Wiedereinstieg oder die bessere Qualifizierung am Arbeitsplatz zur Folge haben. Und Träger in Oberösterreich sind Bildungseinrichtungen, die das Qualitätssiegel der Erwachsenen- und Weiterbildungseinrichtungen besitzen. Ich vermute eher, dass Sie uns allen Sand in die Augen streuen wollen, wenn Sie dieses Bildungskonto fordern und in Wirklichkeit ein sehr oberflächliches und wenig nachhaltiges Modell im Auge haben. Sie führen in Wirklichkeit die Menschen an der Nase herum, wenn Sie sagen, Bildungskonto für Hausmänner, weil das ist im ursprünglichen Antrag ja auch festgehalten und da brauchen Sie sich gar keine Sorgen zu machen, weil es wird keine Väter mehr geben, die in Karenz gehen werden oder die dieses Kinderbetreuungsgeld in Anspruch nehmen werden, weil ja alle gesetzlichen Grundlagen für Männer dafür fehlen. Und im Übrigen möchte ich noch dazu sagen, dass sich die österreichischen Familien ohnehin selbst dieses Kinderbetreuungsgeld bezahlen müssen, indem bis dorthin Familienzuschläge, Gebührenerhöhungen im Gesundheitsbereich, Leistungseinschränkungen bei Arbeitslosen oder die Einführung der Studiengebühren schon längst vorher den Familien, das heißt den Menschen in diesem Land abgeknöpft worden sind.

Und zur Väterkarenz zurück, Sie wissen, dass diese Väter, die das eventuell im Auge gehabt hätten, keinen Rechtsanspruch haben, auch nicht in Teilzeitkarenz zu gehen und auf den guten Willen des Arbeitgebers angewiesen sind. Ich weiß, Sie haben letztes Mal gesagt, man muss das genau lesen. Ich habe das genau gelesen. Ich hatte schon voriges Mal genau gelesen gehabt und ich muss einfach der Verpflichtung unsererseits auch nachkommen, das hier noch einmal zu deponieren. Noch dazu wurde gestern ein weitreichender Beschluss in der Landesregierung gefasst, nämlich die Abschaffung der steirischen Familienbeihilfe ab dem nächsten Jahr. Vor einem Monat noch hat sich die Kollegin Pußwald bedankt bei den Verantwortlichen der Landesregierung, ein

herzliches Danke ausgesprochen für diese Maßnahme. Ich möchte wissen, wem sie heute dankt, wenn die steirische Familienbeihilfe nicht mehr ausbezahlt wird mit dem 1. Jänner 2002 und wie viele Familien da wieder Nachteile zu erfahren haben. Sie spielen Schwache gegeneinander aus. Sie denunzieren mit negativen Beispielen und haben dann – so glauben Sie zumindest – die Mittel in der Hand, um gegeneinander auszuspielen. Das ist die Devise von ÖVP, aber auch von FPÖ. Das, was die Menschen in unserem Land wirklich brauchen, das sind tatsächliche und echte Wiedereinstiegshilfen und Wiedereinstiegsoffensiven. Und wenn Sie mit Ihrer Mehrheit es zustande bringen, diese Gelder auch zur Verfügung zu stellen, dann sind wir die Ersten, die mit im Boot sind. Diese Gelder sind aber weder im Landesbudget noch im Budget des AMS Steiermark zu sehen und deswegen können wir diesem Antrag, der ein weiterer Ihrer populistischen Politik ist, nicht zustimmen. (Beifall bei der SPÖ. – 13.09 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (13.09 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich stelle fest, dass es ein erfreulich hohes Ausmaß an Anträgen gibt zur Frauenbeschäftigung. Ich hoffe, das bleibt so und es geht so weiter. Wie die Frau Kollegin Bleckmann vorhin erwähnt hat, haben wir heute beim ersten Tagesordnungspunkt einen sehr weitreichenden Antrag beschlossen. Ich möchte auch sagen, dass es mich sehr gefreut hat, dass es zu einer einstimmigen Annahme dieses Antrages gekommen ist. Dieser Antrag beziehungsweise die Bearbeitung und Einlösung dieses Auftrages könnte wirklich zu einer entscheidenden Verbesserung der Situation für Frauen in Sachen Beschäftigung führen, wenn wir es alle miteinander ernst meinen. Dieser Antrag ist aber auch für mich deswegen so grundlegend, weil er vielleicht nicht in Worten ausformuliert, aber vom Sinn her ganz deutlich erkennbar einfordert, dass die Situation genau zu analysieren ist. Man muss also feststellen, warum die Beschäftigungssituation für Frauen so ist wie sie ist und welche Komponenten bilden das Gesamtbild, das wir kennen. Und auf der Basis dieser seriösen Analyse, die ich mir da erwarte, wenn zum Beispiel von einer wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzung gesprochen wird beziehungsweise von einer Hineinnahme in die Strategiefelder der Wirtschaftspolitik, von solch einer grundlegenden Analyse erwarte ich mir dann einen ausgereiften Katalog von Maßnahmen, die zueinander nicht im Widerspruch stehen, sondern die einander auf das Positivste ergänzen. Der jetzt vorliegende Antrag der FPÖ in Bezug auf ein Bildungskonto findet deswegen nicht unsere Zustimmung, weil wir ihn nicht für eine weitere Ausformulierung des Antrages, über den ich vorher gesprochen habe, halten, sondern für eine vorzeitige Festlegung einer Maßnahme, von der nicht genau klar bekannt ist, was damit gemeint ist und die natürlich in keiner Weise koordiniert ist mit den anderen Maßnahmen, die es bisher schon gibt und die – so hoffe ich – aus dem ersten Antrag unter Tagesordnungspunkt 1 sich noch ergeben werden. Deswegen werden wir ihn ablehnen. Wir hoffen, dass aus dem einstimmig angenommenen Antrag zum Wirtschaftsbericht einiges erwächst, wo wir dann alle immer wieder zustimmen werden hier im Landtag dafür, dass der Landtag einiges unternimmt, um die Beschäftigungssituation von Frauen deutlich zu verbessern. Danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 13.12 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, zum Tagesordnungspunkt 6 liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest. (Abg. Schrittwieser: „Das stimmt nicht, bitte abzählen. Das ist eine mehrheitliche Ablehnung!“) Wir stimmen nochmals ab. Wer dem Antrag der Berichterstatterin seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Bitte abzählen. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit 17 zu 15 Stimmen angenommen. Das heißt, der Antrag hat die mehrheitliche Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Bildungskonto, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

7. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 91/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich, Ferstl, Graf, List und Wiedner, betreffend Zweckbindung von Mitteln der Pendlerpauschale.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (13.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seinen Sitzungen am 6. Februar 2001 und 9. Oktober 2001 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Antrag der FPÖ, betreffend Zweckbindung von Mitteln der Pendlerpauschale, wurde der Landesregierung zur Stellungnahme zugewiesen. Die Landesregierung hat in ihrer Stellungnahme dazu vorausgeschickt, dass mit dem Begriff „Pendlerpauschale“ nicht der so bezeichnete Steuerfreibetrag, sondern die Pendlerbeihilfe des Landes Steiermark gemeint war.

Die Landesregierung hat zusammenfassend festgestellt, dass die in den Landesvoranschlägen 2001 und 2002 beim Ansatz Pendlerbeihilfe 17 Millionen Schilling für 2001 und 1,2354 Euro für 2002 ausgewiesen sind. Diese Mittel reichen gerade dafür aus, rund 13.500 steirischen Pendlerinnen und Pendlern nach Einkommenshöhe und Entfernung sozial gestaffelt zwischen 1000 Schilling und 3200 Schilling pro Jahr zuzuerkennen, weshalb die Bindung von Mitteln für einen anderen Verwendungszweck nicht möglich ist.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 91/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich, Ferstl, Graf, List und Wiedner, betreffend Zweckbindung von Mitteln der Pendlerpauschale, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (13.16 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (13.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe vollzählig abwesende Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich stelle diesmal keinen Antrag auf Anwesenheit des zuständigen Regierungsmitgliedes, ich bin ja kein humorloser Mensch. Die Erschöpfung ist auch ein Phänomen, das bei Regierungsmitgliedern eintritt, vor allem, wenn sie sich so intensiv miteinander beschäftigen müssen.

Jetzt zu dem Punkt. Wir haben, wenn Sie sich erinnern, diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die im Unterausschuss letzte Periode doch ausführlich über dieses Thema auch verhandelt haben, die Neuformulierung, die Neuregelung der Pendlerpauschale im Zuge dieser Debatten auch über einen Bereich uns intensiv unterhalten und das ist Gegenstand dieses Antrages, den die Freiheitliche Partei gestellt hat über Zweckbindung der Pendlerpauschale. Wenn Sie sich erinnern, ist damals unter anderem auch eine Studie der Arbeiterkammer aufgelegt worden, die anhand eines Beispiels etwas für mich sehr eindrucksvoll nachgerechnet hat, dass nämlich anhand eines Betriebes oben in Aichfeld Murboden sich herausgestellt hat, dass der Bund fördert, das Land fördert und auch einzelne Unternehmen fördern. Und in diesem Fall, wenn man alle drei Förderungen zusammengerechnet hätte oder hat, man ohne weiteres und locker hätte sehr schön einen Werksbus finanzieren können. Das heißt, was ist passiert? Man hat über eine Vielfachförderung des privaten Kfz den Werksbus beziehungsweise auch den öffentlichen Bus, wenn er vom Verkehrsverbund geführt worden wäre, damit nicht nur nicht ermöglicht, sondern eben geradezu verhindert, weil es ist ja genau der Umstand, dass dann, wenn man ein öffentliches Verkehrsmittel einsetzen will, dass man das sagt, es gibt ja keine Leute, es fährt ja niemand mit dem Bus. Wie soll ich denn so einen Bus führen, wenn niemand damit fährt? Dazu kommt – auch das ist damals ausführlich diskutiert worden – unwesentlicher sozialer und gesellschaftspolitischer Aspekt, nämlich, dass es halt in Gottes Namen, das wird uns überraschen, aber es gibt Menschen, die haben kein Auto. Und es gibt zum Beispiel Frauen, denen ihr über alles geschätzter „Haushaltsvorstand“, ihr Göttergatte das Auto doch lieber nicht überlässt und für zwei Autos reicht es dann halt nicht. Dann gibt es Menschen, die aus verschiedenen anderen sozialen Gründen und sei es das schiere Einkommen, auch das kommt vor, Sie werden das auch nicht glauben, aber es ist so, sich ein solches Auto, ein privates, nicht leisten können. Dann gibt es noch gesundheitliche Aspekte, dann gibt es Jugendliche und so weiter. So und jetzt bekommen wir dahier von der geschätzten Landesregierung, von der vollzählig abwesenden, die Antwort auf dieses Anliegen, dass man wenigstens einen bestimmten Teil des ohnehin vielen Geldes, das da das Land ausgibt für die Förderung der Pendler, das heißt ja nicht Autofahrerunterstützungsverein, das heißt Pendlerpauschale, dass man also ein bestimmtes Geld der Steuerzahler, wo alle einzahlen und nicht nur die Autofahrer einzahlen, auch das sei angemerkt, wenn Sie gestatten, dass man da ein bestimmtes Scherflein auf die Seite legt und sagt, für diese Gruppe, die ohnehin die stärkste, sondern die schwächere ist. Was ist jetzt mit der christlich sozialen Einstellung und anderen Werthaltungen? Man teilt also der Freiheitlichen Partei, dem Antragsteller, kurz und bündig mit, wir haben das alles schon für die Autofahrer ausgegeben und deswegen können wir es für die anderen Zwecke, die hier vorgeschlagen wurden, wie etwa Werksbus, nichts mehr ausgeben, haben wir kein Geld mehr. Ich sage nur Mobilitätsberatung war da dabei und zusätzliche Kurse für Arbeitnehmerinnen in der Spätschicht. So weit, so schlecht.

Die Abgeordneten Hagenauer, Zitz, Lechner-Sonnek, Gennaro und Gross erlauben sich daher diesen Antrag, den Sie kennen – es ist jener der FPÖ –, noch einmal als Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 einzubringen. Die Begründung erspare ich Ihnen jetzt, ich habe das Anliegen schon dargestellt.

Es wird daher der Antrag gestellt, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Mittel der Pendlerpauschale für den Werksverkehr, die Mobilitätsberatung und zusätzliche Kurse für ArbeitnehmerInnen in der Spätschicht zweckzuwidmen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 13.22 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 7 liegt nicht vor, ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Zweckbindung der Pendlerpauschale, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 522/1, betreffend die Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001 (siebenter Bericht für das Rechnungsjahr 2001).

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Mag. Christine Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (13.23 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich berichte über die Einl.-Zahl 522/1 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung überplanmäßiger Ausgaben 2001, siebenter Bericht für das Rechnungsjahr 2001.

Es wird berichtet, dass in der Zeit vom 25. Juni bis 10. Juli 2001 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene überplanmäßige Ausgaben von insgesamt 28,646.785,12 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden, wobei davon 21,6 Millionen den Zuschuss an die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft betreffen und 1,5 Millionen für Berufsschulen ausgegeben werden. Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Ordentlicher Haushalt:

Erstens: Bindung von Ausgabenersparungen in Höhe von 5,239.957 Schilling.

Zweitens: Mehreinnahmen in Höhe von 1,8 Millionen Schilling.

Und im außerordentlichen Haushalt mit Bindung von Ausgabenersparungen in der Höhe von 14 Millionen Schilling und durch Mehreinnahmen von 7,606.828,12 Schilling.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 10. September 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der siebente Bericht für das Rechnungsjahr 2001 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten überplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 28,646.785,12 Schilling wird gemäß Paragraph 32 Absatz 2 der L.-VG. 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich bitte um Annahme. (13.25 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zu diesem Tagesordnungspunkt 8 liegt keine Wortmeldung vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 9 und 10 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

9. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 507/1, betreffend den Umweltschutzbericht 2000.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Ernst Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (13.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mit Beschluss Nr. 344 vom 15. Mai 1984 hat der Steiermärkische Landtag die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, jährlich einen Umweltschutzbericht zu erstellen und dem Steiermärkischen Landtag zur Beratung vorzulegen.

Unabhängig davon hat gemäß Paragraph 8 des Gesetzes über die Einrichtung zum Schutz der Umwelt die Landesregierung jährlich dem Landtag einen umfassenden Umweltbericht vorzulegen.

In Vollziehung der zitierten Landtagsbeschlüsse beziehungsweise des Landesgesetzes liegt nunmehr der 16. Umweltschutzbericht des Landes Steiermark für den Berichtszeitraum 2000 vor.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Der vorliegende Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss des Steiermärkischen Landtages vom 15. Mai 1984, Nr. 344 sowie zum Antrag der damaligen Abgeordneten Ritzinger, Dipl.-Ing. Schaller, Kröll, Kohlmann und Prof. Dr. Eichinger, betreffend die Vorlage eines jährlichen Umweltschutzberichtes, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (13.27 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky:

10. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 501/1, Beilage Nr. 66, Gesetz, mit dem das Gesetz über Einrichtungen zum Schutz der Umwelt geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Ernst Gödl. Ich erteile ihm das Wort

Abg. Gödl (13.27 Uhr): Bei der Einl.-Zahl 501/1 handelt es sich um eine Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, mit dem das Gesetz über Einrichtungen zum Schutze der Umwelt geändert werden soll.

Und zwar geht es bei dieser Gesetzesänderung um den Inhalt, dem Informationsbegehren ist ohne unnotigen Aufschub, spätestens aber innerhalb von acht Wochen zu entsprechen. Geändert wird Paragraph 12 in dem Fall, dass Absatz 4 a und 4 b eingefügt werden und die Übergangsfristen, das In-Kraft-Treten der Novelle ist in Paragraph 15 geregelt.

Ich stelle den Antrag, diese Regierungsvorlage zu beschließen. (13.28 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gödl. Ich erteile es ihm.

Abg. Gödl (13.28 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe heute die ehrenvolle und freudige Aufgabe, zum Umweltschutzbericht 2000 Stellung zu nehmen. Sie haben ihn sicher alle erhalten, er ist unübersehbar, denn er ist unübersehbar stark und dick: 564 Seiten. Es ist ein Tatsachenbericht. Untergliedert in 15 Kapitel und enthält natürlich einige Kennzahlen, wie immer besonders wichtig, wie viel Geld wird in diesem Bereich ausgegeben, im 14. Kapitel wird dazu ausführlich Stellung genommen. Die Gesamtausgaben im ordentlichen Haushalt und im außerordentlichen Haushalt im vergangenen Jahr beliefen sich auf etwas über eine Milliarde Schilling. Das ist durchaus eine beachtliche Steigerung von 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr 1999. Natürlich kann man sagen, Umweltschutz ist immer unerschöpflich, man könnte immer mehr dafür tun, immer mehr dafür ausgeben. Trotzdem glaube ich, dass sich die Bilanz für das Jahr 2000 sehen lassen kann. Und aus jedem Kapitel, so meine ich, auch objektiv sagen zu können, kann man positive Entwicklungen für unser Land Steiermark herauslesen. Umweltpolitik soll ja ganzheitlich gesehen werden und es soll unter dem Postulat Nachhaltigkeit stehen. Das Wort ist schon groß strapaziert. Nachhaltigkeit eben mit dem Aspekt, ökologische mit ökonomischen und sozialen Aspekten gleichzeitig zu verbinden und zu vernetzen. Und einer der Meilensteine in der Umweltpolitik, jetzt global gesehen, war die Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio mit der Agenda 21, 179 Staaten haben sie unterzeichnet. Österreich ist dort natürlich dabei und in dieser Gruppe der 179 Staaten spielt Österreich unzweifelhaft eine Vorreiterrolle, nimmt eine Spitzenposition ein, was die Umsetzung betrifft. Und innerhalb Österreich, wiederum hat die Steiermark eine ganz gute Position erarbeitet. Ich habe selbst heuer im Mai bei einer Nachhaltigkeitskonferenz teilgenommen, im kärntnerischen Mallnitz, da waren von allen Landesregierungen österreichweit Vertreter mit dabei und jedes Bundesland hat ihre Nachhaltigkeitsstrategie vorgestellt. Und nachdem alle neun Bundesländer damit fertig waren, hat der Univ.-Prof. Dr. Kanatschnig, der Vorstand vom Österreichischen Institut für Nachhaltigkeit der BoKu Wien das Wort ergriffen und gesagt, er möchte sagen, dass es nur in zwei oder drei Bundesländern bisher echte Nachhaltigkeitsstrategien in der Landespolitik gibt und hat ausdrücklich die Steiermark mit Vorarlberg vorangestellt. Das halte ich durchaus für bemerkenswert und sehr erfreulich. Es hat diesen Bereich der Umsetzung der Agenda 21 betroffen, nämlich auf lokaler Ebene. Die Lokale Agenda 21, und da ist wie gesagt Steiermark durchaus in einer Spitzenposition, von Landesrat Pörtl ins Leben gerufen im Vorjahr der Verein Ökologische Landentwicklung, der diese Entwicklung in den Gemeinden mitträgt und mitbegleitet. Und wir sind noch einen Schritt weitergegangen, auch Betriebe müssen in Umweltschutzmaßnahmen eingebunden werden. Daher auch die betriebliche Agenda 21, die ebenfalls über die ökologische Landentwicklung unterstützt wird. Wie ich überhaupt insgesamt der Meinung bin, dass Umweltschutzpolitik sehr viel mit Bewusstseinsbildung zu tun hat und es hier hervorragende Projekte in der Steiermark gibt. Ich denke auch an den Umweltschutzbeauftragten Dipl.-Ing. Jilek zum Beispiel mit dem Projekt „Fifty fifty“ in den Schulen, ein kleines Projekt, aber durchaus sehr effizient, weil es eine bewusstseinsbildende Maßnahme ist, die sich auch monetär niederschlagen kann, nämlich insofern, dass – Fifty fifty sagt ja schon – 50 Prozent der Energieeinsparungen dann direkt in die Klassenkasse fließen. Das ist nur ein kleines Projekt von vielen anderen, die ich hier erwähnt haben möchte. Aber wenn man das Kompendium durchblättert, dann glaube ich kann man in allen Kapiteln gewisse Erfolge, gewisse positive Entwicklungen entnehmen. Seite 47 zum Beispiel eine schöne Grafik, die zeigt, in welchem Ausmaß sich die Güteklasse der Fließgewässer verbessert hat von 1994 verglichen mit 2000, nur als Beispiel. Oder auch die Entwicklung im Abwasserbereich. Der Herr Landesrat ist auch unermüdlich unterwegs, manchmal darf ich ihn begleiten bei diversen Eröffnungen. Erst vor eineinhalb Wochen zirka waren wir im Bezirk Deutschlandsberg in der Gemeinde Preding, wo wiederum eine Genossenschaft ihre Kläranlage eröffnet hat, wo auch mit viel Engagement, viel Eigeninitiative die Abwasserentsorgung auch im ländlichen Bereich bereits einen sehr hohen Stellenwert einnimmt. Wir haben mit dem Jahr 2000 erreicht, dass eine Million Einwohner bereits an eine öffentliche Abwasserentsorgungsanlage angeschlossen sind, das ergibt einen Entsorgungsgrad von 83 Prozent. Auch in diesem Bereich ist aber nicht alles Eitel Wonne und es ist auch bemerkenswert in diesem Bericht und das soll ihn auch besonders auszeichnen, dass auch kritische Worte enthalten sind, nicht nur Lobeshymnen. Ich verweise auf das Thema Klima und Energie, wo wiederum der Landesenergiebeauftragte Dipl.-Ing. Jilek auch sehr kritische Worte zur globalen Situation reinschreiben durfte und reingeschrieben hat und auch durchaus die Steiermark angehalten hat, auf Linie zu bleiben, wenn es um Klimaschutz und Umweltpolitik geht. Wir wissen, zur Erreichung des Kyoto-Zieles gibt es ja, global gesehen, gerade von Amerika aus nicht gerade erfreuliche Entwicklungen. Dennoch glaube ich, ist die Steiermark auf einem guten Weg auch im Bereich der erneuerbaren Energien, wo sich in unserem Lande wirklich sehr viel weiterentwickelt hat.

Alternativenergien sind auch ein Kernpunkt im LUST, im Landesumweltprogramm Steiermark. Auch das war, glaube ich, einer der wichtigsten Beschlüsse im vergangenen Jahr 2000, nämlich am 15. Mai 2000 hat die Landesregierung das Landesumweltprogramm Steiermark beschlossen.

Ich darf mit diesen Ausführungen enden, darf allen danken, Herrn Hofrat Rupprecht, der auch hinten vertreten ist, Frau Dr. Wawra, die mit der Abfassung des Berichtes hauptsächlich beschäftigt war, allen, die dazu beigetragen haben. Es sind im Umweltbericht 2000 auch schon Themen von 2001 enthalten. Das ist auch richtig so, die Landesausstellung 2001 wird mit Recht ganz positiv herausgehoben, auch als eine der bewusstseinsbildenden Maßnahmen in der Umweltpolitik. Und ich darf abschließend auch dir, Herr Landesrat, für deinen unermüdlichen Einsatz im Bereich Umwelt in deinem Ressort danken. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 13.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich darf es Ihnen erteilen.

Abg. Mag. Zitz (13.37 Uhr): Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Zuerst möchte ich mich einmal bei den Leuten bedanken, der Ernst Gödl hat das ja auch getan, die da sehr dicht, eigentlich in sehr guter Qualität so eine Umweltgrundlage von der Steiermark dargestellt haben und die das seit sehr vielen Jahren tun. Ich glaube, das ist eine Menge Arbeit und der Bericht zeigt, dass die Darstellung, wie grün die Steiermark allerdings ist, aus unserer Sicht in einigen Bereichen doch deutlich kritikwürdig ist. Ich möchte in dem Zusammenhang zuerst einmal positiv erwähnen, was neu im Bericht ist und was wir als Grüne auch als sehr erfreulich finden. Das eine ist, es gibt ein eigenes Kapitel zum Thema Handy-masten Basisstationen im Überkapitel Strahlen. Das ist eine ausgezeichnete Möglichkeit einmal in einem Bericht, wenn auch nur sehr kurz, dieses Thema wahrzunehmen. Demokratiepoltisch über Anrainer-, Anrainerinnenrechte, über Gesundheitsfragen beziehungsweise Umweltfragen, die gerade auf der kommunalen Ebene sehr brennend sind.

Das Zweite, was mich sehr gewundert und auch erfreut hat, ist, dass es in dem Umweltbericht des Landes eine klar kritische Bewertung zur Gentechnologie in der Landwirtschaft gibt, allerdings mit einem sehr internationalen Bezug, wo ich mir denke, da hätte man steiermarkmäßig etwas weiter konkreter in die Tiefe gehen können.

Und der dritte Punkt, das ist einer, der vielleicht manchen Leserinnen und Lesern gar nicht aufgefallen ist. Neu im Bericht ist jetzt auch eine Analyse der Umweltauswirkungen vom aktuellen und vom historischen Bergbau, wo auch festgehalten wird, dass es überhaupt nicht leicht ist über die Betriebe da an relevante Daten heranzukommen. Das, was ich kritisch sehe, was im Bericht fehlt, dass es nach wie vor keine Stellungnahme zur 380-kV-Leitung gibt, dass der Nationalpark Gesäuse nur einmal im Vorwort, Herr Landesrat von Ihnen, sehr vorsichtig erwähnt wird, obwohl er ja, so hört man, im Oktober 2002 eröffnet werden soll. Also da hätte ich mir eine etwas klarere Ansage gewünscht. Es kommt kein Wort zur ennsnahen Trasse vor, zu einer Bewertung der politischen Entwicklung, zu diesem sehr unsinnigen Straßenprojekt.

Und es gibt in der Folge auch keinen steirischen Umweltmaßnahmenkatalog, der aus unserer Sicht dringend notwendig wäre. Aus meiner Sicht ist Umweltschutz automatisch Regionalpolitik, wenn man es sorgfältig angeht. Es ist Arbeitsmarktpolitik nämlich genau im Bereich von innovativen Arbeitsmarktmaßnahmen. Ich denke da auch ganz konkret an den Biolandbau, der einfach sehr viel tatkräftige Hände braucht und der gleichzeitig auch umweltgerecht wirtschaftet und es ist natürlich Wirtschaftspolitik. Und in diesem Sinne hat die Ingrid Lechner-Sonnek die Frage nach dem Ökocluster schon beim ersten Tagesordnungspunkt, beim Wirtschaftsbericht, gestellt.

Was jetzt die einzelnen Kapitel im Bericht betrifft, was das Wasser betrifft, ist die Lage im Leibnitzer Feld, im unteren Murtal und im Grazer Feld nach wie vor durch die Intensivlandwirtschaft stark belastet, also mit Nitrat-höchstwerten, Atrazinhöchstwerten, bezogen auf die Gesamtheit der Proben, die drastisch überschritten werden. Schlimm habe ich auch gefunden, dass in einem Schongebiet im unteren Murtal von den 23 getesteten Trinkbrunnen bei 21 Brunnen Höchstwertüberschreitungen festgestellt wurden. Also ich frage mich, wie geht man damit um, wie wird das der Bevölkerung mitgeteilt und wie schafft man es, genau in diesem Bereich auch einen Umbau der Landwirtschaft mit sich zu bringen, dass die Bauern aber gleichzeitig sanft, aber nachhaltig motiviert werden, anders zu produzieren und nicht so stark in Maismonokulturen zu setzen.

Ein zweiter Punkt, der auffällt und da glänzt der Verkehrslandesrat ja durch Abwesenheit, ist, dass die Verkehrspolitik in der Steiermark absolut keine erfreulichen Entwicklungen nimmt. Es wäre interessant gewesen vom Landesrat Schögggl dazu eine Einschätzung zu erfahren. Es schaut so aus, dass eine halbe Milliarde Landesmittel für den Straßenbau verwendet werden und 1,1 Milliarden für den Bundesstraßenbau in der Steiermark, dass heuer ein gesamtsteirisches Verkehrskonzept ansteht und die Verbesserungen, die im Bericht angeführt sind, die sind interessanterweise bis 2010 projiziert und das ist mir einfach viel zu lange. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, warum man da nicht mit einem ganz klaren Stufenplan, der eindeutig einen Schwerpunkt auf der Schiene haben muss beziehungsweise auf Bussen und auf Straßenbahnen, warum man diesen Akzent nicht setzt.

Ich habe schon vorher kurz gesagt, es wird festgehalten, dass die steirische Eisenbahnstruktur, -infrastruktur, also sprich die Schienen seit einem Jahrhundert unverändert sind. Also da hat es keinen einzigen Meter Zubau gegeben und ich bin sicher, dass in einem Länderranking die Steiermark da ganz, ganz hinten liegt. Und

es ist für mich einfach auch ein Schlag ins Gesicht von den Industrien, auf die wir in der Steiermark eigentlich sehr stolz sind, die im Bereich Schienenbau international Qualität anbieten, dass genau in deren Mutterland die Bahn sträflichst vernachlässigt wird.

Kurz noch zum Biolandbau. Der Bericht gibt an, dass von den derzeit 3400 Biobetrieben ein Rückgang feststellbar ist, nämlich ein Minus von 250 Betrieben, und dass es Absatzprobleme bei Milch und Rindfleisch gibt. Ich denke, da wäre es natürlich wichtig, dass das Land im Beschaffungsbereich wieder einmal einen kräftigen Schritt setzt und genau diese beiden Produkte, die es auch relativ saisonunabhängig in guter Qualität gibt, auch echt steirische Produkte, die unter die Leute zu bringen, die in Krankenanstalten liegen, die in Kindergärten sind, die in Schulen sind. Und das wäre eine Art von sehr eleganter Beschaffungspolitik und gleichzeitig Biopolitik. Ein Punkt noch, den ich anführen möchte, ist die Situation Luft. Das ist eigentlich ganz ein traditionell grünes Thema. Ich habe mich eigentlich sehr geschreckt, als ich gesehen habe, dass dieser Umweltbericht uns leider nach wie vor sehr mit diesem Thema beschäftigt. Es gibt einen Abschnitt zu Luft, Luftgüte, und da hält der Bericht für das Jahr 2000 fest, dass Leoben und Graz nach wie vor ganz klar Problemregionen sind, und zwar insbesondere bei Stickstoffdioxid und beim Schwebstaub. Das ist ganz feiner Staub, der wird in den USA seit 20 Jahren gemessen, in Österreich erst seit sehr kurzer Zeit. Und dieser sehr feine Staub, der ist lungengängig beziehungsweise der kommt in Teile von unserem Körper hinein, wo er sich so auswirken kann, dass es tatsächlich frühere Todesfälle gibt und das Herzinfarktisiko und das Risiko auf Atemwegserkrankungen massiv raufgesetzt wird. Und diese Bekämpfung von Feinstaub, also den man auch durch konventionelle Filter gar nicht mehr aus der Luft herausholen kann, weil er durchgeht, das ist ein Schwerpunkt, auf den jetzt auch die EU Österreich aufmerksam gemacht hat und ich bringe deswegen einen Entschließungsantrag ein der grünen Abgeordneten: Luftgüte in der Steiermark.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, auf Grund der Luftgütegrenzwertüberschreitungen im Raum Graz und Leoben weitere Stuserhebungen zu veranlassen und einen entsprechenden Maßnahmenkatalog innerhalb von sechs Monaten zu verordnen.

Ich sage nur kurz was zu diesen so genannten Stuserhebungen, wie gesagt, es ist eine Vorgabe, dass man in allen EU-Staaten schaut, wenn es Grenzwertüberschreitungen gibt, dass man zu einem bestimmten Zeitraum noch einmal schaut, wie dort die Lage ist und dann schaut, dass man standortbezogen einen Maßnahmenkatalog entwickelt mit Einbeziehung der betroffenen Behörden, mit der Bevölkerung, mit den Leuten, die in dem Bereich einfach aktiv sind. Und da schaut es leider Gottes so aus, dass dringend in Leoben und in Graz so ein Katalog, so eine Stuserhebung und so ein Katalog entwickelt werden muss. Für mich wäre es sicher auch angenehmer, zu einem nicht so traditionellen grünen Thema zu reden, sondern zu etwas, wo man das Gefühl hat, das passt besser ins Jahr 2001, aber es ist leider ein Teil der Realität, dass durch eine massive Verkehrsbelastung die Luftgüte und durch Industriebelastungen in diesen beiden Regionen wirklich menschenunwürdig ist. Und ich glaube einfach, die Folgen, nämlich dass es für kleine Kinder oder für ältere Leute nahezu gefährlich ist, in diesen Orten zu leben, dass Leute abwandern und dass man einfach Lebensqualität aus der Stadt wegnimmt, das sind einfach ökologische Realitäten, die für mich auch einen ganz starken gesellschaftlichen Bezug haben.

Und was die Stadt Graz betrifft, was ja auch typisch ist, dass bei der letzten Volkszählung herausgekommen ist, dass sehr viele Leute aus der Stadt Graz ins Umland ziehen und aus dem Grund einfach, weil in Graz die Lebensqualität sehr schlecht ist. Und dass die Leute dann gezwungenermaßen wieder nach Graz einpendeln, um da zu arbeiten, um teilweise die Kinder in die Schule zu bringen und da auch Kulturveranstaltungen am Abend und so weiter in Anspruch zu nehmen. Und für mich ist deswegen die Verbindung zwischen Umweltpolitik, Raumordnung und Gesellschaftspolitik was ganz Zentrales.

Zu dieser Luftgütesituation: Es gibt einen Luftgütebericht vom Umweltbundesamt für das Jahr 2000. Da werden die Grenzwertüberschreitungen österreichweit gemessen und bei Schwefeldioxid, Schwebstaub und Stickstoffdioxid kommt bei den 25 Topgrenzwertüberschreitungen in Österreich die Steiermark neunmal vor. (Abg. Majcen: „Spitze!“) Und das ist so viel, dass ich mir einfach denke – der Herr Kollege Majcen findet das Spitze. Ich glaube, dass Ihr Umweltlandesrat Pörtl, das wahrscheinlich überhaupt nicht Spitze findet. (Abg. Majcen: „Weil die Steiermark am besten ist!“) Ja, am schlechtesten! Was auch heißt, dass es da auf der Bundesebene und auf der Landesebene derzeit eine Situation gibt, wo man sagt, die Steiermark muss sich in dem Bereich einfach was überlegen und das heißt konkret, eine andere Verkehrspolitik, die mehr in Richtung sanfte Mobilität geht.

Einen letzten Punkt: Den Entschließungsantrag habe ich schon eingebracht, das ist der Nationalpark Gesäuse. Der Herr Landesrat hat im Umweltausschuss dazu schon gesagt, dass ein Nationalparkgesetz, das erste steirische, bereits vorbereitet worden ist, auch bereits ins Internet gestellt worden ist, wo man es sich anschauen kann und eine Stellungnahme dazu abgeben kann. Also dieses Ins-Internet-Stellen finde ich ja sehr gut. Es ist aber so, dass das Gesetz allein nicht reichen wird. Es wird dazu auch zwei Verordnungen brauchen, konkret was die Managementpläne betrifft und es braucht einen Artikel-15 a-Vertrag zwischen Bund und Land, weil es einfach darum geht, diesen steirischen Nationalpark auch finanziell so auszustatten, dass er wirklich im Sinne eines sanften Tourismus und im Sinne einer Regionalentwicklung für die Region gewinnbringend ist. Und das kann nur dann hinhalten, wenn man den Tourismus so gestaltet, dass man in dieser sehr attraktiven Region zum Beispiel sich auch überlegt, wie man einen behindertengerechten Tourismus, dieses Element, hineinbringt. Es gibt da bereits erste Vorstellungen. Und ich glaube, gerade in dieser Region ein Tourismus ohne Auto, einen modernen Familientourismus und Möglichkeiten, dass behinderte Personen in dieser sehr attraktiven Gegend gut unterwegs sein können, was auch heißt, eine andere Gestaltung teilweise von Wegen oder dass die Hotelanlagen, die Gastronomie behindertengerecht ist. Das wäre für mich eine wunderbare Art, wie man eine

moderne Sozialpolitik und Gesellschaftspolitik mit Umweltpolitik und mit Naturschutz in Verbindung bringen kann. Ich glaube einfach, dass deswegen die Frage, den Nationalpark Gesäuse ganz hoch vorne auf die steirische Prioritätenliste zu stellen, zu schauen, dass es ein sehr gut ausgestattetes Verhandler/Verhandlerteam mit dem Bund gibt, dass der Bund die Steiermark genau so ernst nimmt, wie wenn die Vorarlberger Kollegen wieder einmal verhandeln gehen für ihren großen, schon lange bestehenden Nationalpark oder wenn die Tiroler Kollegen wieder einmal mit ihrem Tiroler Nationalpark beim Bund anklopfen, dass die Steiermark einfach dringend sich in eine Poleposition begeben muss.

Jetzt Resümee zum Umweltbericht von Seiten der Grünen: Es gibt wie gesagt einige erfreuliche Erneuerungen im Bericht. Es gibt einige Teile im Bericht, konkret Verkehrspolitik, Luftgüte, die wir sehr heftig in Frage stellen wollen und drittens, was den Nationalpark Gesäuse betrifft, Herr Landesrat, gäbe es zum Beispiel auch die Möglichkeit, dass der Unterausschuss des Landtages, der sich mit dem Nationalparkgesetz beschäftigten wird, dass der zum Beispiel in die Region und analog zu ihrer Pflanzenkläranlagen- oder Kläranlagenexkursion, die sie einmal initiiert haben, dass man eine Ausschusssitzung in der Region stattfinden lässt.

Das war jetzt eine Einschätzung von unserer Seite. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 13.52 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile es ihr.

Abg. Halper (13.52 Uhr): Frau Präsidentin! Werte Landesräte! Hohes Haus!

Der 16. Umweltschutzbericht des Landes ist nicht nur ein sehr umfassender Bericht mit immerhin 564 Seiten, 14 Kapiteln und unzähligen Grafiken und Tabellen. Das ist auch ein Bericht, der sehr viele Informationen über die Umweltsituation des Landes Steiermark enthält und vor allem jene Punkte aufzeigt, die noch verbesserungswürdig sind. Ich persönlich halte den Bericht ja für ausgezeichnet, weil er uns nämlich ganz deutlich aufzeigt, was ist im letzten Jahr im Bereich des Umweltschutzes getan worden und was nicht. Und diesbezüglich hoffe ich schon, dass dieser Bericht nicht irgendwo in so einer Schublade unten dann gelagert wird, sondern dass man dies als klaren Arbeitsauftrag vor allem für die Landesregierung sieht, denn immerhin ist dieses Werk doch sehr wichtig und ist auch wirklich mit viel Arbeit gemacht worden.

Ich möchte noch auf einige Problemzonen heute zu sprechen kommen. Das ist keine wesentliche Kritik, vielmehr eher eine Anregung auch an die Landesregierung, sich mit dem Thema Umweltschutz und Umweltschutzpolitik auseinander zu setzen. Denn immerhin hat sich diese Regierung ja sehr viel vorgenommen. Allein wenn man das Arbeitsprogramm anschaut, steht drinnen von der Erhöhung der erneuerbaren Energieformen bis über die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs bis hin zum Schutz von Wasser und Wald. Über das Thema werden wir heute noch Gelegenheit haben zu reden. Doch bevor ich weiterfahren möchte mit jenen Bereichen, möchte ich mich auch noch bei den Personen bedanken, die diesen Bericht zusammengestellt haben. Die Bereiche, die mir besonders bei der Betrachtung des Umweltschutzberichtes ins Auge gefallen sind, möchte ich kurz ansprechen, weil ich glaube, dass man hier schon noch einiges verbessern kann. Wie etwa im Kapitel Abfall und Stoffflusswirtschaft sind jene Organisationen und Vereine aufgelistet, die sich mit der Bewusstseinsbildung innerhalb der steirischen Bevölkerung auseinander setzen. So wurden im Jahr 2000 16 Veranstaltungen zum Thema Abfallwirtschaft gemacht, die Kampagne „Wertvolle Steiermark – Weiter, weil wir weiter denken“, im letzten und im heurigen Jahr abgewickelt. Und wir haben nicht nur in den steirischen Gemeinden die Abfallberatung, Abfallberater und -beraterinnen, wir haben das Abfalltelefon, um hier nur einige Servicestellen zu nennen. Wir haben auch eine weitere Informationskampagne, eine sehr groß angelegte, die ins Leben gerufen wurde, das ist „Steiermark-Ideen“, die eigentlich durch die große Bevölkerung noch bis Ende Oktober dieses Jahres verlängert worden ist. Dennoch glaube ich, dass im Bereich der Bewusstseinsbildung noch vieles gemacht werden muss und diese Kampagnen äußerst notwendig sind, wenn wir der Bevölkerung vor allem mit Nachhaltigkeit klarmachen wollen, wie wichtig eigentlich diese kleinen Schritte der Mülltrennung sind. Was mir allerdings bei der genaueren Betrachtung der Kampagnen und vor allem der Art und Weise, wie diese Kampagnen durchgeführt werden, aufgefallen ist, ist, dass der Bekanntheitsgrad zum Teil in der Bevölkerung nicht sehr groß ist. Die Infokampagne „Steiermark-Ideen“, die ist jetzt ausgedehnt worden bis Ende Oktober dieses Jahres, hat einen enorm großen Zuspruch erhalten. Die Kampagne „Wertvolle Steiermark – Weiter, weil wir weiter denken“ ist nicht wirklich im Bewusstsein der Leute. Und, Herr Landesrat Pörtl, ich habe Sie schon letztes Jahr darauf hingewiesen, dass diese Kampagne nicht ankommt und es ist daher noch einmal ein Appell meinerseits, darauf zu achten, dass diese Kampagnen greifen, weil da steckt viel Geld dahinter und es ist ganz wichtig, dass wir den Leuten klarmachen, sie müssen auch einen Beitrag dazu leisten, immerhin haben wir gerade in der Abfallwirtschaft eine Prognose, die wir uns gesetzt haben und wenn wir diese erreichen wollen, dann brauchen wir auch die Öffentlichkeit dazu.

Einen Punkt zum Thema Abfall- und Stoffflusswirtschaft möchte ich auch noch ansprechen, das ist die Thematik des Speiseöles. Ich finde das ganz toll, dass 2,5 Millionen Schilling mehr von dieser Regierung für diese so genannten „Fettys“, diese Abfallbehälter für das Alt Speiseöl, ausgegeben worden sind oder mehr genehmigt worden sind. Was mir nur fehlt, sind diese Sammelstellen dazu. Ich merke das selber, diese Kübel sind wirklich praktisch, nur ich fahre durch die halbe Stadt in Graz, damit ich eine Sammelstelle finde. Und das hast du nicht nur in der Stadt, sondern das hast du am Land auch. Ich denke mir, das ist ein Bereich, wo man sehr wohl noch arbeiten kann. (Abg. Gödl: „Fahr mit dem Rad!“) Ich meine, ich brauche für Graz keine Orientierungshilfe, ich brauche nur in meiner Nähe einen Standort, das ist alles. (Abg. Wiedner: „Du fährst ja ohnedies mit dem öffentlichen Verkehrsmittel, oder?“) Ja, ich fahre mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, so ist es, mit dem Öl und dann

kleckse ich alles voll. Klar, macht mir Spaß! Aber Spaß beiseite, wir brauchen noch Sammelstellen dazu. Ich meine, das Thema ist ja nicht so unwesentlich. Ich glaube, es ist jedem in dem Haus bekannt, was mit dem Öl teilweise noch immer passiert. Die Leute schütten es einfach in den Abfluss hinunter oder schmeißen es in andere Container. (Abg. Wiedner: „Das ist eine Unterstellung!“) Bitte schaut euch einmal Container in der Stadt an! Ich meine, Karl, ich unterstelle dir jetzt etwas ganz anderes, dass du nicht so oft den Müll daheim hinausträgst, geschweige denn, dass du nicht derjenige bist, der eine Fritteuse ausleert und entsorgt und das Ganze wegführt. (Abg. Wiedner: „Ich habe keine Fritteuse!“) Naja, Pommes wirst du zwischendurch essen, oder? Ja, weil es deine Frau macht und ehrlich gesagt, weil du diese Arbeit nicht kennst. (Abg. Wiedner: „Komme einmal zu mir, dann siehst du, was ich mache!“) Ja, das schaue ich mir gerne an, wenn du dir anschaust, wie die Situation zum Teil ist. (Abg. Gennaro: „Du kennst dich in einer Küche genauso viel aus, wie in einer Apotheke!“ – Abg. Wiedner: „Das musst gerade du sagen! Kommst einmal hinunter und schaust, wie das Arbeiten geht!“ – Abg. Gennaro: „Du kannst mit mir einmal zu Weihnachten Kekse backen, damit du etwas Anständiges lernst!“) Bevor wir jetzt da in eine Diskussion kommen, wer mit wem wohin fährt, ich halte es ja für gescheit, wenn man sich die Dinge vor Ort anschaut. Ich steige davon nicht herunter, ich denke, es ist wichtig, dass wir mehr Sammelstellen haben und dass wir auch in diesem Bereich noch schauen, was kann getan werden. (Abg. Gödl: „Mit dem Bürgermeister reden!“) Mit dem Bürgermeister reden, gut, wir können jetzt eine Stunde über dieses Thema diskutieren oder es gibt auch die Variante, dass ich irgendwie im Umweltschutzbericht weiterfahre. Mir ist es gleich. (Abg. Wiedner: „Der rote Bürgermeister von Graz ist das!“ – Abg. Gödl: „Du musst mit dem Bürgermeister reden!“) Ernst, ich bin mir sicher, du bist der Bürgermeister, der ganz viele Sammelstellen hat. Ich will das nicht einmal abstreiten, super.

Gut, ich bringe jetzt noch ein anderes Thema ein, vielleicht können wir dann auch so quer darüber diskutieren. Das ist die Unterstützung und die Arbeit der steirischen Berg- und Naturwacht. Es ist jedem bekannt, dass wir nach wie vor wilde Deponien in der Steiermark haben und ich möchte mich in diesem Zusammenhang bei diesen Leuten bedanken. Denn ich halte das nicht für so unwesentlich, was die Damen und Herren der steirischen Berg- und Naturwacht machen. Sie sind nämlich diejenigen, die eigentlich die Haushaltsgeräte, die wild abgelagert werden in irgendwelchen Schluchten, bei Bächen, bei Gewässern einsammeln. Nur sollten wir uns da auch schon irgendetwas überlegen, dass wir diese Leute einerseits besser unterstützen können, andererseits für verstärkte Aufklärung sorgen können. Denn, wenn man sich den Umweltschutzbericht anschaut, dann ist festgehalten, dass aus mehreren steirischen Bezirken berichtet wird, das zunehmend in der Landschaft Unrat und Abfall abgelagert wird und die Zahl der wilden Deponien am Zunehmen ist.

Ich möchte jetzt noch einen ganz anderen Bereich des Umweltschutzberichtes streifen, nämlich die Strahlenschutzthematik, und das ist auch ein Lob an die Verfasser und Verfasserinnen, die immerhin den Endbericht, diesen Erdbebenendbericht von Krško, zwar nur in kurzer Form, aber doch eingearbeitet haben. Der Bericht liegt nämlich noch nicht so lange auf. Ich habe das großartig gefunden, dass man das schon berücksichtigt hat. Ein anderes Thema dazu sind allerdings diese Handymastenbasisstationen. Ich denke, das ist für den aktiv laufenden Unterausschuss ein klarer Arbeitsauftrag einfach da Ergebnisse zu haben, Ergebnisse zu präsentieren, damit auch diese Seite im Umweltschutzbericht gefüllt werden kann.

Es gibt noch einen Punkt, den ich kurz anschnitten möchte, Thema Naturschutz. Heuer haben wir Gott sei Dank um drei Seiten mehr im Bericht, wir haben es immerhin auf sieben Seiten gebracht, letztes Jahr waren es noch vier. Das birgt für mich ehrlich gesagt irrsinnig viel Hoffnung, dass dieser Bereich in Zukunft auch noch an Bedeutung gewinnen wird. Einen Schritt haben wir ja schon gesetzt, wir haben endlich diesen Naturschutzbeirat konstituiert.

Das war es von meiner Seite auch schon zum Umweltschutzbericht. Nachdem wir aber eine zweite Thematik auch noch laufen lassen haben, möchte ich kurz zu dieser Vorlage 501, mit dem das Gesetz über die Einrichtung zum Schutze der Umwelt geändert wird, anmerken. Ich halte das ehrlich gesagt für eine Peinlichkeit und ein Trauerspiel, dass es eine Klage der Europäischen Kommission braucht, dass derartige Geschichten geändert werden. Ich denke mir, das hat das Land nicht notwendig, ich denke mir, da werden manche noch aktiv werden, vor allem es ist ja für die Leute draußen wirklich eine Schikane. Ich bin mir sicher, das hat man vorher gewusst, was da läuft. Ich formuliere es einfach als Appell. Wir sollten darauf achten, dass derartige Peinlichkeiten in Zukunft nicht mehr vorkommen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.02 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Dietrich (14.02 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Der steirische Umweltschutzbericht ist ein sehr umfangreiches, qualitativ hochwertiges Werk und ich möchte es auch – so wie meine Vorrednerinnen – nicht verabsäumen, jenen Damen und Herren zu danken, die sich so viel Mühe gemacht haben, um eben dieses Werk in dieser Qualität herzustellen.

Beim heutigen Bericht möchte ich mich verstärkt dem Thema Energie widmen. Nicht nur auf Grund der aktuellen politischen Lage, sondern generell bin ich der Meinung, dass Energie jener Bereich ist, der wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung ist, aber auch ein sehr umweltrelevanter Bereich ist. Das Grün-Buch der EU zum Versorgungsbericht 2000 lässt erkennen, dass die bisherige Meinung, wir haben ohnehin genügend Energie, endgültig ein Ende gefunden hat. Die EU verbraucht immer mehr Energie und führt immer mehr Energie zu. Diese Energieversorgungsschwäche der EU bringt sie in große Abhängigkeit in Bezug auf ihr Wirt-

schaftswachstum. Während wir heute bereits 50 Prozent Energie EU-weit importieren müssen, müssen wir in 20 bis 30 Jahre 70 Prozent importieren. Die Lösung wird vielfältig gesucht und eine davon ist wohl in der Angebotsbeschaffung zu sehen. Die Energiekommissarin spricht noch davon, die Kernenergie auszubauen und ich glaube, es wird einen langen Diskussionsprozess erfordern, bis wir EU-weit in der Lage sind, alternative Energien derart zu stärken, dass wir vom Import immer mehr unabhängig sind. Die Steiermark hat bereits 1984 mit dem steirischen Energieplan eine Antwort gefunden in der Weise, dass man bereits 1984 verbindliche Vorgaben getätigt hat. Einer der Kernsätze war genau in diese Richtung, die ich eben angesprochen habe, dass fossile Energie zusehends mehr durch erneuerbare Energie ausgetauscht werden sollte. Ich glaube, es ist die Herausforderung der Zukunft, mehr Biomasse zu nutzen, Wind- und Sonnenenergie attraktiver zu gestalten von den Einspeisetarifen, geothermale Quellen zu nutzen und die Wasserkraft, soweit es ökologisch vertretbar ist, auszubauen.

Der Steirische Energieplan 1995 hat vier konkrete Ziele ausformuliert: Ziel 1 – Verringerung des Energieaufwandes für Raumheizung, Ziel 2 – Erhöhung des Anteiles für erneuerbare Energie, Ziel 3 – Reduktion des Energieeinsatzes bei Gewerbe und Ziel 4 – Reduktion der Energie im Verkehr. Ich glaube, wenn wir den steirischen Weg Revue passieren lassen, so erkennen wir, dass sehr wohl vor 16, 17 Jahren mittlerweile der richtige Weg eingeschlagen wurde. Und wir können auch zuversichtlich nachverfolgen, dass sich in den letzten Jahren sehr viel im Bereich alternativer Energien getan hat. In der Steiermark haben wir zum Beispiel im Bereich der Biomasse einen großen Aufschwung in den letzten Jahren gehabt, vor allem bei Fernheizungen und wir hoffen, dass es gelingt, die Einzelanlagen entsprechend attraktiv zu machen durch Förderungen, dass die Menschen eben vermehrt zu alternativen Brennstoffen greifen. Bei Biogas nutzen wir derzeit 0,5 Prozent des vorhandenen Potentials und jeder der eine Biogasanlage besichtigt hat, weiß, wie umweltfreundlich sie ist. Mich wundert es immer, wie viel Bürgerinitiativen es gibt, wie viel Aufstände es gibt – Beispiel Zeltweg –, wenn jemand so ein alternatives Projekt in Angriff nimmt, ein ökologisches Projekt, wo er eben versucht, vorhandene Energie zu nutzen.

Im Bereich von alternativen Treibstoff, auch da können wir Steirer stolz sein. Hier sind wir eindeutig Vorreiter und die Firma SEEG hat ein Patent entwickelt, dessen Know-how weltweit bereits angewendet wird.

Sonnenenergie, da ist das Ziel in den nächsten zehn Jahren 2 Prozent des vorhandenen Potentials zu nutzen. Und bei der Windenergie, da können wir es alle mitverfolgen, dass sich in den letzten Jahren sehr viel tut. Wir haben bereits zwei große Windkraftanlagen, mehrere sind in Planung à la Tauernwindpark in Oberzeiring. Und man hätte es nicht geglaubt vor einigen Jahren, dass diese Windnutzung überhaupt in dem Ausmaß, wie es jetzt geplant ist, möglich sein wird. Hier erkennt man wieder, dass durchaus alte Studien, die behauptet haben, Windenergie in der Steiermark ist nicht machbar, verworfen wurden durch neue Erkenntnisse. Und das stimmt uns zuversichtlich, dass wir insgesamt mehr alternative Energien verwenden werden können.

Die Steiermark ist seit Jahren bestrebt, im Energiebereich für größtmögliche Unabhängigkeit zu sorgen, denn Abhängigkeit von Energie bedeutet Abhängigkeit im Wirtschaftswachstum, ist ein Wirtschaftswachstum auf Kosten anderer. Und unser Ziel ist es, größtmögliche Unabhängigkeit von Energieimporten zu erreichen. Und diesen Weg werden wir auch in Zukunft mittragen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 14.08 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Kinsky. Ich erteile es ihm.

Abg. Präsident Ing. Kinsky (14.08 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Ich darf einen Entschließungsantrag aller politischen Parteien dieses Hohen Hauses einbringen und begründe den wie folgt:

Alle politischen Parteien dieses Landes bekennen sich in der Steiermark im Interesse des Klima- und Umweltschutzes zur Forcierung der erneuerbaren Energieträger innerhalb der Energiewirtschaft und diesbezüglich kann ich nur unterstützen jedes Wort, was die Kollegin vor mir geäußert hat.

Zweitens, wir haben in der Steiermark genau so wie in ganz Österreich die Verpflichtung, einen prozentualen Anteil laut EIWOG 2000 von Einspeisung von Ökoenergie in das Stromnetz bis zum Jahr 2005 3 Prozent. Die Problematik, die sich nun dadurch ergibt, dass – wenn jedes Bundesland eigene Wege geht, dass letztlich nachdem die Produktion von erneuerbarer Energie aus dieser Investition teurer ist und damit die EVUs höhere Einspeisetarife bezahlen müssen, würde letztlich ergeben, wenn jedes Bundesland tut, was es will, dass derjenige den billigsten Strom in Österreich anbieten könnte, der am wenigsten Ökostrom einspeisen lässt. Das ist die eine Sache.

Nun, die zweite Sache sind auch die Förderungen unserer Kleinkraftwasserwerke im Lande. Auch hier soll es ein Zertifizierungssystem geben und auch hier wäre es so, dass das Land, das am wenigsten die kleinen Wasserkraftwerke fördern würde, das Bundesland könnte auf dem österreichischen Markt wiederum den billigsten Strom erzeugen.

Und fünftens, wenn es so ein großes Land mit weit mehr Bundesländern wie Österreich, nämlich Deutschland, zuwege gebracht hat, im Jahr 2000 für bundesweite Ausgrenzung für erneuerbare Energie ein Gesetz zu erlassen, dann glaube ich, sollte das die österreichische Bundesregierung auch zustande bringen.

Aus diesem Grund stelle ich einen gemeinsamen Antrag aller politischen Fraktionen dieses Hohen Hauses mit folgendem Wortlaut:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die gesetzlichen Grundlagen für einen bundesweiten Ausgleich betreffend Ökoenergie und für ein einheitliches Zertifikatssystem betreffend Kleinwasserkraftwerke zu schaffen. Ich ersuche um Annahme dieses Entschließungsantrages. (Beifall bei der ÖVP. – 14.11 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Kaufmann (14.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich möchte mich dem Ritual der Danksagungen anschließen. Auch ich finde, dass der Umweltschutzbericht ein schöner Bericht ist und vor allem er ist ein informativer Bericht und ein sehr gutes Nachschlagewerk und eine Informationsquelle. Besonders erwähnen möchte ich aber einen Herrn, und zwar den Herrn Hofrat Univ.-Prof. Ing. Dr. Michael Köck, der ein Vorwort geschrieben hat und der in diesem Vorwort in aller Kürze oder in dieser Kürze die Situation der Landwirtschaft so prägnant beschreibt, wie ich es selten irgendwo gelesen habe.

Nachdem ich nun annehme, dass der eine oder andere von Ihnen vielleicht dieses Vorwort noch nicht gelesen hat, möchte ich es Ihnen ganz kurz zu Gehör bringen, nur einige Zeilen davon:

„Das Szenario in der durch die jüngsten Skandale entfachtem Diskussion in der Landwirtschaft ähnelt einer spannenden Unversumfolge. Giftschlange trifft auf Primat. Primat sieht Schlange und fällt in Ohnmacht. Schlange kümmert sich nicht mehr um Primaten. Primat erwacht aus seiner Ohnmacht. Schlange reagiert darauf und bedroht diesen wiederum. Primat fällt neuerlich in Ohnmacht und so weiter.

Diese Reaktionskette wird erst dadurch gesprengt, indem einer der beiden Kontrahenten zurückweicht beziehungsweise eine Grenze überschreitet, ob der kein Entrinnen mehr möglich ist.

Die Landwirtschaft sieht sich heute mehr denn je vom Markt bedroht, weil das Preisniveau landwirtschaftlicher Produkte angeblich am Boden liegt. Trotzdem versorgt sie diesen Markt weiterhin primär mit Quantität statt mit Qualität. Droht einem ihrer Sektoren eine wirtschaftliche Katastrophe, wird großzügig mit öffentlichen Mitteln die Krise abgepuffert.“

Also ich finde, das ist in der Kürze sehr, sehr gut beschrieben und ich möchte mich für diese Beschreibung beim Herrn Univ.-Prof. Köck bedanken. Herr Univ.-Prof. Köck bietet aber als Lösungsansatz – und das gefällt mir ganz besonders daran – fast das Gleiche an, was wir als Sozialdemokraten schon mit Anträgen gefordert haben und hier im Haus immer wieder mit ÖVP-/FPÖ-Mehrheit abgelehnt wurde, nämlich dass die Förderungen nicht nach Quantität, sondern nach Qualität verteilt werden. Eine Abkehr von der Tendenz zur Industrialisierung in der Landwirtschaft und dass Konsumentenschützer, Tierschützer, Umweltschützer nicht als Gegner, sondern als Partner der Landwirtschaft zu sehen sind. Ich freue mich ganz besonders, dass die Vorstellungen von uns über die Landwirtschaft der Zukunft hier auf der ersten Seite bestätigt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf über fünfzig Seiten wird das Thema Energie behandelt und breiten Raum nimmt dort erfreulicherweise das Thema Biomasse ein. Mit Ende 2000 waren in der Steiermark bereits 110 Nah- oder Fernwärmeversorgungsanlagen auf Basis von Biomasse in Betrieb. Die Versorgungsgebiete sind sowohl im ländlichen als auch im städtischen Bereich.

Eine wesentliche Erweiterung von Biomasseanlagen wird in diesem Bericht erwartet und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich nicht. Ich möchte das auch begründen. Solche Anlagen, die eine Kesselleistung von 250 kW bis zur größten Anlage in Weiz mit 4,8 Megawatt haben, werden und können auch in Zukunft nur mit Förderungen gebaut werden. Wenn sich nun eine Gruppe von Idealisten gefunden hat und wenn sich Abnehmer für die Energie, für die Heizung gefunden haben und wenn die Standortfrage geklärt ist und wenn eigentlich einem Bau nichts mehr im Wege steht, dann scheitert es an der Förderung. Und was gleich schlimm ist, es scheitert sogar an der Förderungszusage. Die Wartezeit beträgt oft bis zu drei Jahren. Ich weiß das deswegen so genau, weil sich in meiner Gemeinde eine Gruppe von Bauern und Waldbesitzern zusammengeschlossen haben und seit Monaten versuchen, eine Nahwärmanlage zu bauen. Es scheitert wirklich nur an den Förderungen. Für das Jahr 2002 gibt es nicht einmal mehr Zusagen. „Weil die Mittel nicht reichen“ ist die Antwort. Für das Jahr 2002 ist nicht einmal bekannt, wie hoch die Gesamtsumme ist, die für diese Förderung zur Verfügung steht. Und das ärgert mich. Auf der einen Seite werden Biomasseheizungen beworben, auf der anderen Seite lässt man die zukünftigen Heizungsbetreiber im Regen stehen. Ich sage das sehr bewusst, im Regen stehen. Ich möchte noch einmal meinen Heimatort erwähnen. Dort wird zur selben Zeit jetzt ein Pflegeheim gebaut und in dieses Pflegeheim muss natürlich eine Heizung eingebaut werden. Das Pflegeheim soll bis zum Herbst des nächsten Jahres in Betrieb gehen. Die Zusagen gibt es aber nicht für eine Förderung. Wenn jetzt die Zusage nicht kommt, kann die Heizung nicht gebaut werden und dann wird dieses Pflegeheim eine andere Heizung einbauen. Und das ist nicht nur in meinem Ort, das ist in vielen Orten so, dass es wenigstens eine Zusage geben muss, dass dieses Heizungsnetz entstehen kann. Denn, wenn es keine Abnehmer gibt, keine potentiellen, keine großen Abnehmer gibt, kann ein Heizungsnetz aus wirtschaftlichen Gründen natürlich nicht gebaut werden. Das ärgert mich so daran.

In diesem Bericht steht wörtlich, eine umfassende und interessante Förderung durch das Land Steiermark machen Holzheizungen und Biomassenah- und -fernwärmenetze nun auch wirtschaftlich interessant. Ich ersuche, diesen Satz beim nächsten Umweltschutzbericht zu streichen, weil es eine Vorspiegelung falscher Tatsachen ist.

Herr Landesrat Pörtl, du bist gefordert, wenn es dir ernst ist mit dem Thema „erneuerbare Energie“, dann müssen auch die Förderungen stimmen, ansonsten wird der Anteil der Biomasse im Gesamtenergiebedarf der Steiermark weiter stagnieren, wie in diesem Bericht beklagt wird. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – 14.18 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wöhry. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (14.18 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! (Abg. Tasch: „Odo, zeig' einmal, was für eine Qualität im Bezirk ist!“) Das zeigt eh du.

Ich möchte mich auch nur kurz mit einem kleinen Teil aus diesem Bericht beschäftigen, und zwar hat die Frau Kollegin Zitz den Nationalpark Gesäuse angezogen und dabei festgestellt, dass sie es lieber gehabt hätte, wenn der Herr Landesrat das viel stärker in seinem Vorwort berücksichtigt hätte. Ich möchte dazu nur feststellen, dass es mir nur lieber ist, er arbeitet sehr viel an diesem Projekt und es geht etwas weiter, als dass es in schönen Aufsätzen oder sonstigen Schriftstücken nachzulesen ist. (Beifall bei der ÖVP und den Grünen.)

Sie haben Grundsätzliches gesagt zum Nationalpark und da bin ich im Prinzip sehr froh darüber, dass Sie das in der Form gemacht haben. Das eine ist, Sie haben festgestellt, dass es sich beim Nationalpark nicht nur um ein Naturschutzprojekt handelt, sondern dass es sehr wohl auch ein Projekt ist, welches große touristische Chancen für eine infrastrukturschwache Region ermöglicht. Sie haben dabei einen Aspekt besonders hervorgehoben, die soziale Komponente. Es ist – und das möchte ich zur Aufklärung mitteilen – bereits ein Projekt einer behindertengerechten Freizeitgestaltung erarbeitet und es liegt zur Zeit dieses Projekt bei Landesrat Hirschmann zur Projektsprüfung und er hat vorweg zugesagt, dieses Projekt auch zu unterstützen. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Projekt nennt sich Kletterdörfer Gesäuse und es wird ein Projekt sein, wo es insbesondere für behinderte Menschen, für Familien möglich sein wird, sämtliche Landschaftsteile wirklich hautnah zu erleben, vom Wasser bis zum Felsen. Wir wissen natürlich, dass es dazu einer besonderen Infrastruktur bedarf und die wird zur Zeit in der Planung vorbereitet. Das Projekt ist, glaube ich, ein ganz wesentlicher Aspekt für den gesamten Nationalpark, weil es eigentlich unsere Intention des sanften Tourismus sehr gut unterstützt. Ein weiterer Vorschlag, der von Ihnen gemacht worden ist, war, dass wir uns vor Ort einmal mit dem Thema Nationalpark Gesäuse auseinandersetzen. Ich darf Sie einladen, dass wir uns im Kreis derer, die den Unterausschuss bilden werden, im Gesäuse einmal treffen und dass wir vor Ort mit den Betroffenen über das Thema diskutieren. Vom Gesetzesentwurf, der jetzt vorliegt, bis hin zu den in Eckpfeilern bereits stehenden Managementplänen, so dass wir uns wirklich umfassend vor Ort über dieses Projekt informieren können und wir die Gelegenheit haben, die Auswirkung auch in der Region zu sehen beziehungsweise die Voraussetzungen dafür zu prüfen.

Persönlich möchte ich mich aber an dieser Stelle auch sehr herzlich bei Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, Herrn Landesrat Pörtl, aber auch bei Herrn Landesrat Hirschmann dafür bedanken, dass Sie dieses Projekt wirklich als ihr Projekt erachten und dass von dieser Seite her sehr viel Kraft und Einsatz vorhanden ist, das Projekt umzusetzen. Es wissen alle im Raum, dass ein derartiges Projekt nicht nur Befürworter, sondern natürlich auch eine Gegnerschaft hat. Nur, ich glaube, wenn wir gemeinsam an diesem Projekt arbeiten, werden wir auch diese Skeptiker überzeugen, so dass wir im Jahr 2002 das Leitprojekt Nationalpark Gesäuse, glaube ich, als steiermarkweites, parteiübergreifendes Projekt eröffnen werden können. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.22 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile es dir.

Abg. Böhmer (14.22 Uhr): Frau Präsidentin, werte Abgeordnete, werte Besucher!

Ich schließe mich zum Ersten den Dankessprüchen meiner Vorredner an, dass diese 16. Auflage des Umweltschutzberichtes eine mehr denn gelungene ist. Ich möchte sagen, wobei das Wort Bericht ja eine bescheidene Ausdrucksweise ist, eher müsste man sagen, eine Fibel. Eine Fibel für alle, die eigentlich mit Schülern, mit Jugendlichen, aber auch mit Erwachsenen zu tun haben. Das heißt, man kann dieses Buch von der Pflichtschule oder dem Kindergarten bis hinauf in die Erwachsenenbildung einsetzen und man soll es auch. Und in diesem Sinne ersuche ich auch uns Abgeordnete, dass wir hier als Multiplikatoren dafür eintreten. (Abg. Tasch: „Bravo!“)

Mich stört aber, dass die Summaries, das Sammelsurium, wie wir so oststeirisch sagen, dass diese in englischer Sprache verfasst sind, wo es doch gerade die Amerikaner waren, die den letzten Kyoto-Gipfel fallen lassen. Ich hätte mir wirklich gewünscht und das ist meine einzige Kritik, wenn sie erlaubt ist, dass diese Summaries auch in deutscher Sprache gehalten sind. Wir haben so viele Anglizismen gerade in der Computersprache und im tagtäglichen Leben, so dass wir uns wohl unserer österreichischen und unserer steirischen Sprache bewusst sein sollten und diese auch mit Stolz verwenden sollten.

Zum Umweltbericht selbst, es scheint, einige Kollegen haben sich in punkto Bioenergie abgesprochen, wie die Kollegin Dietrich, die Kollegin Monika Kaufmann und ich. Ich habe mir nur eine Überschrift notiert. Es heißt Biocluster, und jetzt bricht natürlich mein oststeirisches Herz, mein Hartberger Herz durch, wenn ich von diesem Cluster spreche, dann denke ich natürlich in Hartberg an unseren Ökopark.

Ich komme zu unserer Ökostadt Hartberg. Und wie einige Abgeordnete, so die Abgeordneten Lechner-Sonnek und Zitz wissen, haben wir wirklich eine österreichweite herzeigbare Situation, das ist der Ökopark. Und dieser eignet sich idealst, um für unsere ganze Steiermark eine Vernetzung von sinnvoller Verwendung von biogenen Stoffen herzustellen.

Pörtl Erich hat einmal gesagt, alles, was so im Wald herumliegt, ist biogen. Das sind die Sägespäne, das sind die Hackschnitzel, und wenn wir sie ein bisschen zusammendrücken, sind es Pellets auch. Ich möchte aber festhalten, dass in diesem Bericht kritisiert wird, dass wir gerade beim Verfeuern der Biomasse, was die Kleinfeuerungsanlagen betrifft, ein bisschen sparsam in der Werbung sind. Und hier wäre es wirklich angebracht, dass wir hier wesentlich mehr Initiativen in die Werbung setzen – Kollegin Monika Kaufmann hat auch die Förderung angesprochen –, ich sage auch die Werbung und stelle mir hier eine Kooperationsschiene mit der Wirtschaft vor. Hier gilt es, noch einiges zu tun. Das zieht sich weiter in der Verwendung des Biogases und auch des Biodiesels oder, wie wir heute schon gehört haben, des Ökodiesels. Wir haben zwar in der Oststeiermark fünf Tankstellen, eine davon ist in unserem Bezirk, in Wenigzell. Wir haben aber in Fürstenfeld und in Feldbach keine einzige. Und ich glaube gerade hier, dieses Aufleben des Biodiesels sollten wir nützen. Wir sollten all jene unterstützen, das heißt, dass es nicht nur bei dieser einen SEEG, bei der Steirischen Energie- und Eiweißverwertungs-Gesellschaft, bleibt.

Was die Windenergie betrifft, lieber Erich, da wünsche ich dir viel Wind. Dieser Wind sei dir gegönnt, denn wir können damit immerhin hier 4 Prozent unserer Gesamtenergie, was wir an Energie benötigen, abdecken. Was mir eine besondere Freude bereitet, ist, dass wir dadurch, wenn wir dann in der Endphase sind, man spricht von 55 Windanlagen oder von so genannten Windkraftwerken, dann hätten wir uns und der Umwelt immerhin eine Jahresausschüttung von 130.000 Tonnen Kohlendioxid erspart. Also ich würde neben dem Bioland, was die Produkte unserer Landwirte anlangt, das Bioland Steiermark in Verwendung von Biomasse verstärkt propagieren, in diesem Sinne wünsche ich uns noch eine erfolgreiche Arbeit und danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 14.27 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Pörtl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Pörtl (14.27 Uhr): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Diese zwei Exemplare auf der linken Seite aus eurer Sicht ist in Wahrheit ein Lehrbuch des Ökoclusters – der Kollege Böhmer hat das schon direkt angesprochen – und rechts ist der programmatische Teil für die Zukunft, weil man gewissermaßen eine Kritik vernommen hat, dass in diesem Bericht so quasi die Maßnahmen nicht festgehalten sind. Wir haben eine sehr klare Position über das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit. Und ich möchte wirklich nicht auf mich persönlich zielen, sondern möchte ebenfalls vorweg meinen Kolleginnen und Kollegen in den Gemeinden, aber vor allem in der Landesregierung mit Hofrat Rupprecht und Co. für das ganze Team danken für diese Arbeit und vor allem auch für den Bericht. Ich möchte es schon direkt ansprechen, solche Werke gibt es in ganz Europa nicht, in keinem Bundesland in Europa, speziell in Österreich und ich glaube, dass das wahrscheinlich auch die stärkste Motivation darstellt, dass wir vor allem weit über den Bereich der Umweltwirtschaft sind. Ich war vor kurzem bei der Firma Komptech, die mit ihrer Geräteentwicklung in Frohnleiten präsentiert hat, dass sie in allen Kontinenten dieser Erde ihre Produkte für Umwelttechnologien im Grunde entwickelt und anbietet. Wir haben andere Firmen und Unternehmungen im Lande, es ist schon angesprochen worden die Firma SEEG, wo wir ebenfalls in allen Kontinenten diese Veresterungen im Grunde mit der Firma, mit der Tochter- beziehungsweise 100-prozentigen Firma Vogel und Noot umsetzen. Ich glaube daher, dass vor allem diese Mitverantwortung – ich bin vor kurzem bei einer Tagung gewesen, wo interessanterweise und bei mir ist es jetzt fast punktgenau zehn Jahre, wo ich sozusagen auf diesen herrlichen Gräben der Abwasserkanäle und auf diesen Müllhalden mich sozusagen durchkämpfen muss, wo man sagen muss, wir haben auf dem Gebiet jenes Ziel erreicht, dass wir längst – dies gilt auch für den Naturschutz, gerade die letzten Beiträge haben das bewiesen –, dass wir mit Naturschutz, mit Umweltschutz längst bereits Schrittmacher in Regionen und in Wirtschaftsbereichen sind. Ich glaube daher, dass – gerade wie es der Kollege Gödl ausgesprochen hat – wir unheimlich stark sind in der Umsetzungsschiene. Und das ist im Grunde auch unsere Stärke, weil wir auf die Bevölkerung über die Gemeinden, über die Kindergärten, über unsere Universitäten sehr stark den Forschungsbereich forciert haben und die großen Chancen der Umsetzung der verschiedenen Bereiche. Ich möchte vielleicht ein paar Antworten geben auf konkret angesprochene Fragen. Es gibt ja einen Antrag von den grünen Kolleginnen und Kollegen, wo es nicht in der Position unserer Fraktion, wenn ich das so sagen darf, geht, dass wir inhaltlich nicht mitkönnen, nur in sechs Monaten ist das nicht lösbar. Wir sind da mit Vorarbeiten mit dem Bundesumweltamt verpflichtend und daher geht es nicht um eine inhaltliche Ablehnung, sondern vom Timing her ist ein solcher Weg an und für sich nicht ehrlich und daher ist also diese Position.

Interessant und ich möchte schon ehrlich sagen, die Beiträge waren alle sehr konstruktiv, natürlich so kleine Haxlbeißereien, die gehören ja zum Pfeffer eines Landtages im Grunde dazu. Wir haben natürlich das Problem zum Beispiel in der angesprochenen Frage Handymasten, wo wir uns in Kürze damit beschäftigen werden, wie regeln wir das, nach welchen Prinzipien der Betroffenheit. Da ist uns leider die Wissenschaft nicht in dem Ausmaß dienlich, wie wir das konkret brauchen würden. Die Handymastenerzeuger sagen, eigentlich ist das Problem des Handymastes gar nicht so gefährlich, das Handy, ich stecke es meistens hier in die Brusttasche hinein, das ist ein viel ärgeres Problem, und schlagen damit natürlich fast alle Diskussionen mausetot. Ich glaube aber, dass in ähnlicher Form in der Gentechnikfrage wir zumindest schauen müssen, wo haben wir eine korrekte

Position? Eine korrekte Position, wo zum Beispiel die Limits, die bei Lebensmittel gelten, im Grunde auch in den anderen Zulieferbereichen gelten sollten, damit wir uns da nicht in wahrstem Sinne des Wortes gegenseitig was vormachen.

Interessant sind vor allem auch – ich möchte mich auf die kritischen Dinge konzentrieren –, 380-kV-Leitung, ich bin als Energiereferent nicht mehr direkt zuständig, aber selbstverständlich ist der Natur- und Umweltbereich mit dem oder mit der regionalen Entwicklung konfrontiert. Ich habe noch immer die Position, dass die neue Techniken in einer solchen Versorgungsstrategie ihren Platz haben müssen. Wenn derzeit, ich bin da nicht verwandt mit der Firma BMW, der neue BMW präsentiert wird und dort der Strom bereits per Funk ohne Kabel im ganzen Auto zurück- und nach vorne geschossen wird und das funktioniert, dann wird das wohl auch möglich sein, in dieser Starkstromleitungsgeschichte vor allem auch neue Technologien zuzulassen und abzuklären, in welchem Umfang und Ausmaß ist also die Notwendigkeit. Die Frage des Gesäuses hat der Kollege Wöhry schon angesprochen. Wir haben am 26., am Staatsfeiertag, einen kleinen Lostag in Admont. Das ist eine sehr spannende Entscheidung. Ich möchte aber nur vorweg bereits bekannt geben, dass 80 Prozent dieses Nationalparks und im Besitzes des Landes Steiermark, 80 Prozent in Weng und Johnsbach, es wäre sehr toll, wenn speziell in Admont in dieser Abstimmung – ich sehe es nach wie vor als regionale große Chance –, auch für unser Land zu gewinnen wäre. Das ist aber noch nicht gewonnen. Weil gerade in der letzten Phase versuchen die Gegner große Bedenken gewissermaßen unrichtig in den Raum zu stellen.

Die Frage der Ennstasse. Ich traue mich da nicht als Befürworter und als Gegner aufzutreten, aber bitte die Bevölkerung vom Ennstal und auch alle Verantwortlichen, ob das der Umwelt-, der Naturschutz- und der Wirtschaftsbereich ist, wir haben einen Weg, wo wir mit der Mediation eine Ennstalverkehrsregelung wollen. Da stehen wir aus dem Bereich der Umwelt- und der Naturschutzverantwortung selbstverständlich hinter dieser klaren Position. Die kritische Anmerkung und die möchte ich aber wirklich sehr bewusst in Frage stellen, die Kollegin Zitz hat gemeint, dass es mit der Luft furchtbar aussieht. Ich möchte schon dazusagen, dass ganz konkret, zum Beispiel was Hausbrand, Abgase und Straßenverkehr im Raum Graz von der schlechtesten Position ausgehend, wir eine Reduzierung von CO von 40,12 Prozent haben, bei No_x ein Minus von 13,13 Prozent, in den Kohlenwasserstoffbereichen ein Minus von 45 Prozent, aber beim CO₂ haben wir einen Emissionszuwachs von 1,22 Prozent. Ich traue mich also generell nicht sagen, dass damit das Vaterland schon verloren ist, wenn ich diese Bilanz vor mir liegen habe. Und ähnlich ist es auch in der Wasserqualitätssituation. Ich kenne kein Land, das derartige Erfolge mit den Grundwasserschutzprogrammen tatsächlich messbar auf den Tisch legen kann. Und selbstverständlich ist der Umweltbericht dazu da und die Diskussion möchte ich damit nicht kritisieren, Schwachstellen in der Zukunft mit neuerlichen Maßnahmen und mit konsequenten Vorgangsweisen vor allem abzuschern. Ich glaube ja überhaupt, dass wir in dem Bereich der Landwirtschaft uns bitte ja nicht in die Polarisierung drängen lassen. Ich möchte nur noch einmal bekannt geben, wir haben 93 Prozent der bewirtschafteten Flächen im Rahmen des ÖPUL, das heißt eine umweltgerechte Landwirtschaft mit Abstrichen der Bewirtschaftung, auch mit der Fruchtfolge. Es sind nur kleine Teile, die einfach die Fruchtfolge von Mais, das ist nicht die Philosophie der steirischen Agrarpolitik, sondern wir haben auf breitester Ebene, so weit sehen wir vor allem auch derzeit die Entwicklung im Getreidebau und in anderen Bereichen der Bodenfruchtbarkeit, eine Auflockerung der Kulturen in Zukunft auch mit diesen Förderprogrammen erreicht. Und wir fördern auch, dass wir unsere Gülleerträge von Rinder-, Schweine- und Geflügelställen in der Vegetationszeit auf dem Bestand unter der Erde ausbringen können. Das ist ja nicht nur die Frage der Geruchsbelästigung, sondern es ist eine Frage der Nahrungsaufnahme. Ich kann auch nicht an einem Tag am Abend 5 Kilo Schnitzel und fünf Doppler Wein konsumieren und sagen, in den nächsten 14 Tage bin ich damit energiemäßig versorgt. Auch die Pflanze muss dosiert permanent mit Nährstoffversorgung kontaktiert werden. Ich glaube daher, dass wir – damit ich das abschließe – im Gesäusebereich derzeit positiv in 15 a-Vertragsverhandlungen stehen, wo der Bund auch kooperativ uns entgegenkommt, dass wir vor allem in der Gesamtentwicklung, was also kritisch bemerkt worden ist, dass die wertvolle Steiermark nicht so wertvoll ist, wie die Kollegin Halper das gemeint hat, auch ein bisschen Holschuld walten lassen. Wir haben ja das Problem, wenn ich an die mit Prof. Schnitzer begleiteten Maßnahmen der wertvollen Steiermark denke, da haben wir tolle Projekte – es ist die Zeit schon ein bisschen fortgeschritten, aber ich möchte nur zwei Dinge ansprechen. Wir haben vor kurzem die besten Projekte präsentiert bekommen. Und sie werden jetzt lachen. Es hat ein steirisches Unternehmen eine WC-Modelleinrichtung entwickelt, wo das Wasser, was man nach dieser Aufgabe zum Händewaschen braucht, gespeichert wird und nachher nicht frisches Wasser für die Spülung verwendet wird, das heißt, eine 50-prozentige Energieeinsparung, hat bereits europäische intensive Kontakte, vor allem für wasserarme Gebiete eine tolle Entwicklung. Wir haben die nächste Geschichte, wo zum Beispiel ein Unternehmen der Steiermark aus Heu Wärmedämmung betreibt. Die Forschungen sind fast abgeschlossen, weil dort das große Problem die Insekten sind, die sich dort hineinschleichen könnten und sozusagen dass nicht nachher die Mäuse bei den Wänden herausgucken mitten in der Nacht, sondern da gibt es ein tolles Projekt, wie es uns gelingen könnte, mit solchen Projekten, vor allem auch Wirtschaft und Ökologie im Grunde zu verbinden.

Meine Damen und Herren, wir werden also auch – und das ist auch klargestellt – in der Frage des Naturschutzes jetzt die nächsten konsequenten Schritte setzen, damit keine Vertragsverletzungsverfahren und -klagen passieren, im Bereich der Natura 2000 Gebiete versuchen, unsere Positionen endgültig zu fixieren und zu klären.

Und abschließend zur Frage, die vor allem die Kollegin Dietrich angesprochen hat und fast jeder Debattenredner, die Bedeutung der erneuerbaren Energie. Das wird eine Schlüsselposition, vor allem auch der wirtschaftlichen Entwicklung sein, das ist überhaupt keine Frage. Wir brauchen gesetzliche Regelungen im Einspeisetarif, aber fest steht, dass wir selbstverständlich in der Förderung von Einzelheizungsanlagen die budgetmäßigen

Voraussetzungen geschaffen haben. Wir haben natürlich, was die Kollegin Kaufmann angesprochen hat, das Problem, dass die Entwicklung derartig stürmisch vor sich geht, dass wir mit unseren Förderprogrammen den Umfang der Anträge nicht punktgenau schaffen können. Das heißt, es wird in einigen Projekten versucht werden müssen, im Rahmen von Vorfinanzierungen solche Projekte im Grunde auch zu retten, weil damit solche Projekte nur zum richtigen Zeitpunkt, vor allem konkret umsetzbar sind.

Abschließend einen sehr, sehr herzlichen Dank für die Arbeit, vor allem draußen in den Gemeinden und Regionen. Ich habe fast den Eindruck, dass bei der Umweltpolitik im Gegensatz zu vor zehn, fünfzehn Jahren, da sie damals das eigentliche Streitthema des Landtages war, wo die perfektizierte oder exakte Ohnmacht sichtbar wurde, heute Dinge in Umsetzung sind, wenn ich nur an den thermischen Bereich denke der Abfallwirtschaft, wo ein sehr, sehr wesentlicher und ein großer Teil längst in unseren Industrieanlagen umweltgerecht als Produkte dort verwertet werden und wir den nächsten Schritt in Kürze für eine eigene thermische Anlage, wo der Investitionsbeschluss bereits gefallen ist, in der Steiermark haben werden, und zwar für jene Fraktionen, die vor allem notwendig und wertvoll in eine Veredelung thermischer Nutzung umgesetzt werden.

Mit der gesamten Wasserthematik möchte ich nicht noch einmal durchstarten, das ist in Wahrheit die Visitkarte des Landes, wie wir im Tourismus, in der Wirtschaft, in der Landwirtschaft damit umgehen. Wir haben Gott sei Dank tolle Werte, haben aber selbstverständlich noch Ecken und Ritzen, wo wir uns im Grund auch in Bezug und Nutzung verbessern können. In diesem Sinne bedanke ich mich sehr herzlich für diese interessanten Beiträge und vor allem für dieses Werk, das österreichweit – wir müssen überhaupt einmal überlegen, ob wir das nicht patentieren lassen in dieser Qualität und in dieser Norm – einmalig ist.

Es hat einmal eine Diskussion gegeben einen Zweijahresturnus einzuführen. Wir kommen darauf, dass die Entwicklung so schnell ist, dass das derzeit nicht das Thema ist. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und der FPÖ. – 14.44 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 507/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, SPÖ, FPÖ und den Grünen, betreffend Ausgleich für Ökoenergie, ihre Zustimmung gegen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Luftgüte in der Steiermark, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 501/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

11. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz, Einl.-Zahl 146/5, betreffend die Bewilligung von Antennentragmastenanlagen im Naturschutzgesetz zum Antrag, Einl.-Zahl 146/1.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (14.46 Uhr): Selbstständiger Antrag der Abgeordneten Gödl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Wiedner und Mag. Zitz zum besagten Antrag.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 6. März und 9. Oktober 2001 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Auf Grund der Bundeskompetenz „Fernmeldewesen“ scheint es dem Landesgesetzgeber nicht möglich, die Auswirkungen von Mobilfunkanlagen auf Leben und Gesundheit der Anrainer in Landesgesetzen regeln zu dürfen.

Der Unmut und die Unzufriedenheit der betroffenen Bürger bezüglich der Aufstellung neuer GSM-Antennen- und weiterer Sendemasten nimmt stetig zu. Derzeit gibt es keine Parteistellung für die betroffenen Bürger. Zum Abgleich der Interessen dieser Betroffenen mit denen der Betreiber sollte daher ein Verfahren mit Parteistellung der Betroffenen gesetzlich verankert werden.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, erstens die ausstehende Grenzwertverordnung zum Telekommunikationsgesetz baldigst zu erlassen und zweitens einen Entwurf zum Telekommunikationsgesetz in den Nationalrat einzubringen, mit dem eine Verpflichtung zur Durchführung einer Verhandlung unter Ladung aller Betroffenen für die Errichtung von Mobilfunkanlagen verankert wird. Ich ersuche um Annahme des Antrages. (14.47 Uhr.)

Präsident Purr: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich zu diesem Tagesordnungspunkt die Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Bachmaier-Geltewa (14.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zum heiklen Thema „Handymasten“ möchte ich in Erinnerung rufen, dass bereits in der letzten Legislaturperiode des Landtages Unterausschussverhandlungen stattgefunden haben, die leider zu keinem Ergebnis führten. Nunmehr wurde ich Ende vorigen Jahres mit einer Bürgerinitiative in Kapfenberg konfrontiert, die sich vehement gegen die Aufstellung eines Handysendemastens mitten im Wohngebiet wehrt. Unsere Fraktion hat daraufhin einen Antrag in den Landtag eingebracht, die abgebrochenen Unterausschussverhandlungen wieder aufzunehmen. Ich kann heute mit Freude sagen, dass wir als Zwischenergebnis dieses Unterausschusses einen Vierparteiantrag zur Abstimmung bringen werden, demgemäß die Bundesregierung aufgefordert wird, die ausstehende Grenzwertverordnung zum Telekommunikationsgesetz raschest zu erlassen sowie auch das Telekommunikationsgesetz als solches entsprechend zu novellieren. Man könnte jetzt meinen, dass wir damit unsere Schuldigkeit getan hätten und alles andere der Bund erledigen soll. Dem ist aber bei weitem nicht so. Wir im Steiermärkischen Landtag können sehr wohl auch etwas zum Thema „Handysendemasten“ regeln, nämlich eine gesetzliche Regelung im Baugesetz treffen, wonach Handynetzbetreiber ein gewisses Verfahren durchzuführen haben, an dem sowohl die Gemeinden als auch die Anrainer mitwirken können, bevor – so wie jetzt – ein Handysendemasten einfach vor die Nase gesetzt werden kann, ohne dass irgendjemand vorher gefragt werden muss. Wir leben in einer Zeit, in der die Technik rasant fortschreitet, was viele Vorteile mit sich bringt, aber auch leider – wie das häufig der Fall ist – mit vielen Nachteilen verbunden ist. So schön es ist, jederzeit erreichbar zu sein, so negativ sind aber auch deren Auswirkungen. Wie oft werden Sitzungen durch das Läuten eines Handys unterbrochen und ich bin überzeugt, dass auch hier im Landtagssitzungssaal sehr oft das Handy läuten würde, wenn wir hier nicht ein striktes Handyverbot hätten.

Ich habe auch kein Verständnis, wenn bereits die Volksschüler Handys besitzen und diese in den Unterricht mitnehmen. Und da ist es nicht mehr verwunderlich, dass die Österreicherinnen und Österreicher bereits 5,6 Millionen Handys besitzen. Das ist eine Marktdeckung von 73 Prozent. Und da liegt es eigentlich auf der Hand, dass die Handybetreiber die Sendemasten nur so aus der Erde sprießen lassen, ohne Rücksicht auf Verluste. Es geht hier ja schließlich um Millionen- und Milliardenengeschäfte.

Ich habe gar nicht gewusst, Herr Präsident, dass das Thema so uninteressant zu sein scheint – wenn ich mir da den Lärmpegel anhöre. Ich denke aber, das ist sehr wohl wichtig, denn das ist die Zukunft, und wir sind alle davon betroffen, liebe Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen. Und da liegt es auf der Hand – wie gesagt –, dass die Handynetzbetreiber, und Sie sind in Ihrem Bezirk sicher mehr oder weniger auch davon betroffen oder werden es noch sein, die Handymasten nur so aus der Erde sprießen lassen, ohne Rücksicht auf Verluste. (Abg. Wiedner: „Das haben Sie schon einmal gesagt!“) Aber Sie haben ja nicht zugehört!

Auf der anderen Seite steigt das Gesundheitsbewusstsein der Menschen und immer häufiger taucht die Befürchtung auf, dass diese Handysendemasten gesundheitliche Beeinträchtigungen hervorrufen. Auch wenn es Gutachten gibt, die beinhalten, dass diese Strahlungen nicht gesundheitsschädlich seien, so gibt es aber auch genügend Gutachten, die Gegenteiliges aussagen. Tatsache ist, dass zum Beispiel im konkreten Fall in Kapfenberg bei betroffenen Menschen durch die Sendemasten Krankheitserscheinungen wie Kopfschmerzen, Schlafstörungen und so weiter aufgetreten sind. Und ich gehe sogar so weit und behaupte, selbst wenn die Sendemasten Krankheiten nicht hervorrufen sollten, so ist auf alle Fälle das subjektive Beziehungsweise Empfinden entscheidend und es nützt dem Betroffenen nichts, wenn Krankheitssymptome auftreten, ob diese nun von der Abstrahlung kommen oder ob sie sich diese möglicherweise einsuggeriert haben. Sie sind jedenfalls vorhanden und darunter leiden die Menschen.

Ich persönlich glaube, dass diese Abstrahlungen jedenfalls nicht gesundheitsförderlich, vermutlich eher doch gesundheitsbeeinträchtigend sind. Manche Menschen sprechen vielleicht nicht darauf an, manche aber werden krank.

Wir haben in einer entsprechenden Önorm Werte, die sehr hoch sind und bis zu 6 beziehungsweise 10 Watt pro Quadratmeter betragen dürfen. Der Salzburger Vorsorgewert ist ein Milliwatt pro Quadratmeter und ist eine Vereinbarung, die meines Erachtens jedenfalls zu einem gesetzlich festzulegenden maximalen Grenzwert erhoben werden sollte. In diesem Punkt ist Frau Bundesministerin Forstinger schon seit August 2000 säumig, denn seit diesem Zeitpunkt gibt es den Entwurf einer Grenzwertverordnung, die leider bis dato nicht erlassen wurde. Und genau deshalb meine ich, dass es nicht gut ist, zu warten, bis der Bund sich endlich bequemt, sondern wir sollten im Land Steiermark das tun, was wir gesetzlich zu regeln in der Lage sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Eine Messung von Grenzwerten durchzuführen und einen flächendeckenden Kataster in der Steiermark zu erarbeiten, ist – ich wollte jetzt sagen, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggel – er ist ja schließlich zuständig, es dürfte ihn nicht so interessieren, tut mir sehr leid, dass er nicht hier ist, es ist ein wichtiges Thema – (Abg. Wiedner: „Ich sage es ihm!“) – ist alles in Ordnung, das können Sie ihm bitte sagen. Es ist alles in Ordnung, aber das ist sicherlich zu wenig. (Abg. Wiedner: „Na, bitte!“) Sie sind ja selbst im Unterausschuss, Herr Kollege Wiedner, Sie wissen, was wir wollen. (Abg. Wiedner: „Was wollen Sie denn?“) Wir sollten unbedingt diesem unkontrollierten Wildwuchs von Handysendemasten Einhalt gebieten und das Aufstellen derselben an gewisse Verfahren binden, an denen sowohl die Gemeinden als auch die Bürger beteiligt sind. Wir haben etliche Ersuchen von Bürgermeistern, denen zur Zeit praktisch die Hände gebunden sind, die nichts Wirkungsvolles unternehmen können und die uns gebeten haben, eine entsprechende Regelung im Baugesetz zu treffen. Es muss doch mit ein bisschen gutem Willen aller im Landtag vertretenen Parteien machbar sein, das Baugesetz entsprechend zu ändern und mehr Mitsprachemöglichkeiten festzulegen. In einem durchzu-

führenden Verfahren kann vieles im Vorfeld geklärt werden. Und es kann sicher oftmals ein geeigneter Standort gefunden werden, mit dem alle leben können. Es kann nicht so sein, dass sich alles der Gewinnmaximierung von Unternehmen unterzuordnen hat und der Mensch auf der Strecke bleibt. Im Handygeschäft liegt dermaßen viel Geld, dass es wohl recht und billig wäre, wenn sich die Betreiber gewissen Spielregeln unterzuordnen hätten. In diesem Sinne hoffe ich doch noch auf eine Einsicht der ÖVP und der FPÖ, einer entsprechenden Regelung im Baugesetz ihre Zustimmung zu erteilen. Wir haben am 7. November, wie Sie wissen, eine weitere Unterausschusssitzung, bei welcher diese Vorgangsweise festgelegt werden könnte. Und weil Sie gesagt haben, Herr Kollege Wiedner, jederzeit, es ist leider die Frau Abgeordnete Bleckmann jetzt nicht hier. In der letzten Periode hat sie nämlich dem zugestimmt, wie mir berichtet wurde und jetzt ist offensichtlich ihre Haltung eine etwa andere. Aber der 7. November ist ja noch nicht da. Ich würde mich freuen, wir haben am 7. November, wie gesagt, die Unterausschusssitzung, bei welcher diese Vorgangsweise festgelegt werden könnte und ich appelliere daher an Ihr soziales Gewissen als Mitglieder einer gesetzgebenden Körperschaft, den Menschen draußen eine Hilfestellung zu geben. Die können sich nicht wehren, der Masten wird ihnen vor den Kopf gesetzt und sie können überhaupt nichts tun. Also wir sind eine gesetzgebende Körperschaft, wir können den Menschen helfen und das sollten wir auch tun, bin ich der Meinung. (Beifall bei der SPÖ.)

Und spätestens wenn Sie mit einem konkreten Problem draußen konfrontiert sind, dann teilen Sie vielleicht meine Meinung, auch wenn Sie das bis jetzt noch nicht getan haben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 14.58 Uhr.)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als Vorsitzender des Unterausschusses bin ich auch natürlich befugt, mich zu diesem Thema zu Wort zu melden. Und alle, die im Unterausschuss sind, die wissen ja, wie mühsam und zäh die Gespräche um die Standpunkte untereinander ausgetauscht werden. Nicht umsonst, glaube ich, hat es schon jahrelang unter der Führung vom Kollegen Schleich diesen Unterausschuss gegeben, ohne Ergebnis. Ein erstes Ergebnis, ein erster Schritt liegt sicher mit dem heutigen Antrag vor. Es wird kein großartiger Schritt sein, um das Problem zu entschärfen. Es ist natürlich unvollständig, Frau Kollegin Bachmaier, von der Grenzwertverordnung zu reden und nur damit die Frau Minister Forstinger anzusprechen oder vielleicht noch den Vorgänger Minister Schmid, denn schon ein Minister Einem hat sich geweigert eine Grenzwertverordnung zu erlassen. Das muss klargelegt werden. Und auch in der Enquete im Nationalrat hat er dazu Stellung genommen und über seinen Sprecher ausrichten lassen, dass die bestehenden Grenzwerte, die über die WHO vorgegeben werden, als ausreichend gesehen werden. Das sei nur zur Vollständigkeit angeführt. Trotzdem glaube ich, dass die Grenzwertverordnung ein Schritt ist, obwohl die Grenzwertverordnung selbst noch kein Problem lösen wird. Das müssen wir uns im Klaren sein. Ich weiß nicht sicher, ob Sie den Umweltschutzbericht gelesen haben, dieses Kapitel Handystrahlung, worauf die Frau Kollegin Zitz vorhin auch hingewiesen hat, den unsere Fachabteilung 5 mit Hofrat Fink, Fachabteilung für Maschinenbau und Strahlenschutz, erstellt hat. Die Fachabteilung 5 hat im vergangenen Jahr bereits begonnen, Messungen durchzuführen, vor allem dort gemessen, wo Beschwerden gemessen wurden. Und in allen Messungen im Vorjahr, inklusive heuer, gibt es nur eine einzige Messung, in der der so genannte Salzburger Vorsorgewert von einem Milliwatt pro Quadratmeter Leistungsflussdichte überschritten wurde und das nur ganz knapp mit 1,2 Milliwatt, meines Wissens. Das heißt, auch ein Salzburger Vorsorgewert wird das Problem nicht aus der Welt schaffen. Das haben Sie ganz richtig gesagt, dass das persönliche Empfinden, das subjektive Ausgesetztsein an sich schon ein Problem darstellt.

Die Frage also, was wird man oder kann man mit der Grenzwertverordnung lösen. Meine Meinung ist: nein, man kann es nicht, aber man kann sicher die Situation verbessern. Was die gesetzliche Verankerung betrifft, vor allem im Baugesetz, möchte ich nochmals so wie im Unterausschuss darauf hinweisen: Wenn Sie sagen, die armen Bürgermeister haben keine Handhabe, es gibt die Regelung für die Handymasten bereits jetzt im Baugesetz: Paragraf 20 Anzeigeverfahren, das kann der Bürgermeister in ein Bewilligungsverfahren auch jetzt schon mit Bürgerbeteiligung umwandeln. Der Unterschied zu einer weitergehenden Forderung, wie es vielleicht auch im burgenländischen Baugesetz verankert ist, ist natürlich, er muss es nicht umwandeln in ein Bauverfahren, also er muss die Nachbarn nicht von einem neuen Handymasten verständigen. Das gebe ich zu, das Fehlen von Nachbarrechten ist sicher ein Defizit in der momentanen Regelung, trotzdem bitte ich alle vier Fraktionen, bei diesem Spagat zwischen der Möglichkeit der Mobiltelefonie, denn wir wollen sie ja nicht, denke ich, verhindern, die fast 6 Millionen Handybenutzer sprechen eine deutliche Sprache, auf der einen Seite. Aber auf der anderen Seite der größtmögliche Schutz und die größtmögliche Schonung der Bevölkerung. Also bei diesem Spagat bitte auch in der Gesetzgebung vorsichtig und in möglichster Einheit vorzugehen.

Auch ein Mittel oder ein Weg, um die Situation zu verbessern, ist das bekannte Side-sharing, das Handymastenstützpunkte gemeinsam benutzt werden, denn diese erhöhen nicht das subjektive Empfinden, das durch das Mehr an Masten gegeben wird. In dieser Hinsicht gibt es durchaus erfreuliche Neuigkeiten. So hat zum Beispiel der ORF gestern oder heute bekannt gegeben, dass er auch seine Sendemasten in Zukunft für alle Handybetreiber zur Verfügung stellen wird, Sendemasten, Sendeanstalten, die prinzipiell sehr weit vom bewohnten Gebiet entfernt sind. Sie können mir glauben, Frau Bachmaier, Frau Dr. Bleckmann, alle, die damit befasst sind, dass wir es alle miteinander im Unterausschuss sehr ernst nehmen, dieses Problem besser in den Griff zu bekommen. Es ist keine Frage, die Vielzahl der Bürgerinitiativen schreien wirklich nach einer besseren Regelung. Deswegen habe ich den Gemeindebund gebeten nach der letzten Unterausschusssitzung, unter allen Bürger-

meistern unseres Landes eine Umfrage zu starten, in welcher Form sie sich eine Einbindung ihrer Kompetenz im Wege des Baugesetzes vorstellen können beziehungsweise auch in welcher Weise sie es als sinnvoll erachten. Denn eines müssen wir uns im Klaren sein. Wenn wir Mobiltelefonie ermöglichen, wird es weiterhin Konflikte geben, denn irgendwo müssen die Masten und die Sendeanlagen errichtet werden. Und es wäre falsch, mit einer Gesetzesänderung – Baugesetz, Naturschutzgesetz, Ortsbildschutzgesetz – wo auch immer nur falsche Hoffnungen zu erwecken, die die Situation schlussendlich nicht verbessern, sondern nur vielleicht sogar noch mehr politische Konflikte nach sich ziehen würden.

Wir werden die Umfrage, die jetzt zu Ende gegangen ist vor ein paar Tagen, auswerten. Das heißt, der Gemeindebund wird das tun. Und wir werden am 7. November beim nächsten Unterausschuss sehr ernsthaft darüber reden und verhandeln. Ich bitte noch mal in dieser heiklen Problematik wirklich nicht nur zu versuchen, Kleingeld zu machen, nicht Hoffnungen zu erwecken, die wir nicht erfüllen können. Denn wir müssen zum Beispiel auch Stadtgebiete versorgen mit Handymasten, die Stadt Graz und andere dicht verbaute Gebiete, wir müssen also eine praktikable Lösung finden, die möglichst allen Bedürfnissen nach Telefonie, Bedürfnis nach Gesundheitsschutz Rechnung trägt. Ich bitte im Interesse unseres Landes alle Fraktionen, sich diesem Thema sehr ernsthaft zu stellen und ich freue mich auf eine fruchtbringende Debatte im nächsten Unterausschuss. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 15.06 Uhr.)

Präsident: Zu einer Berichtigung der Frau Abgeordneten Bachmaier hat sich die Frau Abgeordnete Bleckmann gemeldet. Bitte kurz!

Abg. Dr. Bleckmann (15.06 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe nur gehört beziehungsweise das nur halb über das Mikro gehört, dass die Kollegin Bachmaier-Geltewa gesagt hat, ich melde mich zu diesem Thema nicht mehr zu Wort und irgendwas mit meinen Intentionen.

Ich möchte hier nur kurz sagen: Es ist richtig, ich melde mich nicht mehr zu Wort, denn ich habe zwecks Erfolglosigkeit diese meine Intentionen hier zu Grabe getragen. (15.06 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (15.07 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kollegin Bleckmann!

Ich habe das jetzt sehr mutig gefunden, was Sie da gesagt haben. Und ich möchte jetzt noch einmal von Seiten der Grünen sagen, was unser Zugang zu dieser GSM-Frage ist. Einerseits sieht man da in realita, wie Wirtschaftskonzerne, die von der Bundesregierung, nämlich wurscht in welcher Zusammensetzung, sehr gut in das Land gebeten wurden, sich gegenüber Bürgern und Bürgerinnen durchsetzen, das ist der eine Punkt. Wir haben viele Fälle von Leuten, die in der Früh die Wohnung verlassen haben, am Abend zurückgekommen sind und gegenüber am Haus ist genau mit Blick in Richtung Kinderzimmer eine Antenne. Und diese Leute, die würden sich vielleicht gar nicht so sehr wegen der möglichen Gesundheitsbelastungen, wegen dieser Antenne aufregen, sondern die regen sich zu Recht darüber auf, dass sie nicht informiert worden sind und dass teilweise bestimmte Betreiberfirmen sehr arrogant und herablassend im Umgang mit einzelnen Personen sind, die damit nicht einverstanden sind. Es ist für mich leider ein Stück Realität, dass auf der Bundesebene jahrelang da Gesprächsverweigerung betrieben wurde gegenüber Leuten, die mit Gesundheitsargumenten, mit Argumenten aus dem Technikbereich, konkret elektromagnetische Strahlen, athermischen Wirkungen gekommen sind, die mit Umweltargumenten gekommen sind oder die mit demokratiepolitischen Argumenten gekommen sind, dass die jahrelang abgeblockt wurden. Und wie gesagt nicht nur von einer Ministerin der freiheitlichen Fraktion, sondern sehr wohl auch von einem SPÖ-Minister Einem.

Der zweite Punkt ist, ich habe als Berichterstatterin jetzt diesen Umwelt-Ausschuss-Antrag eingebracht, den ich auch mit unterstütze, es steht aber eine Zeile drinnen, die ich nicht teile. Selbstverständlich gibt es die Möglichkeiten im Landesrecht, konkret im Naturschutzgesetz, im Ortsbildgesetz und im Baugesetz, den Spielraum für Betreiberfirmen einzuengen zugunsten von bestimmten Kommunalpolitikern und -politikerinnen beziehungsweise von betroffenen Personen und Anrainer/Anrainerinnen. Ich denke, uns geht es jetzt von Seiten der Grünen überhaupt nicht darum, das Handy auszumerzen, sondern einfach zu schauen, dass – wenn Sendeanlagen entstehen – die möglichst sorgfältig geplant werden. Es gibt in vielen Bereichen einfach die Erfahrung, dass Wirtschaftskonzerne, die gerade in einem sehr modernen Technologiebereich arbeiten, nur bereit sind, mehr zu investieren in Forschung und Entwicklung, wenn es einen klaren Druck von außen gibt. Auf Grund von Freiwilligkeit läuft da nicht besonders viel.

Etwas noch zum Abschluss, was jetzt diese Frage eines Katasters betrifft. Es gibt in der Steiermark einen Kataster, wo ein Teil dieser Sendeanlagen eingezeichnet ist, leider Gottes nicht alle, nämlich die sind nicht eingezeichnet, die zum Beispiel auf einem Kirchturm drauf sind oder die am Dach eines Schulgebäudes sind, auch das gibt es leider in der Steiermark, oder die in irgendeiner Form in ein bestehendes Gebäude integriert sind. Und uns wäre es einfach ein Anliegen, dass erstens einmal alle Handymastanlagen in diesem Kataster verzeichnet sind, nicht nur die frei stehenden. Und zweitens dass dieser Kataster automatisch allen Personen in der Steiermark zugänglich gemacht wird. Das wäre für uns eine Möglichkeit, die voll im Spielraum des Landes liegt. Das wäre auch nicht kostenintensiv, das würde dem Land plus/minus null Schilling mehr kosten, aber es wäre ein

ganz konkretes demokratiepolitisches Angebot an die Leute in den Gemeinden, die mit dem Thema sehr viel zu tun haben. Die Umfrage, die vorher der Herr Kollege Gödl angesprochen hat vom Städtebund aus, ich halte es für sehr gut. Ich hoffe, dass da auch konkrete umsetzbare Vorschläge kommen und das jetzt in unsere Ausschussverhandlungen einzuspeisen, übrigens auch in Kooperation mit der Arbeiterkammer, die da konkret im Sinne des Verbraucherschutzes immer wieder mit einzelnen Leuten zu tun hat, das würde ich sehr konstruktiv empfinden. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 15.11 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (15.11 Uhr): Herr Präsident! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Schleich geht gerade der Wand entlang zu seinem Platz hin und ich weiß, dass wir gerade drei Jahre in der alten Periode und jetzt auch schon einige Runden hinter uns haben in Sachen GSM und Handymasten. Es gibt keinen hier im Raum, der glücklich damit ist, dass, wie die Frau Kollegin Bachmaier-Geltewa gesagt hat, die Handymasten aus dem Boden wie die Schwammerln herauschießen, so ähnlich war ihre Aussage. Es ist vollkommen richtig, glücklich wird keiner damit sein, nur in vielen Bereichen müssen wir uns leider auch den Realitäten beugen.

Jetzt hat der Kollege Gödl in seiner Grundsatzrede schon sehr vieles davon gesagt, was laut Baugesetz möglich ist, was laut Ortsbildschutzgesetz möglich ist, was der Bürgermeister prüfen kann und was er nicht prüfen kann. Ich glaube, man muss einmal davon ausgehen und es hilft jetzt nichts hier, in aller Emotionalität einen Mastensturm auszurufen, das wird es nicht sein, das wird es nicht bringen. Wir haben gehört, 5,7 Millionen Handys, ich glaube, es gibt kaum jemand in diesem Haus, der keines hat oder nicht mindestens zwei hat.

Jetzt gibt es die Alternative dann zu sagen, es war ein Irrtum, ein Handy zu kaufen, die ganze Informationstechnologie ist ein Irrtum. Ich nehme mein Handy – ich habe es jetzt nicht eingesteckt – und schmeiße es weg. Das ist auch eine Alternative, aber das wollen wir – glaube ich – alle zusammen nicht. Die zweite Sache ist das, der Bund hat an Firmen Lizenzen verkauft um sehr teures Geld mit dem Auftrag, die Versorgungssicherheit in Österreich herzustellen. Jetzt gehören natürlich zur Versorgungssicherheit irgendwo die Mobilfunkstationen mit dazu, sonst kann ich sie nicht sicherstellen. Und wenn wir davon sprechen, wie lösen wir das Problem, dann drehen wir uns in einem Teufelskreis. Und ich sage immer, mit diesem Thema kann keiner von uns herinnen einen Blumentopf gewinnen. Es gibt nahezu kaum eine wirklich zufrieden stellende Lösung. Auch nicht die Aufnahme, Frau Kollegin Bachmaier, in das Baugesetz – jetzt will ich nicht die Bürgermeister verteidigen, aber was macht der Bürgermeister? Was prüft der Bürgermeister beim Baugesetz? Nach welchen Kriterien prüft er einen Antrag um Aufstellung eines Handymastens? Nach dem Abstand, nach der Höhe, nach der Zahl der Einsprüche der Nachbarn, wonach prüft er? Was er wirklich prüfen könnte, haben wir ja auch schon lange diskutiert im Ausschuss, den gesundheitlichen Aspekt, den hat er nicht zu prüfen, das ist eine Bundeskompetenz, den kann er nicht prüfen. Und auch dazu bitte, es gibt halt leider keine einzige sichere Studie, dass es wirklich negative Auswirkungen hat. Landesrat Pörtl hat es früher gesagt, wir machen zwar den Mastensturm, aber dass jeder zwei Handys eingesteckt und eingeschaltet hat, was viel schädlicher ist, über das diskutieren wir in weiten Bereichen oft nicht. Es gibt natürlich diese ganzen Diskussionen, sie sind notwendig und sie sind richtig und es gibt auch schon sehr viele Vorschläge zu diesem Thema. Auch der Kollege Gödl hat schon teilweise diese Erhebung angeschnitten, aber es gibt ja bereits eine Vereinbarung zwischen den Mobilfunkbetreibern und dem Gemeindebund. Es geht hier um den offenen und transparenten Informationsaustausch, dass es eine rechtzeitige Information an die Bevölkerung gibt, die den Gemeinden übermittelt werden, wo alles drinnen steht über einen künftigen Sendemasten, so dass man über technische und bautechnische Auskünfte verfügt. Das gibt es einerseits. Andererseits gibt es auch Initiativen, ich möchte hier unseren Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schögggl zitieren, der ja bereits dazu auch eine Pressekonferenz gemacht hat und gesagt hat, es kann ja nicht sein, dass man jetzt nur über die Handystrahlung redet und es gibt ja auch sehr viel andere Strahlung, die uns tagtäglich umgibt. Und da wird ein Belastungskataster erstellt werden – über den ist heute schon gesprochen worden –, und ich glaube, das ist ein ganz wichtiger erster Schritt und ein erster Weg dazu. (Beifall bei der FPÖ.)

Es wurde bereits an 27 Stellen gemessen und es hat Gott sei Dank ein beruhigendes Ergebnis gegeben. Es war nirgends über einen Milliwatt pro Quadratmeter Leistung, wobei von der WHO 4,5 Watt, also das 4500-Fache möglich wäre. Es wird hier versucht, mögliche Lösungen anzustreben, handhabbare Lösungen anzustreben. Es hilft nichts, Wünsche zu äußern, die dann nicht erfüllbar sind. Wir wecken hier auch in unserer Bevölkerung wieder Hoffnungen, die dann der Bürgermeister bei der Bauverhandlung wieder nicht erfüllen kann. Es gibt hier auch noch weitere Forderungen, dass man alle Strahlen von Mobilfunksendeanlagen einbezieht in das Strahlenschutzgesetz, dass es wieder die Strahlenschutzkommission ist, die aktiviert werden müsste, die momentan nicht aktiviert ist, eine Minimierung der erforderlichen Sendestärke durch Optimierung der Sendeanlagen. Auch das ein Thema, das wir lange diskutiert haben und gesagt haben, weniger Sendeleistung. Was bedingt das? Mehr Masten! Also wir sind da wieder in einem Teufelskreis drinnen. Es klingt zwar schön, wir minimieren die Sendeleistung, aber wir haben dann wieder mehr von dem, was wir nicht wollen, nämlich die Masten. Das ist leider ein Problem und ich höre, ich weiß nicht, ob das stimmt, aber die Techniker werden das wissen, dass es jetzt bei der UMTS-Technologie möglich sein wird, vermehrt Masten gemeinsam zu nutzen. Das hat man uns immer erklärt, Kollege Schleich, du warst da ja sehr aktiv, dass man alle vier Netzbetreiber eingeladen hat und gesagt hat, bitte schön, geht her und gebt eure Funkanlagen auf einen Masten hinauf. Dann hat man uns erklärt, das ist technisch nicht möglich wegen der Abstandsregelung, weiß Gott wie und was alles. Das

soll angeblich jetzt wegen der neuen Technologie leichter möglich sein. Das reduziert natürlich dann die Mastendichte, es wird, so hoffe ich, zu einer Lösung des Problems kommen, wobei wir hier keine übertriebenen Forderungen stellen können, weil wir uns von der Informationstechnologie im Sinne des Fortschrittes sicherlich nicht verabschieden können. (Beifall bei der FPÖ. – 15.19 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung, meine Damen und Herren, liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

12. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 131/1 der Abgeordneten Kaufmann, Schrittwieser, Halper und Stöhrmann, betreffend den Ausverkauf von Wald und Wasser durch Veräußerung von Flächen der Österreichischen Bundesforste AG.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (15.19 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Ausschuss für Land und Forstwirtschaft hat in seinen Sitzungen am 6. März 2001 und 9. Oktober 2001 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Die Landesregierung führt in der nun vorliegenden Stellungnahme zusammenfassend Folgendes aus:

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hält fest, dass das geltende Bundesforstegesetz das Eigentumsrecht des Bundes an dem von der Österreichischen Bundesforste AG. für den Bund verwaltenden Liegenschaftsvermögen im Verfassungsrang absichert. Durch die jüngst beschlossene Änderung des Bundesforstegesetzes wurden weitere im öffentlichen Interesse gelegene Schutzbestimmungen geschaffen. Zum einen beziehen sich diese auf Seen beziehungsweise Flächen des öffentlichen Wassergutes an Seen, zum anderen wird ein konkretes Verkaufsverbot nicht nur für Gletscherflächen und Nationalparkflächen, sondern vor allem auch für Flächen, auf denen sich strategisch wichtige Wasserressourcen befinden, ausgesprochen. Darüber hinaus verfolgt die Österreichische Bundesforste AG. eine sehr verantwortungsbewusste Grundverkehrsstrategie mit folgenden Grundsätzen:

Erstens: Forcierter Verkauf von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen und sonstigen Nichtwaldflächen.

Zweitens: Vorrangiger Verkauf von Rand- oder Streulagen.

Drittens: Besondere Berücksichtigung des Interesses bäuerlicher Nachbarn zur Strukturverbesserung der waldbäuerlichen Betriebe im Rahmen der Grundverkehrsgesetze der Länder.

Zusammenfassend wird daher festgehalten, dass mit den geltenden Bestimmungen des Bundesforstegesetzes und des Forstgesetzes den Zielsetzungen des Antrages entsprochen werden dürfte.

In der Ausschusssitzung am 9. Oktober 2001 wurde darüber hinaus ein Minderheitsantrag der Abgeordneten Kaufmann und Schrittwieser gestellt.

Bei den Beratungen des vorerwähnten Antrages im Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz haben die obgenannten Abgeordneten Folgendes beantragt:

Die Bestimmung des Paragraphen 1 des Bundesforstegesetzes, BGBl. Nr. 793/1966 in der Fassung BGBl. I Nr. 142/2000 normiert expressis verbis im Absatz 1, der im Verfassungsrang steht, eine Substanzerhaltungspflicht. Demnach sind „Erlöse aus Veräußerungen von diesen im Eigentum des Bundes stehenden Liegenschaften zum Ankauf neuer Liegenschaften oder zur sonstigen Verbesserung der Vermögenssubstanz zu verwenden.“

Dieser eindeutigen Verfassungsbestimmung zum Trotz beabsichtigt die Bundesregierung, rund 50.000 Hektar des Betriebes samt den dazugehörigen Wasserquellen zu veräußern, um (vermeintliche) „Budgetlöcher zu stopfen“.

Abgesehen davon, dass die Erzielung von Einmalerlösen durch den Verkauf von nicht vermehrbaren Gütern wohl kaum ein finanztechnisch sinnvolles Instrument zur Budgetsanierung darstellen kann, ist dieser Plan volkswirtschaftlich schlichtweg unverantwortlich. Nicht nur, dass der Ausverkauf österreichischen Waldes wirtschaftlich unsinnig ist, so stellt die Veräußerung heimischer Wasserressourcen einen irreversiblen ökologischen Affront gegenüber den nachfolgenden Generationen dar.

Es wundert daher nicht, dass der Bundesverfassungsdienst bereits am 6. September 2000 massive verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Ministerialentwurf schriftlich geäußert hat. Diese Bedenken beziehen sich nicht nur auf das nationalstaatliche Verfassungssystem, sondern auch auf die EU-Kompatibilität, insbesondere im Hinblick auf Artikel 87 EGV.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit der dringenden Forderung heranzutreten, die verfassungsrechtlich normierte Substanzerhaltungspflicht gemäß Paragraph 1 Bundesforstegesetz 1966 in der Fassung BGBl. I Nr. 142/2000 zu beachten und von dem beabsichtigten Ausverkauf von Waldflächen samt den dazugehörigen Wasserreserven Abstand zu nehmen.

Dieser Antrag wurde vom Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz nicht angenommen.

Er wird hiermit wiederholt. (15.23 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Frau Berichterstatterin, Sie haben sich zu Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Kaufmann (15.23 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Landesrat!

Ihnen liegt die Stellungnahme des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft zum Antrag meiner Fraktion, der sich mit der Sorge um den Ausverkauf von Wald und Wasser beschäftigt, mit der Forderung vor, an den Bund heranzutreten, vom beabsichtigten Verkauf von Waldflächen samt dazugehörigen Wasserreserven Abstand zu nehmen. Das wurde nicht gemacht, sondern das Land hat den Bund um Informationen gebeten. Deshalb liegt unser Antrag heute als Minderheitsantrag vor und weil wir uns mit den lapidaren Antworten des Ministeriums nicht zufrieden geben. Die Beantwortung nimmt lediglich auf ein paar Änderungen im Bundesforstegesetz Bezug, ignoriert aber völlig die Forderung dieses Antrags und trägt nichts dazu bei, dass sich unsere Sorgen und die Sorgen der Bevölkerung als nicht notwendig erwiesen hätten. Im Gegenteil – und ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit, wenn ich Ihnen nur drei auffallende Sätze aus dieser Stellungnahme vorlese:

Die mit den Waldflächen verbundenen mannigfaltigen öffentlichen Interessen insbesondere auch aus landeskultureller oder ökologischer Sicht sollten damit ausreichend und wirksam geschützt sein – nicht „sind damit ausreichend geschützt“, sollten damit geschützt sein. Damit sollte – nicht „damit wird“ –, damit sollte in ausreichendem Maße sichergestellt sein, dass nicht nur einem Ausverkauf wichtiger öffentlicher Interessen, sondern auch einer Schädigung des Betriebes ein wirksamer Riegel vorgeschoben wird.

Gleich auch die Landesregierung: Zusammenfassend wird zum gegenständlichen Antrag unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft festgestellt, dass mit den geltenden Bestimmungen des Bundesforstgesetzes und des Forstgesetzes den Zielsetzungen des Antrages entsprochen werden dürfte – nicht „entsprochen werden wird“, sondern „entsprochen werden dürfte“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind keine Antworten, das sind Vermutungen und damit geben wir uns nicht zufrieden. Das Ministerium hat keine Antwort darauf gefunden, wie viel Wald, welcher Wald beziehungsweise Grundstücke werden verkauft. Man hat sich aber auch um die wichtigste Antwort gedrückt. Sind auf diesen Grundstücken, die verkauft werden sollen, Quellen? Wo befinden sich die strategisch wichtigen Wasserressourcen? Minister Molterer hat im Oktober 2000 eine Studie in Auftrag gegeben, – Oktober 2000 – die demnächst fertig sein sollte und klären sollte, welche Wasserreserven gemeint sind, wo sie liegen und wie groß sie sind. Meine Frage, wo ist diese Studie? Ist ein Jahr Wartezeit darauf noch immer nicht „demnächst“, so wie uns vor einem Jahr versprochen wurde? Es wurde keine Information gegeben, wie die 3 Milliarden Schilling, die der Bundesminister für Finanzen von den Bundesforsten verlangt, wie diese aufgebracht werden. Ist es durch die Übertragung der Kärntner Seen und des Attersees? Wenn ja, umgeht man da nicht die Verfassung? Und wo sind die Antworten auf gesellschaftspolitische Fragen? Ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin noch immer der Meinung, dass diese Wälder nicht zum Privatbesitz eines Herrn Schüssel oder Grasser gehören, die diese einfach nach Belieben verscherbeln können, sondern dass die Bundesforste den Österreicherinnen und Österreichern gehören. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gab eine Zeit, in der Österreich arm und im Aufbau war, aber nie, niemals war vom Verkauf der Bundesforste die Rede. Heute, als achtreichstes Land der Welt, zu dem wir es gemacht haben, verkaufen Sie das Familiensilber. Ich frage mich immer öfter, was hinterlässt diese Regierung? Zuerst verkauft man unsere Leitbetriebe, dann die Liegenschaften, dann Grund und Boden, dann Wälder und Wasser. Was bleibt von Österreich übrig, wenn Sie fertig sind? Alles, was diese Republik besitzt, wird auf den Markt geschmissen. Was bleibt uns und den zukünftigen Generationen? Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP und FPÖ, Sie hinterlassen ein kaltes und vor allem ein leeres Österreich, in dem die Österreicher dann nur mehr Bewohner sind, dirigiert von irgendwelchen Wasserscheichs. Denn der Verdacht, dass es bei diesem Verkauf hauptsächlich um Wasser geht, der ist noch nicht entkräftet worden. Rund 1000 Quellen – so schätzt man – befinden sich auf Gründen der Bundesforste, Quellen, die laut österreichischem Recht dem Grundbesitzer gehören. Das Bundesforstegesetz sagt, strategisch wichtige Wasserressourcen sollen nicht verkauft werden. Ich darf dazu erklären, was strategisch wichtig heißt: Quellen, von denen man annimmt, dass es in den nächsten 20 Jahren öffentliches Interesse gibt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist so leicht zu umgehen. Die Befürchtung der Bevölkerung, dass die angebotenen Waldflächen von Großindustriellen gekauft werden, ist berechtigt. Deren Interesse liegt aber nicht am Forst sondern am Wasser und vielleicht noch an der Jagd. Es ist auch ruhig geworden um den Ausverkauf der Bundesforste, für mich zu ruhig. Es ist auch ruhig geworden um die Versprechungen, die man den Bauern vor einem Jahr gemacht hat. Ich darf hier vielleicht den Generaldirektor Ramsauer zitieren, der sagt: „Die Grundlage ist ein detailliertes Verkaufsprogramm!“ Genaue Aufstellung, welche Flächen im Verkaufsprogramm sein sollen. Er verspricht weiter: „Ein standardisiertes Verkaufsprogramm, es wird nicht sein, dass ein Grundstück am Marktplatz und das andere nur über Internet angeboten wird. Jeder Interessent soll wissen, wo er sich melden kann!“ Landwirtschaftsminister Molterer verspricht, vorrangig werden nicht Waldflächen verkauft. Als Käufer haben Waldbauern Vorrang. Waldbauern, das sage ich dazu, wie zum Beispiel Flick, Schwarzenberg, Fürst Liechtenstein und so weiter

FP-Wirtschaftssprecher Prinzhorn verspricht sogar einen Marshall-Plan für Bauern, die Wald kaufen wollen. Und Frau Landeshauptfrau Klasnic verspricht Hilfe für Bauern, die Wald kaufen wollen und das Programm bezeichnet sie als Hilfe für die Bauern. (Abg. Gennaro: „Sie hat schon viel versprochen!“)

Weiters verspricht Frau Landeshauptmann das Recht auf Quellen für die öffentliche Hand bei veräußerten Waldgebieten. Das ist ein Versprechen, das überhaupt nicht einzulösen ist.

Meine Damen und Herren, nichts von dem ist bis jetzt eingehalten worden. Und ich habe mir bei einer Stellungnahme des Ministers doch eine genaue Auskunft auch für die Bauern erwartet. Wo ist die genaue Aufstellung der verkaufbaren Fläche? Wie groß sind diese, wie wird ausgeschrieben? Wie viel wird insgesamt verkauft, zu welchem Preis? Was wurde schon verkauft? Wie viele Käufer davon waren Bauern? Und ich frage das mit gutem Recht. Ich darf Ihnen ein Beispiel bringen, ein Beispiel eines niederösterreichischen Kollegen, der mir erzählt hat, es geht um eine Fläche von rund 25 Hektar Wald oder es ging um eine Fläche von 25 Hektar Wald. Er wollte mitbieten. Er wollte dieses Waldgrundstück kaufen. Es wurde ihm untersagt mitzubieten, weil er ein Nebenerwerbsbauer ist. Mitbieten dürfen nur Vollerwerbsbauern, denen es als Besitzerhaltung angerechnet wird. Es wurde dann zu einem Preis von 40 Schilling je Hektar verkauft. Und der Käufer war ein Vollerwerbsbauer, nämlich Stift Göttweig. Nur so viel zu den Praktiken. Oder denken wir an das Jagdgut Pölsen-Autal in den Rottenmanner Tauern, wo 4300 Hektar im Stück verkauft wurden und die Bauern das Nachsehen hatten. Fritz Grillitsch, der neue Bauernbundchef, hatte die Federführung für die Bauern und ging baden. Aber auch er versprach eine Grundstücksliste für die Steiermark, was in Zukunft an Bundesforsten verkauft wird, damit die Bauern mitbieten können. Wenn es diese Liste gibt, haben dort nur bestimmte Bauern Einblick? Ich kenne diese Liste nicht. Ich bin auch Bäuerin. Oder können Bauern sich solche Grundstücke, wie im Weidwerk beschrieben, von der ÖBV ausgeschrieben, nicht leisten? „180 Hektar Eigenjagd, Gut erschlossen, kleiner See mit Fischerei vorhanden“ oder „380 Hektar Jagd- und Forstbesitz im Ennstal zu verkaufen“. Ich glaube, das können sich die Bauern, die ich kenne, nicht leisten. Die Bauern wissen, dass sie belogen wurden, wieder einmal, und dass keine der versprochenen Hilfen und Förderungen für einen Kauf kommen werden. Der Ausverkauf der Waldressourcen der Bundesforste fördert nur die Schaffung neuer Waldgutsherren und Wasserscheichs und könnte in eine Refeudalisierung der Berggebiete münden. Die vielen kleinen Bergbauern – und dies sei den Verantwortlichen ins Stammbuch geschrieben – brauchen keine neuen Guts- und Wasserherren, sondern eine ausgewogene Verteilung von öffentlichen und privaten Interessen und Eigentumsformen. (Beifall bei der SPÖ.)

Großkopferte, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es in Österreich schon genug. Die Wald- und Wasserressourcen der Bundesforste müssen in den Händen der Allgemeinheit bleiben. Ein altes Sprichwort sagt: Beim Abgraben des Wassers verbrennt man sich die Finger. Deshalb kann ich dem Bund nur raten, Finger weg von unseren Wäldern und vor allem Finger weg von unserem Wasser.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, unserem Antrag die Zustimmung zu erteilen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 15.34 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (15.34 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Geschätzte Kollegin Monika Kaufmann, mir wären fast die Tränen gekommen. (Abg. Kaufmann: „Das glaube ich eh!“)

Seit mehr als einem Jahr hören wir vom Ausverkauf der Waldflächen, vom Ausverkauf der Trinkwasserreserven und der ökologische Kollaps ist zu befürchten. Meine Damen und Herren, darüber, worüber Sie sich so aufregen, ist das Faktum, dass Staatsvermögen, Staatsbesitz verkauft wird in Privatbesitz und das bitte nicht in einem kommunistischen System, sondern in einem demokratischen und da unterscheiden wir uns. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Kaufmann: „Das ist laut Verfassung verboten. Es ist verboten laut Verfassung!“) Geschätzte Kollegin, ich vertrete sehr wohl die Meinung, dass es wichtig ist, bäuerliche Besitzungen aufzustocken, den Menschen dort Existenzen zu geben und die Betriebe dort abzusichern. Ich halte nichts davon, auf Krampf Randparzellen zu behalten und zu besitzen, Staatsforste, wo irgendwer jagen geht und das ausnützt. Mir ist es lieber, es besitzen ein paar kleine Landwirte oder Bauern die Randparzellen mit einigen Hektaren, die sie dazukaufen. (Abg. Gennaro: „Sag uns, wo die kleinen Landwirte sind!“)

Und wenn wir schon diesen Ausverkauf ansprechen und die Frage, was bleibt von Österreich über. Da könnte man sich ja bildlich vorstellen, jetzt wird der Wald genommen und aus Österreich hinausgetragen. Meine Damen und Herren, das ist eine Täuschung. (Abg. Gennaro: „Nein, so dumm sind wir nicht, Waltraud! Nein, so dumm sind wir nicht!“) Die Waldflächen bleiben sehr wohl nach wie vor in Österreich erhalten, denn kein Quadratmeter kommt weg. (Abg. Schrittwieser: „Kollegin Dietrich, wir werden das Wasser aber einmal teuer zurückkaufen von den Privaten!“)

Wir haben das strengste Wasserrecht und auch jetzt ist es nicht möglich, Wasser zu verkaufen. (Abg. Schrittwieser: „Es ist eine öffentliche Aufgabe, diese Reserven zu schützen!“)

Meine Damen und Herren, heute schon sind 82 Prozent des österreichischen Waldes in Privatbesitz und 53 Prozent davon werden von Bauern und kleinen Waldbesitzern bewirtschaftet und wir alle sind stolz darauf, wie die Bauern diese Natur pflegen und wie sie den Wald schützen. (Abg. Gennaro: „Wir reden jetzt von den Bundesforsten!“ – Abg. Gross: „Du vermischt Äpfel mit Birnen!“) Das ist kein Vermischen, Kollegin Gross. (Abg. Gross: „Die Bundesforste sind bitte schön etwas ganz anderes als ein kleiner Waldbetrieb!“) Aber die Bauern haben beim Verkauf der Bundesforste die Möglichkeit, die eine oder andere Randparzelle zu erwerben. (Abg. Gennaro: „Sag uns ein paar, wenn du es so genau weißt!“ – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Androsch ist der größte Käufer. Salinen Androsch. Ein typischer Freiheitlicher!“ – Abg. Kaufmann: „Ja, Prinzhorn auch!“ – Abg. Gennaro: „Der Androsch ist wenigstens ein Österreicher!“)

Meine geschätzten Damen und Herren, Österreich hat das strengste Forstgesetz, das heißt, der freie Zutritt bleibt für alle erhalten. Wir haben eine Grundverkehrskommission, die auch mit Ihren Vertretern besetzt ist und von unseren Vertretern und in dieser Grundverkehrskommission wird sehr wohl entschieden, dass bäuerliche Anbieter bevorzugt werden. (Abg. Kaufmann: „Das Stift Göttweig zum Beispiel!“) Und es bleiben auch die Einforstungsrechte erhalten. Und Monika, vielleicht unterscheiden wir uns da, für mich ist es nicht der große Unterschied, ob jetzt der Zoidl Eigentümer von einer Waldfläche ist oder die Bundesforste Eigentümer sind. (Abg. Kaufmann: „Die Bauern hätten dort kaufen wollen! Die Bauern wollten kaufen und sie haben keine Möglichkeit gehabt!“) Aber die Bauern haben sich das berechnen lassen und sie hätten mit dem Einschlag dort nicht einmal die Zinsen finanzieren können. (Abg. Kaufmann: „Ja, wovon redet ihr denn dann? Dann sagt nicht, die kleinen Bauern können das kaufen. Die können das nicht kaufen!“) Dort ist ein so hoher Jagdwert bei dieser Liegenschaft und die hat sich eben der Zoidl Gott sei Dank gekauft. (Abg. Gennaro: „Vertrittst du jetzt die kleinen Bauern oder die reichen? Wenn vertrittst du? Chancengleichheit!“) Es gibt aber nicht die Flächen mit ein paar 100 Hektar, die zum Verkauf anstehen, es gibt auch genügend Klein- und Randparzellen mit fünf Hektar, mit zehn Hektar und noch mehr. (Abg. Gennaro: „Ja, wo zehn Christbäume oben stehen!“) Daran wird wohl kaum ein Herr Zoidl, ein Stift Göttweig oder sonst wer Interesse haben.

Meine Damen und Herren, meiner Meinung nach ist dieser, ihr politischer Aufschrei, weder fachlich begründbar noch sinnvoll, sondern nichts anderes als ein inszeniertes Polittheater. (Beifall bei der FPÖ. – 15.39 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (15.39 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Knapp ein Jahr ist es her, als Frau Landeshauptmann Klasnic über die Wichtigkeit und den Wert gesprochen hat. Die Wichtigkeit und den Wert des grünen Goldes, des Waldes und des weißen Goldes, des Wassers. Man soll nicht leichtfertig damit umgehen und man darf aus diesem Gold, das die Steiermark besitzt, auch keine schnellen Gewinne machen. Wald und Wasser müssen unter der Kontrolle des Bundes, der Länder und der Gemeinden bleiben. Und es ist kein Beispiel, wie in England und in Frankreich ganz speziell mit Wasser umgegangen wird. In Österreich ist die Reinheit des Wasser wesentlich höher als in Frankreich und in England. Hier zu Lande liefern Quellen 50 Prozent des nötigen Trinkwassers, der Rest kommt aus dem Grundwasser und nur wenig wird aus dem Oberflächenwasser genommen. In England ist es so, dass die schlechten Gewinne dadurch resultieren, dass sich die großen Konzerne wenig dafür interessieren in das Leitungssystem und in die Erschließung der Reservoirs, sondern ausschließlich dafür, wie viel Gewinne sie herausholen können und Investitionen schmälern die Gewinne. 40 Prozent der Gebühren gehen für die Gewinne der Konzerne auf. Die Gebühren sind in England durchschnittlich um 4 Prozent pro Jahr angehoben worden und es wurden bis zu 18.000 Haushalten das Trinkwasser abgesperrt, weil sie sich das nicht mehr leisten konnten. Und in Frankreich dominieren einige Konzerne die Wasserversorgung.

Im Umweltbericht des Landes Steiermark wird hingewiesen, dass der Stellenwert Österreichs in Europa sehr hoch ist, dass der Stellenwert ein sehr großer ist. Nicht nur im Bezug auf die Wasserwirtschaft, sondern auch auf die Qualität unseres Wassers. Erhalten wir uns diese Qualität nicht nur für uns, sondern auch für unsere Nachkommen. (Beifall bei der SPÖ – 15.42 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung vom Herrn Präsidenten Kinsky. Ich erteile ihm das Wort.

Präsident Abg. Ing. Kinsky (15.43 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Zum Ersten, Frau Abgeordnete Kaufmann, ich darf dir mitteilen, ich bewirtschafte einen Gutsbetrieb, der meiner Gattin gehört und ich bin stolz darauf, dass ich ihn bewirtschaften kann. Ich habe in keinsten Weise ein schlechtes Gewissen, dass ich einen Gutsbetrieb bewirtschaften darf. Weil du gesagt hast, du bist gegen neue Gutsbetriebe. Ich glaube, ich habe ein bestes Einvernehmen mit allen mich umgebenden Bauern, weil wir eine hervorragende Kooperation in unserer Wirtschaft betreiben.

Meine Damen und Herren, österreichisches Silber wird verkauft, rettet den österreichischen Wald, Ausverkauf unserer Heimat und solche Dinge habe ich in dem letzten Jahr oft gelesen und gehört, die von der Sozialdemokratischen Partei ausgestreut werden. Meine Damen und Herren, hier wird Angst gemacht mit etwas, was einfach neben den Fakten liegt und einige Fragen, die früher Frau Abgeordnete Kaufmann aufgeworfen hat, werde ich auch hier beantworten.

Erstens: Ich stelle fest, die Frau Abgeordnete der freiheitlichen Fraktion hat das bereits gesagt, 84 Prozent des österreichischen Waldes gehören Privatleuten. Also auch von diesem Blickwinkel kann von einem Ausverkauf des österreichischen Waldes nicht die Rede sein.

Zweitens: In den letzten zehn Jahren haben die Österreichischen Bundesforste insgesamt rund 30.000 Hektar Wald dazugekauft. Es kann beileibe nicht die Rede sein, dass die Bundesforste ausverkauft werden.

Drittens: Abverkaufen dürfen die Bundesforste nur im Verhältnis zum Wert der Flächen, die sie zusätzlich übernommen haben. Das ist gesetzlich geregelt. Man war der Annahme ursprünglich, dass das einen Verkauf von rund 25.000 Hektar bedeuten würde. In der Zwischenzeit weiß man im Aufsichtsrat und im Vorstand der Bundesforste, dass zirka nur die Hälfte dieser Fläche verkauft werden muss auf Grund der Einnahmen, die man bis jetzt getätigt hat. Wenn also die Bundesforste in den letzten zehn Jahren um 30.000 Hektar zugenommen haben und jetzt die Situation ein Faktum ist, dass man mit 14.000 bis 15.000 Hektar Verkauf das Auslangen hat, sind die Bundesforste beileibe nicht ausverkauft worden.

Viertens: Bis jetzt wurden rund 8000 Hektar verkauft. Es ist richtig, was die Frau Abgeordnete Kaufmann gesagt hat, dass ein größerer Betrieb verkauft worden ist mit etwas mehr als 4000 Hektar. Sämtliche anderen Flächen, die bis heute verkauft worden sind, und 96 Prozent aller Kaufverträge liegen zwischen einem und 50 Hektar. Das heißt, man kann hier nicht von neuen Gutsbetrieben reden, sondern die dienen zur Aufstockung von kleinen Waldbauern. Das sind Parzellen der Bundesforste, die außerhalb ihrer großen Regionen liegen, die veräußert worden sind.

Und letztlich, meine Damen und Herren, ich, der ich selber eine Fläche von 62 Hektar Wirtschaftswald bewirtschaftete und im Bewusstsein, dass 84 Prozent des österreichischen Waldes Privaten gehören, wehre mich vehement dagegen, dass der österreichische Wald niedergeht und kaputtgeht und die österreichische Forstwirtschaft in Frage gestellt wird, wenn der Bund einige Flächen verkauft. Denn ein Forstdirektor, auch ein Generaldirektor, der wird niemals in seinem Herzen die Einstellung zum Wald haben, die der Privateigentümer hat, nämlich dass wir Forstwirtschaft über Generationen betreiben.

Das, was ich heute in meinen Wald investiere, investiere ich für meine Enkelkinder. Und die privaten Eigentümer, unsere Waldbauern, sind der Garant dafür, dass heute die österreichische Forstwirtschaft von allen Forstexperten Europas besichtigt wird als beispielgebend, wie gut sie dasteht. Und das sind nicht die Bundesforste, denn ich kann noch etwas sagen. Die Bundesforste, bevor sie ausgegliedert worden sind, haben durch zehn Jahre gigantische Defizite gebaut. Wenn das ein Privatforstbesitzer gemacht hätte, der wäre schon weg vom Fenster. Also, ich glaube, man sollte draußen nicht unnötig der Bevölkerung Angst einjagen. Man sollte bei der Realität bleiben und ich garantiere, die österreichische Forstwirtschaft wird in ihrer hervorragenden Art und Weise, wie sie heute besteht, auch in Zukunft Bestand haben inklusive der Bundesforste. Die Bundesforste werden umgerechnet auf die letzten zehn Jahre nicht um einen Hektar geringeres Besitztum haben, wie sie es vor zehn Jahren gehabt haben. Bitte, das sind die Fakten. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 15.49 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer: (15.49 Uhr): Ich danke für das Wort, Herr Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

In aller Kürze zum Thema Wasser, weil es wirklich, und ich gebe zu, dass ich das eine oder das andere, was ich jetzt sagen werde, schon einmal gesagt habe, aber es hat mich trotzdem provoziert, was jetzt einmal wieder herausgekommen ist, weil ich denke, es muss doch gelingen, dieses Thema ein bisschen sachlicher abzuhandeln.

Um bei der Freiheitlichen Partei zu beginnen, Frau Kollegin, es war halt nun einmal die FPÖ, die über Jahre landaus, landab mit der leicht nationalen Masche herumgelaufen ist und gesagt hat, die EU darf uns unser Wasser nicht abgraben. Also wenn jemand das Thema emotionalisiert hat und mit dem Ausverkauf ins Land gezogen ist, dann war es die Freiheitliche Partei. Dass Sie jetzt den neuen Realismus hinaushängen, weil selbst in der Regierungsverantwortung, ist ein anderes Kapitel.

Die ÖVP verwendet diese gloriose Wortschöpfung vom „weißen Gold“. Das ist die Botschaft des Magnoliensaumes, kann ich nur sagen. Doppelbödig, Wahrheitsgehalt gleich null. (Abg. Dr. Lopatka: „Für etwas Wertvolles!“) Da kann ein jeder irgendwas rauslesen. Wofür steht denn der Begriff „Gold“? Wofür steht der Begriff „Gold“ für jeden und jede im Lande? Der Begriff „Gold“ steht für Reichtum, für Materielles und nicht für die Erhaltung der Natur. Da sind wir uns doch wohl einig. Das kann ich in der 1. Volksschulklasse abtesten, dazu brauchen wir hier gar nicht unsere Landtagssitzung. (Abg. Dr. Lopatka: „Hat Gold mit Naturschutz zu tun?“) Das ist ja wohl eine Binsenwahrheit. Das heißt, diese Doppelbotschaft vom „weißen Gold“, das ist auch mit das Schwindlichste, was ich jemals gehört habe in einer politischen Auseinandersetzung. Sind Sie mir nicht böse! Denn wenn ich sage, ich will das „weiße Gold“ erhalten, dann habe ich schon einmal die Unwahrheit rausgeblasen – a priori. Wenn ich Wasser erhalten will, dann soll ich das aussprechen und soll nicht herumnuscheln vom „weißen Gold“. Und jetzt in der Sache selbst, es wird uns gut tun. Ich habe mich selbst auch hingestellt beim letzten Anlass, wie am Oberlauf der Mürz in Wildalpen, es war jetzt dieses jüngste Projekt einer Abfüllanlage einer Gemeinde – Wildalpen. (Landesrat Pörtl: „Mürzsteg!“ – Abg. Kaufmann: „Wildalpen!“) Und ich bin gefragt worden, was sagen die Grünen dazu. Ich habe gesagt, passen Sie auf, ob wir jetzt Gösser Bier voller Stolz exportieren oder unser Wasser, ist bitte dasselbe. Nicht ganz, aber Bier besteht auch zu 99,9 Prozent aus Wasser. Erklären Sie mir den Unterschied, ich kann ihn nicht erkennen. Das heißt, ich habe kein Problem dabei, wenn irgendwo einmal grundsätzlich Wasser von hoher Qualität abgefüllt wird. Aber ich habe wirklich ein Problem dabei, wenn wir im Landtag nicht durchkommen mit unserem Antrag, wo wir sagen, es ist nicht notwendig, genau in der Tat, wahrscheinlich sogar das beste Trinkwasser ganz Europas für das Spülen von jenen Häuseln zu verwenden, für die der Steirer einen ganz spezifischen Ausdruck hat, wenn Sie wissen, was ich meine. Wenn ich als Grüner nicht durchkomme mit Anträgen zum Einbau von Wasserzählern, das ist das Anliegen des Naturschutzes, das ist das Anliegen der Natur und sonst gar nichts. Es gibt kein Recht der Steirer, wir vom Stamm der

Steirer haben kein Recht, unsere einschlägigen Lokalitäten mit hochwertigstem Trinkwasser zu bespülen. Wir haben kein Recht in Gottes Namen, unsere Straßen damit zu reinigen. Und über das sollen wir reden und über sonst gar nichts. Das heißt, wenn ich also Wasser abfülle und das verkaufen kann, dann habe ich zu prüfen, ob dort mit dieser Abfüllanlage die Natur beeinträchtigt wird. Das habe ich zu tun. Und wenn ich zu dem Ergebnis komme, die wird beeinträchtigt, dann kann ich die Abfüllanlage nicht genehmigen und sonst kann ich das tun. Das Problem wird eher sein, wenn ich dieses Trinkwasser mit dem Lastwagen quer durch den Kontinent transportiere.

Das ist der Wahnsinn und das ist unverantwortlich. Da gehört etwas gemacht, aber das geschieht leider nicht in diesem Ausmaß. Da geht man her und fordert mit lautem Geschrei noch eine neue Autobahn und noch eine neue Schnellstraße, weil ja die Verkehrsprognosen sind, wie sie sind, das heißt, weil ja der Verkehr zunimmt. Wenn der Verkehr zunimmt, dann muss der Mensch bekanntlich Straßen bauen, nicht, das ist ja wohl klar, weiter reichs ja nicht, unsere einschlägige Intelligenz.

Zweite Geschichte, was natürlich wirklich eng wird, sind Pipelines, keine Frage. Und da bitte schön haben wir zwei Sachen zu berücksichtigen. Erstens, handelt es sich um ein privates Projekt, dann brauchen wir uns nicht davor fürchten, weil wo will denn irgendein privater Investor quer durch den europäischen Kontinent eine Pipeline graben? Wie denn? Was denn? Wie kommt er denn zu den Rechten, die kriegt er ja nicht. Es sei denn, er ist ein öffentlicher, zum Beispiel ein großer Wasserversorger und steigt natürlich auch ein in den Verkauf und weitet seinen Absatz aus, dann wird es eng. Das heißt also, wenn der Wasserverband Hochschwab Süd hergeht und sagt, wir haben schon so ein dickes Rohr gebaut vom Hochschwab herunter, wir haben uns oben auch schon diverse Rechte gesichert am Grünen See und sonst wo und jetzt müssen wir das auslassen und jetzt liefern wir Wasser nach dort und dort hin und privatisieren, nehmen noch einen Partner herein et cetera, et cetera, dann wird es eng. Aber dann ist es ohnehin die öffentliche Hand, die also hier erstens enteignet hat und mit dem Status des öffentlichen Unternehmens die Infrastruktur, sprich die Pipeline geschaffen hat und dann natürlich schön langsam das Ganze Privaten übergibt, um dann entsprechende Geschäfte zu machen. Dieses Phänomen haben wir übrigens nicht nur beim Wasser, sondern zunehmend jetzt in allen anderen Bereichen auch. Denn, wenn Sie sich vorstellen, wer baut denn eine 380-kV-Leitung, mit welchem Argument. Woher wollen Sie denn wissen – für mich ist eben der Beweis bis heute eben nicht erbracht, dass das öffentliches Interesse ist. Es behauptet das der Betreiber auch selber gar nicht mehr. Das ist eine Aktiengesellschaft und die reden auch selbst nur mehr davon, dass sie im Wettbewerb in der Konkurrenz sich da durchsetzen müssen und deswegen sagen sie, sie brauchen sie halt.

Was ist denn auch mit anderen Bereichen? Selbst der Terminal etwa in Graz. Einreichen tut es die ÖBB, aber betreiben tun es viele, die Mehrzahl sind Spediteure. Das ist nicht irgend ein Unternehmer, der dort das Grundstück erwirbt einfach so, sondern da kommt das staatliche Unternehmen her und tritt auf mit der Enteignungsdrohung und fertig. Das sage ich nur am Rande. Das ist im Grunde genommen die eine Kernfrage, werden unsere großen öffentlichen Unternehmen im Zuge von Privatisierungen in das Wassergeschäft einsteigen? Da meine ich unsere Wasserverbände, da meine ich unsere großen Stromversorger, so sie schon Leitungen haben, meistens haben sie sie ja nicht, ich meine Wasserleitungen, Stromleitungen schon.

Und zum Abschluss ist natürlich jetzt noch ein ganz wesentlicher Bereich anzuschneiden, um den es nach unserer Überzeugung wirklich geht. Was kann ich tun in der Situation? Was wir machen können, nicht zuletzt als Land ist das, dass wir sagen, einerseits – da stimme ich mit dem Antrag, mit der Intention der SPÖ durchaus überein – dass man hergeht und sagt, okay, es gibt im Eigentum der öffentlichen Hand Waldflächen, die große Wasservorkommen gleichzeitig beinhalten und weil das Wasser schon immer Privateigentum in Österreich ist, Eigentum des Grundbesitzers, soll diese Parzelle auch öffentliches Eigentum bleiben. Das ist eine Sache.

Die andere Sache ist dann der Wald als solcher. Dort, wo kein Wasser vorkommt, da muss man sich das anschauen, ob diese Waldfläche ein öffentliches Interesse darstellt. Das ist eine andere Geschichte. Also die Eigentumsfrage ist sicherlich eine Dimension, aber nicht die einzige, die zweite ist dann sicherlich die, weil es gibt ja auch privaten Waldbesitz und privates Eigentum an Flächen, wo sehr große und wichtige Wasservorkommen schon vorhanden sind. Da muss ich mir ja auch etwas einfallen lassen und das heißt, ist die zweite Dimension, wo Handlungsbedarf besteht einfach die, dass das Land jene Maßnahmen erlässt, wo man von vorneherein dann die Wasservorkommen in dem betreffenden Gebiet schützt. Rahmenpläne, Bewirtschaftungspläne, daran hindert uns niemand. Das können wir machen, egal, ob jetzt der Besitzer dieser betreffenden Waldflächen ein Privater oder ein Öffentlicher ist.

Und noch einmal zum Abschluss. Es macht keinen Sinn, wenn also auf die EU geschimpft wird und gesagt wird, die böse EU kommt und will uns unser Wasser wegnehmen. Es macht auch nur sehr beschränkt einen Sinn, wenn man sagt, wir dürfen das öffentliche Eigentum nicht verkaufen. Es gibt auch schon Privates, es gibt einen dritten Bereich, den man von Seiten des Landes wahrnehmen muss und das ist eben der, dass man die Wasservorkommen des Landes durch Rahmenbewirtschaftung, durch Rahmenpläne möglichst schützt und dass man möglichst langfristig ökologisch diese Pläne ausrichtet, so dass einfach von daher einmal auf jeden Fall ein Riegel vorgeschoben ist, dass zu viel Wasser entnommen werden kann. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 16.00 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Pörtl. Ich erteile ihm das Wort. Herr Landesrat bitte.

Landesrat Pörtl (16.00 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe wirklich nicht vorgehabt, mich zu Wort zu melden. Ich fühle mich aber innerlich direkt verpflichtet, weil es schaut ja aus, dass man Wasser sozusagen frei anzapft und abführt. Wir haben zum Glück das österreichische Wasserrecht, wo man zwar Wasser besitzen kann, aber nur unter wasserrechtlicher Genehmigung überhaupt die Nutzung unter Beachtung der öffentlichen allgemeinen Interessen wahrnehmen kann. Das ist eine ganz klare Position. Die Frau Abgeordnete Kaufmann ist ja auf dem Gebiet sehr begabt, ihr liegt einerseits eine demagogische Selbsterregung in der Wiege (Abg. Kaufmann: „So lange kennen wir uns schon?“) Nein, ich muss dir ein Kompliment machen, du regst dich auf, ohne dass du es an und für sich spürst. Das kenne ich schon, wenn du sozusagen im knackigen Gang zum Rednerpult zum Angriff übergehst, dabei ist kein Feind da. Das ist das Interessante. Aber ich möchte schon ein paar Dinge feststellen, weil man so tut, mein Gott, wir haben da alles verpasst. Bitte, wer hat denn die Liberalisierung in der Europäischen Union gekillt? Das war der Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, erster Schritt, und das zweite Mal unsere Frau Landeshauptmann bei einer Regionalkonferenz, wo dieses Thema endgültig begraben ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Noch dazu – und da bin ich einig mit dem Kollegen Hagenauer, wir streiten edel, wenn es darauf ankommt, aber was er sagt, ist auch richtig –, wenn zum Beispiel Wildalpen, wo dort Wasser und Wald die einzige Ressource ist und die Jagd dazu und die Gemeinde hat die Chance einer Wertschöpfung, warum soll ich das Wasser hinunterlassen lassen – ich übertreibe jetzt, jetzt werde ich auch chauvinistisch –, und ehrlich gesagt, in Slowenien machen sie neben der Mur einen Uferfiltratbrunnen, dann glaube ich, dass die mehr Recht haben, die das Wasser jahrtausendlang gehegt, gepflegt, über Bewirtschaftung geschaffen haben zu einer Abfüllung und die Kommune eine Einnahme hat, wenn der Markt vorhanden ist. Das ist die Frage, wenn der Markt vorhanden ist.

Wir waren beim Altenberger Wasserforum. Ein Mäzen aus Tirol, der hat ein Wasserrecht, der kann es auch verkaufen. 800.000 Liter täglich und er findet keinen, der ihm das abkauft. Also wovor wir uns fürchten, möchte ich fragen. Fürchten müssen wir uns davor, der Herr Abgeordnete Hagenauer hat das gesagt, wenn sich ausländische Großkonzerne in unsere Verbands-, Kommunalwasserversorgungsanlagen mit Mehrheiten einfließen lassen. (Präsident: „Meine Damen und Herren, bitte die Kulissengespräche einzustellen! Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit!“ – Abg. Gennaro: „Ihr könnt doch nicht quatschen, wenn der Herr Landesrat redet!“) Tut nicht ablenken, ihr habt eh schön zugehört. (Abg. Tasch: „Warum unterbrichst du den Herrn Landeshauptmann?“ – Präsident: Am Wort ist der Herr Landesrat Pörtl. Herr Landesrat, bitte!“)

Meine Damen und Herren, es kommt ja noch etwas dazu. Bitte, wer sich mit dem Wasser wirklich beschäftigt, weiß, Wasser ist in Form von Pipelines qualitätsmäßig nicht transportierbar. Du bringst das Wasser ab einer gewissen Länge, unter Druck und Länge geleitet, in der inneren Qualität um. Fragen wir die Hochschwab-Süd-Konstrukteure, die ganz genau in der Abflussleitung konzipiert haben, dass das Wasser sich regenerieren kann, und jene Schöpfer, die die Wasserleitung von der Schneealm nach Wien geleitete haben, dort rinnt ein Bach Richtung Wien. Das heißt, das Wasser bleibt vital und gesund wie an der Quelle. Daher, wenn einer kommt und sagt, die Römer wollen uns mit der Pipeline hier den Saft absaugen, wir haben eine andere Philosophie entwickelt. Und die Philosophie ist, den Wasserumgang in jenen Gebieten managementmäßig, know-how-mäßig, im Umgang mit dem Wasser zu exportieren, dass die dort mit weniger Wasser das schaffen. Uns ist erklärt worden, dass eine Aufbereitungsanlage in der Nähe der Meere wesentlich günstiger ist als jede Pipeline, weil dort sowieso nur ein warmes Safterl dann hinaushüpft. Also auf dem Gebiet – glaube ich – tun wir uns selber ein bisschen hochspielen und ich bitte um Vergebung.

Das, was in der forstwirtschaftlichen Frage zu sagen war, hat der Herr Präsident Kinsky sehr treffsicher gemacht. Im Jahre 1973 ist bei uns ein sehr potentes Gut Herberstein verkauft worden. Wer war der Käufer? Wir armen Hascher in Löffelbach, Neuberg und Schildbach, wir haben kein Leiberl gehabt. Die Bundesforste haben uns das dort gekauft, 250 Hektar. Ich fürchte mich vor diesen mehr als wir umgekehrt, die sich vor uns fürchten müssen. Das möchte ich wohl ganz locker sagen.

Und wenn ich noch einen Drüberstreuer machen darf. (Abg. Kaufmann: „Und du sagst zu mir, ich bin demagogisch!“) Ja, selbstverständlich! Wir sind ja gerade im Wald. Wie man in den Wald hineinschreit, so kommt es zurück heraus. Da bin ich sehr christlich und brüderlich. Aber nur nicht das, wenn ich rechts eine reinkriege, dass ich die linke Backe hinhalte.

Ich sage nur abschließend eines: Wenn du jetzt durch die Süd-, Ost-, Weststeiermark und Obersteiermark fährst, möchte ich zumindest behaupten, dass in der ökologischen Bewirtschaftung, was Mischwald betrifft, die bäuerliche forstwirtschaftliche Bewirtschaftung sicher so gut ist wie der Großwaldbesitz, ohne dass ich damit Kritik ausspreche, weil auch die Wissenschaft in der Forstwirtschaft ein paar Jahrzehnte nicht auf dem neuesten Stand war und geglaubt hat, sie kann die Fichtenreinkultur – aufi-obi, aufi-obi – im Grunde schlagen und dann haben wir die Wasser- und Umweltgeschichten gehabt und daher glaube ich, dass dieser bäuerliche Urinstinkt keine Bedrohung für die Republik Österreich ist. (Beifall bei der ÖVP. – 16.07 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, komme ich jetzt zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Minderheitsbericht der SPÖ, betreffend den Ausverkauf von Wald und Wasser durch Veräußerung von Flächen der Österreichischen Bundesforste AG., ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die Ablehnung des Minderheitsberichts fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

13. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 66/1, der Abgeordneten Kaufmann, Halper, Stöhrmann und Detlef Gruber, betreffend die Setzung von wirksamen Maßnahmen zum Schutz der VerbraucherInnen vor BSE beziehungsweise der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJK).

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (16.08 Uhr): Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 6. Februar 2001 und 9. Oktober 2001 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 66/1, der Abgeordneten Kaufmann, Halper, Stöhrmann und Detlef Gruber, betreffend die Setzung von wirksamen Maßnahmen zum Schutz der VerbraucherInnen vor BSE beziehungsweise der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJK), liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor.

Darin wird berichtet, dass die in Österreich zu treffenden Maßnahmen und Beschlüsse betreffend die Sicherstellung des Schutzes der Verbraucher bereits jetzt in den Zuständigkeitsbereich des Gesundheitsministeriums fallen. Ein generelles Import- und Verfütterungsverbot wurde mit dem am 27. Dezember 2000 kundgemachten und 1. Jänner 2001 in Kraft getretenen Gesetz zur Regelung der Kostentragung für außergewöhnliche Aufwendungen im Zusammenhang mit der BSE-Krise verhängt. Bereits am 2. Jänner 2001 übermittelte das Amt der Landesregierung an die Bezirksverwaltungsbehörden ein zur Weiterleitung an Landwirte bestimmtes Merkblatt betreffend das Verfütterungsverbot von verarbeiteten tierischen Proteinen an Nutztiere sowie ein Erhebungsfeldformular zu Selbstdeklaration betreffend derartige am Hof befindliche Futtermittel. Weiters wird festgehalten, dass ebenfalls ab Jänner 2001 flächendeckende BSE-Schnelltests bei allen Rindern ab einem Alter von 30 Monaten durchgeführt werden.

Die volle Transparenz künftiger Entscheidungsfindungen wird eindeutig befürwortet. Ebenso werden verstärkte Kontrollen bei Arzneimitteln, Kosmetika sowie anderen Lebensmitteln, die aus Abfallprodukten der Rindfleischverarbeitung hergestellt werden, befürwortet.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 66/1, der Abgeordneten Kaufmann, Halper, Stöhrmann und Detlef Gruber, betreffend die Setzung von wirksamen Maßnahmen zum Schutz der VerbraucherInnen vor BSE beziehungsweise der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit (CJK), wird zur Kenntnis genommen. (16.10 Uhr.)

Präsident: Eine Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (16.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Eigentlich haben wir gerade starkes Verlangen gehabt nach unserem guten steirischen Wasser. Und wenn es mir jetzt gelingt, dass wir auch starkes Verlangen kriegen nach unserem guten steirischen Fleisch, dann ist meine Wortmeldung sicher in Ordnung und auch gerechtfertigt. Aber blenden wir zehn Monate zurück, Jahresende, vergangenes Jahr, Jahresanfang. Die Diskussion um BSE war am Höhepunkt. Hysterie, Unsicherheit, Angst, immer wieder neue Pressemeldungen haben Verunsicherung gebracht bei den Konsumenten, selbstverständlich aber auch bei den Bauern. Was war die Folge? Der Rindfleischkonsum ist stark zurückgegangen, es hat ja schon bald ausgedacht, man verbricht irgendetwas, wenn man ein Rindfleisch isst. Die Preise für die Bauern sind in den Keller gefallen, sind es zum Teil bis jetzt noch und viele von uns haben gesagt, wie soll das eigentlich weitergehen? Und Maßnahmen sind zu treffen gewesen und sind getroffen worden. Generell war eine Feststellung, zuständig in Österreich ist das Gesundheitsministerium für die Beschlüsse und die Maßnahmen, die anzuordnen sind und die zu fassen sind. Und was ist eigentlich wirklich gemacht worden? Ein bisschen muss ich jetzt zurückblenden. Es ist ein generelles Import- und Verfütterungsverbot von Tiermehl mit 1. Jänner 2001 in Kraft getreten. Wir wissen aber, dass wir das Verfütterungsverbot von Tiermehl für Rinder bereits seit 1990 haben. Jeder Landwirt hat ein Merkblatt erhalten mit den notwendigen Informationen, wo er seine im Hof noch befindlichen Futtermittel überprüfen musste, den Sackanhänger genau kontrollieren und mittels Erhebungsfeldformular hat sagen müssen, das ist in Ordnung oder da ist etwas drinnen. Und alles, was eigentlich tierische Proteine enthalten hat, wurde dann anschließend entsorgt und vernichtet. Als weitere Maßnahme wurden ab 1. Jänner 2001 flächendeckende BSE-Schnelltests an allen Rindern über 30 Monate durchgeführt. Und, meine geschätzten Damen und Herren, Sie hören richtig, in Österreich wurden bis jetzt 175.000 Tests durchgeführt, in der Steiermark 22.600 und sie waren – Gott sei Dank –, ich sage es bewusst, alle negativ. Selbstverständlich hat das auch hohe Kosten verursacht und das muss auch finanziert werden. Diese Belastungen haben auch uns Bauern getroffen. Aber die Befürchtungen mancher, und manchmal habe ich das Gefühl gehabt, dass manche sogar gehofft haben, dass wir einen BSE-Fall kriegen, damit die Leute noch weniger Fleisch essen, sind nicht eingetroffen. Österreich und die Steiermark sind BSE-frei und ich freue mich darüber und ich hoffe, dass das noch lange so bleibt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin auch dankbar und sage das den Konsumenten immer wieder, sie sind unsere wichtigsten Partner und sie haben wieder Vertrauen in unser Rindfleisch gewonnen. Sicherlich hat auch die Entfernung des so genannten „Risikomaterials“ das Vertrauen gestärkt. Meine geschätzten Damen und Herren, meine Kolleginnen und

Kollegen, wussten Sie eigentlich, dass bei einem durchschnittlichen Lebendgewicht eines Rindes von 500 Kilogramm zirka ein Viertel – das sind 120 bis 140 Kilogramm – zu entsorgen sind, nicht verwertet werden dürfen? Oder beim Schlachtgewicht kann man annehmen, rund um die 50 Prozent, was nicht verbraucht werden darf, was entsorgt werden muss.

Und wenn ich jetzt eine persönliche Anmerkung machen darf – hoffentlich verstehen mich manche jetzt nicht falsch. In meiner Jugendzeit war so manches, was jetzt entsorgt werden muss, was nicht gegessen werden darf, für uns eine Rarität und eine Spezialität. Ich denke vor allem an die Rindsuppe mit den Markknochen oder Hirn mit Nieren, oder wie wir es gekriegt haben, das war eine Rarität. Und man fragt sich eigentlich dann ganz ehrlich, wie soll das wirklich weitergehen, wenn wir da so viel entsorgen müssen und wenn wir so viel – ich kann jetzt nicht den Ausdruck verwenden – verschwenden, aber wenn wir so viel vor lauter Angst weggeben, damit uns ja nichts passiert. Wir haben auch bei uns in Österreich und in der Steiermark – und es war auch sicher ganz wichtig, dass das Vertrauen wieder zurückgekommen ist – lückenlos alle verendeten Rinder über 20 Monate und Schafe und Ziegen über zwölf Monate untersucht. Und hier haben wir eigentlich mehr gemacht, als uns die EU vorschreibt, damit wir eben auf Nummer Sicher gehen können.

Und noch eine Information, weil das auch so wichtig ist und es ist nicht nur wegen BSE, sondern auch wegen dem Medikamentenmissbrauch zu informieren. Jeder Bauer, jeder Landwirt, dem der Tierarzt ein Medikament für die Tiere verordnet, muss mit seiner Unterschrift bestätigen, dass er die Information gelesen hat und dass er die Wartepflichten für Fleisch und zum Beispiel auch Milch einhält. Er muss mit seiner Unterschrift dafür haften, dass er das macht und auch das ist zusätzlich aus meiner Sicht eine Sicherheit für den Konsumenten.

Meine geschätzten Damen und Herren, zusammenfassend möchte ich sagen, noch nie gab es so viele Kontrollen, noch niemals wurde unser Fleisch so viel untersucht und noch nie war unser steirisches Rindfleisch so sicher und so gesund. Wir – die Landwirtschaftskammer – haben den Tag der offenen Stalltüre gemacht, wo wir den Menschen gesagt haben, kommt hinein in unsere Stallungen, schaut, wie wir unsere Tiere füttern, schaut, wie wir sie halten. Wir haben nichts zu verbergen, wir haben nichts zu verstecken, wir wollen es euch zeigen, kommt zu uns. Wir haben Rindfleischverkostungen gemacht, damit die Leute wieder gesehen haben, wie gut unser Rindfleisch ist. Wir wollen unsere Produkte präsentieren, wir wollen sie herzeigen, wir haben nichts zu verbergen, wir haben nichts zu verstecken, wir wollen das Vertrauen erhalten auch in Zukunft.

Meine geschätzten Damen und Herren, wir Bauern haben damit eine große Verpflichtung. Wir vertrauen darauf, dass man uns vertraut. Wir vertrauen aber auch – und das ist aus meiner Sicht ein entscheidender Faktor – auf unsere Partner. Wir hoffen, dass wir uns auch darauf verlassen können. Die Kette des Vertrauens, wie wir oft sagen, vom Stall bis auf den Teller muss einfach eingehalten werden, weil wenn ein Glied bricht, dann hilft das ganze Bemühen der Bäuerin und des Bauers nichts, weil dann ist es gefehlt. Aber es müssen alle zusammenhalten, dass das so ist.

Und eines möchte ich abschließend noch dazu sagen. Wir brauchen die Rinderhaltung. Das Vertrauen ist Grundvoraussetzung, dass wir unsere bäuerlichen Betriebe erhalten können. Es ist aber auch Grundvoraussetzung, dass alle nachgelagerten Wirtschaftsbereiche, die von Bäuerinnen und von den Bauern mitleben, in Zukunft auch überleben können. Für mich ist das in der Landwirtschaft am Land draußen eine Lebens- und Schicksalsgemeinschaft. Land und Wirtschaft, beide gemeinsam haben, glaube ich, das Recht, eine Zukunft zu haben. Ich wiederhole abschließend immer wieder, wir stehen zu den Kontrollen und wir hoffen, dass unsere gesunden Produkte auch angenommen werden, dass man uns Bauern vertraut. Denn eines muss uns, glaube ich, klar sein, unser Land braucht seine Bauern und vor allem auch die Rinderbauern, weil ohne Bauern gibt es keine Zukunft.

Abschließend möchte ich dem Landesveterinärdirektor Herrn Hofrat Dr. Köfer und seiner gesamten Abteilung danken, und zwar aus dem Grunde danken, dass man in der heißen Zeit den kühlen Kopf bewahrt hat und dass man gemeinsam einen Weg gesucht hat, dass man die ganze Krise überwinden kann. Danke, Herrn Hofrat und allen Mitarbeitern! Danke fürs Zuhören! (Beifall bei der ÖVP. – 16.18 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (16.18 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir nehmen natürlich diese Stellungnahme zur Kenntnis. Auch ich freue mich darüber, dass Österreich Gott sei Dank bis heute frei von BSE-Fällen ist. Dieser Antrag wurde in einer hochsensiblen Zeit gestellt, in der rund um Österreich BSE-Fälle bekannt wurden und in dieser Zeit haben wir alle, glaube ich, gezittert. Kollege Riebenbauer, ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass es irgendjemand gegeben hätte, der sich über einen BSE-Fall gefreut hätte. Ich kann mir das einfach nicht vorstellen.

Am 19. Dezember haben wir diesen Antrag eingebracht. Heute, zehn Monate später, wird der Antrag im Haus behandelt. Ich muss ganz ehrlich sagen, es ist für mich immer wieder erschreckend, wie man mit Anträgen umgeht, die hochaktuelle Themen behandeln und wie man die über Monate hinwegschleppt. Heute, muss ich ganz ehrlich sagen, liest sich die Stellungnahme so, als ob der Bund zu uns sagen würde, na geh, ihr Tschapperln, ihr wisst das nicht einmal. Also das ist für mich immer ein ungutes Gefühl. Ich bin natürlich froh, dass unsere Forderungen in der Zwischenzeit erfüllt worden sind und dass der Rest befürwortet wird. Was immer das heißt, es sind jedenfalls die Forderungen zum Großteil erfüllt. Nur meine Bitte, diese Forderung nicht auf die leichte

Schulter zu nehmen und sich nicht zu sehr in Sicherheit zu wiegen, denn in der Zwischenzeit wird wieder Frischfleisch genauso wie verarbeitete Ware importiert und die genauen Ursachen und Übertragungsmöglichkeiten sind noch immer nicht zur Gänze bekannt.

Hinweisen möchte ich auch noch auf den EU-Vierteljahresbericht, wo steht, dass am 19. Juni für eine Verlängerung des Verbotes für Verfütterung von Tiermehl keine qualifizierte Mehrheit gefunden wurde und dass Entscheidungen die Kommission fällen wird. Das heißt, das Verbot könnte sehr schnell fallen. Ich ersuche Sie, dass wir dieses Thema nicht fallen lassen, dass wir dieses Thema nicht einschlafen lassen. Und ich glaube, unsere Aufgabe muss es sein, dafür zu sorgen, dass Österreich auch in Zukunft BSE-frei ist. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.20 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Bericht-erstatte-rin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

14. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 494/1, betreffend den Verkauf des im Eigentum des Landes stehenden Grundstückes Nr. 635/2, EZ. 1, KG. Muggenau, laut Teilungsausweis des Dipl.-Ing. Dieter Irgang im Ausmaß von 4850 Quadratmeter mit dem darauf befindlichen Kapplhof an die Gemeinde Heimschuh für Betriebsansiedelungszwecke zum Kaufpreis von 2,1 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (16.21 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Die Gemeinde Heimschuh, vertreten durch den Bürgermeister Siegfried Innerhofer, ist an die hiesige Abteilung herangetreten, ihr das Grundstück Nr. 635/2, EZ. 1, KG. Muggenau, mit den darauf befindlichen Gebäuden (Kapplhof) für Betriebsansiedelungszwecke zu veräußern. Dieses Grundstück wurde im Flächenwidmungsplan der Gemeinde Heimschuh von Freiland auf Industriegebiet I umgewidmet. Hinsichtlich des Verkehrswertes dieses Grundstückes wurde von hier aus ein Gutachten des gerichtlich beeideten Sachverständigen Baumeister Dipl.-Ing. Karl Prix, Graz eingeholt. Dieses Gutachten weist unter Zugrundelegung einer geringeren Quadratmeterfläche von 4275 Quadratmeter einen Verkehrswert von 1,850.000 Schilling aus. Auf Grund einer nachfolgenden Vermessung durch Dipl.-Ing. Dieter Irgang, Ingenieurkonsulent für Vermessungswesen, hat das Grundstück laut Teilungsausweis jedoch 4850 Quadratmeter. Unter Zugrundelegung dieser größeren Grundstücksfläche ergibt sich bei der Nachrechnung des Gutachtens ein Verkehrswert von 2,1 Millionen Schilling.

Die Gemeinde Heimschuh hat mit Schreiben vom 25. Juni 2001 ein verbindliches Kaufanbot in der Höhe des Verkehrswertes abgegeben und stützt sich dieses Kaufanbot auf einen Gemeinderatsbeschluss des Gemeinderates der Gemeinde Heimschuh vom 11. Mai 2001.

Bemerkt wird, dass das zu veräußernde Grundstück für den Landwirtschaftsbetrieb Silberberg nicht benötigt wird.

Infolge des Regierungsbeschlusses vom 9. Juli 2001 wird nachstehender Antrag gestellt:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Verkauf des im Eigentum des Landes stehenden Grundstückes Nr. 635/2, EZ. 1, KG. Muggenau laut Teilungsausweis von Dipl.-Ing. Dieter Irgang im Ausmaß von 4850 Quadratmeter mit dem darauf befindlichen Kapplhof an die Gemeinde Heimschuh für Betriebsansiedelungszwecke zum Kaufpreis von 2,100.000 Schilling, wird zur Kenntnis genommen und genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (16.23 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt bisher nicht vor. Damit, meine Damen und Herren, komme ich zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmig Annahme des Antrages fest.

52. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 458/1, Beilage Nr. 50, Gesetz, mit dem das Landesbeamtengesetz, die als Landesgesetz geltende Dienstpragmatik 1914, das als Landesgesetz geltende Gehaltsgesetz 1956, Vertragsbedienstetengesetz 1948, Pensionsgesetz 1965, das Nebengebührenzulagengesetz, die Dienstzweigeordnung und das Landes-Gleichbehandlungsgesetz geändert werden (Dienstrechtsnovelle 2001) sowie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 493/1, Beilage Nr. 64, Steiermärkisches Pensionsreformgesetz, mit dem die als Landesgesetz geltende Dienstpragmatik 1914 sowie das als Landesgesetz geltende Pensionsgesetz 1965 und Gehaltsgesetz 1956 sowie das Nebengebührenzulagengesetz geändert werden.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Drexler (16.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform hat in seinen Sitzungen am 11. September und 9. Oktober 2001 die Beratungen über die Regierungsvorlage mit der Einl.-Zahl 458/1, Gesetz, mit dem das Landesbeamtengesetz, die als Landesgesetz geltende Dienstpragmatik 1914, das als Landesgesetz geltende Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Pensionsgesetz 1965, das Nebengebührenzulagengesetz, die Dienstzweigeordnung und das Landes-Gleichbehandlungsgesetz geändert werden, damals bezeichnet als Dienstrechtsnovelle 2001 und die Regierungsvorlage mit der Einl.-Zahl 493/1, Steiermärkisches Pensionsreformgesetz, mit dem die als Landesgesetz geltende Dienstpragmatik 1914 sowie das als Landesgesetz geltende Pensionsgesetz 1965 und Gehaltsgesetz 1956 sowie das Nebengebührenzulagengesetz geändert werden, durchgeführt.

In den Unterausschussverhandlungen wurde vorweg vereinbart, die beiden Regierungsvorlagen gemeinsam in einem Gesetz zu regeln, in einem Gesetzesentwurf zusammenzufassen und dieser liegt Ihnen nunmehr als Pensionsreformgesetz 2002 vor. Es wurden in den Unterausschussverhandlungen eine Reihe von Veränderungen und Adaptierungen vorgenommen, die sich im nunmehr vorliegenden Antrag des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform finden. Ich erspare es mir bei dieser Gelegenheit sie im Wortlaut vorzutragen und darf daher den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Landesbeamtengesetz, die als Landesgesetz geltende Dienstpragmatik 1914, das als Landesgesetz geltende Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Pensionsgesetz 1965, das Nebengebührenzulagengesetz, die Dienstzweigeordnung und das Landes-Gleichbehandlungsgesetz geändert werden, wird zum Beschluss erhoben. Ich bitte um Ihre Zustimmung! (16.26 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Es haben sich bisher drei Abgeordnete zu Wort gemeldet, Majcen, Lafer, Bachmaier-Geltewa. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Majcen.

Abg. Majcen (16.26 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident!

An sich ist die Materie, über die wir jetzt reden, eine ganz trockene, für den nicht davon Betroffenen auch eine uninteressante und eine langweilige. Aber für diejenigen, die es betrifft, ist es natürlich eine besonders wichtige Materie, und ich möchte gleich zu Beginn mich dafür bedanken, dass alle im Unterausschuss mitbeteiligten Personen und Fraktionen sich dieses Themas mit einem außerordentlichen Interesse und Ernst angenommen haben und zum Teil auch sehr interessante, den Entwurf verändernde Vorschläge und Anregungen eingebracht haben, einige konnten auch nicht berücksichtigt werden und wurden auf eine weitere Novelle verschoben. Wir haben ja zwei Novellen, wie schon in der Berichterstattung gesagt wurde, nämlich die Dienstrechtsnovelle und die Pensionsnovelle, und sie sind zusammengefasst jetzt in eine Reformabsicht und in ein Gesetz. Es ist beim Pensionsgesetz, um hier anzufangen, eigentlich das Gleiche, was für alle Pensionsregelungen im ganzen Land gilt, dass die demografische Entwicklung einerseits, die längere Lebenserwartung, das tendenziell sinkende Pensionsantrittsalter zu Reformen zwingen und ich stelle fest, dass der zuständige Landesrat Herrmann Schützenhöfer sich dieser Materie mit einer Akribie und mit einer Sorgfalt angenommen hat, die uns eigentlich beeindrucken müsste und ich hoffe, sie tut es auch. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, eine Materie, die eigentlich daraufhin ausgerichtet ist, dass sie heute beraten und dann beschlossen wird, was dem Land Mehrkosten auferlegt, um irgendwann einmal tragend zu werden im Sinne von finanzierbar zu sein, eine solche Materie ist auch mit den Bediensteten nicht ganz einfach – nehme ich an – durchzubespochen und durchzusetzen. Und ich möchte in dem Zusammenhang mich auch sehr herzlich bedanken bei der Personalvertretung, den Personalvertretern und allen, die von den Bediensteten her an diesen Beratungen teilgenommen haben, weil – ich sage jetzt noch einmal – uns im Unterausschuss die Arbeit deswegen so leicht gefallen ist, weil so vieles so gut vorbesprochen und so fundiert ausgearbeitet war, dass es nur mehr einiger sozusagen zusammenfassender Überlegungen bedurft hat und wir haben im Ausschuss nahezu Einstimmigkeit erzielt über die jetzt zu beschließende Reform.

Meine Damen und Herren, nur um es noch einmal zu sagen: Wesentlichster Inhalt dieser Dienstrechtsnovelle ist erstens eine Änderung gegenüber der bisherigen Dienstbeurteilung, zweitens die Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie, die Neuregelung des Karenzurlaubes, die strukturbedingte Dienstfreistellung und eine Reihe von kleinen Nebenaktivitäten. Bei der Pensionsreform ist es die Einführung eines Durchrechnungszeitraumes, die Anhebung des Pensionsantrittsalters, die Neufassung der Pensionsbeiträge, die Einführung einer Solidarabgabe, die Schaffung einer Pensionskasse, Ruhensbestimmungen und die so genannte amtswegige Versetzung in den Ruhestand und einige weitere Regelungen. Ich möchte noch einmal sagen, dass ich der Meinung bin, dass diese Materie, so wie sie jetzt vor uns liegt, von einem besonderen Nachhaltigkeitsgedanken geprägt ist, dass sie eine sehr verantwortungsbewusste, und zwar verantwortungsbewusst gegenüber den Dienstnehmern als auch verantwortungsbewusst gegenüber dem Land Steiermark als Dienstgeber, ist und damit eine Materie ist, von der man sich eigentlich nur wünschen könnte, dass es in vielen anderen Bereichen auch so geht.

Ich bedanke mich ausdrücklich und sage noch einmal danke beim zuständigen Landesrat für seine Vorarbeit bei der Personalvertretung und bei der Personalabteilung für die fachlich sachliche Arbeit. Und ich hoffe sehr, dass wir bei dieser Reform, bei dieser jetzt – wie gesagt – gemeinsam zu beschließenden Reform Dienstrechtsnovelle und Pensionsgesetz eine Einstimmigkeit erzielen, obwohl ich inzwischen gehört habe, dass sie

nicht ganz gegeben sein wird, weil es ein paar kleine Einwände doch gibt. Danke aber ausdrücklich allen, die an dieser Reform beteiligt sind und wünsche denen, die davon betroffen sind – und das wird sich über Jahre hinziehen, dass das, was heute beschlossen wird, sich letztendlich durch die begleitenden Maßnahmen positiv für die eine und für die andere Seite auswirken wird. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 16.32 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Klubobmann Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (16.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren! Hoher Landtag!

Der Kollege Majcen hat schon angeführt, dass es sich bei dieser Pensionsreform und Dienstrechtsreform um eine sehr trockene Materie handelt. Ich werde deshalb nicht zum Wiederholungstäter und das noch einmal alles aufzählen. Aber eines möchte ich dabei sehr wohl anführen. Es war diesmal eine Freude bei den Vorverhandlungen wie auch im Unterausschuss Mitglied zu sein, denn hier wurde wirklich produktiv gearbeitet. Produktiv deshalb, weil man ganz genau auf die Punkte eingegangen ist, die auch eingebracht worden sind und von allen Fraktionen versucht wurde, sie auf sachlicher Ebene zu behandeln. Da nehme ich wirklich keinen aus und deshalb möchte ich mich diesem Dank, lieber Franz, den du ausgesprochen hast, auch anschließen bei allen Beamten des Landes und vor allem auch bei allen Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, denn am Ende stand oder war ein Werk fertig, das für die Zukunft der Beamten des Landes eine Weichenstellung ist, wobei aber darauf bedacht genommen worden ist, dass sowohl die Beamten wie auch das Land dieses Regelwerk zur Kenntnis nehmen und es auch als richtig erachten. Was mir besonders dabei gefallen hat, das kann ich sagen aus freiheitlicher Sicht, ist die Einrichtung einer Pensionskasse. Ich habe das heute schon einmal bei einem Gespräch gesagt, vor allem deshalb, weil man hier die Möglichkeit geboten hat, dass der Dienstgeber 3 Prozent in diese Pensionskasse für den Dienstnehmer einbezahlt. Der Dienstnehmer selbst hat aber auch die Möglichkeit, hier seinen Beitrag zu leisten, das heißt, dass man hier genau jenes System verfolgt, das die Freiheitlichen im Jahre 1994/95 schon vorgestellt haben, dieses so genannte Drei-Säulen-Modell.

Dieses Drei-Säulen-Modell beinhaltet zum einen die erste Säule, die staatliche Vorsorge, zum zweiten die betriebliche Vorsorge, das ist jetzt die Pensionskasse und zum dritten die Eigenvorsorge. Ich bin überzeugt davon, dass das genau der richtige Schritt in die richtige Richtung ist, und zwar in Angleichung der Pensionsysteme in Österreich, und das ist das, was mich mit besonderem Stolz erfüllt und wo auch einstimmig zu erkennen und zu hören war, dass das der richtige Schritt ist. Ich glaube, dass auch in der nächsten Zeit die noch ausstehenden Themen und Punkte, die zu behandeln sind, wie etwa Besoldungsreform oder auch noch andere zu bearbeitende Themen mit der gleichen Heftigkeit, mit dem gleichen Mut und mit dem gleichen Fleiß zu einem Ergebnis gebracht werden, wo alle profitieren. Danke! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 16.35 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (16.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden in Kürze die Dienstrechtsnovelle 2001 und das Pensionsreformgesetz beschlossen werden. Zwei Gesetze, die einschneidende Regelungen und viele Verschlechterungen für Beamte beinhalten, wenn man alleine an das Pensionsreformgesetz denkt. Diese Reform stellt einen radikalen Eingriff dar, und muss für den Preis einer Pensionskasse auf sehr vieles verzichtet werden. Ich als Gewerkschafterin habe alles andere als eine Freude mit diesen Novellen, weil es immer schmerzlich ist, Verschlechterungen hinnehmen zu müssen. Wenn man bedenkt, dass als Nächstes nach den Beamten die Vertragsbediensteten die Leidtragenden sein werden und ein neues Besoldungsrecht kommen wird, dann frage ich mich, ob es richtig ist, diese Vorgangsweise zu wählen, nur um noch mehr einzusparen. Anstelle froh zu sein, viele tüchtige Dienstnehmer zu haben, wird möglicherweise das Land auf Sicht zu beklagen haben, dass der Landesdienst für manche uninteressant geworden ist, und es wird vielleicht Probleme geben, gute Leute zu finden. Das ist das Szenario, das ich befürchte.

So wie jetzt schon manche Unternehmer jammern, dass es zu wenige Facharbeiter gibt, so werden sie künftig noch weniger gute Leute finden, die um einen Pappenstiel arbeiten gehen, wenn die Unternehmer andererseits nicht bereit sind, das Ihre dazu beizutragen, Facharbeiter auszubilden und die Arbeitnehmer entsprechend zu entlohnen.

Die öffentlich Bediensteten haben in letzter Zeit schon zahlreiche Benachteiligungen hinnehmen müssen. Es ist nicht gut, wenn immer wieder in erster Linie geschaut wird, wo beim Personal eingespart werden kann. Da haben schon viele Unternehmen teure Beratungsfirmen engagiert und die Leute sind dann auf der Straße gelandet. Einsparungen vorzunehmen, wo sie möglich und sozial vertretbar sind, ist in Ordnung. Aber es geht nicht an, nur weil die Frau Landeshauptmann in Wien versprochen hat, einen ominösen Stabilitätspakt zu erfüllen, dass den Menschen in der Steiermark 3,3 Milliarden Schilling einfach entzogen werden, damit der Bund weiter Schulden machen kann. Das müssen Sie, meine Damen und Herren von ÖVP und FPÖ, draußen plausibel erklären.

Das Zusperrern von Gendarmerieposten, Bezirksgerichten, Finanzämtern, die Kürzung der Wohnbeihilfe, Kürzungen im Sozialbereich, Einführung von Studiengebühren, all das sind Maßnahmen, die das Land und die Menschen destabilisieren und die Schwächeren noch schwächer machen.

Um wieder auf die zu beschließenden Gesetze zurückzukommen. Es gibt hier nicht allzu viele Bestimmungen, denen man viel Positives abgewinnen kann. Eventuell das Vorruhestandsmodell, das sich ganz gut anhört, aber nur dann sinnvoll ist, wenn der Beamte, der das möchte, dieses auch tatsächlich in Anspruch nehmen kann und wenn es gewährleistet ist, dass, wenn ein Posten einzusparen ist, dieser dort eingespart wird, wo es möglich ist. Eine gewisse Flexibilität bei der Reduzierung der Posten ist hier unbedingt festzulegen und einzuhalten. Weiters ist das Vorruhestandsmodell nur bis 31. Dezember 2004 begrenzt, hier wäre ein gleitender Übergang sinnvoll. Dass das Jubiläumsgeld teilweise der Pensionskasse zufällt, ist nicht unbedingt positiv. Eine bessere Aliquotierung aller Jubiläen wäre zweckmäßiger.

Ich könnte nun beide Novellen noch bis ins Detail analysieren (Abg. Wiedner: „Nein!“), doch das würde die mir zur Verfügung stehende Zeit – keine Angst, Herr Kollege Wiedner, Sie sind heute sowieso schon so ungeduldig – jedenfalls überschreiten. Deshalb komme ich nun zu einem Schluss, möchte aber nochmals – wie ich das heute bereits an anderer Stelle sagte – deponieren, dass wir von der sozialdemokratischen Fraktion uns die Entscheidung nicht leicht gemacht haben. Aber nicht zuletzt auch im Sinne einer Angleichung und Harmonisierung der verschiedenen Pensionssysteme werden wir diesem Pensionsreformgesetz zustimmen, auch wenn das teilweise schmerzlich ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 16.41 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort. Frau Abgeordnete bitte.

Abg. Lechner-Sonnek (16.41 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, es ist schon gesagt oder angedeutet worden, die Grünen werden dieser vorgeschlagenen DienstrechtSNovelle und Pensionsreform nicht zustimmen. Ich möchte aber gleich vorausschicken, dass das nicht bedeuten soll oder nicht so verstanden werden soll, dass wir das Werk grundsätzlich ablehnen, sondern es gibt ein paar Ansätze, ein paar Elemente, die uns Bedenken machen und die wir nicht mittragen können.

Grundsätzlich möchte ich, wie meine Vorredner, anerkennen, dass hier ein ambitioniertes Ziel gesteckt worden ist und aus meiner Sicht jetzt zu einem Teil erreicht worden ist, nämlich eine Harmonisierung des Systems. Das ist ein großes Unterfangen in einem so komplexen und riesigen Bereich und die Bemühungen in diese Richtung sind mit Sicherheit zu würdigen.

Es gibt auch aus unserer Sicht positive Aspekte, ich möchte einige exemplarisch aufzählen. Das eine ist das Modell des vorzeitigen Ruhestandes, das mit Sicherheit eine Verbesserung darstellt, zum Zweiten, dass es neue Karenzierungsmöglichkeiten gibt, das Sabbatical, eine zeitgemäße Form der Ermöglichung einer Gestaltung eines persönlichen Lebensweges und zum Dritten Flexibilisierungsbestimmungen, die erlauben, für eine gewisse Zeit aus dem System der öffentlichen Verwaltung zum Beispiel in die Privatwirtschaft zu gehen und in gesicherter Form auch wieder rückkehren zu können. Das sind mit Sicherheit Verbesserungen und darüber freuen wir uns auch.

Die Aspekte, die uns Bedenken machen und die die Gründe dafür liefern, dass wir nicht zustimmen, sind folgende: Wenn wir von Harmonisierung reden, von Vereinheitlichung, davon, dass Differenzen abgebaut werden sollen im Sinne von Unterschieden, die abgebaut werden sollen, dann hätte es auch noch eine andere Möglichkeit gegeben. Und zwar die Möglichkeit, sich wirklich ganz genau und ganz offen zu überlegen, in welchen Bereichen braucht es in der öffentlichen Verwaltung den Beamtenstatus. Unser Weg wäre eher gewesen zu sagen, man reduziert das Ausmaß der Beamten, des Beamtenstatus auf das absolut erforderliche Mindestausmaß oder stellt eine Gleichstellung her – die Verhältniszahl der Vertragsbediensteten zu den Beamten ist deutlich erhöht –, indem man eine große Gruppe schafft und nur mehr eine kleine Gruppe auf einer anderen gesetzlichen Grundlage basiert.

Es ist in diesem Zusammenhang auch durchaus legitim, über verfassungsrechtliche Bestimmungen laut nachzudenken und zu diskutieren.

Der zweite Gesichtspunkt: Es wird zu Einsparungen in diesem System und mit diesem System erst ab ungefähr – man weiß es nicht genau – dem Jahr 2020 kommen. Das ist eine sehr lange Zeitspanne. Es gibt die Aussage, dass die Mehrbelastungen, die durch die Systemumstellung auf uns alle zukommen oder auf das Land zukommen, erst ab 2005 wieder abklingen werden. Es stellt sich natürlich die Frage, wie lange so eine Reform hält, wenn wir so lange mit Mehrkosten zu rechnen haben.

Die dritte Sache: Ein Aspekt, der heute Vormittag im Pressegespräch schon besprochen und aus mehreren Richtungen beleuchtet worden ist, ist die Sache der amtswegigen Versetzung eines Mitarbeiters, einer Mitarbeiterin in den Ruhestand. Vorteile wurden genannt, Motivlagen wurden genannt. Man muss natürlich der Vollständigkeit halber dazusagen, es birgt diese Variante auch die Gefahr einer Willkür Personen gegenüber, die bisher über die Pragmatisierung und ihren Beamtenstatus geschützt waren.

In Summe, wie gesagt, ein ambitioniertes Werk mit Vorteilen, aber auch einigen Unwägbarkeiten und aus unserer Sicht auch Nachteilen. Aus diesem Grund werden wir dieser Vorlage nicht zustimmen. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 16.46 Uhr.)

Präsident: Mir liegt die Wortmeldung des Herrn Landesrates Schützenhöfer vor. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Schützenhöfer (16.46 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist sicher mein Ziel gewesen, dass wir für dieses große Werk – diese strukturelle Pensionsreform – im Landtag Einstimmigkeit erzielen. Das ist nicht ganz gelungen. Aber gerade die Wortmeldung der Kollegin Lechner-Sonnek hat ja auch gezeigt, dass wir uns auch mit den Grünen in weiten Bereichen einig geworden sind. Ich habe einige der Bedenken versucht heute noch auszuräumen. Das ist mir nicht gelungen. Ich nehme zur Kenntnis, dass es zu dieser Einstimmigkeit nicht kommen wird.

Nichtsdestotrotz, meine Damen und Herren, meine ich schon – und das ist nicht mein Verdienst –, dass das, was vorliegt und was beschlossen wird, die größte Strukturreform im Landesdienst in der Zweiten Republik ist, denn es handelt sich um einen wesentlichen Schritt in der Pensionsreform und, meine Damen und Herren, damit ist gesichert, dass auch die jungen Menschen, die heute in den Landesdienst eintreten, einmal eine sichere Pension haben werden. Der Bund und vor uns nur das Land Oberösterreich haben sich zu solchen strukturellen Änderungen durchgerungen. Alle anderen Länder reden davon, haben aber bis jetzt keinerlei Beschlüsse zustande gebracht.

Ich bekenne mich ausdrücklich dazu, dass das, was heute beschlossen wird, eine große, aber eine Reform mit Maß und Ziel ist. Mit mir wäre es nicht zu machen, dass man sozusagen Änderungen per Kahlschlag herbeiführt und damit neue Ungerechtigkeiten schafft. Deshalb ist die Harmonisierung des Pensionsrechts mit dem ASVG-System das Ziel, aber in der zeitlichen Dimension so gewählt, dass der Vertrauensschutz gewährleistet bleibt. Und das ist für mich, meine Damen und Herren, ganz besonders wichtig. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir werden ab dem 1. Jänner 2003 einen Durchrechnungszeitraum haben: 25 Jahre für die neu eintretenden Landesbediensteten, ab dem 1. Jänner 2005 21 Jahre für die schon im Landesdienst befindlichen Mitarbeiter. Das ist eine entscheidende Neuerung und ich bin dankbar, dass die Landespersonalvertretung mitgegangen ist. Es hat auch einige in meinen eigenen Reihen gegeben, die gesagt haben, da kannst dich besonders gut profilieren, wenn du das gegen die Personalvertretung machst. Das ist nicht meine Welt, solange man zu einem Konsens kommen kann, zu dem man auch als Dienstgebervertreter ja sagen kann. Und es ist eine beachtliche Leistung der Personalvertretung zuzustimmen, dass es diesen weiten Durchrechnungszeitraum gibt, denn im Bund sind es 18 Jahre, bei uns 21 und 25 Jahre. Das heißt, dass auf Sicht und im Endausbau dieser Pensionsreform – und ich bekenne mich dazu, dass der in 21 Jahren stattfindet, aber wir beginnen mit 1. Jänner 2005 sukzessive – dies Pensionsreduktionen von bis zu 17 Prozent bedeuten.

Wir werden zweitens ab 1. Jänner 2005 das Mindestalter für den vorzeitigen Ruhestand auf 61,5 Jahre erhöhen.

Wir werden drittens für Bedienstete, deren Pension nach dem Durchrechnungszeitraum bemessen wird, den Pensionsbeitrag von 11,75 auf 10,25 Prozent stufenweise herabsetzen. Wir werden bei Bediensteten, deren Einkommen über der Höchstbemessungsgrundlage von 44.400 Schilling liegt, einen Pensionsbeitrag von weiteren 0,8 Prozent einbehalten. Auch das, meine Damen und Herren, ist kein Klassenkampf, aber wer mehr verdient, bezahlt auch höhere Pensionsbeiträge.

Wir werden viertens den künftigen Pensionsbeitrag zwischen 1,5 und 0 Prozent fallend festlegen, je nach Länge des Durchrechnungszeitraumes. Und – und auch das möchte ich ausdrücklich erwähnen – für Beträge, die über der Höchstbemessungsgrundlage liegen, ist ein gleich bleibender Pensionsbeitrag von 1,5 Prozent zu leisten. Das ist eine quasi Solidarabgabe für bereits im Ruhestand befindliche Pensionisten. Und auch dazu bekenne ich mich ausdrücklich.

Wir werden fünftens – es ist erwähnt worden – ab dem 1. Jänner 2002 eine Pensionskasse einführen. Zu deren Finanzierung werden die bis dahin erworbenen Ansprüche auf die Jubiläumszuwendungen aliquotiert und eingefroren. Wenn also jemand zum Beispiel zehn Jahre für den Anspruch der Jubiläumszuwendung nach 25 Jahren bereits ersessen hat oder geleistet hat, so gebühren ihm zehn 25stel der Jubiläumszuwendung von zwei Monatsbezügen, die restlichen 15 25stel werden in die Pensionskasse eingebracht. Der Anspruch auf die nach 40 Jahren gebührende Jubiläumszuwendung wird in diesem Fall zur Gänze zur Pensionskasse zugeführt. Auch das war in kollegialen Verhandlungen mit der Personalvertretung einstimmig zu erzielen.

Sechstens: Die Ruhensbestimmungen werden eingeführt. Die Regelungen über die Erwerbsfähigkeit oder -unfähigkeit bleiben unverändert.

Und, meine Damen und Herren, siebentens – und das ist ein Kritikpunkt auch meiner Vorrednerin gewesen –, eine amtswegige Versetzung in den Ruhestand ist vorgesehen, wenn dies zu Personaleinsparungen führt. Damit eröffnen wir gesetzlich die Möglichkeit, solche Versetzungen in den Ruhestand vorzunehmen, wenn es organisatorische Änderungen und wenn es Änderungen im Arbeitsumfang gibt. Ich werde und habe ja klar gestellt, dass damit nie und nimmer von Willkür die Rede sein kann.

Ein kurzes Wort noch zur Dienstrechtsnovelle. Meine Damen und Herren, es ist kein Widerspruch, wenn wir mit 1. Jänner 2005 das vorzeitige Pensionsalter auf 61,5 erhöhen und wenn wir gleichzeitig für die Zeit bis dahin 2002, 2003, 2004 nützen wollen, um jenen, die in dieser Zeit das 55. Lebensjahr vollenden oder schon vollendet haben, auf dem Weg zum Sechziger sind, die Möglichkeit geben, dann in die strukturbedingte Dienstfreistellung, sprich vulgo Vorruhestand zu gehen, wenn ein adäquater Dienstposten eingespart wird. Sonst können wir dies nicht tun und linear können wir das nicht tun. Aber wenn ein adäquater Dienstposten eingespart wird, ist dies möglich bei 80 Prozent des Bezuges, aber im Unterschied zum vorzeitigen und tatsächlichen Ruhestand bei einer 100-prozentigen Pensionsbeitragsleistung von 11,75 Prozent.

Des Weiteren wird die Regelung eines Sabbatical eingeführt. Bedienstete, die mindestens fünf Jahre im Landesdienst gearbeitet haben, können innerhalb einer Rahmenzeit von fünf Jahren nach einer mindestens zweijährigen Dienstleistungszeit ein solches Sabbatical, also Freistellungsjahr, bei laufenden Bezügen konsumieren. Die fünf Jahre werden natürlich aufgeteilt, auf je 80 Prozent des Bezuges. Damit ergeben sich in fünf Jahren, logischerweise keine Mehrbelastungen für den Landeshaushalt, die Monatsbezügegebühren jedoch während der gesamten fünfjährigen Rahmenzeit nur in diesem gekürzten Ausmaß.

Meine Damen und Herren, ich komme schon zum Schluss und möchte sagen, am Ende der Entwicklung wird das dem Land sehr viel Geld weniger kosten. Am Beginn dieser Entwicklung wird das dem Land mehr Geld kosten. Wir brauchen für den Aufbau der Pensionskasse im Mindestfall 40 Millionen pro Jahr mehr in den ersten Jahren und ich sage das hier gleich dazu, wir sind ja gerade dabei mit der Personalvertretung die Besoldungsreform zu verhandeln. Und wenn wir diese Besoldungsreform im Frühjahr in die Regierung und dann in den Landtag bringen und wenn wir damit, meine Damen und Herren, das verwirklichen, was wir immer in den Sonntagsreden gefordert haben, nämlich dass junge Menschen mehr verdienen – und sie werden mehr verdienen, wobei natürlich ab der Mitte die Sache abflacht, damit da kein Irrtum entsteht, an der Lebensaktivverdienstsumme wird sich nichts ändern. Aber wenn wir am Anfang mehr geben wollen, was parteienübergreifend lange gefordert wird und für sinnvoll erachtet wird, dann brauchen wir deshalb in den ersten Jahren für diese Besoldungsreform auch mehr Geld, 40 bis 50 Millionen pro Jahr. Sprich, wir brauchen schon ab 1. Jänner 2002 für die Pensionsreform und ab 1. Jänner 2003 für die Besoldungsreform 50 und 50 oder 40 und 40, 80 bis 100 Millionen mehr. Das werden wir im Personalressort so gestalten können, dass wir es finanzieren, ohne beim Finanzreferenten anklopfen zu müssen, denn das wäre zu einfach, auf Kosten der anderen sozusagen, das zu gestalten. Nein, wir werden das selbst berappen, indem wir – und das sage ich auch ganz offen – nicht alle Positionen nachbesetzen. Ich habe es schon einmal hier im Landtag gesagt. Mir kommt das Wort vom Aufnahmestopp nicht über die Lippen, denn es gibt Bereiche, wo man nachbesetzen muss. Aber 1234 Landesbedienstete werden in dieser Periode 60 Jahre, und wir wissen, dass etwa 75 Prozent dann in Pension gehen, und wenn wir wissen, dass es etwa 400 sind, die zwischen 55 und 60 werden, Stichwort Dienstrechtsnovelle, dann haben wir damit die Möglichkeit – und wir werden sie nutzen – durch selektive Nachbesetzung die Dinge so zu ordnen, dass wir Pensionsreform und Besoldungsreform durch eigene Einsparungen finanzieren können.

Insgesamt sage ich noch einmal, ich glaube, dass diese Dienstrechtsnovelle und erst recht diese Pensionsreform es verdienen, als ein großes Werk benannt zu werden. Ich danke Ihnen, die Sie im Landtag bei den Verhandlungen mitgewirkt haben, dass es gelingt. Für mich ist es erfreulich, noch nicht einmal nach einem Jahr in dieser Funktion diese Ernte nach Hause bringen zu können. Die wichtigsten Vorarbeiten sind in der Ära meines Vorgängers des Personallandesrates Dr. Gerhard Hirschmann geleistet worden, dem ich in dieser Stunde auch danken möchte. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte auch ganz besonders jenen in der Rechtsabteilung 1, der Personalabteilung, die hier seit Jahren in vielen, vielen Stunden mitgewirkt haben, meinen persönlichen und herzlichen Dank aussprechen, das ist der Vorstand der Rechtsabteilung 1, Hofrat Dr. Werner Eichtinger, Frau Dr. Zieger-Ötsch und Regierungsrat Hans Pintar. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Ich möchte auch hervorheben, dass diese Reform im Envernehmen mit der Landespersonalvertretung zustande gebracht wurde und ich danke daher dem Landesobmann der Landespersonalvertretung Herrn Hofrat Dr. Wolfgang Königswieser und auch den Fraktionsobleuten, Präsidenten Mandl, Kollegen Zach und Kollegen Rosegger dafür, dass wir diese Reform gemeinsam zustande gebracht haben. Und nicht zuletzt, meine Damen und Herren, danke ich dem Hohen Landtag und den vier vertretenen Parteien, wenn es auch nicht einstimmig wird. Es ist eine große Mehrheit und in der Summe sind wir uns in den Grundzügen eigentlich alle einig geworden. Das ist wichtig, dass eine solche Reform eine hohe Zustimmung findet, weil wir sie dann auch gemeinsam durchtragen können. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP. – 17.03 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, komme ich zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

15. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 471/1, der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Änderung des Schulpflichtgesetzes.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (17.04 Uhr): Ich darf berichten über den Antrag mit der Einl.-Zahl 471/1.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, dass diese eine Regierungsvorlage zur Änderung des Schulpflichtgesetzes, mit dem Paragraph 9 dahin gehend geändert wird, dass auch die Schule die Abwesenheit von Schülern unverzüglich dem Erziehungsberechtigten zu melden hat, dem Nationalrat vorlegt. Ich bitte um Annahme! (17.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gruber. Ich erteile es ihm.

Abg. Detlef Gruber (17.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn ich die Präambel dieses Antrages aufmerksam durchlese, und das habe ich gemacht, dann fällt mir dabei etwas auf und darin begründet sich auch meine Wortmeldung. „In einer Zeit, in der immer wieder über vermisste Kinder berichtet wird, wäre es sinnvoll ...“ Allein diese Formulierung verursacht bei mir, sehr geehrte Kollegin Graf, weil Sie stehen ja auch als Antragstellerin da drauf, ein bisschen Gänsehaut, aber nicht die von der angenehmen Seite der Empfindungsebene, sondern das ist eher eine unangenehme. Diese Formulierung passt für mich bestenfalls, aber auch sogar dort wäre sie entbehrlich, als Schlagzeile in einer Boulevardzeitung.

Ich möchte Sie nur fragen, wissen Sie, wie viele Pflichtschulen es in der Steiermark gibt? Es sind 817. Und wie viele Pflichtschüler es in der Steiermark gibt? Ich habe auch nicht erwartet, hier eine Antwort zu bekommen. 99.407 mit 1. Oktober. Und wie viele Fälle gibt es von vermissten Kindern, sagen wir in den letzten drei Jahren, in der Steiermark, wo etwas auf dem Schulweg passiert ist? Ist da irgendwas bekannt? Ich glaube nicht.

Und das ist das Problem für mich als Pädagoge bei solchen Anträgen, es wird irgendetwas formuliert, in einer Art von Panikmache, und dann wird schon irgendetwas beschlossen.

Ich kann als Lehrer dem nichts Gutes andichten oder nichts Gutes finden bei diesem Antrag, weil er auch sehr praxisfremd ist. Praxisfremd deswegen, weil von Lehrern wieder einmal etwas verlangt wird, was eigentlich einem anderen Gesetz widerspricht. Denn wir werden verhalten, die Aufsichtspflicht auszuüben. Aber wenn wir unverzüglich Meldung machen müssten, wenn ein Kind nicht da ist, dann muss ich die Aufsichtspflicht verletzen. Das ist eine Frage der Wertigkeit.

Also aus der Sicht eines Lehrers ist für mich ein solcher Antrag abzulehnen, zumal ja auch im Paragraphen 19 des Schulunterrichtsgesetzes die Verständigungspflicht der Lehrer beziehungsweise der Schule an die Eltern geregelt ist. Nicht im Schulpflichtgesetz, da steht es auch drinnen, aber auch im Schulunterrichtsgesetz ist es verankert. Aus diesem Grund finde ich diesen Antrag entbehrlich. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 17.08 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 15 liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 481/1, Beilage Nr. 59, Landesverfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (17.09 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Die zitierte Regierungsvorlage, die im Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform am 9. Oktober dieses Jahres beraten wurde, schafft die verfassungsrechtliche Möglichkeit, im Paragraphen 32 Absatz 1 des Landesverfassungsgesetzes von 1960 eine Ausgliederung von Landesmuseen vorzunehmen. Alles Übrige liegt Ihnen schriftlich vor. Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages. (17.09 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 16 liegt vor. Frau Abgeordnete Mag. Zitz, ich erteile das Wort.

Abg. Mag. Zitz (17.10 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Landesräte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

Die Grünen werden diesem Verfassungsgesetz sehr kritisch zustimmen. Sehr kritisch, weil einige Punkte aus unserer Sicht bis jetzt noch nicht breit diskutiert worden sind.

Das eine, die Geschäftsordnung zu dieser Gesellschaft, ist nicht politisch diskutiert worden in breiterem Rahmen. Die Betriebsvereinbarung ist völlig unklar. Die Frage der Budgetgestaltung ab 2003 – da gibt es noch keine Vorgaben. Ein vierter Punkt ist, dass wir großen Wert darauf legen, dass das Landesmuseum Joanneum als Universalmuseum erhalten wird. Ein letzter Punkt ist noch, dass es zwar bereits Sanierungsarbeiten erfreulicherweise gegeben hat, die aber massiv weiter zu betreiben sind. Und dass wir uns schließlich sehr dafür einsetzen, dass die Vermittlungsarbeit in allen Abteilungen des Joanneums noch deutlich verbessert wird und dass man dafür einfach auch finanzielle Mittel bereitstellen muss.

Also ein sehr kritisches Ja zu diesem Verfassungsgesetz mit der Bitte an den zuständigen Herrn Landesrat und an die betroffenen anderen Akteure und Akteurinnen, sicherzustellen, dass die Geschäftsführung in einer Form ausgeschrieben wird, dass die Geschäftsführer auch wirklich eine gute Arbeitsgrundlage haben. Danke schön! (17.11 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Gemäß Paragraph 58 Absatz 2 GeoLT kann ein Landesverfassungsgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 17 und 18 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

17. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 230/2, betreffend die Genehmigung einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark zur Sicherung der Patientenrechte (Patientencharta).

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Christoph Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (17.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Mehrfach haben wir bereits im Zusammenhang mit dieser Patientencharta hier im Landtag gesprochen. Mittlerweile liegt nun diese Vereinbarung gemäß Artikel 15 a des Bundes-Verfassungsgesetzes vor.

Da sich das Land Steiermark auf Grund des Inhaltes des Vereinbarungsentwurfes binden soll, bedarf diese Vereinbarung gemäß Paragraph 7 a Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes von 1960 der Genehmigung des Landtages.

Ich darf Sie einladen, diese Genehmigung auszusprechen. (17.14 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky:

18. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 511/1, betreffend den Abschluss einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 2001 bis 2004.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Gregor Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl (17.14 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage betreffend den Abschluss einer Vereinbarung über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 2001 bis 2004.

Ich möchte die wesentlichen Punkte kurz verlesen:

Laufzeit 2001 bis 2004, flächendeckende verbindliche Verankerung der Qualitätsarbeit auf allen Ebenen des Gesundheitswesens, Unterstützung einer für das Gesundheitswesen maßgeblichen Informations- und Kommunikationstechnologie und Durchführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung. Ich bitte um Genehmigung der Vereinbarung. (17.15 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (17.15 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Sendung „Betrifft“ mit dem Titel „Diagnose Krebs“ hat wohl zu Recht Betroffenheit verursacht, nämlich da, als ein Wiener Primar eine Grafik zeigte, wonach in Abhängigkeit von Faktoren, vom Operateur, vom Standort, von der Infrastruktur des Standortes die Überlebenschance bei Krebspatienten steht. Nach fünf bis zehn Jahren überleben doppelt so viele Patienten, wenn sie das Glück haben zufällig durch Mundpropaganda oder sonstige Hinweise in die richtige Krankenanstalt aufgenommen zu werden. Fälle wie Gmunden und Freistadt sorgen immer für große Verunsicherung bei den Patienten. Die Zeitschrift „Klinikum“ schreibt zum Beispiel, die Behandlung des Karzinoms eben in Freistadt erfordert eine entsprechende Infrastruktur des Krankenhauses und es ist nicht vertretbar, dass während der Operation keine Gefrierschnittuntersuchung gemacht werden kann. Und internationale Studien belegen, dass die Prognose der Patientinnen entscheidend von der Radikalität der Erstoperation abhängt. Zusammenfassend wird festgestellt, dass das chirurgische Vorgehen nicht dem Standard der Karzinomtherapie entspricht. Meine Damen und Herren, Patienten in Gmunden und Freistadt haben großes Vertrauen in die behandelnden Ärzte gesetzt, sie haben sich vom Primar selbst operieren lassen, sie waren der Meinung an der richtigen Stelle zu sein und waren es trotzdem nicht, weil sie keine objektiven Fakten und Daten gekannt haben, weil sie nicht informiert waren, wie gut die Qualität in diesen Spitälern ist, wie gut die Ausstattung ist und was erforderlich ist, um eben den größtmöglichen Heilungserfolg zu garantieren. Die Patientencharta regelt das Recht der Patienten, entsprechend dem Stand der medizinischen Wissenschaft behandelt zu werden. Sie ist also eine Qualitätssicherung und sie regelt auch, und das ist mir besonders wichtig, das Recht auf Information über seine Krankheit und über mögliche Behandlungsstandorte, das heißt, dass der Patient in der Lage sein wird, in Zukunft eine Auswahl zu treffen.

Auf Grund dieser Charta glaube ich, dass wir neue Wege in der Gesundheitspolitik gehen können, wo die Patienten mehr eingebunden werden, mehr Information erhalten und die für sie richtige Entscheidung treffen können. Ich bringe aus diesem Grund den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Lafer, betreffend Gütesiegel für steirische Krankenanstalten, ein.

Dass nun die Patientencharta, die die Rechte der Patienten regelt, abgeschlossen wird, ist ein bedeutender Schritt hin in Richtung verbesserte Information und Mitsprache der Patienten.

Ein wesentlicher Meilenstein dieser Charta ist wohl das Recht des Patienten, dem Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechend behandelt zu werden. In der Praxis ist es aber so, dass Patienten bei der Aufnahme in eine Krankenanstalt nicht über die notwendigen Informationen verfügen, um wissen zu können, ob sie speziell für ihre Bedürfnisse die richtige Krankenanstalt gewählt haben.

Die Charta empfiehlt ebenso, dass Patienten die Möglichkeit haben sollten, sich über alle Einrichtungen des Gesundheitswesens zu informieren, damit sie im Sinne des mündigen Patienten ihre Entscheidungen treffen können.

In der Realität ist es aber so, dass Patienten viel zu wenig Informationsmöglichkeiten haben, um im Ernstfall eine sachlich begründete Entscheidung treffen zu können.

Es wäre daher sinnvoll, einen Krankenanstaltenleitfaden aufzulegen, in welchem die steirischen Krankenanstalten nach objektiven Kriterien – WHO, Fachgesellschaften – dargestellt und mit einem Gütesiegel versehen werden. Weil jeder, wenn er in ein Hotel oder in ein Gasthaus geht, eine Sportstätte in Anspruch nimmt, weiß selbstverständlich mit welcher Qualität er zu rechnen hat, was dort geboten wird. Die Kriterien Vergabe beziehungsweise Kontrolle dieses Gütesiegels sind auf der Grundlage der im Krankenanstaltengesetz rechtlich festgestellten Standards für Krankenanstalten noch im Detail zu definieren und ein entsprechendes Machbarkeitskonzept zur Zertifizierung von Krankenhäusern, das bisher in Österreich noch nicht existiert, zu erstellen. Durch dieses Gütesiegel wäre der Patient in der Lage, den für seine Krankheit idealen Behandlungsstandort auszuwählen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, einen Krankenanstaltenleitfaden aufzulegen, in welchem die steirischen Krankenanstalten nach objektiven Kriterien – WHO, Fachgesellschaften – dargestellt und mit einem speziellen Gütesiegel versehen werden. Damit sollte der Patient in die Lage kommen, den für seine Krankheit idealen Behandlungsstandort auszuwählen. (Beifall bei der FPÖ. – 17.20 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile es ihr.

Abg. Lechner-Sonnek (17.20 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich muss gestehen, ich habe mit dem Gütesiegel das gleiche Problem, wie ich es heute schon mit dem Bildungskonto gehabt habe. Klingt hübsch, aber was heißt das. Ein zweiter Blick lohnt sich mit Sicherheit, weil wenn Sie sagen oder wenn im Antrag der FPÖ argumentiert wird, dass die Patienten das Recht haben zu wissen, wo sie sich hinbegeben, das Recht haben, gut herausfinden zu können, ob das das richtige Institut ist, dem sie sich da vertrauensvoll in die Hände geben, dann gebe ich Ihnen recht. Die Frage ist nur, ob es dazu ein Gütesiegel braucht. Für mich sind das von der Qualität her zwei verschiedene Ansätze. Das eine ist etwas, wo es um Information geht. Also, wenn Sie sagen, ein Patient muss wissen, in diesem Krankenhaus gibt es diese und jene Angebote, da werden diese und jene Krankheiten behandelt, gibt es diese und jene Schwerpunkte, diese und jene Abteilungen, gehe ich sofort mit. Ja, es ist gut, wenn man das weiß und es kann durchaus sein, dass es dafür zu wenige Informationen gibt. Das ist ganz einfach, das kann man ausmachen, dass man entweder bessere Broschüren herausgibt oder wie auch immer zeitgemäße Informationspolitik heute anschaut.

Ein Gütesiegel hat für mich etwas mit Bewertung zu tun, mit Kriterien. Und ich frage Sie, wer soll diese Bewertungen vornehmen? Wenn Sie jetzt sagen, nach objektiven Kriterien, WHO, Fachgesellschaften, muss ich wirklich leider Gottes den Begriff objektiv in Frage stellen. Was soll das? Was soll wirklich herauskommen bei so einem Gütesiegel, dass es heißt, diese Krankenanstalt ist besser geeignet als jene für das und das. Das kann nicht Ihr Ernst sein, so kann es nicht laufen. Also ich denke, das ist ein etwas überzogener Wunsch beziehungsweise den Wunsch nach Information kann ich gut nachvollziehen, aber mit einem Gütesiegel ist dem nicht abzuhelpen beziehungsweise kommt eine ganz neue Dynamik zum Tragen, die ich als sehr bedenklich empfinde. Ich habe gehört und jetzt auch gelesen, dass es da einen Einschubwunsch gibt beziehungsweise einen Satz, der ergänzt werden soll. Die Kriterien zur Vergabe beziehungsweise Kontrolle dieses Gütesiegels sind auf der Grundlage der im Krankenanstaltengesetz rechtlich festgelegten Standards für Krankenanstalten zu definieren. Wenn ich das lese, dann denke ich mir, jetzt gibt es ein Gütesiegel dafür, dass man das macht, was man zu machen hat auf Grund der gesetzlichen Grundlagen. Das finde ich ganz unglaublich. Ich bin bis jetzt davon ausgegangen. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 17.23 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dörflinger. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dörflinger (17.24 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wir können diesem Antrag durchaus zustimmen. Ich sage dazu, ich habe zuerst, wie wir uns das angeschaut haben, beim Gütesiegel die gleichen Bedenken gehabt, wie sie die Frau Klubobmann Lechner-Sonnek auch geäußert hat, aber ich glaube, wir sollten es einmal versuchen. Und ich würde nicht anstehen, mich dann auch in den Landtag zu stellen und zu sagen, okay, wir bringen das so nicht zusammen, wie wir uns das vorgestellt haben. Wir haben uns in der Zwischenzeit – zwischen dem Punkt, wo wir diesen Antrag bekommen haben und der jetzigen Debatte – ein bisschen, soweit es möglich war, umgeschaut. Wir brauchen da, glaube ich, auch nichts besonders Neues erfinden, es laufen im vergleichbaren Land, nämlich in München, in Bayern, bereits Modellprojekte und Modellversuche, wo man so etwas Ähnliches versucht. Wir werden uns das einmal anschauen. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, wenn man dem Landtag einmal einen Zwischenbericht vorlegt und sagt, so geht es oder so geht es nicht.

Was diesen Krankenanstaltenleitfaden betrifft, unterstütze ich den Antrag vollinhaltlich. Da habe ich überhaupt kein Problem damit, im Gegenteil. Das Einzige, wovor ich warne, ist, dass man da die Erwartungen zu hoch schraubt. Natürlich weiß auch heute jeder, wo was passiert, wo was gemacht wird und in der Regel ist es ja nicht der Patient, der die entsprechende Krankenanstalt auswählt, sondern in der Regel ist es der behandelnde Arzt, der zuweisende Arzt. Ich glaube, dass dieser Leitfaden dann auch etwas sein wird, wo wir ganz einfach mit den behandelnden Ärzten, mit den Hausärzten reden, damit man genauer weiß, wie was passiert.

Ein Eindruck, bitte ich, sollte nicht entstehen: Es passiert heute in den Krankenanstalten mit Sicherheit nicht, dass ein Patient eingeliefert wird, der wird auf Teufel komm raus dort behandelt, ob sie es können oder nicht. Also, den Eindruck würde ich wirklich bitten nicht zu erwecken, weil das selbstverständlich untereinander koordiniert wird, weil die selbstverständlich untereinander die Patienten auch weitergeben, und im Sinne auch der Spitalskonzeption ein Patient, der in einem Krankenhaus liegt, wo er nicht adäquat behandelt werden kann, weitergegeben wird.

Ich sage zum Schluss noch eines dazu: Unser Ziel ist es aber nicht, die Patienten dann nur weiterzuschicken, sondern, wie etwa im Bereich der onkologischen Betreuung im Krankenhaus Leoben, wo man eher versucht das Know-how aus der Klinik in die peripheren Häuser hinauszubringen, dass wie etwa in Leoben ein Patient mit der gleichen Indikation, mit der gleichen Erkrankung im Krebsbereich die exakt gleiche Qualität der Behandlung kriegen kann wie in der Klinik unten.

Aber wir werden diesen Krankenanstaltenleitfaden auf jeden Fall sehr rasch ausarbeiten, den einmal Ihnen dann auch präsentieren und weitergeben.

Beim Gütesiegel sehe ich das als Auftrag des Landtages an, dass wir uns einmal anschauen, was können wir realistischerweise machen. Was kann man, welchen Vorteil hat es, welche Nachteile hat es, was kann man zu welchen Bedingungen machen? Dagegen wehre ich mich überhaupt nicht, im Gegenteil. Ich sage heute aber auch ehrlich, wenn wir draufkommen sollten, dass wir nichts Vernünftiges zusammenbringen, oder das, was wir zusammenbringen könnten, so teuer ist, dass es in Wirklichkeit nicht funktioniert, würde ich mich auch nicht genieren, mich herzustellen und zu sagen, es geht nicht. Aber wir werden uns bemühen und schauen, ob wir etwas zusammenkriegen. (Beifall bei der SPÖ. – 17.27 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 230/2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Gütesiegel für steirische Krankenanstalten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 511/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

19. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 484/1, betreffend einen Vorschlag für eine Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über die Harmonisierung bautechnischer Vorschriften.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Dipl.-Ing. Odo Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (17.28 Uhr): Erstens: Die Landesamtsdirektorenkonferenz fasste am 22. März 2000 den Beschluss, eine Expertengruppe einzusetzen, die einen Vorschlag zur Harmonisierung der bautechnischen Vorschriften zu erarbeiten hat. Diese Expertengruppe der Länder hat unter Beiziehung des österreichischen Instituts für Bautechnik einen Rohentwurf für eine Vereinbarung gemäß Artikel 15 a Bundes-Verfassungsgesetz erarbeitet.

Das Konzept der Vereinbarung stellt sich wie folgt dar:

Um eine möglichst hohe Flexibilität in der Anwendung sowie eine einfache und pragmatische Vorgangsweise bei der laufenden Anpassung technischer Detailanforderungen an den Stand der Technik zu gewährleisten, wird vorgeschlagen, die technischen Bauvorschriften in zwei Ebenen zu teilen:

In der Ebene eins sollen die wesentlichen Anforderungen der Bauwerke, wie sie in der Bauproduktenrichtlinie definiert sind, festgelegt und zielorientiert präzisiert werden. In dieser Ebene sollen jedoch grundsätzlich keine technischen Detailanforderungen spezifiziert werden. Diese Ebene eins soll Gegenstand der Vereinbarung sein.

In der Ebene zwei sollen die technischen Detailregelungen in Richtlinien, die vom OIB erarbeitet werden, ausgelagert werden. Hält der Bauwerber diese Richtlinien ein, so ist sichergestellt, dass die auf gesetzlicher Ebene festgelegten zielorientierten Anforderungen erfüllt werden. Der Bauwerber hat jedoch die Möglichkeit, von diesen Richtlinien abzuweichen, wenn er nachweist, dass er die Schutzziele dennoch erreicht.

Zweitens: Gemäß Paragraph 7 a Absatz 2 a des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 in der Fassung der Novelle LGBl. Nr. 46/1999 hat die Landesregierung den Landtag unverzüglich über alle Vorhaben hinsichtlich des Abschlusses von Vereinbarungen, die den Landtag binden sollen, zu berichten. Dem Landtag steht es frei, eine Stellungnahme abzugeben.

Dem Stand des Rohentwurfes nach ist davon auszugehen, dass legistische Maßnahmen zur Umsetzung erforderlich sein werden und somit der Landtag mit der Genehmigung der Vereinbarung zu befassen sein wird. Die Voraussetzungen gemäß Paragraph 7 a Absatz 2a der Landesverfassung sind somit gegeben.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend einen Vorschlag für eine Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über die Harmonisierung bautechnischer Vorschriften, wird zur Kenntnis genommen. (17.30 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zu diesem Tagesordnungspunkt 19 liegt keine Wortmeldung vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

53. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 380/1, Beilage Nr. 32, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Rettungsdienstgesetz geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Erwin Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (17.31 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Es wird der Antrag gestellt:

Das Gesetz vom 7. Dezember 1989 über die Rettungsdienste (Steiermärkisches Rettungsdienstgesetz), LGBl. Nr. 20/1990 in der Fassung LGBl. Nr. 19/1998 wird wie folgt geändert:

Erstens: Paragraph 11 Absatz 1 lautet:

„Die Gemeinden haben für die Besorgung der Aufgaben des allgemeinen Rettungsdienstes einen jährlichen Rettungsbeitrag je Einwohner zu entrichten. Dieser Rettungsbeitrag beträgt ab 1. Jänner 2002 1,89 Euro, ab 1. Jänner 2003 2,25 Euro, ab 1. Jänner 2004 2,69 Euro, ab 1. Jänner 2005 3,12 Euro. Das Land hat jeder Gemeinde den Gesamtrettungsbeitrag der Gemeinden und den auf die Gemeinden entfallenden Anteil schriftlich bekannt zu geben.“

Zweitens: Dem Paragraphen 12 Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angeführt:

„(4) Die Landesregierung hat vor Gewährung von finanziellen Mitteln nach diesem Gesetz eine Vereinbarung gemäß Paragraph 6 Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz über die Kontrollmöglichkeit durch den Landesrechnungshof – eingeschränkt auf den Bereich der Rettungs- und Krankentransportdienste – abzuschließen. Der Österreichische Städtebund, Landesgruppe Steiermark und der Steiermärkische Gemeindebund haben das Recht, die Gebarung des Landesverbandes Steiermark des Österreichischen Roten Kreuzes – eingeschränkt auf den Bereich der Rettungs- und Krankentransportdienste – zu überprüfen und Einsicht zu nehmen.“

Drittens: Im Paragraph 16 Absatz 2 letzter Satz wird die Wortfolge „50.000 Schilling“ durch die Wortfolge „3634 Euro“ ersetzt.

Viertens: Dem Paragraphen 17 wird folgender Paragraph 18 angefügt:

„Paragraph 18, In-Kraft-Treten von Novellen“

Hier ist im dritten Punkt angeführt, „die Änderung des Paragraphen 11 Absatz 1 und des Paragraphen 16 Absatz 1 letzter Satz sowie die Anfügung des Paragraphen 12 Absatz 4 durch die Novelle treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“ Ich ersuche um Annahme. (17.33 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Abgeordneter Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (17.34 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Der Herr Berichterstatter hat bereits angeführt, um welche Materie es hier geht. Ich möchte an dieser Stelle als Vorsitzender des Ausschusses und des Unterausschusses, wo Einstimmigkeit erzielt wurde, und zwar bei allen vier Fraktionen, mich herzlichst bedanken für die Mitarbeit und darf vielleicht in ein paar kurzen Sätzen

erklären, wobei es hier genau ging. Zum einen war es mein Wunsch beziehungsweise der Wunsch der Freiheitlichen, dass hier, wo öffentliche Gelder hinfließen, auch in Zukunft eine Kontrolle durch den Landesrechnungshof möglich sein muss. Es waren lange und zähe Verhandlungen mit den Verantwortlichen des Roten Kreuzes und schlussendlich ist man dieser Bitte auch nachgekommen. Und wie Sie aus dem Bericht des Berichterstatters gehört haben, ist dies ins Gesetz aufgenommen worden. Dieses Anliegen war mir persönlich sehr wichtig, weil ich glaube, dass wir auch gegenüber der Öffentlichkeit die Verpflichtung haben, den Nachweis zu erbringen, wo und wie öffentliches Geld verwendet wird. Das war Punkt eins dieser sehr, sehr wichtigen Maßnahme. Ich bin froh, dass es hier und heute zu einem einstimmigen Beschluss kommt. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit aber auch wirklich bei allen Damen und Herren Abgeordneten bedanken, die hier im Unterausschuss sowie auch im Ausschuss mitgearbeitet haben, denn es konnte innerhalb kürzester Zeit unter reger Anteilnahme eine Klärung und eine Einigung herbeigeführt werden. Ich hoffe, dass wir in Zukunft ähnliche Materien, die wir zu bearbeiten haben, ebenso in einer solchen Geschwindigkeit durchbringen und bedanke mich. (Beifall bei der FPÖ. – 17.35 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dirnberger (17.35 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Zu diesem Tagesordnungspunkt Rettungsdienstgesetz darf ich mich auch kurz zu Wort melden. Ich habe vor einigen Monaten in der Zeitschrift „Kommunal“ gelesen, Rotes Kreuz ist mehr als nur Rettung und Rettung ist nicht gleich Rotes Kreuz. Es ist für uns alltäglich, aber nicht selbstverständlich und es gibt auch kein Naturgesetz, dass das Rote Kreuz Rettungsdienste, aber auch Krankendiensttransporte durchführt, und trotzdem, wenn wir Rettung meinen, meinen wir zugleich auch Rotes Kreuz. Das ist in der Steiermark, aber auch in Österreich durchaus so gebräuchlich, in anderen Ländern in Europa durchaus nicht der Fall. Ich glaube auch, dass das ausgezeichnet funktioniert. Das beweisen auch Meinungsumfragen, dass 90 Prozent der Bevölkerung überaus zufrieden sind. Das hat zur Folge, dass das Rettungswesen im Jahre 1989 in einem Gesetz verfasst wurde, dass hier die allgemeinen Rettungsdienste, die Bergrettung, die besonderen Rettungsdienste, aber auch die Finanzierung niedergeschrieben sind und dass das Rote Kreuz als anerkannte Rettungsdienstorganisation auch in diesem Gesetz aufscheint. Wenn man jetzt den Tätigkeitsbericht des Roten Kreuzes 2000 ansieht, dann sieht man, dass das nur funktionieren kann, weil dort auch sehr viele freiwillige Stunden geleistet wurden. Ja, wenn man es genau anschaut 3,6 Millionen Stunden, wenn man das mit 270 Schilling multipliziert, ergibt das eine Summe von einer Milliarde Schilling. Das ist wirklich hervorragend und nicht hoch genug anzurechnen. Wenn man dann die Bilanz ansieht, dann sieht man, dass die Erlöse leicht steigen, aber der Aufwand umso rascher steigt. Es gibt Erlöse im Jahre 2000 von 366 Millionen Schilling und einen Aufwand von 421 Millionen, das heißt, ein Abgang von fast 66 Millionen Schilling ist zu verzeichnen. Worauf ist das zurückzuführen? Zum einen, dass vor ein paar Jahren eine Deckelung bei den Krankentransportkosten von den Krankenkassen für die Rückersätze eingetreten ist, dass es verstärkt Mitbewerber im Krankentransport gibt, dass die Einsatzzeiten in den Ballungszentren länger werden, länger dauern, dass die Leistungsstandards ständig steigen, sich damit auch der Sachaufwand erhöht und, auch ein Punkt, dass die Freiwilligkeit nicht höher, sondern geringer wird und damit die Personalkosten ansteigen. Und da sieht man, dass in den letzten Jahren durchschnittlich die Personalkosten jährlich um 15 bis 20 Millionen gestiegen sind, das heißt, in vier Jahren ist der Abgang um 80 Millionen angewachsen. Jetzt haben wir Gesamtausgaben von 421 Millionen Schilling, davon Personalkosten von 239 Millionen. Nun würde man meinen, wenn das so weitergeht, über kurz oder lang muss das Rote Kreuz ja pleite sein. Noch ist es Gott sei Dank nicht der Fall, weil die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger so groß ist, gibt es auch dementsprechende Spendenaufkommen. Aber natürlich ist es klar, dass das Rote Kreuz die Finanzierung sicherstellen muss und das war auch der Grund, warum im November 2000 das Rote Kreuz an den Gemeindebund und Städtebund herangetreten ist, um den Rettungsdienstbeitrag, den Rettungsschilling, wie er heißt, zu erhöhen. Man hat damals vereinbart, dass er in vier Jahren angehoben wird. In den ersten zwei Jahren je um 5 Schilling, in den weiteren Jahren um je 6 Schilling, das heißt, in vier Jahren würde er dann bei 43 Schilling pro Einwohner sein. Es wurde auch vereinbart, dass dafür ein Einschaurecht gewährt wird, war auch fix vereinbart. Mir ist vollkommen bewusst, dass so ein Einschaurecht natürlich ein sensibler Bereich ist und es hätte eigentlich am 3. Juli beschlossen werden sollen, aber damals kam es nicht zu dieser Einigung, weil das Rote Kreuz, das heißt der Österreichische Verband, Bedenken gegen dieses Einschaurecht angemeldet hat. In der Zwischenzeit, wie der Klubobmann Lafer erwähnt hat, hat es Verhandlungen gegeben, man hat sich auf einen Kompromiss geeinigt und es ist jetzt möglich, dass diese Erhöhung umgesetzt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Wermutstropfen dabei ist natürlich, dass es nicht rückwirkend beschlossen wird, aber dafür bitte ich um Verständnis. Gerade am Jahresende, wo die Gemeinden schon wieder budgetieren oder das Budget für das nächste Jahr erstellen, ist es natürlich schwierig, wenn so etwas rückwirkend beschlossen werden würde.

Ich darf mich auch für die Sachlichkeit bei diesen Verhandlungen bedanken und vor allem die Einstimmigkeit hervorheben und zum Schluss noch einmal danken den freiwilligen Helfern des Roten Kreuzes, weil ohne diese Ehrenamtlichkeit würden die Rettung und das Rote Kreuz in keinster Weise funktionieren. (Beifall bei der ÖVP. – 17.41 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Abgeordneter Schrittwieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrittwieser (17.41 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist richtig, dass es bisher im Hohen Haus immer wieder, wenn es um Einsatzorganisationen gegangen ist, um Feuerwehren, Rettung, Wasserrettung, großes Einvernehmen und Übereinstimmung gegeben hat, weil wir immer wieder auch gemeinsam die Auffassung vertreten haben, dass das, was dort passiert, unbezahlbar ist und dass das, was wir von der öffentlichen Hand leisten, was ja der Steuerzahler immer wieder selbst bezahlt, Rahmenbedingungen sind, die unerlässlich sind, die von der Öffentlichkeit auch verlangt werden können, denn wir wissen immer erst zu schätzen, was das alles bedeutet, wenn wir selbst oder Angehörige von uns in einer Notsituation sind. Und wer das schon einmal erlebt hat, da sind fünf Minuten schon lange, bis die Rettung da ist. Wenn es brennt oder wenn ein Unfall passiert ist, sind fünf, zehn Minuten schon lange, bis die Feuerwehr da ist, da kann es uns nicht schnell genug gehen und wenn dann auch noch Ausstattung vorhanden ist, die es ermöglicht, den Patienten so zu versorgen, dass die Rettung, das Rote Kreuz und der Notarzt menschenrettend wirken können, dann freut uns das und wir sind stolz darauf, wenn wir berichten können, wie gut wir ausgestattet sind und wie toll das bei uns alles funktioniert.

Bis dorthin, glaube ich, gibt es in diesem Hohen Haus mit allen Fraktionen Einvernehmen. Meine Damen und Herren, was mir jetzt aber nicht gefällt bei dieser ganzen Angelegenheit, ist, dass das Rote Kreuz Gespräche geführt hat mit Verantwortlichen des Städtebundes, des Gemeindebundes, mit dem Land Steiermark, sprich mit der zuständigen Referentin, wo vereinbart wurde, dass dieser Rettungsschilling erhöht wird, dem wir zustimmen werden – und ich bin ja selbst seit 18 Jahren Ortsstellenleiter einer Rot-Kreuz-Dienststelle –, weil wir die Notwendigkeit dafür erkannt haben, aber auch gemeint haben, da bereits im Vorjahr im Rettungs- und Katastrophendienst ein Abgang von 66 Millionen Schilling geschrieben werden musste, dass dieser Rettungsschilling bereits in diesem Jahr rückwirkend erhöht wird und bis 2004 die 43 Schilling erreicht sein müssen.

Hier meine ich, dass die Tendenz, wie sie derzeit quer durch unser Land und durch ganz Österreich geht, auch bei den Einsatzorganisationen zu greifen beginnt und auf einmal nicht mehr im Vordergrund steht, was hier alles notwendig ist, was hier alles gut ist, was wir alles brauchen, was wir benötigen, sondern im Vordergrund steht, dass ich sage, eigentlich ist das gar nicht alles so, wir können das in diesem Jahr nicht machen. Und was mich schon etwas nachdenklich stimmt, ist, dass auch die Sensibilität bei der zuständigen Referentin, bei der Frau Landeshauptmann, hier nachgelassen hat, die im Jahr der Freiwilligkeit bei jeder Gelegenheit aufs Rednerpult steigt, die Bedeutung dieser Einsatzorganisation und die Gemeinsamkeit in diesem Haus hervorhebt – zu dem ich stehe und ich habe das bereits ausformuliert –, aber wenn das steirische Rote Kreuz dann nach diesen Unterausschussverhandlungen, wo die ÖVP und die Freiheitliche Partei gemeint haben, wir können das nicht mit dem Jahre 2001, das ist finanziell vom Landesrat Paierl als Finanzreferent nicht gedeckt. (Abg. Lafer: „Ich habe nie gesagt, dass das möglich ist. Ich habe kein Geld zum Verteilen. Die Geldfrage ist bitte Sache des Landesfinanzreferenten!“) Die Klubs, ÖVP und FPÖ, haben erklärt, der Finanzlandesrat deckt im Jahr 2001 diese Erhöhung des Rettungsschillings in seinem Budget nicht ab, daher kann es in diesem Jahr nicht eingeführt werden. (Abg. Lafer: „Die finanziellen Verhandlungen hat das Rote Kreuz direkt geführt!“)

Richtig, und bei den Verhandlungen, liebe Damen und Herren, wurde ja auch von der Landesregierung, von der zuständigen Referentin, in Aussicht gestellt, wie vom Gemeindebund und Städtebund, dass in diesem Jahr das bereits stattfindet. Und als es dann ans Eingemachte gegangen ist, als man das Geld bereitstellen hätte sollen, sind die Klubs veranlasst worden – jetzt sage ich es halt so, wenn ihr sagt, das geht nicht von euch aus – vom Finanzreferenten, aber auch von der Frau Landeshauptmann, in diesem Jahr das nicht bereitzustellen.

Was mich dabei stört ist, dass hier Reden und Handeln wieder nicht übereinstimmen, dass man dem Roten Kreuz in Aussicht gestellt hat, die Mittel zur Verfügung zu stellen. Und was mich jetzt stört, ist Folgendes, Kollege Majcen.

Ich weiß, das Rote Kreuz hat in Erfahrung gebracht, dass der Unterausschuss gemeint hat, wir machen das erst im Jahr 2002. Dann schreiben der Herr Präsident Perner, der Herr Landesdirektor Schleich und der Finanzreferent Direktor Gerhard Lackner am 16. Oktober an die Frau Landeshauptmann einen Brief, wo sie ihr Entsetzen ausdrücken, dass entgegen anderer Finanzgespräche und Verhandlungsergebnisse derzeit diese Einführung mit 2001 nicht geht. Sie sagen dann auch, „wir haben auf Grund der geführten Gespräche immer darauf vertrauen können,“ – schreibt das Rote Kreuz – „dass eine teilweise finanzielle Entlastung durch die Anhebung des Rettungsbeitrages des Landes und der Gemeinden bereits heuer wirksam wird und dass die schrittweise Anpassung des Rettungsbeitrages mit dem Jahr 2004 abgeschlossen ist.“ Und jetzt kommt es: „Im Falle einer Beschlussfassung dahin gehend, dass die Anhebung erst ab 2002 wirksam wird, würde dies für das steirische Rote Kreuz einen nicht zu verkraftenden zusätzlichen finanziellen Verlust bedeuten.“

Meine Damen und Herren, ein Appell der Verantwortlichen, dass das ein nicht zu verkraftender Verlust ist, veranlasst aber nicht die zuständige Referentin, auf diesen Brief überhaupt eine Antwort zu geben, denn bis heute Früh 8.30 Uhr war von der zuständigen Referentin der Steiermärkischen Landesregierung, der Frau Landeshauptmann, keine Antwort erfolgt. Sie hat diese Sorge, dass das nicht zu verkraften ist, ignoriert. Und die Klubs sind hier angehalten, das ebenso zu tun. (Abg. Lafer: „Siegi, du sagst schon wieder die Unwahrheit!“)

Es ist die Wahrheit.

Bitte, der Klubobmann Lafer hat soeben erklärt, das ist nicht ihre Sache. Sie haben deswegen dem nicht zugestimmt, weil die Landesregierung die Mittel nicht bereitstellt. Ja, was ist das? Aber der Landtag, wenn wir immer sagen, wir haben gewisse Hoheiten und gewisse Budgethoheiten und Möglichkeiten, etwas zu beschließen, dann lass ich mich von der Regierung nicht zurückpfeifen, sondern da bin ich selbst verantwortlich für das, was ich hier mache.

Und was noch dazukommt, Kollege Lafer, ist, dass du im Unterausschuss erklärt hast – und das können alle, die dabei waren, auch bestätigen –, dass du erzählst hast, gegen meine Aussage, dass mit dem Roten Kreuz in dieser Frage Einvernehmen hergestellt wurde, auch mit dem In-Kraft-Treten. (Abg. Lafer: „Du sagst schon wieder die Unwahrheit!“) Das ist nicht unwahr. (Abg. Lafer: „Das ist die Unwahrheit!“) Du hast gesagt, mit dem Direktor Schleich herrscht Einvernehmen. Auf Grund dessen hat das Rote Kreuz diesen Brief geschrieben, lieber Freund. (Abg. Lafer: „Es ist Einvernehmen erzielt worden über den Punkt der Kontrolle des Landesrechnungshofes!“)

Du hast dort gemeint, es besteht mit dem Roten Kreuz Einvernehmen auch über den Zeitpunkt, wann das in Kraft tritt, und das stimmt nicht. (Abg. Lafer: „Nein!“)

Dann kommt noch dazu, wo dann steht, „dass vom Wirtschaftsprüfer geprüft“ und so weiter „es im Rahmen der Rettungs- und Krankentransportdienste im Jahr 2000 bereits einen Abgang in der Höhe von 66 Millionen Schilling gegeben hat“. Da müssen doch die Alarmglocken läuten.

Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann doch nicht eine Frage des Geldes allein sein, bei den Einsatzorganisationen, denn das ist für mich eine Frage des politischen Willens. Und Sie ordnen alles dem Sparstift unter und nicht den Notwendigkeiten. Und das ist das, was mich so in Rage bringt, auch in diesem wichtigen Bereich der Einsatzorganisationen, meine Damen und Herren.

8000 Menschen in der Steiermark arbeiten freiwillig rund um die Uhr für diese Rettungsorganisation, 800 Hauptamtliche, sie spulen 14 Millionen Kilometer jährlich herunter, 430.000 Ausfahrten pro Jahr. (Abg. Lafer: „Stimm' dagegen, wenn es dir nicht passt!“)

Meine Damen und Herren, wenn auch der Geldsäckel im Spendenbereich weniger wird, weil die Leute weniger Geld haben, wenn von den Firmen immer weniger bereitgestellt wird, weil sie sagen, wir müssen auch sparen, wenn bei den Einnahmen in anderen Bereichen auch das, was verrechnet wird, immer weniger wird, weil es eine Deckelung gibt, dann muss die öffentliche Hand dort, wo es notwendig ist, einspringen. Da kann ich nicht nur wieder mit der Kostenrechnermethode drüberfahren, sondern das soziale Gewissen, von dem wir immer wieder alle reden – wir halten uns danach –, muss dann wirksam werden. Und das macht ihr nicht. Das sollte auch bewusst werden und bei allen anderen, die damit befasst sind.

Die Einsichtnahme, meine Damen und Herren, ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass wir sagen, wenn die öffentliche Hand Gelder in diesem Ausmaß zur Verfügung stellt, ist es selbstverständlich – und da gibt es auch Einvernehmen mit dem Roten Kreuz –, dass der Landesrechnungshof, aber auch der Städte- und Gemeindebund, in Rettungs- und Krankentransporte, wo das Geld hinfließt, auch Einsicht nimmt. Das ist selbstverständlich. Da ist aber, glaube ich, auch niemandem aufgefallen, dass da irgendwer etwas dagegen hätte. Mir tut es also heute Leid.

Wir werden der Erhöhung des Rettungsschillings natürlich zustimmen. Aber es wäre besser gewesen und auch notwendiger, wenn wir das so gemacht hätten, wie es die ÖVP und der Gemeindebund zugesagt haben. Der Gemeindebund und der Städtebund stehen ja zu ihrer Zusage, nur das Land hat gesagt, ich stehe nicht dazu, ich mache das ein Jahr später. Und das finde ich bedauerlich, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – 17.53 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Abgeordneter Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (17.53 Uhr): Kollege Schrittwieser, obwohl wir bereits kurz vor 18.00 Uhr sind und nicht einmal noch die Hälfte unserer Tagesordnungspunkte erledigt haben, muss ich mich in aller Kürze zu Wort melden, weil das nicht ganz richtig ist, wie es von deiner Seite dargestellt worden ist und in sich ja auch ein Widerspruch ist, denn sowohl im Unterausschuss als auch im Ausschuss, auch hier im Haus, – wenn das gilt, was von deiner Seite hier gesagt worden ist – gibt es eine Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion. Auch die Fraktion der Grünen hat eine Zustimmung signalisiert, womit wir hier einer Meinung sind. Und da möchte ich eines ganz deutlich sagen – auch in Richtung der Zuhörer vom Roten Kreuz –, das Land hat eines gemeinsam mit dem Roten Kreuz, nämlich große Finanzsorgen.

Wären es bei Ihnen 66 Millionen Abgang, wären wir sehr glücklich, wenn wir nur annähernd in so eine Größenordnung kommen könnten, bei uns handelt es sich beim Abgang um Milliardenbeträge. Daher haben wir seit 7. November, als dieser Landtag hier konstituiert worden ist, 50 Gesetzesbeschlüsse gefasst und in keinem einzigen dieser Beschlüsse haben wir durch eine neue gesetzliche Regelung für das Land Zusatzkosten verursacht. Heute brechen wir diese Vorgangsweise ganz bewusst und belasten das Landesbudget und das ist keine Kleinigkeit, denn immerhin hat diese Beschlussfassung hier folgende Auswirkungen auf das Landesbudget, nämlich dass wir das Land ab 2005 jährlich um 25 Millionen Schilling mehr belasten und natürlich auch die Gemeinden. Momentan gibt die öffentliche Hand in der Steiermark rund 49 Millionen für diesen Bereich aus, ab 2005 sind es dann mehr als 100 Millionen, also mehr als eine Verdoppelung und das ist bitte eine enorme Kraftanstrengung und daher finde ich es schade, wenn wir im Unterausschuss, im Ausschuss einer Meinung sind, wenn sich Herr Kollege als Verhandlungsführer hier sehr bemüht hat, auch in Gesprächen mit dem Roten Kreuz, zu einer Lösung zu kommen, wenn diese Lösung dann von einer Fraktion nicht in Frage gestellt wird, aber doch nicht in jenes Licht gerückt wird, das sich diese Lösung verdient. Denn die Gemeinden und das Land haben in den nächsten Jahren keinen leichten Stand, wenn es um zusätzliche Ausgaben geht. Und hier haben wir uns durchgerungen und immerhin – ich sage es noch einmal – bringt diese Regelung mehr als eine Verdoppelung für

das Rote Kreuz. Jetzt sind es rund 49 Millionen, es werden dann mehr als 100 Millionen sein. Dass es nicht einfach sein wird mit den Mitteln bei den vielen Aufgaben, die auf den Rettungsdienst zukommen, auszukommen, das ist mir auch klar. Aber glauben Sie mir, es ist auch für das Land nicht einfach, über die Runden zu kommen und daher sehen wir uns auch, das kann ich für meine Fraktion zumindest behaupten, für das Budget verantwortlich und dass wir das, was wir hier beschließen, dann auch mittelfristig bedecken können und nicht dann um einen Schritt zurückgehen müssen, denn das möchte ich auch sehr deutlich sagen, in anderen Bereichen mussten wir schon teilweise – und Sie wissen es von der Wohnbauförderung – hier einen Schritt zurückgehen und konnten nicht einen Schritt nach vorne gehen. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, diese Beschlussfassung so zu sehen, wie wir sie sehen, als eine enorme Kraftanstrengung des Landes und als besondere Wertschätzung für die Arbeit des Roten Kreuzes. Von 49 Millionen auf mehr als 100 Millionen. Ich glaube, das ist ein Schritt, für den wir uns nicht zu schämen brauchen. (Beifall bei der ÖVP. – 17.57 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zum Zwecke einer Richtigstellung hat sich Herr Klubobmann Abgeordneter Schrittwieser zu Wort gemeldet.

Abg. Schrittwieser (17.57 Uhr): Nachdem ja die gesamte Öffentlichkeit oder ein Teil, aber auch die Vertreter des Roten Kreuzes hier sind, muss man etwas richtig stellen, Kollege Lopatka. Natürlich hat Einvernehmen geherrscht im Unterausschuss, dass dieser Rettungsschilling erhöht wird. Aber du weißt ganz genau, dass ich dort mehrfach und dezidiert verlangt habe, das Versprechen, das von eurer Seite gegeben wurde, nämlich die Erhöhung 2001 bereits einzuführen, einzuhalten. Und mit diesem Vorbehalt habe ich gesagt, ja, das machen wir. Jetzt sage ich noch etwas dazu. Ihr schiebt ja die Kosten in Wirklichkeit nur auf die Gemeinden ab, weil das Rettungsdienstgesetz, das wir alle hier gemeinsam beschlossen haben, verpflichtet ja die Gemeinden für diesen Rettungsdienst aufzukommen und die Gemeinden haben mit dem Österreichischen Roten Kreuz einen Vertrag. Das heißt, wenn sie das nicht mehr können, weil sie zu wenig Geld haben, beißt sich der Fuchs in den Schwanz. Aber was passiert dann? Dann gehen sie zu den Gemeinden und sagen, wir können diesen Vertrag nicht mehr erfüllen und die Gemeinden werden zahlen müssen, weil sie sich nicht leisten können, dass der Rettungsdienst nicht funktioniert. In Wirklichkeit transportiert ihr hier wieder die Kosten auf die Gemeinden. Und dann kommt ja noch etwas dazu. Ihr dürft ja nicht sagen, die Gemeinden zahlen nur das. Wir haben jetzt ein Rettungsauto eingerichtet, kostet 800.000 Schilling alles zusammen, da haben auch die Gemeinden fast die Hälfte bezahlt. Also, das, was das Land da aufbringt, sage ich, ist ein Mindestmaß, was notwendig ist. Das ist jetzt nicht polemisch, sondern aus meiner Tätigkeit heraus meine Überzeugung. (Beifall bei der SPÖ. – 17.59 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 53 liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

20. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 499/1, betreffend den zweiten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (17.59 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es liegt uns der Vierteljahresbericht des Ausschusses für Europäische Integration zur Beschlussfassung vor und ich bitte um Annahme. (18.00 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke für diesen hervorragenden Bericht. Ich stelle fest, zum Tagesordnungspunkt 20 gibt es keine Wortmeldung. (Abg. Majcen: „Oh doch, bitte!“)

Es hat sich der Herr Abgeordnete Berichterstatter Majcen zu Wort gemeldet.

Abg. Majcen (18.00 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich bringe einen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages zu diesem Tagesordnungspunkt, betreffend den zweiten Vierteljahresbericht 2001 über den Stand der Europäischen Integration, ein und möchte Folgendes dazu sagen:

Im Juli dieses Jahres veröffentlichte die Kommission das Weißbuch „Europäisches Regieren“. Die Europäische Union und deren Politiker sind mit einer paradoxen Situation konfrontiert. Zum einen erwarten die Europäer von ihnen die Lösung der grundlegenden Probleme unserer Gesellschaft, zum anderen misstrauen sie zunehmend der Politik und den Institutionen.

Dieses Problem wird von den nationalen Parlamenten und den Regierungen durchaus erkannt. Besonders akut aber ist es für die Europäische Union. Viele Menschen trauen einer komplexen Maschinerie, die sie kaum verstehen, immer weniger zu, die Politik zu betreiben, die sie erwarten. Die Union wird als bürgerfern, gleichzeitig aber auch als allzu „aufdringlich“ empfunden.

Alle demokratischen Institutionen und alle Volksvertreter müssen sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene den Versuch unternehmen, die Kluft zwischen der Union und ihren Bürgern zu überbrücken. Nur wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, kann Politik wirkungsvoller und sachgemäßer werden.

In diesem Weißbuch versucht die Kommission zukünftige Initiativen für eine Reform anzukündigen und eine „derzeitige Bestandsaufnahme“ darzulegen. Gleichzeitig fordert sie die Öffentlichkeit gezielt auf, bis 31. März 2002 Stellungnahmen, Bemerkungen und Kommentare vorzubringen, um in Sachen „Zukunft der Union“, „Integration“ oder „Kompetenzdebatte“ voranzukommen.

Die wesentlichen Inhalte und Aussagen im Weißbuch sind zusammengefasst:

Erstens: Es gibt fünf zentrale Grundsätze für ein gutes europäisches Regieren: Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität und Kohärenz.

Zweitens: Die Verantwortlichkeit für die Einbeziehung der regionalen und kommunalen Ebene in die EU-Politik soll nach wie vor bei den Mitgliedstaaten bleiben. Da derzeit allerdings noch ein Defizit bei den nationalen Regierungen zu erkennen ist, die regionalen und kommunalen Akteure an der Vorbereitung ihrer Positionen zu beteiligen, werden diese aufgefordert, entsprechende Regelungen für breite Konsultationen zu schaffen, wenn über EU-Entscheidungen diskutiert und EU-Politik mit Auswirkungen auf die Regionen und Kommunen umgesetzt wird.

Drittens: Um eine verbesserte Einbindung in die Politikgestaltung zu erreichen, sollte bereits auf EU-Ebene dafür gesorgt werden, dass die lokalen und regionalen Erfahrungen und Bedingungen bei der Entwicklung politischer Vorschläge berücksichtigt werden. So plädiert das Weißbuch für einen „frühzeitigen und systematischen Konsultationsmechanismus“ für Pilotprojekte, „horizontale Pakte“ und „vertragliche Partnerschaften“ zwischen der Kommission, der nationalen und regionalen/kommunalen Ebene in Bereichen bis zu Strukturförderung und Gemeinschaftsinitiativen.

Viertens: Daneben sollte auch der Ausschuss der Regionen eine stärkere Beratungs- und Analysefunktion erhalten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich weiterhin an der laufenden Konsultation zum Weißbuch „Europäisches Regieren“ zu beteiligen und Vorschläge einzubringen, erstens wie das Verhältnis zu den regionalen und lokalen Körperschaften und deren Beteiligung verbessert werden kann und zweitens wie aus steirischer Sicht die EU-Politik und der gesamte Prozess offener und für die Bürger leichter nachvollziehbarer wird. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesem Entschließungsantrag. (Beifall bei der ÖVP. – 18.05 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Weißbuch „Europäisches Regieren“, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

21. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 488/1, Beilage Nr. 60, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Prostitutionsgesetz, das Steiermärkische Veranstaltungsgesetz, das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens, das Steiermärkische Sammlungsgesetz, das Gesetz betreffend die Anstandsverletzung, Lärmerregung und Ehrenkränkung geändert werden.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Benjamin Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (18.05 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Es geht hier bei der Einl.-Zahl 488/3 um die Euromrechnung. Es sollen die Schillingbeträge korrekt in Eurobeträge umgerechnet werden.

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf, mit dem das Steiermärkische Prostitutionsgesetz, das Steiermärkische Veranstaltungsgesetz, das Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens, das Steiermärkische Sammlungsgesetz, das Gesetz betreffend Anstandsverletzung, Lärmerregung und Ehrenkränkung geändert wird, wird zum Beschluss erhoben. Ich bitte um Annahme. (18.07 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Tagesordnungspunkt 21 gibt es keine Wortmeldung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

22. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 521/1, zum Beschluss des Steiermärkischen Landtages, betreffend Durchforstung des Landesrechtes auf behindertendiskriminierende Bestimmungen.

Berichterstatteerin ist die Frau Landtagsabgeordnete Walburga Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (18.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Mit diesem Stück, Einl.-Zahl 521/1, legt die Landesregierung den Bericht der Arbeitsgruppe vor, die die Aufgabe hat, das bestehende Landesrecht auf etwaige diskriminierende Bestimmungen gegenüber behinderten Menschen zu durchforsten und dem Landtag jährlich über die Ergebnisse einen Bericht zu erstatten.

Diesen Bericht hat federführend die Abteilung Verfassungsdienst übernommen.

Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der von der jeweiligen Sache berührten Abteilungen sowie von behinderten Menschen hat intensiv getagt.

Der vorliegende Bericht ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Bericht behandelt Baugesetz, Raumordnung, Aufzugsgesetz, Wohnbauförderungsgesetz, Jugendwohlfahrtsgesetz, Pflegeheimgesetz und Behindertengesetz. Der zweite Bericht behandelt alle übrigen Landesgesetze. Ich ersuche um Kenntnisnahme des Berichtes. (18.09 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatteerin.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile es ihr.

Abg. Wicher (18.09 Uhr): Danke! Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Je weiter der Tag fortschreitet, desto spärlicher werden zwangsläufig die Wortmeldungen. Ich denke aber, dass so viel Zeit sein muss, dass ich mich hier – ich denke in Ihrer aller Namen – bei der Menschenrechtskoordinatorin des Landes Steiermark, der Frau Dr. Ebner-Vogl, herzlich bedanke. Sie ist heute leider nicht da. Ich habe gehört, sie ist erkrankt. Ich wünsche ihr recht gute und baldige Genesung.

Weiters – und das sage ich wirklich mit Nachdruck – würde ich mich gerne bei der Arbeitsgruppe bedanken, die sich aus Vertretern und Vertreterinnen der Behindertenorganisationen zusammengesetzt hat. Namentlich würde ich gerne erwähnen: Frau Judith Riemer vom Österreichischen Zivilinvalidenverband und Herrn Wolfgang Mizelli von der „Selbstbestimmt leben – Initiative Steiermark“ hier in Graz, Herrn Dr. Peter Rudlof der für „Ein Prozent für behinderte Kinder und Jugendliche“ an dieser Arbeitsgruppe teilgenommen hat und Herrn Mag. Udo Strallhofer von der Steirischen Lebenshilfe.

Es war meiner Ansicht nach eine Sisyphusarbeit, die die Arbeitsgruppe auf sich genommen hat. Es sind eine unendliche Anzahl von Landesgesetzen durchforstet worden. Dass man nur elf Sitzungen dazu gebraucht hat, erscheint mir fast unwahrscheinlich bei der Fülle dieser Gesetze, die wir in unserem Land haben.

Zusätzlich würde ich mich noch gerne bei den einzelnen Rechtsabteilungen bedanken, die ja auch in diese Arbeit eingebunden waren und deren Stellungnahmen uns jetzt vorliegen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.11 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (18.11 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Wicher hat schon die Namen der Personen angeführt, die dankenswerterweise und unentgeltlich das auf sich genommen haben, die gesamte Rechtsmaterie zu durchforsten. Ich will es ganz kurz machen. Wenn Sie diesen Dank teilen und wenn Sie diese Arbeit wertschätzen, führt kein Weg daran vorbei, dass wir die nächsten Schritte setzen.

Der Entschließungsantrag der Grünen – mit Kollegin Annemarie Wicher zusammen – geht in diese Richtung, und zwar hat der Landtag hier diese Arbeitsgruppe eingerichtet. Es betrifft eine ganze Reihe von Gesetzen. Die Änderungsnotwendigkeit, der Antragstext im engeren Sinn, lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Durchforstung des Landesrechtes hinsichtlich behindertendiskriminierender Bestimmungen umzusetzen und zu diesem Zwecke im Landtag eine Regierungsvorlage einzubringen, die die Novellierung all jener Landesgesetze umfasst, die behindertendiskriminierende Bestimmungen enthalten.

Ich möchte noch dazusagen, dass das eine Tätigkeit ist, die sich quasi in die Vergangenheit richtet. Ich sage das deswegen, weil es meines Wissens einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der SPÖ gibt, der – wenn ich das so salopp formulieren darf – sich in die Zukunft richtet und aussagt, in Hinkunft soll der Landtag darauf achten, keine weiteren diskriminierenden Passagen in Gesetze hineinzuformulieren.

Unser Antrag richtet sich dorthin, wo in bestehenden Gesetzen, die irgendwann einmal beschlossen worden sind, solche diskriminierenden Passagen enthalten sind und dass diese verändert werden sollen. Ich bitte um Ihre Unterstützung. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 18.14 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile es ihr.

Abg. Gross (18.14 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem uns nun diese umfassenden zwei Berichte der vom Landtag geforderten Arbeitsgruppe, die zur Durchforstung des Landesrechtes auf behindertendiskriminierende Bestimmungen eingesetzt wurde, vorliegt, möchte ich mich dem Dank der Frau Abgeordneten Wicher und dem Dank der Frau Klubobmann Lechner-Sonnek bei der Arbeitsgruppe namens meiner Fraktion anschließen. Ich möchte im Detail jetzt auch nicht auf die einzelnen Punkte eingehen, möchte im Haus nur festhalten, dass ich wirklich mehr als nur froh bin, dass wir endlich von allen Fraktionen einen Termin für den Unterausschuss bestätigt bekommen haben für die Vorbereitung der Enquete für behinderte Menschen und einen Termin für den ersten Unterausschuss zum neuen Gesetz über die Hilfeleistungen für Menschen mit Behinderungen, besser bekannt unter dem Steiermärkischen Behindertengesetz, wo wir auch darüber reden werden, dass wir nicht nur im Nachhinein aufzeigen sollen und müssen, dass Gesetze auf behindertendiskriminierende Bestimmungen durchforstet werden müssen, sondern dass wir dieses Bewusstsein um unsere Mitbürger, nämlich behinderte Menschen bereits bei der Erstellung von allen Gesetzesentwürfen besonders beachten sollten. Um dies vorzubereiten muss allerdings ein komplexes System strategischer Steuerung aufgebaut werden. Wir werden den Antrag der Grünen selbstverständlich unterstützen, stellen aber einen unserer Ansicht nach weiter gehenden Antrag.

Unselbstständiger Entschließungsantrag der Abgeordneten Gross, Wicher und Schrittwieser. Die im Ausschuss beschlossene Regierungsvorlage zum Beschluss des Steiermärkischen Landtages betreffend Durchforstung des Landesrechtes auf behindertendiskriminierende Bestimmungen zeigt eine Reihe von Rechtsbereichen des Landes auf, in denen seitens der VertreterInnen der behinderten Menschen in der Steiermark sachlich nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlungen geortet werden. Danach sind alle betroffenen Gesetze angeführt, Ihnen liegt ja dieser Antrag vor.

Da davon auszugehen ist, dass weder die Steiermärkische Landesregierung noch der Landtag bewusst oder fahrlässig behindertendiskriminierende Regelungen erlassen will, sollte eine entsprechende Sensibilisierung erfolgen, die auch in den Rechtsvorschriften zum Ausdruck kommen muss.

Daher wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Erstellung von allen Gesetzesentwürfen darauf Bedacht zu nehmen, dass keine behindertendiskriminierenden Bestimmungen aufgenommen werden.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Erlassung von Verordnungen keine Regelungen zu normieren, die eine Diskriminierung von behinderten Menschen darstellen können.

Drittens: Der Steiermärkische Landtag bekennt sich dazu, dass in den laufenden Unterausschüssen darauf geachtet wird, dass keine behindertendiskriminierenden Regelungen in die zu beschließenden Gesetze aufgenommen werden. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 18.17 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 22 liegt nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und ÖVP, betreffend Durchforstung des Landesrechtes auf behindertendiskriminierende Bestimmungen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Beseitigung behindertendiskriminierender Bestimmungen im Landesrecht, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

23. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit, Einl.-Zahl 590/1, betreffend Novellierung der Richtlinien für die Gewährung von Bedarfszuweisungsmitteln an Gemeinden zu den Anträgen Einl.-Zahl 18/1, Einl.-Zahl 26/1 und Einl.-Zahl 151/1.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (18.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Ich berichte über den Selbstständigen Antrag des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit. Der Herr Präsident hat bereits in seinen Ausführungen erwähnt, um welche Anträge es sich handelt. Der Antrag liegt Ihnen vor. Ich bitte, diesen zur Kenntnis zu nehmen beziehungsweise diesem zuzustimmen. (18.18 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Berichterstatter Klubobmann Landtagsabgeordneter Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (18.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Sie haben gehört, Bedarfszuweisungen, ein Punkt, der im Unterausschuss behandelt wird. Hier liegen mehrere Anträge vor. Es wurden hier Verhandlungen geführt. Zum einen über die Neuregelungen der Bedarfszuweisungen insgesamt und zum zweiten über einen Gemeindeförderungskatalog, wo ersichtlich sein sollte, welche Förderungen an welche Gemeinden unter welchen Voraussetzungen ergehen.

Bei der letzten Unterausschuss-Sitzung hat sich dann der Ausschuss dahin gehend geeinigt, einen Selbstständigen Antrag einzubringen, der lautet, dass man einmal grundsätzlich die Richtlinien, die am 4. Dezember 2000 beschlossen worden sind, neu zu überarbeiten sind, denn hier sind nach den vorliegenden Ergebnissen doch noch Ungereimtheiten festgestellt worden, die jetzt einer Bereinigung zugeführt werden sollen.

Der Antrag, wie gesagt, liegt Ihnen vor, sie sind davon in Kenntnis gesetzt. Des Weiteren teile ich aus freier Sicht mit, dass Ihnen heute ein neuerlicher Antrag über Bedarfszuweisungen von der FPÖ zugegangen ist, und darin stellen wir uns vor, dass genau jene Bedarfszuweisungsmittel, also jenes öffentliche Geld, das den Gemeinden zukommt, einmal einfach auf Regionen aufgeteilt werden sollte.

Wir verlangen die Zuständigkeit nur durch ein Regierungsmitglied. Das Bundesland Steiermark ist das einzige Bundesland, wo Zuständigkeit für die Gemeinden auf zwei Regierungsmitglieder aufgeteilt sind.

Zweitens Aufwertung der regionalen Planungsbeiräte und Übernahme der Projektverantwortlichkeit. Das heißt auch, dass wir insgesamt mit der EU beziehungsweise mit den Fördermitteln, die von der EU zur Verfügung gestellt werden, diese zusammenführen und damit pro Jahr eine Region betrauen beziehungsweise betreuen sollten und jene Projekte, die dort in gemeinsamer Arbeit vorgestellt und erarbeitet werden, diese dann einer Enderledigung zuführen wollen.

Punkt drei, regionale Schwerpunktsetzung, das ist ähnlich wie im Punkt zwei. Hier sehen wir, dass bei genügender, guter und hervorragender Vorarbeit es möglich sein muss, diese Region aufzuwerten.

Punkt vier, Festlegung von Spielregeln für die Bewertung der Projekte und die perfekte Aufteilung zu erwartender Erträge auf die beteiligten Gemeinden, zum Beispiel Modelle für interkommunalen Finanzausgleich. Diese Frage ist natürlich auch geklärt von unserer Seite, das heißt, dass unter ganz genau vorgegebenen Spielregeln hier etwas zu erwarten ist. Eines dabei ist zu bedenken und nicht zu vergessen, dass jeder eingesetzte Schilling an Förderung sich durch die Privatwirtschaft bis auf das Fünffache erhöhen kann. Das heißt, dass eine Region daraus einen gewaltigen Nutzen ziehen kann für die einzelnen Gemeinden, für die Region selbst. Das sind die neuen Aspekte und Ansätze, die wir hier eingebracht haben.

Ich bin mir als Vorsitzender dieses Ausschusses sicher, dass wir hier sehr lange und noch sehr viel diskutieren werden, um das auch einer Enderledigung zuführen zu können.

Zum Abschluss ersuche ich, diesem Antrag zuzustimmen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 18.22 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile es ihr.

Abg. Lechner-Sonnek (18.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte gleich mit einem Entschließungsantrag der Grünen beginnen, betreffend Offenlegung der Bedarfszuweisungen. Dass die Grünen sich das wünschen und das wiederholt gefordert haben, dürfte Ihnen sicher nicht neu sein.

Der Text unseres Entschließungsantrages geht auf die gesetzlichen Grundlagen ein und zitiert ein Gutachten des Bundeskanzleramtes, des Verfassungsdienstes vom September 1999, in dem eindeutig festgehalten wird, dass die Weigerung der Landesregierung Bedarfszuweisungen offen zu legen, nicht der Rechtslage entspricht und insbesondere nicht auf Datenschutzrecht gestützt werden kann. Es ist hier die Rede davon, dass Transferleistungen stets nur auf Grund einer gesetzlichen Regelung zulässig sind, dass Daten über eine bestimmte Bedarfszuweisung an eine bestimmte Gemeinde keine personenbezogenen Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes sind, dass sie sich nicht auf einen bestimmten oder bestimmbar Betroffenen beziehen.

Und der Verfassungsdienst hält schließlich fest in seinem Gutachten, „dass an der Geheimhaltung von Daten über Bedarfszuweisungen kein gegenüber den Informationsinteressen der Öffentlichkeit vorrangiges schutzwürdiges Interesse anzunehmen ist. Dies deshalb, weil die im Rahmen von Transferleistungen zugewiesenen Gelder öffentliche Gelder sind, an deren zweckentsprechender Verwendung ein eminentes öffentliches Kontrollinteresse besteht, welches wohl schwerer wiegt als einzelne Geheimhaltungsinteressen einzelner Gemeinden.“ Ende des Zitates!

Wenn hier – kurze Anfügung – von Geheimhaltungsinteressen einzelner Gemeinden die Rede ist, möchte ich darauf hinweisen, dass Gemeinden ihre Bedarfszuweisung und deren Verwendung im Rechnungs-Abschluss offen zu legen haben. Das heißt, da wird nicht sehr lange etwas geheim gehalten. Das ist gar nicht möglich nach der Steiermärkischen Gemeindeordnung.

In der Debatte über diesen Wunsch und diese Forderung der Grünen ist ein Begriff aufgetaucht, den ich sehr bezeichnend gefunden habe und gleichzeitig auch sehr bedenklich, nämlich der Begriff „Neid“. Es hat geheißen, wenn die Bürgermeister voneinander wissen, was sie bekommen haben oder nicht bekommen haben, dann werden sie einen Neid aufeinander haben.

Ich denke, es handelt sich hier, wenn man das vermeiden möchte, wenn man diese Angst hat, offensichtlich um ein Gleichgewicht des Nichtwissens, an dem irgendjemand gesteigertes Interesse haben muss. Ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen, was dann passiert, wenn die Bürgermeister das voneinander wissen und wenn sie wirklich, was ich ja nicht gleich unterstützen möchte, aber wenn sie wirklich Neid empfinden würden, was würde passieren? Würden sie miteinander telefonieren und einander Vorhaltungen machen? Würden sie öffentlich aneinander geraten? Ich glaube, beides würde nicht passieren.

Was aber mit Sicherheit passieren würde, wäre, dass diese Bürgermeister sich an die Personen wenden, die für die Entscheidung zuständig sind, wer welche Höhe von Bedarfszuweisungen bekommt. Das heißt an die Landeshauptfrau und an den ersten Landeshauptfraustellvertreter. Und das soll offensichtlich vermieden werden. Dieses System, wie wir es derzeit haben, funktioniert also nur, wenn der eine vom anderen nichts weiß.

Was mir auch aufgefallen ist in dieser Debatte, war, dass die anwesenden Landtagsabgeordneten – fast ausschließlich Bürgermeister – mehr als Bürgermeister agiert haben als als Landtagsabgeordnete. Man könnte auch sagen, sie haben als Geheimräte agiert, denn sie haben auch argumentiert, warum das nicht geschieht ist, warum man das nicht machen sollte.

Meine Vorstellung vom Landtag ist, dass dem Landtag alles daran gelegen sein muss, die Verwendung öffentlicher Mittel transparent zu machen, um jeder Person und jeder Institution die Möglichkeit zu liefern, sich selbst ein Bild darüber zu machen, ob das eine gerechtfertigte oder nicht gerechtfertigte Entscheidung war oder auf welcher Basis diese Entscheidung gefällt worden ist. Der Landtag muss eigentlich ein natürliches Interesse haben – als Kontrollinstanz der Regierung – zu wissen, was da an Mitteln vergeben worden ist und nach welchen Kriterien. Und der Landtag muss auch daran interessiert sein, Transparenz anderen gegenüber herzustellen, denn das sind auch Mittel, über die hier im Budget des Landes beschlossen wird. Etwas im Übrigen – ich komme noch einmal auf die Gemeinden zurück –, was für Gemeinden ganz selbstverständlich ist, eben im Rechnungsabschluss oder auch im Budget, all das ist öffentlich.

Eines möchte ich noch abschließend sagen: Wir haben in der Diskussion auch den Leiter der zuständigen Rechtsabteilung zu Gast gehabt, den Leiter der Rechtsabteilung für Gemeindeangelegenheiten, der eine ganz andere Rechtsauffassung vertreten hat. Er sagte, dass Vergabe unter Amtsgeheimnis fällt. Seine Rechtsauffassung steht der des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes gegenüber, steht einem Gutachten von Prof. Funk gegenüber und steht der Rechtsauffassung des legistischen Dienstes des Landtages gegenüber.

Herr Hofrat, mir wurde von Menschen, die Jus studiert haben, gesagt – ich habe das nicht, gebe ich gleich zu –, dass sie nicht sicher sind, ob Sie mit dieser Rechtsauffassung bei einer Prüfung im Verwaltungs- oder Verfassungsrecht durchgekommen wären. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 18.29 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dirnberger (18.29 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Bedarfszuweisungsmittel sind natürlich nicht nur bei den Gemeinden begehrt, sondern anscheinend auch bei den verschiedenen Landtagsfraktionen. Es geht da ja doch um eine beträchtliche Summe von 1,4 Milliarden Schilling. Unbestritten ist wohl, dass es Gemeindegelder sind. Es steht dieses Geld den Gemeinden zu. Es gibt verschiedene Anträge und verschiedene Ideen.

Fakt ist, dass die Landesregierung im letzten Jahr Richtlinien für die Vergabe beschlossen hat, wo es drei Punkte gibt. Zum einen sollen diese Mittel für den Ausgleich von Härten verwendet werden sowie für Haushaltsabgänge und für Projektförderung.

Hier hat sich in der Praxis herausgestellt, dass es doch, vor allem bei finanzschwachen Gemeinden, bei der Eigenmittelaufbringung von Projektförderungen Schwierigkeiten gibt. Und da kann man jetzt aus verschiedenen Erfahrungen Anpassungen vornehmen.

Das haben wir im Ausschuss auch sehr intensiv diskutiert, weil auch gegensätzliche Standpunkte vorhanden waren. Aber es war sicher eine sehr interessante Diskussion.

Aus meiner Sicht glaube ich, dass es nach wie vor wichtig ist, dass es Fördersätze gibt bei Projektförderungen, dass es notwendig sein wird, den finanzschwachen Gemeinden, für die, glaube ich, Bedarfszuweisungsmittel in erster Linie zur Verfügung stehen sollen, dass man denen stärker die Möglichkeit eröffnet, Projekte umzusetzen, dass es aber auch notwendig sein wird, darauf zu achten, was ist notwendig, wenn eine Gemeinde investiert und was ist – wenn ich es so bezeichnen darf – schon Luxus. Weil eine finanzstarke Gemeinde kann sich halt eine Schule um 50 Millionen leisten und vielleicht sind gar nicht 50 Millionen notwendig, sondern nur 35.

Das sind nur so einige Punkte.

Zu dem Vorschlag von den Freiheitlichen: Wenn man das so durchführen würde, wie da vorgeschlagen, möchte ich nur einen Satz verlieren, weil es wird ja unweigerlich auch in den Unterausschussverhandlungen dann besprochen und verhandelt werden, das würde bedeuten, dass finanzschwache Gemeinden vier Jahre Stillstand haben. Wenn ich nur alle fünf Jahre mit den Bedarfszuweisungsmitteln in eine Region komme, dann stehen manche Gemeinden wirtschaftlich vor dem Ruin, weil wir einige finanzschwache Gemeinden haben, vor allem kleinere im ländlichen Raum, die diese Mittel schon für den Haushaltsabgang zum Ausgleich brauchen. Das heißt, hier wird sicher eine sehr interessante Diskussion noch stattfinden. Aus meiner Sicht ist dieser Weg sicher nicht durchzuführen.

Gemeindeförderungsbericht: Wir haben uns darauf geeinigt, dass ein Gemeindeförderungsbericht erstellt wird. Da ist alles nachzulesen, was an Fördermittel hinausgegangen ist und vor allem nach Sparten. Für das Feuerwehrwesen und so weiter und dergleichen. Das ist einstimmig, ich weiß nicht genau, aber zumindest mehrstimmig vereinbart worden. Und dass die Richtlinien angepasst werden. Hier sollen die Gemeindevertretungen, sprich Städtebund und Gemeindebund, eingebunden werden. Ich glaube, da sind wir auf dem richtigen Weg. Die Interessenvertretungen werden sicherlich ihre Meinungen einbringen und es werden in Zukunft sicher nach objektiven Kriterien diese Bedarfszuweisungsmittel weiter vergeben. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.33 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (18.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Bedarfszuweisungen, wie sie vorher schon von meinen Kolleginnen und Kollegen gehört haben, sind ein sehr wichtiger Punkt zur Förderung der Regionen und der Gemeinden. Wenn wir hier die verschiedenen Anträge, und ich würde auch sagen Wünsche, heute gehört haben, ich glaube, dann ist ein Selbstständiger Entschließungsantrag ein ganz entscheidender, bei dem ja alle Parteien mitgegangen sind, der sagt, dass man auf Grund der Praxis, die wir jetzt haben mit den Richtlinien, diese verändern sollen.

Ich würde sagen, wenn es nach den Wünschen der Sozialdemokraten geht, schaffen wir diese Richtlinien ab. Denn ich glaube – und das wissen Sie, wie Sie politisch mit Ihren Mandataren in den Gemeinden dort auch vertreten sind –, dass gerade dann, wenn es Bedarfsmittel für dringende Vorhaben oder Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gibt, die Beschlüsse wahrscheinlich zu 99 Prozent einstimmig sind, das heißt, es ist eigentlich dort vor Ort getragener Mut, dort vor Ort getragene Entscheidung, diese Mittel auch richtig einzusetzen.

Ich möchte aber ein bisschen weiter gehen – der Herr Klubobmann, Lafer Franzi, ist gerade beschäftigt –, aber weil er gesagt, man müsste hier alle vier Jahre eine Förderung geben und dann in Regionen das konkret setzen. Also in der Praxis möchte ich das nicht unbedingt durchsetzen müssen, weil ich glaube, man hat vom Vorredner schon gehört, wie ist das möglich, wie sollen dann Gemeinden überhaupt ihr Budget erstellen, erstellen sie dann ein Vierjahresbudget und nicht mehr jährlich, weil ich glaube, sonst wäre ein Abschluss gar nicht möglich, weil man es ja nicht umsetzen kann. Aber ich möchte schon dazusagen, was soll man mit Bedarfsmitteln eigentlich erreichen. Erreichen soll man, schnell, unbürokratisch, sofort helfen zu können, um dort den Hebel anzusetzen, wo es nötig ist. Wenn sie Infrastrukturmittel brauchen, weil sich eine Firma zufällig in der Steiermark ansiedelt und nicht im Burgenland, wo man etwas bessere Förderungsmöglichkeiten hat, dann kann man sofort reagieren, ebenfalls mit Bedarfsmitteln. Solche Entscheidungen müssen oft innerhalb von 14 Tagen bis vier Wochen getroffen werden, um sofort zuschlagen zu können. Wir alle wissen, dass wir Arbeitsplätze brauchen. Wie kann man sich das vorstellen, wenn man ein Vierjahreskonzept hat? Da muss ich sagen, du musst in fünf Jahren wieder kommen, weil da bin ich dran, da habe ich vielleicht die Möglichkeit. Ich glaube, das wäre für die Regionen gar nicht umzusetzen. Aber ich möchte mich auf das nicht festlegen, weil es heißt, dann habe ich mehr Mittel. Ich glaube, wir alle wissen, wenn wir 10 Millionen weniger pro Tag oder 3 Milliarden weniger nach Wien schicken, dann haben wir viele Möglichkeiten mehr, hier in der Steiermark die Mittel einzusetzen und den Gemeinden wirklich zu helfen.

Ich möchte zur Kontrolle beziehungsweise Offenlegung nur sagen, ich glaube, auch hier kann man ganz ruhig sagen, es ist eigentlich offen gelegt. Also ich sehe so, weil die Kontroll-Ausschüsse der Gemeinden ja meistens von der schwächsten Fraktion – also ich hoffe, dass es überall so ist – besetzt sind und die ja wohl feststellen können, was ist an Bedarfsmitteln gekommen und was nicht. Aber es ist natürlich auch so, dass es leichter ist, wenn es auf einer Liste ist, aber wer sich bemüht, der kann sich das besorgen und das wird sicher nicht das Problem sein, und es wird hier einen Bericht geben, wie man sich geeinigt hat, wo die gewissen Sparten aufgeschlossen sind, wo man sieht, wofür ist das Geld verwendet worden. Aber ich glaube, entscheidend ist, dass die Gemeinden draußen vor Ort dem Strom entgegenwirken können, gerade mit den Bedarfsmitteln, der auf uns zukommt, dass man von den Postämtern bis zu den Finanzämtern, Bezirksgerichten zusperrt. Das geht eigentlich gegen die Regionen. Die Volkszählung hat uns gezeigt, wo wir sind und ich glaube, wir brauchen dort flexible, schnelle Möglichkeit und deshalb würde ich hier die Bitte stellen, dies zu überdenken und diese Richtlinien überhaupt abzuschaffen, denn ich glaube, die Gemeinden sind kompetent genug, um das richtig zu entscheiden mit ihren Gemeindevertretern und Bürgerinnen und Bürgern. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.37 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Nunmehr hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek noch einmal zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (18.37 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nur ganz kurz. Ich habe vorhin verabsäumt, den Antragstext zu verlesen. Ich möchte ihn jetzt verlesen in Abwesenheit der beiden politischen Referenten, wovon sich die Frau Landeshauptmann entschuldigen hat lassen. Ich möchte ihn noch einmal stärker betont verlesen, weil ich nicht die Absicht habe über 500 Gemeinden anzurufen, um zu diesen Daten zu kommen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag einmal pro Jahr über die Vergabe von Bedarfszuweisungen, aufgeschlüsselt nach Gemeinden und Projekten, Bericht zu erstatten. Danke! (18.38 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Offenlegung der Bedarfszuweisungen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

24. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 591/1, betreffend stichprobenweise Überprüfung der Projektentwicklung (Bedarfsplanungsphase bis Ausführungsphase) des Neubaus der Bezirkshauptmannschaft in Murau.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (18.39 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 9. Oktober 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 25, betreffend stichprobenweise Überprüfung der Projektentwicklung, Bedarfsplanungsphase bis Ausführungsphase, des Neubaus der Bezirkshauptmannschaft in Murau, Einl.-Zahl 591/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes betreffend stichprobenweise Überprüfung der Projektentwicklung, Bedarfsplanungsphase bis Ausführungsphase, des Neubaus der Bezirkshauptmannschaft wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche daher um Kenntnisnahme. (18.40 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Bacher (18.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ein paar Sätze zu diesem Rechnungshofbericht, nachdem dieser BH-Neubau ja schon durch viele Medien gegeistert ist, und ich bin schon gefragt worden, wie ich mich dazu stelle, nämlich dass in Murau, in der Holzstadt Steiermark und Holzalpmach oder wie immer es genannt wird, ein Glaspalast entsteht. Ich möchte in ein paar Sätzen – und ich weiß, dass es schon relativ spät ist – diese Problematik ein bisschen trennen. Einerseits über den Ablauf über das Verfahren, wie es dazu überhaupt gekommen ist, und auf der anderen Seite meine persönliche Meinung zu diesem Bau, zu dieser Architektur zumindest hier im Haus darlegen, weil ich der Meinung bin, dass wir ruhig darüber diskutieren können. Architektur und Kunst sind immer eine spannende Herausforderung und vor allem auch in einer Region, die ja – (Abg. Gennaro: „Wir sehen ja in Graz, wie spannend das ist!“) – du kennst das ja vom Kunsthaus. Aber wir haben das Kunsthaus jetzt in Murau, lieber Kurt Gennaro. Das war das ursprüngliche Trigon-Haus und es ist auch derselbe Architekt. Da siehst du, wie wir eigentlich der Zeit schon voraus sind in Murau. Wir sind da wesentlich weiter als die Grazer und wir sind auch dankbar, dass wir das gekriegt haben.

Zwei Sätze nur zum Verfahren. Es ist schon interessant, dass es von der Idee bis zur Umsetzung letzten Endes 13 Jahre gedauert hat. 13 Jahre hat man geplant, diskutiert, Vorschläge erarbeitet. Es ist auch sehr viel Geld hineingeflossen in diese Vorbereitungsphase, diese Planungsphase und es war auch interessant und es geht aus dem Rechnungshofbericht auch hervor, dass dieses Projekt sehr dem Wechsel von Vorständen in den Abteilungen unterlegen ist. Zum Beispiel hat in der Rechtsabteilung 10 von der ursprünglichen Idee das Gebäude am Hauptplatz zu sanieren und den bestehenden Bau auszubauen, zu sanieren, diese plötzlich eine Veränderung erfahren hat, weil der neue Hofrat der Meinung war, es muss neu gebaut werden. Und dann ist man auf die Suche nach Standorten gegangen und nach neuen Ideen und ist eben so zu diesem Standort gekommen, der jetzt im Bau ist und wo dieses neue Bezirkshauptmannschaftsgebäude errichtet wurde oder wird.

Es ist auch die Frage der Kostenentwicklung interessant und es ist natürlich schon ein Thema in der Region, wenn man dann in der Zeitung liest, Kostenexplosion, unheimliche Verteuerung. Das war ursprünglich gar nicht so geplant. Im Jahre 1989 hat man geglaubt, am Standort mit 15 Millionen Schilling auszukommen. Dann hat man wieder neu geplant und ich habe mir das ein bisschen herausgeschrieben. Im Jahre 1992 war man plötzlich bei 55 Millionen Schilling. Dann hat es einen Architektenwettbewerb gegeben im Jahre 1996, da hat es dann heißen zwischen 42 und 50 Millionen Schilling. Letzten Endes haben wir dann, glaube ich, im Jahre 1998 oder 1999 hier im Landtag ein Volumen von 54 Millionen Schilling beschlossen, jetzt sind wir bei 76 Millionen Schilling, ohne Einrichtung, ohne Telefonanlage.

Das ist schon bezeichnend, durch diesen ständigen Wechsel, auch in der Bauabteilung, von der 4 a zur 4 b zur 4 c, dann wieder zurück zur 4 a, hat man am Ende nicht mehr gewusst wer zuständig ist. Ich habe mit dem Architekten ein längeres Gespräch geführt. Ich habe gesagt: „Sie, Herr Architekt, wie kann so etwas überhaupt passieren, dass man ursprünglich sagt, das Gebäude kostet zwischen 42 und 50 Millionen Schilling und dann

letzten Endes rechnet man bei 80 bis 90 Millionen Schilling ab!" Da sagt er mir: „Wissen Sie, was das Schwierigste war bei diesem Bau, dass ständig die Ansprechpartner gewechselt haben. Es hat immer wieder andere Ansprechpartner gegeben und man hat am Ende dann nicht mehr gewusst, wer wofür zuständig ist!" (Abg. Gennaro: „Nein, das stimmt nicht!") Na ja, das war einfach so, Kurt Gennaro, und du weißt es ja beim Kunstwerk in Graz. Ich sage es noch einmal, wir haben jetzt unser Kunstwerk in Murau. Wir werden uns auch als Kulturhauptstadt Murau von Europa bewerben, weil wir glauben, dass wir viel mutiger sind als die Grazer.

Ich sage auch etwas zur Kunst am Bau. Das ist ja in einer Größenordnung von 300.000 Schilling in dieser Summe beinhaltet. Hier kritisiere ich, dass man nicht den Mut gefunden hat, heimische Künstler zu verwenden oder heimische Künstler zu bitten, dass sie einfach ihre Ideen einbringen, sondern man hat jetzt eine Dame aus London gebeten, ein wunderschönes, tolles Kunstwerk zu machen.

So, und jetzt komme ich zur spannenden Frage, warum aus Glas und nicht aus Holz. Persönlich habe ich auch wechselndes Interesse gehabt am Bau. Am Anfang habe ich mir überhaupt nichts vorstellen können. Ich habe mir gedacht, da werden überhaupt nur Betonpilote in den Steilhang geschlagen. Es war für die Gemeinde natürlich interessant, weil es in Wahrheit eine Altlastensanierung dort auch gegeben hat, vom Standort her. Und ich habe mir gedacht, warum baut man eigentlich in Murau, in einer Holzstadt, so einen Glaspalast? Ich sage das bewusst, Glaspalast, weil viele auch diese Meinung haben, na ja, alles ist Glas, das weiß ich schon, die gläserne BH. Die Bezirkshauptmannschaft soll ja offen sein, zugänglich sein, einsichtig für jeden. Aber wir haben halt Holzköpfe auch und die haben eine andere Meinung zu diesem Thema.

Ich glaube nur, dass es interessant ist, denn im Jahr 1996 hat es diesen Architektenwettbewerb gegeben und im Jahr 1995 hat es die Landesausstellung „Holzzeit“ in Murau gegeben. Wir haben bei dieser Landesausstellung – ich sage das nur nebenbei – 200.000 Besucher gehabt. Herr Präsident Kinsky, ich freue mich, wenn das Weiz und Gleisdorf auch erreichen. Und ich habe mir eigentlich erwartet, dass zumindest beim Architektenwettbewerb das Thema „Holz“ auch eine Kategorie, zumindest ein bisschen eine Idee, haben sollte. Auch hier hat mir der Architekt gesagt, dass dieses Thema „Holz“ nicht vorgesehen war bei dem Architektenwettbewerb, im Gegenteil, hätte man Holz verwendet, hätte es noch einmal eine Kostenvertenerung laut seiner Auskunft um zirka 20 Prozent gegeben.

Weil ich mir gedacht habe, ein konstruktiver Holzbau wäre eine spannende Sache gewesen, ich muss nicht alles aus Holz machen, aber ein konstruktiver Holzbau wäre ein Vorzeigeprojekt auch über die Landesausstellung hinaus gewesen. Aber jetzt haben wir diesen Stahl-Glas-Bau, diese Konstruktion, und ich denke letzten Endes passt das auch hinein in den Holzbezirk Murau.

Es ist natürlich ein neuer Zugang und es ist insofern eine tolle Geschichte, weil man sagt, man kann in Murau etwas zulassen. Es muss nicht alles aus Holz sein. Und es ist ein neuer Zugang zu einer neuen, modernen Architektur.

Dort, wo ich die Probleme sehe, dass wahrscheinlich die Räumlichkeiten schon jetzt zu klein sind, weil da gibt es bestimmte Vorgaben vom Landesrechnungshof. So höre ich, dass die sagen, ein A-Beamter darf so viel Quadratmeter haben, ein B-Beamter so viel Quadratmeter und so weiter. Das halte ich, gelinde gesagt, für einen völligen Schwachsinn. Dort, wo die Hackler sind, dürfen sie die wenigsten Quadratmeter haben. Dort, wo die Repräsentationsräume sind, dürfen sie am meisten haben. (Abg. Schrittwieser: „Die Kaffeemaschine kostet nur 5 Millionen Schilling!") Ich verstehe das schon, da kommt die Kaffeemaschine noch dazu. Ich sage das nur nebenbei, das ist unverständlich. Das ist unverständlich für mich, weil letzten Endes, noch dazu wenn jetzt die Bezirkshauptmannschaften aufgewertet werden, mehr Kompetenz kriegen, mehr Verantwortung, mehr Bürgerservice ist, hilft mir zwar die Außenhaut aus Glas relativ wenig, aber wenn in Kürze wieder die Bediensteten aufeinander sitzen, dann werden wir unsere Probleme haben. Abgesehen davon, dass ich hoffe oder nicht hoffe, dass nach der Eröffnung, die im Frühjahr sein wird, letzten Endes schon zwei Monate später der Spatenstich für eine neue BH notwendig ist.

Abschließend sage ich, bei aller Problematik, da sieht man auch, dass man bei solchen Bauwerken erstens einmal im Land einen Ansprechpartner haben sollte, weil das für alle besser ist, letzten Endes auch kostenvermindernd ist, und nicht immer diese gewechselt werden sollten. Zweitens, dass man bei Architektenwettbewerben im öffentlichen Bereich auch mit der Bevölkerung reden und sie informieren muss. Ich habe den Eindruck gehabt, man hat einen Architektenwettbewerb gemacht. Dann ist man hergegangen und hat dann sofort, nach dem Wettbewerb, das Siegermodell, das dann festgestanden ist, schubladisiert, irgendwo hingestellt und nur nicht mit den Menschen, mit der Bevölkerung, geredet. Hier wäre es Aufgabe des damaligen politischen Referenten gewesen, einfach auch den Mut zu haben, auf die Bevölkerung zuzugehen und zu sagen, bitte schön, reden wir über diesen Bau, was hat sich der Architekt gedacht, was haben wir uns gedacht, damit das nicht so eine nachhaltige Wirkung hat wie jetzt. Und drittens sage ich, ich bekenne mich zu diesem Bau, weil ich der Meinung bin, dass das eine spannende Auseinandersetzung ist, Holz-, Glas- und Stahlkonstruktion.

Ich hoffe nur, dass wir insgesamt noch zu einem positiven Abschluss finden. Wir sind froh, dass wir dieses Gebäude haben. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.50 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gruber. Ich erteile es ihr.

Abg. Margarethe Gruber (18.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Ausschuss für Kontrolle haben wir den Bericht ganz aufgegliedert gehört. Wir wissen daraus, dass an diesem Vorhaben sehr viel schiefgegangen ist. Der Einzige, der dadurch gewinnen wird, wird wahrscheinlich der Fensterputzer sein. Lieber Kollege Bacher, wir haben Erfahrung mit großflächigen Fenstern. Ich biete dir unsere Erfahrung gerne an.

Was lernen wir daraus? Hoffen wir, dass bei künftigen Projekten die Abstimmung besser gelingt, dass es nicht zu so großen Differenzen kommt. Aber vor allem wünschen wir den Menschen, die in Zukunft in dieser BH arbeiten werden, ein konfliktfreies und ein glückliches Arbeiten. (Beifall bei der SPÖ. – 18.51 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, zum Tagesordnungspunkt 24 liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

25. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 469/1, der Abgeordneten Schleich und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Novellierung der Kehrordnung 2000.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (18.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Hier geht es um den Antrag Einl.-Zahl 469/1.

Im Zuge der im Juni 2000 beschlossenen neuen Kehrordnung ist bei den Strafbestimmungen ein Redaktionsfehler erfolgt. Dieser wurde zwar beim seinerzeitigen Unterausschuss besprochen, jedoch dann im Gesetzestext vergessen. Es geht hier um eine Novellierung der Steiermärkischen Kehrordnung.

Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen:

Erstens: In Paragraf 12 Absatz 1 Ziffer 3 wird das Wort „oder“ durch einen Beistrich ersetzt.

Zweitens: In Paragraf 12 Absatz 1 wird nach Ziffer 3 folgende Ziffer 3 a eingefügt: „3 a. Gegen die im Paragrafen 6 Absatz 1 litera c verankerten Pflichten verstößt oder“.

Drittens: Nach Paragraf 13 wird folgender Paragraf 13 a eingefügt:

„Paragraf 13 a, In-Kraft-Treten von Novellen.

Die Neufassung des Paragrafen 12 Absatz 1 Ziffer 3 und Ziffer 3 a durch die Novelle, LGBl. Nr., tritt mit dem seiner Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der, in Kraft.“ Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen. (18.53 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (18.53 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich darf zu diesem Tagesordnungspunkt einen Unselbstständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraf 51 der Geschäftsordnung einbringen, und zwar der Abgeordneten Dietrich und Wiedner betreffend Senkung der Kehrgebühren.

Im Juni 2000 wurde im Steiermärkischen Landtag nach mehrjährigen Verhandlungen die neue Kehrordnung beschlossen. Zuvor wurden die Verhandlungen im Unterausschuss für mehr als ein Jahr unterbrochen, da seitens des Unterausschusses beschlossen wurde, die neue Kehrordnung zusammen mit den durch Verordnung zu regelnden Kehrtarifen zu verhandeln.

Ein diesbezüglicher Verordnungsentwurf wurde vom zuständigen Landesrat zugesagt. Da dieser Verordnungsentwurf knapp vor der Legislaturperiode dem Landtag nicht zugeleitet wurde, wurde auf Initiative von FPÖ und SPÖ am Ende der Legislaturperiode die Novellierung der Kehrordnung ohne Neuregelung der Rauchfangkehrertarife beschlossen.

In der neuen Kehrordnung wurde die Anzahl der verpflichtenden Kehrungen reduziert:

- Feuerungsanlagen für gasförmige Brennstoffe: einmal jährlich
- Feuerungsanlagen für flüssige Brennstoffe: zweimal jährlich
- Feuerungsanlagen für feste Brennstoffe: dreimal jährlich beziehungsweise viermal (für Anlagen bis einschließlich 120 kW, die vor dem 1. Jänner 1995 hergestellt wurden).

Grund für die Novellierung der Kehrordnung war, dass man der Tatsache Rechnung tragen wollte, dass auf Grund der technischen Entwicklung und der immer größer werdenden Anzahl an modernen Heizeinrichtungen in den steirischen Haushalten nunmehr weniger Reinigungsaufwand sowie Überprüfungen von Seiten der Rauchfangkehrer notwendig sind. Die Neuregelung der Anzahl der Kehrungen sollte den steirischen Haushalten eine spürbare finanzielle Entlastung bei den Kehrgebühren bringen.

Nunmehr wurde im Dezember 2000 von der Landesregierung die neue Rauchfangkehrerhöchsttarifverordnung erlassen.

Diese Verordnung bringt das groteske Ergebnis, dass trotz weniger Kehraufwand die Gebührenbelastung für viele Konsumenten steigt:

Es wurde nämlich der 40-prozentige Entfernungszuschlag für Haushalte in Orten, in denen es keinen Rauchfangkehrer gibt, abgeschafft, im Gegenzug jedoch wurden die Kehrungen teurer. Was die „Kunden außer Standort“ weniger zahlen, müssen die anderen Kunden mehr zahlen. Dieser Umstand wurde auch bereits von der Arbeiterkammer kritisiert.

Von zahlreichen Gemeindebürgern wurden Beschwerden an uns herangetragen, dass es durch die neue Kehrordnung zum Teil um Kostensteigerungen von bis zu einem Drittel gekommen ist.

Beispiel: Heizanlage in Judendorf-Straßengel: erstes Halbjahr 2000: zirka 500 Schilling. Kosten für 2001: 720 Schilling.

Heizanlage in Sankt Georgen: Kosten erstes Halbjahr 2000: 660 Schilling. Erstes Halbjahr 2001: 992 Schilling.

Diese Tarifverordnung sollte sofort geändert werden, da es unhaltbar ist, dass in Zeiten, wo alle Bevölkerungsgruppen sparen müssen, eine Gruppe von Gewerbetreibenden bei weniger Arbeitsaufwand höhere Gebühren kassiert.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, die Rauchfangkehrerhöchsttarifverordnung im Sinne einer gerechteren Gebührengestaltung und unter dem Aspekt, dass ungerechtfertigte Gebührenerhöhungen bei gleichzeitigem geringeren Arbeitsaufwand vermieden werden sollen, zu novellieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich ersuche um Unterstützung dieses Antrages. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 18.57 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ und SPÖ, betreffend Senkung der Kehrgebühren ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Bitte abzählen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

26. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 474/1, der Abgeordneten Lafer, und Ferstl, betreffend Bau einer Landesakademie für die musizierende Jugend in Sankt Stefan ob Stainz.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (18.57 Uhr): Ich darf berichten über den Antrag mit der Einl.-Zahl 474/11. Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird um Umsetzung des einstimmigen Beschlusses vom Dezember 1999 aufgefordert, das Landesmusikheim in Sankt Stefan ob Stainz zu errichten, diese Landesakademie insbesondere für die musizierende Jugend zu nutzen und mit den Baumaßnahmen so rasch wie möglich zu beginnen. Bitte um Annahme. (18.58 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Tasch. Ich erteile es ihm.

Abg. Tasch (18.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter! Reden, die nicht in die Tiefe gehen, ziehen sich meistens in die Länge und daher komme ich zum Schluss. (Allgemeine Heiterheit.)

Der steirische Blasmusikverband ist im Jahr 1998 an die Steiermärkische Landesregierung mit der Bitte herangetreten, ein zentrales Tagungs- und Fortbildungszentrum einzurichten, das allen am Musikerleben des Landes beteiligten öffentlichen und privaten Institutionen und Verbänden zur Verfügung stehen soll. Vorbild dafür sind die seit 1970 in der Bundesrepublik Deutschland geschaffenen Bundes- und Landesakademien, die für den Bereich der Bildung, Kultur und Sozialpolitik inzwischen unverzichtbar geworden sind. Die Initiative ging deshalb vom steirischen Blasmusikverband aus, weil er mit seinen 16.000 aktiven Musikerinnen und Musikern die größte kulturelle Vereinigung des Landes ist und zudem in allen Gemeinden unserer Steiermark wichtige kulturelle Basisarbeit leistet. Die steirische Musikakademie wird vom steirischen Blasmusikverband organisatorisch und fachlich geführt werden, darüber liegt ein Landtagsbeschluss vom 25. September 2001 vor. Sie steht aber ebenso dem Musikschulwesen, den Sängerbänden, den volkskulturellen Vereinigungen, dem Musikunterricht an den öffentlichen Schulen von der Grundschule bis zum Gymnasium und von der Pädagogischen Akademie, dem Grazer Konservatorium, der Grazer Kunstuniversität, dem Institut für Musikwissenschaft der Karl-Franzens-Universität in Graz, den Berufsorchestern zur Verfügung. Als erste derartige Einrichtung in Österreich wird Sankt Stefan ob Stainz über die Landesgrenze hinaus wirken und zudem im Dreiländereck Österreich,

Slowenien, Ungarn und im Alpen-Adria-Raum auch Heimstätte von Spezialkursen, von Jugendbegegnungen und Wettbewerben sein sowie Probemöglichkeiten für überregionale Chöre und Orchester bieten. Der Kärntner Blasmusikverband hat bereits schriftlich den Bau von Sankt Stefan ob Stainz begrüßt. Deutsche Musikverbände, wie der Bund Deutscher Blasmusikverband, haben ihr Interesse bekundet. In der November 2000 Ausgabe der deutschen Musikzeitschrift „Musik zum Lesen“, die in großer Auflage erschienen ist, wurde ein Artikel über die steirische Landesakademie veröffentlicht. Die Beilage, der Plan für die Errichtung der steirischen Musikakademie im Landesvorstand des steirischen Blasmusikverbandes, der gewissenhaft und professionell erarbeitet wurde. Das ist eine besondere Auszeichnung unseres Landesvorstandes, der sich mehrere Musikakademien in Deutschland angesehen und sich darauf bestens vorbereitet hat. Man würde sich wünschen, dass mehrere Organisationen, die ein Anliegen haben oder ein Projekt vorbereiten, dass die sich so vorbereiten, wie es der Landesvorstand der Blasmusik der Steiermark getan hat. Inzwischen haben drei Studienreisen stattgefunden, bei denen vergleichbare Einrichtungen in Deutschland und Frankreich angeschaut wurden. An der letzten dieser Studienreise habe ich im September dieses Jahres teilgenommen. So konnte ich mich vom guten Funktionieren und von der Notwendigkeit derartiger Einrichtungen persönlich überzeugen. In Ochsenhausen wurde ein Kloster umgebaut um 50 Millionen DM. Es hat eine enorme Auslastung und ist auch wirtschaftlich ein großer Erfolg und ist aus Ochsenhausen und Umgebung nicht mehr wegzudenken. Der steirische Blasmusikverband hat inzwischen einen Bauplatz in Sankt Stefan ob Stainz, einen wunderschön gelegenen sonnigen Südhang im Schilcherland nahe Stainz – da wäre mir lieber gewesen, es wäre im Ennstal oben passiert. Die Gemeinde hat eine Zufahrtsstraße errichtet. In dem EU-weit ausgeschriebenen und von zahlreichen Bewerbungen von Italien und Schweden geprägten Architektenwettbewerb hat das Objekt vom Architektenteam Leitner, Lind, Pretterhofer und Simbeni aus Graz den ersten Preis errungen. Es wird derzeit zusammen mit der Abteilung 4 b unseres Landesbauamtes Hofrat Dipl.-Ing. Glatz an der Baubeschreibung gearbeitet. Wobei sowohl der Landesobmann der steirischen Blasmusik, Prof. Suppan wie das Landesvorstandsmitglied Dipl.-Ing. Pilz intensiv an der Detailplanung beteiligt sind.

In einer Anfrage, die ich kürzlich an Herrn Landeshauptmannstellvertreter gerichtet habe, hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter versprochen, dass dieses Projekt im März 2002 mit dem Baubeginn in Aussicht gestellt ist. Herr Landeshauptmann, da ich dich gut kenne und weiß, dass du nicht nur große Sprüche klopfst, sondern das, was du versprichst, auch haltest, bin ich mir sicher, dass mit diesem Projekt 2002 begonnen wird. Ich freue mich schon heute auf diese Musikakademie.

Ich ersuche den Steiermärkischen Landtag, den Bau der steirischen Musikakademie in Stefan ob Stainz zu beschließen. Ich bedanke mich bei euch ganz besonders, dass ich in der Kürze die Würze habe und dass ihr mir so zugehört habt. (Beifall bei der ÖVP. – 19.05 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ferstl. Ich erteile es ihm.

Abg. Ferstl (19.05 Uhr): In der Hoffnung, dass der Ausseer Dialekt nicht von allen verstanden worden ist, möchte ich einen ähnlichen Bericht bringen. Ich weiß aber auch, dass heute ein Unselbstständiger Entschließungsantrag eingebracht werden sollte, bezüglich der Blasmusikakademie, glaube ich, dass dieser hinfällig ist.

Die Umsetzung dieses Projektes ist in vollem Gange und es wird daran gearbeitet. Ich darf berichten: Am 4. Juli 2000 wurde der Architektenvertrag für den Neubau der Landesmusikakademie in Sankt Stefan ob Stainz genehmigt und abgeschlossen. In der Folge wurden auch die weiteren Planungsverträge vergeben. Folgender Ablauf ist damit gegeben: Das Vorhaben wird bei der Baubehörde Ende dieses Jahres eingereicht, die Ausschreibung der Gesamtanlage erfolgt im Februar 2002, Baubeginn April 2002, Fertigstellung Dezember 2003. Die Baukosten inklusive 8 Millionen Grundkosten belaufen sich auf 120 Millionen Schilling, ohne Mehrwertsteuer. Die enthalten jedoch keine Einrichtungen, da diese vom Blasmusikverband einvernehmlich gesondert eigenfinanziert werden. Somit kann das Projekt in der gewünschten Größenordnung finanziert werden.

Durch einen angeschlossenen Hotelbetrieb und die Nähe zu Slowenien, Ungarn, Italien, wo kulturelle Beziehungen hergestellt werden, und die Betriebserlöse, die sich dann ergeben, wird sehr positiv geschätzt, dass der Betrieb kostendeckend laufen wird.

Die Finanzierung für die Baukosten verteilen sich auf folgende Jahre: 2002 werden 50 Millionen Schilling zur Finanzierung freigegeben, im Jahr 2003 60 Millionen Schilling und im Jahr 2004 10 Millionen Schilling. Das natürlich dann auf Euro umgerechnet. Durch die gebildeten Rücklagen der vergangenen Jahre in der Höhe von 30 Millionen Schilling ergibt sich für das Jahr 2002 ein Finanzierungsanteil von 20 Millionen Schilling. Erst ab 2003 fallen dann dem Blasmusikverband die selbst aufzubringenden Kosten für die benötigte Einrichtung an.

Also der Plan steht, das Projekt läuft, und so schaut es aus! Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 19.08 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrittwieser (19.08 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es tut gut, wenn wir so einhellige Positionen haben, was die Landesakademie für die musizierende Jugend in Sankt Stefan ob Stainz betrifft. Und ich möchte es nicht verabsäumen, dem Landesobmann, Herrn Prof. Suppan, zu danken, der von Beginn an – 1996 –, als er diese Funktion übernahm, sein ganzes Herzblut und sein ganzes Können und sein ganzes Wissen mit seinem Landesvorstand in dieses Projekt gelegt hat. Er hat nicht nur irgendetwas erzählt, sondern er hat sich auch andere Akademien angeschaut. Es dürfte tatsächlich gelingen, dass die Führung dieser Akademie kostendeckend sein wird.

Die Finanzierungsvorhaben oder -notwendigkeiten oder -absichten hat der Kollege Ferstl hier kund getan. Ich glaube aber, dass der Landtag der Landesregierung das auch verstärken soll, weil es die wirklichen Beschlüsse dazu und die Bedeckungen ja noch nicht in ausreichender Form gibt.

Daher werde ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen. Die Begründung ist von zwei Rednern vor mir bereits vorweggenommen worden. Ich beziehe mich daher nur auf den Antrag.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den einstimmigen Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom Dezember 1999, betreffend die Errichtung eines Landesmusikheimes in Sankt Stefan ob Stainz, vollinhaltlich umzusetzen; zweitens sofort mit den Baumaßnahmen zu beginnen; drittens die Finanzierung der Errichtungskosten für die Landesmusikakademie in Sankt Stefan ob Stainz sicherzustellen; viertens so rasch wie möglich alles in der Macht Stehende zu unternehmen, damit mit den entsprechenden Vorbereitungsarbeiten, wie zum Beispiel Aufbau der Handbibliothek und des Notenarchivs, begonnen werden kann sowie fünftens die Kooperation mit den Nachbarländern Slowenien, Ungarn und Italien zu fördern. Ich bitte um Annahme! (Beifall bei der SPÖ. – 19.10 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (19.10 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Es ist sehr erfreulich, wenn wirklich hier in diesem Hause Konsens besteht über ein Projekt, das eine sehr große Bedeutung sowohl für die musizierende Jugend als auch für den Tourismus in der Region haben wird.

Alles das, was in diesem Antrag gefordert wird, ist bereits im Gange. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass im Frühjahr bereits der Spatenstich stattfinden wird.

Die Finanzierung wurde hier schon angesprochen. Es wird im Wesentlichen eine Leasingfinanzierung sein.

Die einzige Frage, die noch offen ist, ist, in welcher Weise der Beherbergungsbetrieb betrieben werden wird, weil ja der Blasmusikverband im Wesentlichen sich mit der Musik beschäftigen sollte, aber kein Hotelier ist. Da ist auf eine professionelle Führung und Leitung des Hauses entsprechend zu achten. Aber ich bin überzeugt, dass auch dieser Punkt einer zufrieden stellenden Lösung zugeführt werden kann.

Ich denke, dass der Realisierung dieses Projekts, das dem Blasmusikverband, der musizierenden Jugend insbesondere, zugute kommen wird, nichts mehr im Wege steht. Ich freue mich bereits auf den Baubeginn. Und ich hoffe, wir werden das alle sehr zahlreich nützen. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der FPÖ. – 19.12 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Bau einer Landesakademie für die musizierende Jugend in Sankt Stefan ob Stainz, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Bei den Tagesordnungspunkten 27 bis 38 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwölf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

27. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 84/1, der Abgeordneten Gennaro und Böhmer, betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit der Arbeitsförderung (Fahrgemeinschaften).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Detlef Gruber (19.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 6. Februar 2001 und 9. Oktober 2001 über den genannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Es liegt nun eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird zusammenfassend Folgendes berichtet:

Die Bildung von Fahrgemeinschaften ist sicher eine Alternative im täglichen Pendlerverkehr, um einerseits Entlastungen auf der Straße zu erwirken und andererseits das Einstellen bedrohter Werksverkehre zu ersetzen. Ein Förderungsaspekt, der schon bisher recht erfolgreich umgesetzt werden konnte, besteht darin, die notwendigen Abstellflächen für die Bildung von Fahrgemeinschaften zu errichten beziehungsweise entsprechend auszustatten und zu erhalten. Zum Teil erfolgt dies auch im Rahmen des Park-&-Ride-Programmes.

Natürlich gibt es auch darüber hinausgehende Förderungsmöglichkeiten, die zum Teil bereits mit Firmenunterstützung, zum Beispiel mit Chrysler im Großraum Graz oder mit der Stadt selbst im Raum Sankt Peter, konkret geprüft worden sind, aber wegen einer Reihe von derzeit schwer lösbaren Problemen – Versicherungsschutz, zeitliche und örtliche Betriebslogistik, Mobilitätseinbußen, verhältnismäßig hoher Administrationsaufwand et cetera – nicht umgesetzt werden konnten.

Den Antrag aufgreifend wird die Landesregierung einen neuerlichen Vorstoß machen und in einem geeigneten und von entsprechenden Partnern getragenen Pilotmodell Bildung und besondere Förderung von nicht gewerblichen Fahrgemeinschaften entwickeln und in einer zeitlich begrenzten Startphase umsetzen.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag. Der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 84/1, der Abgeordneten Gennaro und Böhmer, betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit der Arbeitsförderung – Fahrgemeinschaften –, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (19.15 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke.

28. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 255/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Wöhry, Tasch und Straßberger, betreffend Bahninfrastruktur in der Obersteiermark.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (19.15 Uhr): Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 24. April 2001 und 9. Oktober 2001 über den genannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 255/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Wöhry, Tasch und Straßberger, betreffend Bahninfrastruktur in der Obersteiermark, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor: Darin wird Folgendes berichtet:

In Verbindung mit der Drehscheibenfunktion Graz ist der Pyhrnkorridor für die Steiermark das verkehrstechnische Rückgrat in der Relation zwischen Nord(west)europa und Koper/Trieste beziehungsweise Südosteuropa. Aus diesem Grund ist die Sicherstellung eines qualitativ hochwertigen Eisenbahnverkehrs auf den Eisenbahnstrecken in der Obersteiermark – Schoberpass-, Ennstal- und Pyhrnstrecke – für das Land Steiermark von großer Bedeutung und hoher Priorität.

Der zweigleisige Lückenschluss der Schoberpassstrecke zwischen Kalwang und Unterwald ist bereits in Bau. Mit diesem Lückenschluss erhält die Strecke zwischen Sankt Michael und Selzthal ihre volle Kapazität mit einem vereinheitlichten Geschwindigkeitsniveau und entspricht damit den Qualitätsanforderungen einer modernen Hochleistungsstrecke.

Diese zweigleisige Hochleistungsstrecke teilt sich in Selzthal in die Pyhrnstrecke und in die Eisenbahnstrecken des Ennstales westlich und östlich von Selzthal, die jeweils eingleisig sind. Die Strecken Selzthal–Linz sowie Selzthal–Bischofshofen sind ebenfalls per Verordnung zu Hochleistungsstrecken erklärt – BGBl. Nr. 370/1989 beziehungsweise BGBl. Nr. 675/989 – und in internationalen Transport- und Infrastrukturabkommen (AGC und AGTC) verankert. Die Strecke Selzthal–Kleinreifling–Sankt Valentin ist nicht als Hochleistungsstrecke verordnet, dient jedoch als Entlastungsstrecke für Verkehre des Pyhrnkorridors – „Einbahnbetrieb“ für Güterzüge.

Seitens des Bundes bestehen auf der eingleisigen Strecke zwischen Selzthal und der Landesgrenze zu Salzburg mehrere Planungsübertragungen, die einen selektiv zweigleisigen Ausbau der Ennstalstrecke vorsehen. Der Abschnitt Wörschach–Stainach ist bereits in Bau, die Ausweiche Pichl ist bereits in Betrieb. Zwischen Selzthal und Linz sind ebenfalls Maßnahmen zur Erhöhung der Streckenkapazität und -geschwindigkeit in Planung, in Bau beziehungsweise schon in Betrieb.

Die Planungen zur „Schleife Selzthal“ sind derzeit im Laufen und versprechen eine Fahrzeitreduzierung für Personen- und Güterzüge im Ost-West-Verkehr – beziehungsweise in die Gegenrichtung – von rund 15 Minuten.

In gemeinsamer Beauftragung mit dem Land Österreich wird in Kürze eine detaillierte Engpassanalyse des gesamten Pyhrnkorridors von Spielfeld bis Passau/Summerau erstellt, die als Grundlage für den weiteren Ausbau zur qualitativ hochwertigen Hochleistungsstrecke mit ausreichenden Kapazitäten dienen soll.

Für das Ennstal ist vom BMVIT und vom Land Steiermark eine Korridoruntersuchung vorgesehen, die unter Einbeziehung der örtlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten, die jeweiligen Trassierungen und Dimensionierungen von Straße und Schiene festlegen soll.

In Bezug auf die Streichung der InterCity/IC-Halte in Sankt Michael, Trieben, Rottenmann und Gröbming muss angemerkt werden, dass die Ein- und Aussteiger in diesen Halten hauptsächlich dem Regionalverkehr zuzuordnen sind. Da IC-Verkehre jedoch hauptsächlich dem schnellen überregionalen Städteverkehr dienen sollen, ist die Reduktion der Fahrzeit durch eine solche Maßnahme grundsätzlich nicht abzulehnen. Abzulehnen ist in diesem Hinblick jedoch eine ersatzlose Streichung ohne Anbieten von geeigneten Alternativen. Das Land Steiermark hat in diesem Zusammenhang den Fahrplanentwurf der ÖBB, der mit 10. Juni 2001 Gültigkeit erhält, bereits mehrmals heftigst kritisiert.

Seitens des Landes Steiermark wird der sukzessive Ausbau der eingleisigen Streckenteile des Pyhrnkorridors ständig massiv eingefordert und vor allem auf die Erfüllung der bestehenden Übertragungsverordnungen gedrängt, um qualitativ hochwertige Strecken mit ausreichenden Kapazitäten zu erhalten.

Sämtliche Verhandlungen mit den ÖBB zielen darauf ab, einen qualitativ hochwertigen Personenverkehr mit schnellen Städteverbindungen durch IC-Züge und optimale Erschließung durch Regionalzüge – jeweils in ausreichender Anzahl und mit guten Verknüpfungen untereinander – sicherzustellen.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag. Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 255/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Wöhry, Tasch und Straßberger, betreffend Bahninfrastruktur in der Obersteiermark, wird zur Kenntnis genommen. (19.20 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke.

29. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 83/1, der Abgeordneten Kröpfl und Kollegger, betreffend den Ausbau des Koralmbahntunnels für Zivilschutzmaßnahmen.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Kollegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollegger (19.20 Uhr): Danke schön. Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit hat in seinen Sitzungen am 6. Februar 2001 und am 9. Oktober 2001 über den genannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 83/1, der Abgeordneten Kröpfl und Kollegger betreffend den Ausbau des Koralmbahntunnels für Zivilschutzmaßnahmen, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor: Darin wird zusammenfassend Folgendes berichtet:

Mit Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 17. Juli 2000 wurde ausgehend vom Antrag der Abgeordneten Kröpfl und Herrmann der Vergabe einer Machbarkeitsstudie über die Ausstattungserfordernisse im Koralmtunnel für Zivilschutzmaßnahmen im Katastrophenfall zugestimmt. Im Einvernehmen mit der HL-AG., Eisenbahn- und Hochleistungsstrecken AG., und der Abteilung für Katastrophenschutz wurden die fach- und verwaltungstechnischen Möglichkeiten von Zivilschutzeinrichtungen im Koralmbahntunnel vorgeprüft und als Ergebnis vorgeschlagen, das seinerzeitige Projekt zur Errichtung eines Zivilschutzstollens im Zuge der Planungen des Plabutschunnels an der A 9 als Grundlage für eine Machbarkeitsstudie heranzuziehen. Der bergmännische Ausbruch, die Ab- und Zufahrtswege sowie die Versorgungseinrichtungen müssen bereits zum Zeitpunkt der Tunnelplanung festgelegt und beim Tunnelbau so weit vorweggenommen werden, dass auch bei einem späteren Realisierungszeitpunkt die Voraussetzungen für den Einbau der Schutzvorkehrungen gegeben sind. Ein Tunnelbau ohne diese Berücksichtigung würde eine nachträgliche Adaptierung für Zivilschutzeinrichtungen nicht möglich machen. Beim Projekt Plabutschunnel, das letztlich nicht realisiert worden ist, lagen die Kosten pro geschütztem Platz bei 10.000 Schilling.

Mit einem entsprechend positiven Ergebnis aus dieser Machbarkeitsstudie soll mit der HL-AG., dem Bund, der Abteilung für Katastrophenschutz und der Region über Umsetzung und Finanzierung des Zivilschutzprojektes verhandelt werden. Die HL-AG. hat sich bereit erklärt, die Erkenntnisse aus der Machbarkeitsstudie bei der weiteren Tunnelplanung entsprechend zu berücksichtigen.

Die Machbarkeitsstudie soll in Kürze zur Vergabe kommen. Ein entsprechender Antrag wurde der Landesregierung vorgelegt.

Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit stellt den Antrag. Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag, Einl.-Zahl 83/1, der Abgeordneten Kröpfl und Kollegger, betreffend den Ausbau des Koralmbahntunnels für Zivilschutzmaßnahmen, wird zur Kenntnis genommen. (19.23 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke.

30. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 504/1, betreffend Steiermärkische Landesbahnen (StLB); Bahnstrecke Weiz–Oberfeistritz (Anger–Birkfeld); Übertragung der im Gemeindegebiet Birkfeld gelegenen Grundstücke des als öffentliche Eisenbahn eingestellten Streckenteiles Oberfeistritz–Birkfeld an die Feistritzalbahn Betriebs-GesmbH. zum symbolischen Betrag von ATS 1 (ein Schilling). Einräumung eines Vorkaufsrechtes für den Landring Weiz.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (19.23 Uhr): Frau Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage, Einl.-Zahl 504/1, der Steirischen Landesregierung betreffend die Steiermärkischen Landesbahnen.

Die Feistritzalbahn Betriebs-GesmbH. ist im Februar diesen Jahres mit einem Ansuchen an den Verkehrsreferenten des Landes Steiermark herangetreten, den als öffentliche Eisenbahn eingestellten Streckenteil Oberfeistritz–Birkfeld der Feistritzalbahn unter folgenden wesentlichen Bedingungen zu übernehmen:

Erstens: Die Feistritzalbahn Betriebs-GesmbH. – FTB – übernimmt mit allen Rechten und Pflichten die gesamten Bahngrundstücke zwischen Oberfeistritz und Birkfeld mit der Verpflichtung, den Bahnbetrieb weiterzuführen.

Zweitens: Die FTB wird alles unternehmen, damit die Strecke für den Personen-, Güter- und Tourismusverkehr modernisiert und ausgebaut wird.

Drittens: Die FTB verpflichtet sich, keinen Grund zu veräußern oder grundbücherlich zu belasten und die Strecke so zu erhalten, dass ein konzessionsmäßiger Verkehr möglich ist.

Viertens: Für den Fall, dass der Eisenbahnverkehr eingestellt oder die FTB aufgelöst wird, fällt die gesamte Liegenschaft an das Land Steiermark kostenlos zurück.

Fünftens: Der Betrag für die Übernahme des gesamten Areals beträgt symbolisch einen Schilling.

In der Vorlage ist weiter angeführt die ganze Abwicklung, die Absprachen mit den diversen Gemeinden und Firmen, so dass schlussendlich die Landesregierung den Antrag stellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Dem Verkauf der im Gemeindegebiet Birkfeld gelegenen Flächen Grundstücksnummer 655/1 und 659/1 (beide Bahngrund) sowie .132, .133 und .134 (jeweils Baufläche), alle KG. 68006 Birkfeld, der ehemaligen STLB-Strecke Oberfeistritz–Birkfeld um den Kaufpreis von einen Schilling wird zu den oben angeführten Bedingungen zugestimmt.

Zweitens: Dem Landring Weiz regGenmbH. wird für die Flächen Grundstücksnummer 655/1 und 659/1 (beide Bahngrund) sowie .132, .133 und .134 (jeweils Baufläche), alle KG. 68006 Birkfeld, ein Vorkaufsrecht eingeräumt. Ich ersuche um Annahme! (19.26 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

31. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 498/1, betreffend die Auflassung der L 246, Lichendorfer Straße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,884 in einer Länge von 884 Meter.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (19.26 Uhr): Frau Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zur Vorlage, Einl.-Zahl 498/1, der Steiermärkischen Landesregierung über die Auflassung der L 246.

Die laufenden Änderungen der Wirtschafts- und Siedlungsstruktur bewirken auch nachhaltige Veränderungen der Verkehrsstruktur einzelner Landesstraßen. Das Landesstraßennetz der Steiermark muss daher immer wieder den geänderten Funktionen und Verkehrsverhältnissen angepasst werden. Landesstraßen, die ihre Funktion entsprechend Paragraph 7 Absatz 1 Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 verloren haben, sind als solche aufzulassen.

Mit der Gemeinde Kirchberg an der Raab wurde diese funktionelle Straßennetzbereinigung einvernehmlich geregelt.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Gemäß Paragraph 8 Absatz 1 Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 wird die Landesstraße Nr. 246 von Kilometer 0,00 bis Kilometer 0,884 in einer Gesamtlänge von daher 884 Meter aufgelassen und der Gemeinde Kirchberg an der Raab nach Durchführung der letztmaligen Instandsetzung übergeben. Die gegenständliche Landesstraßenauflassung tritt mit dem Tag der Beschlussfassung in Kraft. Ich ersuche um Annahme! (19.28 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Tagesordnungspunkt

32. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 194/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Stöhrmann, betreffend Sanierung und Neutrassierung der L 131, Brunnalmstraße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Detlef Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Detlef Gruber (19.28 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 27. März 2001 und am 9. Oktober 2001 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zum Antrag, Einl.-Zahl 194/1, wird zusammenfassend in der Stellungnahme Folgendes berichtet:

Die L 131, Brunnalmstraße, beginnt in Veitsch als Abzweigung von der L 102, Veitscher Straße, und endet am Parkplatz Brunnalm. Sie dient in erster Linie der Erschließung des Ausflugszieles Brunnalm mit seinen Schilften und Wandermöglichkeiten. Das Verkehrsaufkommen ist somit hauptsächlich vom touristischen Geschehen geprägt.

Die insgesamt 6,99 Kilometer lange Brunnalmstraße ist von Veitsch beginnend bis zirka Kilometer 1,5 bestens ausgebaut. In weiterer Folge bis Kilometer 4,6 ist die Landesstraße ausreichend breit, mit guten Anlagenverhältnissen, weist aber Fahrbahnschäden auf.

Von Kilometer 4,6 bis Kilometer 6,99 befindet sich die Landesstraße in einem äußerst schlechten Zustand, weist mehrere Engstellen auf und ist an zwei Stellen durch die Steilheit der Straße, vor allem im Winter, als problematisch zu bezeichnen. Von Kilometer 5,8 bis Kilometer 6,1 führt die Landesstraße hier außerdem durch ein Quellschutzgebiet.

Nach einer örtlichen Begehung gemeinsam mit Gemeindevertretern, Rücksprache mit der Baubezirksleitung Bruck an der Mur und der Fachabteilung 2d, Straßen- und Brückenerhaltung, erscheint grundsätzlich eine Sanierung, Kilometer 1,5 bis Kilometer 4,6, beziehungsweise ein Neubau im Bestand, Kilometer 4,6 bis 6,99, vor allem im Hinblick auf die zu erwartenden Kosten, als realistische Lösung. Eine kleinräumige Umfahrung des Quellschutzgebietes ist überlegenswert, doch ist auch bei einem Ausbau im Bestand durch entsprechende bauliche Maßnahmen eine Gefährdung des Quellschutzgebietes verhinderbar.

Durch einen Ausbau im Bestand könnten ebenso Engstellen entschärft, Kehren und die Fahrbahn verbreitert, Ausweichungen geschaffen sowie Steilstücke herausgenommen werden.

Nach Maßgabe der finanziellen Mittel wird seitens der Landesstraßenverwaltung versucht, die erforderlichen Baumaßnahmen – Erhaltung und Ausbau – in den nächsten Jahren zu realisieren.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 194/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Stöhrmann, betreffend Sanierung und Neutrassierung der L 131, Brunnalmstraße, wird zur Kenntnis genommen. (19.31 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

33. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 195/1, der Abgeordneten Böhmer und Schleich, betreffend Straßenbauvorhaben in der Region der Gemeinde Lafnitz, Bezirk Hartberg.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Kollegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollegger (19.31 Uhr): Danke schön! Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 27. März 2001 und 9. Oktober 2001 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 195/1, der Abgeordneten Böhmer und Schleich, betreffend Straßenbauvorhaben in der Region der Gemeinde Lafnitz, Bezirk Hartberg, liegt eine ergänzende Stellungnahme der Landesregierung vor.

Darin wird Folgendes berichtet:

Sanierungsnotwendigkeiten der L 446, Lungitztalstraße: Die L 446, Lungitztalstraße, weist eine Länge von 8,103 Kilometer auf. Laut Zustandsbewertungskatalog 1999 für Landesstraßen sind davon 5,6 Kilometer in der Klasse IV in der vierstufigen Skala. Durch diesen schlechten Zustand ist zwar nicht die Verkehrssicherheit, aber der Fahrbahnkomfort stark beeinträchtigt. Das Verkehrsaufkommen auf diesem Straßenzug beträgt 900 Fahrzeuge in 24 Stunden mit einem Lkw-Anteil von 15 Prozent. Im mittelfristigen Erhaltungsprogramm ist die Maßnahme „Ortsdurchfahrt Wagendorf“, Kilometer 1,6 bis 3,2 enthalten. In weiterer Folge wäre die Maßnahme „Ortsdurchfahrt Unterlungitz“ notwendig. Da naturgemäß in den Ortschaften ein höheres Verkehrsaufkommen stattfindet, werden diese Bereiche vorgezogen. So können auch viele Anrainer und Bewohner zufrieden gestellt werden.

Die Maßnahme L 422, Ortsdurchfahrt Wagendorf, Kilometer 1,6 bis 3,2 kann für das Jahr 2003 in Aussicht gestellt werden.

Sanierung der Ortsdurchfahrt Lafnitz, L 422 und L 417: Die L 422, Friedberger Straße weist eine Länge von 20,454 Kilometer auf. Das Verkehrsaufkommen auf dem Abschnitt „Ortsdurchfahrt Lafnitz“ beträgt 2500 Fahrzeuge in 24 Stunden mit einem Lkw-Anteil von 10 Prozent. Im Zustandsbewertungskatalog 1999 für Landesstraßen ist die Ortsdurchfahrt in der Klasse IV in der vierstufigen Skala gereiht.

Im mittelfristigen Bauprogramm 2001 bis 2005 ist der Abschnitt „Ortsdurchfahrt Lafnitz“ und die Singerbrücke für das Jahr 2003 vorgesehen. Eine entsprechende Planung wird vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung veranlasst werden.

Lärmschutzwand an der B 54: „Für den gegenständlichen Siedlungsbereich an der B 54, Kilometer 65,1 bis 66,0, wurde bereits 1996 eine lärmtechnische Untersuchung durchgeführt und abgeschlossen. Diese ergab, dass bei einer durchschnittlichen Lärmbelastung zwischen 55 und 59 Dezibel sechs Objekte im Sinne der Dienst-anweisung anspruchsbefreiend schutzwürdig sind. Diese Gesamtkosten des Projektes betragen 12,5 Millionen Schilling.

Auf Grund der begrenzten Budgetmittel für Lärmschutz konnte bisher eine Durchführung der Maßnahmen nicht erfolgen. Nach einer internen Prioritätsreihung, die sich auf Grund des Verkehrsaufkommens, der Höhe der Lärmbelastung, der Anzahl der Objekte und der Gesamtkosten ergibt, liegt das Projekt an der 13. Stelle.“

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag. Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 195/1, der Abgeordneten Böhmer und Schleich, betreffend Straßenbauvorhaben in der Region der Gemeinde Lafnitz, Bezirk Hartberg, wird zur Kenntnis genommen. (19.35 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke.

34. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 266/1, der Abgeordneten Kröpfl und Detlef Gruber, betreffend Verbesserungen an der L 303.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (19.35 Uhr): Ich danke, Frau Präsident!

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 24. April 2001 und 9. Oktober 2001 über den genannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 266/1, der Abgeordneten Kröpfl und Detlef Gruber betreffend Verbesserung an der L 303 liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. In dieser Stellungnahme wird auf diesen Antrag sehr genau eingegangen. Es wird festgehalten, dass die L 303 tatsächlich eine sehr stark befahrene Straße ist. Dass es einige Kreuzungsbereiche gibt, die verbessert werden müssen und dass insgesamt die Fahrbahnbreite dieser L 303 relativ schmal ist, nämlich nur 5,5 bis 6,0 Meter beträgt. Es wird daraus festgehalten und schlussendlich festgestellt, nach Maßgabe der finanziellen Mittel wird seitens der Landesstraßenverwaltung versucht, die gegebenen Baumaßnahmen in den nächsten Jahren zu realisieren.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag. Der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 266/1, der Abgeordneten Kröpfl und Detlef Gruber betreffend Verbesserungen an der L 303 wird zur Kenntnis genommen. (19.36 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke sehr.

35. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 267/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Stöhrmann, betreffend den Ausbau der Landesstraße 114 – Schanzsattelstraße.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (19.36 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 24. April 2001 und 9. Oktober 2001 über den genannten Antrag die Beratungen durchgeführt. In der Zwischenzeit liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor und wird zusammenfassend Folgendes berichtet.

An der L 114, Schanzsattelstraße, ist die Planung für das Teilstück Edelsdorf und der Kreuzung Kindberg–Allerheiligen, L 114/L 115, fertig gestellt. Dieser Abschnitt ist im mittelfristigen Bauprogramm für Landesstraßen in der Stufe 1 gereiht und wird für das Jahr 2002 ins Bauprogramm aufgenommen.

Der Abschnitt „Unteralm“, Kilometer 6,50 bis Kilometer 13,40, hat ein Verkehrsaufkommen von 3070 Fahrzeugen in 24 Stunden mit einem Lkw-Anteil von 7 Prozent. Im Zustandsbewertungskatalog für Landesstraßen ist dieses Teilstück in der Zustandsklasse III der vierstufigen Skala eingereiht.

Auf Grund des hohen Verkehrsaufkommens ist die Maßnahme im mittelfristigen Erhaltungsbauprogramm für Landesstraßen enthalten. Mit einer Realisierung ist im Jahre 2002 oder 2003 zu rechnen.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag. Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 267/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Stöhrmann, betreffend Ausbau der Landesstraße 114, Schanzsattelstraße, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (19.39 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke.

36. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 294/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Stöhrmann, betreffend Sanierungen der S 6, Semmeringschnellstraße, und der L 117, Pfaffensattelstraße.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Kollegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollegger (19.39 Uhr): Danke. Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 24. April 2001 und 9. Oktober 2001 über den genannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 294/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Stöhrmann betreffend Sanierungen der S 6, Semmeringschnellstraße, und der L 117, Pfaffensattelstraße, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird zusammenfassend Folgendes berichtet:

Die S 6, Semmeringschnellstraße, zählt zu den wichtigsten Verkehrsadern im obersteirischen Raum. Ein wichtiger Aspekt ist es, die Verkehrssicherheit aufrecht zu erhalten. So wurden in den letzten drei Jahren Maßnahmen zur Spurrinnenbeseitigung mit einem Kostenaufwand von zirka 25,0 Millionen Schilling gesetzt. Im Jahr 2001 werden Arbeiten zur Spurrinnenanierung in der Höhe von 6,1 Millionen Schilling ausgeschrieben. Eine Genehmigung der ASFINAG liegt noch nicht vor, wird aber dringend betrieben. Es ist vorgesehen, die Arbeiten noch im laufenden Jahr auszuführen.

Die L 117, Pfaffensattelstraße, hat eine Länge von 19,424 Kilometer, wobei 11,503 Kilometer im Gebiet der Bezirkshauptmannschaft Mürzzuschlag liegen. Das Verkehrsaufkommen beträgt 600 Fahrzeuge in 24 Stunden mit einem Lkw-Anteil von 18 Prozent.

Zurzeit befindet sich die Dürrbachbrücke am Ortsende von Steinhaus am Semmering im Bau, wobei das schlechteste Straßenstück auf der Nordseite des Passes in einer Länge von zirka 700 Meter mitsaniert wird.

Der restliche Teil ist im Zustandswertungskatalog für Landesstraßen in der Zustandsklasse III der vierstufigen Skala eingereiht.

Obwohl die Straße in keinem guten Zustand und eine Sanierung dringend erforderlich ist, ist diese Maßnahme aus finanziellen Gründen nicht im mittelfristigen Erhaltungsprogramm enthalten.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag. Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 294/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Stöhrmann betreffend Sanierung der S 6, Semmeringschnellstraße, und der L 117, Pfaffensattelstraße, wird zur Kenntnis genommen. (19.41 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke.

37. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 347/1, der Abgeordneten Kröpfl, Detlef Gruber und Kollegger, betreffend den Ausbau der „Schweizerhöhe“ der B 76, Radlpassbundesstraße, im Ortsgebiet der Gemeinde Frauental.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (19.41 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident!

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 26. Juni 2001 und 9. Oktober 2001 über den genannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Zum Antrag, Einl.-Zahl 347/1, der Abgeordneten Kröpfl, Detlef Gruber und Kollegger, betreffend den Ausbau der „Schweizerhöhe“ der B 76, Radlpassbundesstraße, im Ortsgebiet der Gemeinde Frauental liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. In dieser Stellungnahme wird berichtet, dass es in diesem Bereich sechs Linksabbieger und drei Rechtsabbieger gibt und dass man daran geht dieses Problem, das es dort tatsächlich gibt, zu lösen. Das Detailprojekt liegt bereits vor. Die Grundablöse wurde bereits durchgeführt. Die Kosten für die Baumaßnahmen betragen zirka 5,2 Millionen Schilling.

Die Umsetzung des Abschnittes „Frauental–Schweizerhöhe“ wurde von der Bundesstraßenverwaltung Steiermark beim BMVIT beantragt. Sollte die Genehmigung hierzu noch 2001 erteilt werden, könnte die Baumaßnahme im Wesentlichen noch im Jahr 2001 umgesetzt werden.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag. Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 347/1, der Abgeordneten Kröpfl, Detlef Gruber und Kollegger, betreffend den Ausbau der „Schweizerhöhe“ der B 76, Radlpassbundesstraße, im Ortsgebiet der Gemeinde Frauental, wird zur Kenntnis genommen. (19.42 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke.

38. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 265/1, der Abgeordneten Kröpfl und Detlef Gruber, betreffend Ausbau der Straßenverbindungen im Bezirk Deutschlandsberg.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfel (19.43 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident!

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 24. April 2001 und 9. Oktober 2001 über den obenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 265/1, der Abgeordneten Kröpfel und Detlef Gruber, betreffend Ausbau der Straßenverbindungen im Bezirk Deutschlandsberg, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor.

In dieser Stellungnahme werden alle neuralgischen Punkte des Bezirkes, vor allem an der Lebensader des Bezirkes, der B 76, Radlpassbundesstraße, aufgelistet und es wird auch festgehalten, dass es zu Umsetzungsmaßnahmen kommen soll. Ebenso wird erwähnt, dass die L 601 zwischen Preding und Deutschlandsberg parallel zur Koralmbahn als neue Landesstraße in Planung kommen soll.

Nach Maßgabe der finanziellen Mittel wird seitens der Landesstraßenverwaltung versucht, die gegenständlichen Baumaßnahmen mittelfristig beziehungsweise langfristig zu realisieren.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 265/1, der Abgeordneten Kröpfel und Detlef Gruber, betreffend Ausbau der Straßenverbindungen im Bezirk Deutschlandsberg, wird zur Kenntnis genommen. (19.45 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke schön!

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordnete Prattes. Ich darf ihm das Wort erteilen.

Abg. Prattes (19.45 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Auch wenn die Zeit schon etwas fortgeschritten ist, gestatten Sie mir doch, dass ich mich speziell zu einem Tagesordnungspunkt zu Wort melde, nämlich die Bahninfrastruktur in der Obersteiermark.

Zum Antrag des Abgeordneten Wöhry und Kollegen ist festzustellen, dass die Forderung nach dem zweigleisigen Ausbau der Pyhrnstrecke uneingeschränkt zu unterstützen ist. Diese Nord-Süd-Achse ist gerade für die Wirtschaft von enormer Bedeutung. Sie wird ja jetzt auch von dieser sehr, sehr vehement gefordert.

Allerdings, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch festzuhalten, dass endlich alle Flaschenhälse, die die Bahnverkehrsstrecken der Steiermark in allen Himmelsrichtungen blockieren, beseitigt werden.

Für mich unverständlich ist es, dass das für den Semmeringtunnel reservierte Geld für die Planung des Koralmtunnels, der, so sagen uns die Experten, frühestens in 20 Jahren fertig sein wird, von der Bundesregierung umgelenkt wird, dass aber der für uns lebenswichtige und umgehend zu realisierende Semmeringbasistunnel nicht kommt.

Wo bleibt hier, so frage ich, die Gegenwehr von Seiten der Verantwortlichen? Was nützen uns die Lippenbekenntnisse der zuständigen Landesregierungsmitglieder, wenn sie sich bei ihren Parteifreunden in Wien und Niederösterreich nicht durchsetzen können? Ich meine, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur wenn der Semmeringtunnel fertig gebaut ist, haben alle anderen Streckenbauten auch ihren Sinn.

Ich habe bereits heuer hier im Hohen Haus darauf hingewiesen, dass in diesem Jahr die Bahnstrecke Murska Sobota nach Zalalövö in Ungarn als Teil des so genannten Korridor 5 eröffnet wurde. Während bei uns der Ausbau der Südbahn weiterhin blockiert wird, wird anderswo kräftig der Ausbau von Hochleistungsstrecken vorangetrieben. Unser Bundesland gerät immer deutlicher ins verkehrspolitische Abseits. Eine Anbindung der Bahn ab Szombathely über Sopron nach Wien ist nämlich ebenfalls bereits im Gespräch.

Wie wir heute von Seiten der FPÖ gehört haben, hat die Infrastrukturministerin große Geldmittel bereitgestellt, auf die Mittel für den Bahnausbau warten wir aber noch. Ich glaube, hier sind alle aufgefordert, diese Mittel für die Steiermark zu sichern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir auch als obersteirischer Abgeordneter ein weiteres Problem anzusprechen. Ich möchte hier auch die begleitenden Maßnahmen im Zuge des Ausbaues der Bahnstrecken, nämlich die Projekte der so genannten Lärmschutzwände, und hier im Speziellen den Lärmschutz entlang der ÖBB-Bahnstrecke im Stadtgebiet Leoben, ansprechen. Das Projekt liegt bereits vor. Es wurde kürzlich in Leoben vorgestellt und könnte umgesetzt werden.

Wie mir bekannt ist, hat Frau Bundesminister Forstinger für den Lärmschutz 90 Millionen Schilling reserviert. Die Stadt Leoben ist ebenfalls bereit, den ihr zukommenden Anteil von 25 Prozent der Baukosten bereitzustellen und hat dafür ebenfalls Budgetmittel vorgesehen.

Lediglich vom Land Steiermark liegt noch keine Zusage auf Übernahme eines weiteren 25-Prozent-Anteiles vor. Nun richte ich an Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggel, die Bitte, dieses für die Stadt so wichtige Vorhaben nachdrücklich zu unterstützen und die notwendigen Mittel ebenfalls bereitzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus zeitökonomischen Gründen sei mir auch gestattet – unsere Fraktion hat insgesamt vier Unselbstständige Entschließungsanträge eingebracht, nämlich zu den Tagesordnungspunkten 32, 33, 34 und 36 –, dass ich sie kurz erläutere.

Sanierung und Neutrassierung der L 131, Brunnalmstraße.

Wie wir bereits gehört haben, befindet sich die Brunnalmstraße derzeit in einem äußerst desolaten Zustand und führt zudem durch ein Wasserschutzgebiet.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Interesse des Tourismus und der zahlreichen Benutzer und Benutzerinnen eine Instandsetzung und Neutrassierung – außerhalb des Wasserschutzgebietes – der L 131, Brunnalmstraße, durchzuführen.

Zum Tagesordnungspunkt 33, Straßenbauvorhaben in der Region der Gemeinde Lafnitz, Bezirk Hartberg.

Hier geht es um die Sanierungsnotwendigkeiten der L 446, Lungitztalstraße, die Sanierung der Ortsdurchfahrt Lafnitz, L 422 und L 417 sowie um die Lärmschutzwand an der B 54.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die oben genannten Maßnahmen im Landesstraßenbau in der Prioritätenliste so zu reihen, dass den Menschen in der Region schnellstens zu verkehrssicheren und lebenswerten Lebens- und Wohnverhältnissen geholfen werden kann und zweitens die schwarz-blaue Koalition im Bund massiv unter Druck zu setzen, die Kürzungen im Bundesstraßenbudget zurückzunehmen, damit die für die Anrainer und Anrainerinnen notwendigen Lärmschutzmaßnahmen an der B 54 im Abschnitt Lafnitz möglichst rasch umgesetzt werden können.

Zum Tagesordnungspunkt 34, betreffend Verbesserungen an der L 303, wird der Antrag unterbreitet, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Gefahrenstellen auf der L 303 so rasch wie möglich beseitigt werden.

Und schließlich und endlich zum Tagesordnungspunkt 36, Sanierungen der S 6, Semmeringschnellstraße, und der L 117, Pfaffensattelstraße.

Hier wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung mit der Aufforderung heranzutreten, die Kürzungen im Bundesstraßenbudget zurückzunehmen und die bisher gekürzten Mittel für das Bundesstraßennetz der Steiermark wieder bereitzustellen, damit die für die Erhöhung der Verkehrssicherheit dringend notwendige Sanierung der Richtungsfahrbahnen der S 6, Semmeringschnellstraße, im Abschnitt Krieglach und Mürzzuschlag schnellstens durchgeführt werden kann und zweitens die in den vorliegenden Landesvoranschlägen durchgeführten Kürzungen der Mittel für den Landesstraßenbau zu revidieren, die Mittel wieder auf das Niveau der letzten Jahre anzuheben und die Prioritäten im Landesstraßenbau so zu gestalten, dass die für die Erhöhung der Verkehrssicherheit so dringende Sanierung der L 117, Pfaffensattelstraße, im Bereich vom Ortsende Steinhaus am Semmering bis zur Pfaffensattelhöhe raschestmöglich durchgeführt werden kann. Ich bitte um Annahme! (Beifall bei der SPÖ. – 19.53 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke!

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ober. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Ober (19.53 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Hoher Landtag, werte Kolleginnen und Kollegen!

Auf Grund der Fülle von Anträgen im Bereich des Straßenbaus, Ausbaus und Erhaltung sehe ich mich veranlasst Ihnen vielleicht ein bisschen etwas zu zeigen, damit wir unsere Wünsche in Zukunft auch dahin gehend relativieren. Es gibt ja im Land Steiermark eine sehr schöne Bewertung aller Bundes- und Landesstraßen, einen so genannten Bewertungskatalog. Ich halte in Händen einen aus dem Jahr 1999, der den Zustand unserer Straßen sehr genau dokumentiert. Aus dieser, Ihnen vielleicht doch bekannten Statistik ist ersichtlich, dass 33 Prozent unserer Landesstraßen sich in einer Zustandsklasse I, also vorbildlich, befinden, sich 34 Prozent in der Zustandsklasse II, was eigentlich noch ein sehr guter Zustand ist, befinden und in der Zustandsklasse III befinden sich 778 Kilometer, das sind 23 Prozent in einem sehr, sehr schlechten Zustand. Und immerhin 10 Prozent, das sind 327 Kilometer, in der Zustandsklasse IV, wo ohnedies sofort etwas passieren müsste. Wenn man jetzt diese Bewertung näher betrachtet, dann kommt man hier auf einen Sanierungsbetrag – wenn er morgen passieren müsste – von 2,8 Milliarden Schilling nur für Landesstraßen. Das ist eine Summe, die ohnehin nicht aufbringbar ist, aber trotzdem sollte man noch stärker auf diesen Bewertungskatalog zurück greifen und ich appelliere wirklich, dass man vielleicht hier diese Infrastruktur nicht nur über Einzelanträge in Zukunft abhandelt, sondern sich auch längerfristig Gedanken macht, wie man das bewerkstelligen kann. Ich glaube, dass es vor allem der Fachabteilung 2 d gelungen ist, mit diesen Baumethoden hier die Erhaltungskosten und auch Ausbauskosten dramatisch zu senken und ich glaube, dass es notwendig wäre für die Zukunft, und eine Bitte an Sie, Herr Landesrat, der Sie dieses Erbe auch angetreten haben, was ja nicht so einfach ist, hier vielleicht doch einen Vorstoß zu unternehmen auch die Universität Graz mit ein zubinden. Hier alternative Baumethoden zu entwickeln, die einfacheres Bauen mit hoher Qualität garantieren, wo hier auch Planungsvarianten oder überhaupt ein begleitendes Management für Planungen gefunden wird. Wir leben in Feldbach, der Kollege Schleich kennt die Dramatik, wir planen eine Bundesstraße bereits 35 Jahre. Ich glaube, dass hier auch in Zukunft ein Planungsinstrumentarium gefunden werden muss, ein begleitendes Management, das sehr zielstrebig auch Baumaßnahmen umsetzt. Und was noch damit verbunden ist und auch ein Wunsch meinerseits wäre, dass man hier Planungsvarianten findet, die mit den Bürgern abgesprochen sind. Aber nicht nur auf Grund von Bürgerinnen, teure Planungsvarianten gebrochen werden, um den Kompromiss zu erzeugen, die man sich nicht leisten kann. Es kann nicht sein, dass bei Umfahrungsstraßen im Endeffekt auf Grund von Bürgerkompromissen astronomische Höhen entstehen von 300 Millionen Schilling, die wir uns nicht leisten können. Es heißt, dass hier wirklich ein effizientes Management in Zukunft auch eingesetzt wird, das sich mit diesem Thema stark aus-

einander setzt. Ich glaube, dass im Land Steiermark sehr gute Beamte am Werk sind und vor allem auch die Fachabteilung 2 d mit den Straßenmeistereien ein qualifiziertes Personal hat, das sehr dienlich an die Sache herangehen kann. (Beifall bei der ÖVP.) Danke!

Die Infrastruktur, die für das gesamte Land und vor allem im ländlichen Raum sehr notwendig ist. Nur, wenn man sich diese 2,8 Milliarden Schilling noch einmal in Erinnerung ruft und die derzeit zur Verfügung stehenden Mittel sich anschaut, kann man sich ausrechnen, wann dieser Zustand der kompletten Herstellung erreicht werden kann. Das heißt, er kann nie erreicht werden, weil uns die Vergangenheit ständig einholt. Darum nochmals mein Appell, wirklich bei diesen sehr wichtigen Themen eine Enquete einzuberufen, Experten beizustellen, die dieses Thema längerfristig auch behandeln. Ich glaube, dass es notwendig ist, dass sich auch die Politik an diese Bewertungskriterien hält, dass nicht wieder dringende Bauvorhaben auf Grund von politischen Interventionen verschoben werden und damit auch wieder diese von den Experten getroffene Reihung umgestoßen wird.

Und jetzt noch kurz zu den Bundesstraßen, die uns ja auch sehr stark berühren. Wir haben auch bei den Bundesstraßen ein ähnliches Bild, ich darf Ihnen das kurz zitieren. 58 Prozent, Gott sei Dank, der Bundesstraßen haben Zustandklasse 1, 28 Prozent haben die Zustandklasse 2, das sind 498 Kilometer. Aber 168 Kilometer, das sind 9 Prozent, haben hier auch die Zustandklasse 3. Und immerhin 5 Prozent, das sind 83 Kilometer, haben die Zustandklasse 4. Wenn man hier diese Kosten der Gesamtanierung hochrechnet, liegen wir bei einer Milliarde Schilling. Wenn man das mit dem derzeitigen Budget vergleicht, ist das nicht bewerkstelligbar. Von dem ausgenommen sind alle Neubauten, alle Umfahrungsstraßen, die im Lande Steiermark anstehen, die man sicher auch noch mit zirka einer bis 1,5 Milliarden Schilling beziffern kann. Auch hier steht das gleiche Problem der Zukunft an, und dahin gehend nochmals von mir die Bitte, auch in diesem Bereich der Bundesstraßen an die Bundesregierung heranzutreten, und ich spreche da vor allem auch für den Südostraum unseres Bundeslandes, der bevorstehenden Erweiterung dieser Union, dass hier eine optimale Infrastruktur geschaffen werden muss. Dass dem Bund auch diese Erweiterung auch etwas Wert sein muss. Der liebe Franz Schleich hat sich in den letzten Jahren mit dem Landesrat Ressel sehr bemüht auch hier ein ordentliches Budget aufzustellen. Trotzdem, das war zu wenig. Wir brauchen dafür gute Anbindungen nach Süden, nach Slowenien. Aber eine optimale Anbindung nach Ungarn, und das kann nicht sein, dass wir zur Zeit mit der B 86 in der Endfinanzierung beim Jahr 2010 angelangt sind. Das ist ein Zeitpunkt, der für uns inakzeptabel ist und ich bitte vor allem auch diese Umstände zu berücksichtigen.

Zusammengefasst zu den heutigen Anträgen, die heute behandelt worden sind, nochmals vier Bitten. Einerseits die Zustimmung der Universität Graz, um optimale Bauformen der Sanierungen zu finden, die weniger kosten wie bis jetzt. Punkt 2, Planungsvorhaben auf deren Dringlichkeit zu behandeln und nicht weil Bürger Planungen fordern zu planen, sondern auch Umsetzungsvarianten zu gehen und hier ein begleitendes Management einzuführen, das konsequent diese Planung verfolgt. Wenn irgendwo heute ein Industriezentrum errichtet wird oder ein Einkaufszentrum, werden diese Vorhaben innerhalb von sechs Monaten umgesetzt – mit allen Behördenverfahren, Bauverfahren. Wenn wir irgendwo eine Straße planen, dann planen wir an dieser Straße fünf Jahre, zehn Jahre, 15 Jahre und das verärgert die Bürger natürlich sehr. Dass wir auch wirklich, wie in allen anderen Berufssparten und Industrien, ein begleitendes Management, Qualitätsmanagement einführen, das diese Planungen begleitet und die Bauvorhaben in diese Phase bringen, dass sie auch umsetzbar sind. Für die Bilanzierung einen Bewertungskatalog aufzustellen, der wirklich hält, an dem auch festgehalten wird und für den auch die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Es gibt auch einen Antrag, eingebracht um eine Bauinitiative einzuleiten, dass damit auch diese Kriterien miteingebunden werden.

Und als letzter Punkt. Ich glaube, dass die Steiermark, was die Infrastruktur anbelangt, einen Nachholbedarf hat. Diesen Nachholbedarf sollten wir wirklich auch vom Bund einfordern, da sich die Steiermark in einer Randlage befindet, diese Erweiterung der Union nach Süden und Osten hin, einiges auf sich zu nehmen hat und dass dieses Forderungspapier auch von allen Parteien im Steiermärkischen Landtag an den Bund herangetragen wird. Das in einer beachtlichen Summe, einem Umsetzungszeitraum der nächsten vier bis fünf Jahre.

Hoher Landtag, ich danke Ihnen, dass Sie mir so lange auch zugehört haben und ich wünsche uns, dass wir im Straßenbau gemeinsam Lösungen finden, damit die Bürger dieses Landes auf komfortablen Straßen fahren können und dass damit auch Betriebsansiedelungen möglich sind. Weil heute duldet niemand Platzbeschränkungen, weder im Winter noch im Sommer sozusagen. Wir müssen komfortable Straßen haben und ich bitte Sie um Unterstützung dieser Vorhaben. Ich danke herzlich. (Beifall bei der ÖVP – 20.04 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (20.05 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Herr Landeshauptfraustellvertreter, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zuerst auf den Tagesordnungspunkt Bahninfrastruktur in der Obersteiermark kurz eingehen.

Es wird hier berichtet, ausdrücklich, ganz am Anfang, und herausgestrichen, dass in Verbindung mit der Drehscheibenfunktion Graz der Pyhrnkorridor für die Steiermark das verkehrstechnische Rückgrat sei. (Abg. Gennaro: „Seid ein bisschen ruhig!“) Frau Kollegin Beutl – (Präsidentin: „Bitte unterhalten Sie sich außerhalb des Sitzungssaales!“) Ich war beim Rückgrat, Herr Kollege Tasch, die Pyhrneisenbahn ist das Rückgrat, das verkehrstechnische, für die Steiermark. (Abg. Tasch: „Selzthal!“)

Jawohl, so ist es. Wir reden vom Bezirk Liezen. Und die Pyhrnisenbahn ist in einem Zustand, wie sie vor 120 Jahren war. Das heißt, sie hat schwere Bandscheibenschäden. Ich kann diese Stellungnahme allein auf Grund dieser Formulierung, wie sie da drinnen ist, schon nicht zur Kenntnis nehmen. Man kann nicht hineinschreiben, einfach so, der Pyhrnkorridor ist unersetzlich und hat eine zentrale Funktion, und dann zur Tagesordnung übergehen. Fest steht, dass seit 120 Jahren an der Pyhrnisenbahn nichts angegriffen wurde. Wir müssen uns fragen, warum dieses? (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wald am Schoberpass!“)

Der nächste Punkt ist dann die Strecke Selzthal–Sankt Michael. Der Herr Landeshauptfraustellvertreter stellt das richtig fest, dort ist etwas geschehen, nämlich es sind Milliarden investiert worden. Und wenn wir uns den Fahrplan anschauen, dann sind die Züge seither langsamer geworden und nicht schneller. Es ist nicht einmal gelungen – auch im jüngsten Fahrplan –, obwohl jetzt nur mehr ein paar Kilometer auf dieser Strecke fehlen, zwischen Michael und Selzthal, etwa die Regionalzüge schneller zu führen. Warum? Weil da die ÖBB ganz offensichtlich ihre Fahrpläne noch immer nach ihren schwächsten Lokomotiven beziehungsweise Garnituren ausgerichtet, und die fahren halt nur 90. Jetzt haben wir etliche Milliarden investiert in diese Strecke, mit dem Effekt, dass dort die Züge 130 fahren könnten – jetzt rede ich noch immer von den Regionalzügen und nicht von den Schnellzügen –, diese könnten 130 fahren, geht aber nicht, weil der ÖBB-Fahrplancomputer einfach ausgerichtet ist auf maximal 90. Es müsste doch gelingen – und ich beschimpfe jetzt nicht einmal die ÖBB –, wenn man in der Steiermark so etwas hat wie ein echtes Engagement in Sachen Verkehrspolitik, das sich nicht nur auf den Straßenbau konzentriert, müsste es doch einmal gelingen, der ÖBB hier tatsächlich das eine oder andere an einer Verbesserung herauszureißen und das dort wirklich durchzusetzen, und nicht nur zu jammern.

Ein weiterer Punkt hier: In der Regierungsstellungnahme ist ausdrücklich festgehalten, dass die Strecken Selzthal–Linz beziehungsweise Selzthal–Bischofshofen, also durchs Ennstal, zu Hochleistungsstrecken erklärt sind und dass der Abschnitt der Bahn Wörtschach–Stainach bereits in Bau sei.

Richtig ist, dass die Umfahrung Stainach in Bau ist, falsch ist, dass es sich hier um einen Teil der Hochleistungsstrecke handelt beziehungsweise dass ein zweigleisiger Ausbau erfolgt, sondern man baut auch im Bereich der Umfahrung Stainach nur eingleisig aus. Jeder, der dort fährt – und ich fahre oft –, kann das anschauen. Und das nennt sich dann Hochleistungsstrecke.

Nächster Punkt: Für das Ennstal ist vom Ministerium eine Korridoruntersuchung vorgesehen, die unter Einbeziehung der örtlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten die jeweiligen Trassierungen und Dimensionierungen von Straße und Schiene festlegen soll. So! Was heißt das jetzt auf Steirisch? Das Ministerium vergibt eine Korridoruntersuchung und Ergebnis ist die Dimensionierung von Straße und Schiene. Und wo, frage ich Sie jetzt, wird das entschieden? Von wem, was da jetzt an Straße und Schiene kommt? Wer sagt das? Ist das das Land Steiermark? Ist das das Ministerium? Ist das der Planer? Oder sind das die Betroffenen dort im Ennstal?

Ich stelle es einmal mehr fest, was dem Ennstal droht, ist das Schicksal nicht nur des Inntals, sondern auch jenes, ein paar Kilometer ums Eck, etwa des Zederhaustals. Fragen Sie einmal bei dem dortigen ÖVP-Bürgermeister nach, im Zederhaus, fragen Sie ihn. Die haben erst vor einer Woche demonstriert. Fragen Sie ihn, gegen was sie dort demonstriert haben, was sie für Sorgen haben. Die werden Ihnen das erklären.

Ich bin also der bescheidenen Meinung, dass man nicht einfach eine Korridoruntersuchung beauftragen und sagen kann, das ist der Trend, das sind die Experten. Dann schaffen wir die hohe Klasse der Politiker insgesamt, insbesondere jener, die auf Regierungsbänken sitzen, ab. Wozu brauchen wir sie denn dann, wenn sie nichts entscheiden und das nur mehr die Trendvarianten und die Planer ohnehin für sie erledigen?

Noch zum Abschluss zu diesem Punkt: Es wird hier festgestellt, was jetzt die Zugverbindungen im Ennstal anbelangt, die von der ÖBB eingeschränkt wurden, dass jetzt zwar der Intercity Graz–Salzburg in der Tat schneller fährt – war auch eine alte Forderung der Grünen –, aber gleichzeitig hat man vergessen, unter Anführungszeichen, unterhalb eine Ebene eines Personenzuges einzuführen. In der Regierungsstellungnahme stellt man hier fest, dass das mehrmals heftigst kritisiert wurde und dass man den Ausbau der Bahn ständig massiv eingefordert habe.

Ich sage es noch einmal, das kann offensichtlich nicht geschehen sein, weil wenn die steirische Landesregierung, die offensichtlich – und davon gehe ich schon aus – einen gewissen Draht nach Wien hat, zur jetzigen Bundesregierung, und daher auch einen gewissen Einfluss auf die ÖBB hat, wenn das so ist, dass man das heftig kritisiert und ständig massiv eingefordert hat, dann könnte der Zustand, was die Bahn anbelangt, im Allgemeinen, und im Ennstal im Besonderen, nicht so sein, wie er ist.

Noch zu einem anderen Bereich, ganz kurz, und das sind drei Straßenprojekte, die hier angesprochen sind bei den Tagesordnungspunkten.

Das eine, die Radlpassbundesstraße, das andere die L 303, also von Seiersberg Richtung Sulmtal und das Dritte die Landesstraße von Deutschlandsberg über Preding Richtung Wildon.

In all diesen drei Projekten ist derselbe Verkehrsstrom angesprochen, nämlich von Graz Richtung Weststeiermark, südliche Weststeiermark, Raum Wies–Eibiswald. Für alle drei Straßen.

Und da schließe ich mich dem Herrn Kollegen Ober durchaus direkt an, der das vorhin ganz richtig festgestellt hat, so geht es nicht. Da gehört ein System hinein, insbesondere beim Straßenbau. Da gehören Prioritäten gesetzt. Ich kann nicht ein- und denselben Verkehrsstrom dreimal praktisch verkaufen. Einmal sage ich, die Radlpassbundesstraße muss ausgebaut werden. Dann sage ich, in derselben Landtagssitzung, beim selben Tagesordnungspunkt, die Verbindung von Deutschlandsberg hinüber nach Wildon zur Pyhrnautobahn wird eine große Bedeutung haben. Und gleichzeitig sage ich noch einmal bei der L 303, die Verbindung von Seiersberg ins Sulmtal sei auch so wichtig und dort ist auch etwas zu machen. Wobei bei der Verbindung zwischen Deutsch-

landsberg und Preding noch dazukommt, dass man den Bestandsausbau fordert. Und einen Absatz weiter geht man her und sagt, aber längerfristig wird diese Straße parallel zur Koralmbahn gebaut werden. Was heißt längerfristig? So lange kann ja angeblich die Koralmbahn nicht mehr aus sein, also entweder oder.

Zum Abschluss aus aktuellen Gründen noch ein Hinweis. Heute Nachmittag, einige von Ihnen werden es schon wissen, hat die Landeshauptleutekonferenz unter anderem eine Übereinkunft getroffen, die uns hier betrifft, diesen Tagesordnungspunkt betrifft, nämlich: Eine Sache die, wie Sie wissen, die Grünen mehrfach gefordert haben aus den vorhin genannten Gründen, nämlich die Verlängerung der Bundesstraßen. Dass also genau das nicht passiert, was ich vorhin angesprochen habe, dass man beim Land sagt, Geld spielt keine Rolle, wir planen, wir betreiben, zahlen tut eh der Bund. Das Geld aufstellen muss eh der Bund. Ich halte das grundsätzlich für klug, dass man hergeht und sagt, na wenn das Land das will, dann sollen sie auch das Geld auftreiben und sollen mit diesem Geld wirtschaften. Aber, soweit das zu begrüßen, aber – es kommt ein kleines „Aber“ oder großes, das wird sich noch zeigen –, es ist der Landeshauptmann von Kärnten natürlich wieder hergegangen und hat sein eignes Süppchen gekocht und hat bereits heute Nachmittag verkündet, dass er die Schnellstraße von Klagenfurt über Friesach Richtung Steiermark nicht dem Bund beziehungsweise der ASFINAG überlassen wird, das heißt, nicht einer Bemaunung zustimmen wird. Im Klartext kann ich diesen Ball jetzt nur an die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bezirk Murau, Judenburg und so weiter weitergeben. Wenn nämlich hier – und wir haben einige Male hier im Landtag darüber debattiert – etwas ausgebaut werden soll, etwa die Umfahrung Neumarkt, die Umfahrung Scheifling, wenn diese Projekte realisiert werden sollen, die also hier auch im Landtag gefordert wurden, dann wird es logischerweise nur dann möglich sein, wenn man entsprechenderweise ein Geld auftreibt. Für das Geldauftreiben, wird man allerdings eine Maut einheben müssen. Jetzt frage ich Sie, wie wird denn das laufen? In der Steiermark wird eine Maut eingehoben und in Kärnten nicht. Denken Sie sich das jetzt einmal zu Ende. Das heißt, man hätte offensichtlich, bevor man diese Verlängerung beschlossen hat, zumindest bestimmte Eckwerte, sag ich jetzt einmal, festmachen müssen, man hätte einmal zumindest ins Klare kommen müssen, was das übergeordnete Straßennetz in Österreich ist, das dann auch bemaunet wird, und den Rest den Ländern überlassen. Und nicht die umgekehrte Vorgangsweise, wo man jetzt schon Stunden nach der Beschlussfassung den Palawatsch am Tisch hat. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 20.17 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wieder. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (20.17 Uhr): Frau Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Nach dem Landesverkehrsexperten Hagenauer darf ich auch ein paar Punkte zu dem Problem Straßen einbringen. Es wird, wie Sie wissen, einen Generalverkehrsplan vom Bund geben und es hat der Kollege Ober eines richtig angesprochen. Jeder versucht natürlich seine Straße, seine Kreuzung, seinen Kreisverkehr und alles durchzubringen und dadurch ist es nicht immer leicht und möglich, nach Prioritäten gereiht vorzugehen. Es muss endlich einmal das Verhältnis zwischen dem, was man will, und zwischen dem, was man mit dem Geld machen kann, stimmen. Dazu wird es auch im Land einen Prioritätenkatalog geben, der genau auf das abzielt, und ich habe es heute schon gesagt, es gibt auf Landesebene und es gibt auch auf Bundesebene mehr für die Infrastruktur. Nur, wir brauchen diesen Prioritätenkatalog, der erstellt wird, damit wir anständig planen und arbeiten können.

Ich habe mir für diesen heutigen Tag herausuchen lassen von den Abteilungen – ich bedanke mich recht herzlich bei denen, die das gemacht haben –, was derzeit an Straßenbauprojekten und an Sanierungen wie Radwegen, Landesstraße, Bundesstraßen, Lärmschutz, was derzeit alles läuft und zu welcher Summe. Ich erspare Ihnen das vorzulesen, es ist schon recht spät heute, das sind kurz zusammengefasst acht Seiten, was derzeit an Straßenprojekten in der Steiermark läuft. An Sanierungen allein 224 Millionen Schilling, Geh- und Radwege, das wird den Kollegen Hagenauer freuen, 28,6 Millionen Schilling, an Landesstraßen 281 Millionen Schilling, an Bundesstraßen 300 Millionen Schilling, also ein Gesamtbauvolumen von 844,5 Millionen Schilling läuft derzeit in der Steiermark. Dazu kommen noch die größten Baustellen, der Plabutschunnel, es kommt der Ganzsteintunnel dazu, es kommt das Cargo-Center Süd dazu, ein PPP-Modell, das in nächster Zeit wahrscheinlich stärker zum Tragen kommen wird. Wenn ich mir das alles anschau und wir den Prioritätenkatalog haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann wird in der Steiermark an Infrastruktur noch mehr weitergehen. (Beifall bei der FPÖ. – 20.20 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröpfel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfel (20.20 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Herr Landesrat!

Ich gehe zuerst einmal kurz auf die Stellungnahme der Landesregierung zu den Zivilschutzmaßnahmen im Koralmtunnel ein. Ich bin froh darüber, dass es jetzt diese Stellungnahme gibt. Vor dem Hintergrund der Ereignisse des 11. September sieht man vielleicht diese Dinge auch etwas anders und ich hoffe, dass diese Machbarkeitsstudie bald in Auftrag gegeben wird, damit wir wissen, woran wir sind. Ich glaube, dass Zivilschutzmaßnahmen, Zivilschutzräume in Österreich unbedingt erforderlich sind, denn wir haben derzeit nur für zirka 35 Prozent der Bevölkerung solche Räume zur Verfügung.

Dann darf ich kurz, weil wir ja doch einige Anträge vom Bezirk Deutschlandsberg drinnen haben, eingehen auf diese Projekte, die wir fordern. Ich kann diesem Prioritätenkatalog sehr, sehr viel abgewinnen und ich freue mich, wenn es diesen gibt. Ich habe nur eine Bitte, wenn diese Prioritätenkataloge erstellt werden, dass man vor allem die regionalen Planungsbeiräte einbindet, denn ich glaube, die wissen vor Ort in den Bezirken wirklich, was am dringendsten notwendig ist und da kann es dann nicht vorkommen, dass jeder Bürgermeister seine Abbiegespur bekommt und ein anderer seinen Kreisverkehr und so weiter. Es muss wirklich der regionale Planungsbeirat aufgewertet werden, denn warum sitzen die Leute dort stundenlang zusammen und diskutieren Verkehrsprobleme, wenn auf der anderen Seite dann erst irgendjemand ein Projekt macht, das eigentlich vom regionalen Planungsbeirat nicht die Prioritätenstufe 1 erhalten hätte. (Beifall bei der SPÖ.)

Mit den übrigen Stellungnahmen der Landesregierung bin ich relativ zufrieden. Denn sie erkennen tatsächlich, wo es notwendig ist, dass wir im Bezirk Deutschlandsberg Verbesserungen erreichen. Ich darf nur eines anmerken, Herr Landesrat. Als aufmerksamer Leser dieser Vorlagen ist mir aufgefallen, dass für ein und dasselbe Projekt, wie zum Beispiel für den Johngraben, zwei verschiedene Zahlen zu finden sind. Einmal kostet der Ausbau des Johngrabens 30 Millionen Schilling und bei der nächsten Vorlage kostet er 27,5 Millionen Schilling. Auch bei der „Schweizerhöhe“ muss ich sagen, kostet bei der einen Vorlage der Ausbau dieses Straßenstückes 5,2 Millionen Schilling und bei der anderen Vorlage kostet er 6 Millionen Schilling. Auch über die Realisierung gibt es unterschiedliche Daten. Daher wäre ich froh, wenn es schon solche Vorlagen gibt, dass die auch koordiniert werden, damit man dann wirklich eine Summe hat, auf die man sich verlassen kann. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 20.23 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (20.23 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages!

Ich komme nur ganz kurz auf die Ausführungen des Kollegen Hagenauer zurück, was die Bahninfrastruktur anlangt, und auf die Ausführungen unter anderem, dass wir ja morgen zu einem Unterausschuss, betreff Verkehrslenkung, uns treffen, Kollege Wiedner. Ich würde sagen, sehen wir nicht nur die Bahn in der Obersteiermark, die ich für sehr wichtig halte und die ich auch in jungen Jahren häufigst benützt und auch geschätzt habe, sondern sehen wir die Bahn in der Zukunft. Sehen wir die Bahn in etwa in der Oststeiermark, setzen wir uns auseinander mit kurz-, mittel- und langfristigen Projekten, denn momentan wirkt die Ostbahn oder diese Thermalbahn eher als Kulisse für irgendeinen Film – ich denke da allen voran an den Bahnwärter Thiel – und mehr nicht. Es sind verwaiste Bahnhöfe, die Bahnkörper schauen nicht sehr gepflegt aus und in den Zügen bewegt sich auch nicht mehr viel an Personen.

Warum sage ich das? Es soll auch dem Landtag zu Ohr kommen, dass bereits zum zweiten Mal am nächsten Dienstag sich eine Gruppe aus der Stadt Szombathely, aus der Stadt Oberwart und aus der Stadt Hartberg mit Stadtvätern und –müttern und natürlich auch mit Abgeordneten der beiden Bundesländer, aber auch mit dem Komitat aus Szombathely zusammensetzt, um über eine Bahnlinie aus dem Osten nachzudenken, damit nicht auf der Südbahn bei der Eröffnung zum Beispiel von Ungarn in zwei, drei Jahren dann der große Verkehrsinfarkt, den wir tagtäglich aus Wien und Umgebung hören, passiert. Daher nehmen wir auch morgen das mit hinein, Kollege Wiedner, denken wir flächendeckend, denken wir nicht an eine Gesetzgebungsperiode, sondern denken wir weiter. Unsere Nachkommen werden es uns dann danken.

Zum Zweiten, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ein bisschen ein schlechtes Gewissen habe ich, wenn ich morgen meinen Bürgermeister aus Lafnitz treffe, weil er war bei Ihnen, und zwar am 3. Mai 2001. Und da geht es um die sanierungsbedürftige Lungitztalstraße L 446. Sie haben ihm damals versprochen, auf Grund der Dringlichkeit, dass das noch im Jahr 2001 passiert. Es ist leider so passiert, dass diese Straße auf einmal in der so genannten Prioritätenliste von 2001 auf 2003 zurückgefallen ist.

Ich sage, da werden die Lafnitzer oder da wird der Bürgermeister bestraft, weil er eigentlich ein sehr weit-sichtiger und ein sehr sparsamer Mensch ist. Er hat die Straße nämlich nicht sanieren lassen in jener Zeit, als noch nicht der Kanal gegraben war, sondern er hat gesagt, lassen wir diesen einen Kilometer noch aus. Es wird ja noch der Kanal gegraben, weil in unmittelbarer Nähe die Gemeinde Lafnitz unter anderem auch Grundstücke für den Wohnbau angekauft hat. Und jetzt bestraft man ihn einfach. Das heißt, das Lungitztal ist von Grafendorf weg bis Sankt Johann in der Haide ein Fleckerlteppich.

Ich sage das deswegen, es ist für mich dramatisch, weil gerade das Hinterland in der Thermenregion bei uns nicht vernachlässigt werden soll, weil gerade das Hinterland, das eben keine Industrien, keine Gewerbebetriebe irgendwelcher Art hat, dass dieses Hinterland in meinen Augen und in den Augen vieler Hartbergerinnen und Hartberger – wenn ich vom Bezirk spreche – von Lieblichkeit glänzen soll, weil das besucht werden soll. Und in diesem Sinne tut es mir leid.

Herr Landeshauptmannstellvertreter, vielleicht schreiben Sie dem Herrn Bürgermeister, warum dieses Bauvorhaben, dieses Verkehrsvorhaben in der Dringlichkeit von 2001 auf einmal in das Jahr 2003 gerutscht ist. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 20.27 Uhr.)

Präsident Purr: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (20.28 Uhr – Abg. Schrittwieser: „Ist der ÖVP-Klub noch arbeitsfähig?“): Wenn einer redet, dann reicht das eh.

Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Hoher Landtag!

Gestatten Sie mir auch, dass ich zu dieser Verkehrsdebatte ein paar Anmerkungen mache.

Zum einen bin ich dem Kollegen Wiedner dankbar, dass er das gesagt und angesprochen hat, dass es in der Steiermark endlich einmal zu einer Generalverkehrsplanung kommen muss. Und wir müssen einfach einmal davon wegkommen, mit kleinen Anträgen zu versuchen unsere Verkehrsproblematik zu lösen. Es ist einfach notwendig, dass wir kurz-, mittel- und langfristige Planungen vornehmen und dazu auch sagen: „Wer soll das in welcher Form bezahlen?“ Die Forderung allein erledigt überhaupt noch kein Verkehrsproblem und wenn wir so weitermachen, werden wir am Ende der Legislaturperiode wahrscheinlich einen ganzen Wulst von Anträgen haben, die unerledigt sind, und in der nächsten Legislaturperiode fangen wir wieder von vorne an.

Ich würde also wirklich bitten, dass wir gerade bei dieser Verkehrsenquete darauf ein besonderes Augenmerk legen.

Herr Kollege Hagenauer hat sich mit der Regierungsvorlage beziehungsweise mit dem Bericht der Regierung zur Bahninfrastruktur in der Obersteiermark auseinander gesetzt. Er hat durchaus einige richtige Ansätze in seinen Ausführungen eingebracht. (Abg. Straßberger: „Nicht zu viel loben!“)

Ich möchte aber schon sagen, wenn man das Paltental und die Beschleunigung des Schienenverkehrs dort beleuchtet, so muss man auch dazusagen, dass letztendlich nicht nur die Regionalzüge das Problem sind, die offensichtlich schlecht angebunden sind, sondern es ist insbesondere ein Problem des Kopfbahnhofes Selzthal, dass wir Fahrtzeiten haben, die mutwillig – sage ich jetzt von dieser Stelle aus – durch den Kopfbahnhof Selzthal um eine Viertelstunde bis 20 Minuten in die Länge gezogen werden. Das ist also, glaube ich, das dringendste Problem, das wir in der Bahninfrastruktur in unserem Bereich zu lösen haben, dass wir die Schleife selbst konzipieren und in einem einigermaßen erduldbaren Zeitraum auch tatsächlich umbauen. Vor 30 Jahren wurde damit begonnen zu planen. Jetzt hat man die Autobahn gebaut, man hat die ganze Gegend dort mit Einfamilienhäusern besiedelt, und es wird sicherlich nicht einfacher dadurch, dass man ständig zuwartet, bis sich diese Variante als nahezu undurchführbar herausstellt.

Sie haben dann auch Kritik an der so genannten Korridoruntersuchung geübt. Da pflichte ich Ihnen sogar teilweise bei, deshalb, weil ich glaube, dass wir einfach keine Zeit mehr haben, das Verkehrsproblem im Ennstal zu lösen. Wir müssen, wenn wir uns zur Korridoruntersuchung bekennen, diese auch in einem klaren zeitlichen Rahmen durchführen. Und es muss dann umgehend mit einer Planung, einerseits des Straßenkonzepts durch das Ennstal begonnen werden, aber gleichzeitig auch eine Neuanlage beziehungsweise Verbesserung der Schienentrasse erfolgen. Weil nur mit gestreckten Bahnentrassen können wir auch die Geschwindigkeiten fahren, die wir brauchen, damit wir entsprechend angebunden sind.

Sie haben dann noch etwas gesagt, was ich nicht ganz verstehe, nicht als Obersteirer und auch nicht als Steirer, wenn Sie sagen, das Rückgrat Pyhrnstrecke hat Bandscheibenschäden. Das bedeutet für mich, dass Sie die Pyhrnstrecke nahezu aufgeben. Und ich behaupte hier, wir brauchen die Pyhrnstrecke, damit die Anbindung des Donauraumes an den Grazer Raum auch tatsächlich gewährleistet ist. Ich weiß schon, dass das nicht von heute auf morgen gehen wird, aber wir können doch nicht so tun, als ob diese ausgediente Strecke für überhaupt nichts mehr gut wäre.

Ich bitte Sie, wenn Sie das nicht so gemeint haben, das auch so zu sagen, wie es tatsächlich ist. Es ist eine wichtige Streckenanbindung zwischen dem Großraum Linz, Donau und dem Großraum Graz. Und für uns im Bezirk ist das ganz sicherlich für die Wirtschaft ein wesentlicher Faktor, ob wir hier eine entsprechende Anbindung auch an die Schifffahrt kriegen oder nicht.

Und wenn es ums Ennstal geht, Sie sagen, das wird das Inntal werden. Wenn man im Ennstal zu Hause ist, stellt man fest, dass wir den Verkehr, den wir, wie Sie sagen, durch den verbesserten Straßenausbau anziehen werden, bereits haben. Es gibt im Ennstal keinen fließenden Verkehr mehr, im Ennstal ist ein stockender Verkehr. Wir fahren mit Durchschnittsgeschwindigkeiten auf der Straße, die sich der der Schiene anpassen, nämlich mit 47 km/h, wie die langsamste Verbindung zwischen Selzthal und Bischofshofen ist.

Da müssen wir etwas tun und es ist aus meiner Sicht noch nie die Konsensbereitschaft für eine Straßenverkehrslösung im Ennstal größer gewesen als zum jetzigen Zeitpunkt. Wir müssen nur die Courage haben, den politischen Willen auch in eine Planung und in einen Bau umzusetzen. Dann können wir das Problem im Ennstal lösen und auch tatsächlich die Aufwertung dieses Wirtschaftsstandortes wieder zusammenbringen.

In dem Sinne bitte ich Sie, dass Sie weiterhin konstruktiv bei der Verkehrspolitik mitarbeiten. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.33 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (20.33 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Gestatten Sie mir einige grundsätzliche Anmerkungen zu dieser wichtigen Verkehrsdebatte.

Erstens möchte ich auch den Beamten meines Hauses für die geleistete Arbeit meinen herzlichen Dank aussprechen. Es wird wirklich sehr, sehr umfassend und gut geplant, Ausschreibungen funktionieren. Herzlichen Dank!

Zum Zweiten: Es ist leider so mit dem Verkehr, jeder möchte ihn, nur nicht bei sich, jeder hätte gerne eine Straße, nur nicht bei sich, jeder hätte gerne eine Eisenbahn, nur nicht bei sich.

Also das ist halt das Problem, auf der anderen Seite, wenn man sich einmal durchgerungen hat und auch nur die Idee einer Trassenführung etwas laut äußert, dann steigen in diesem Gebiet die Freilandpreise so hochwertig wie Industrieland. Das heißt von 40 Schilling pro Quadratmeter auf 500/600 Schilling pro Quadratmeter und mehr, diese Ablösen verteuern natürlich die Projekte. Umfahrungsprojekte, ist schon angesprochen worden, vermehren sich auf Grund auch der Raumplanung, der Wohlstand steigt, meine sehr verehrte Damen und Herren, die Besiedelung steigt, die Orte wachsen nach außen. Es waren in der Vergangenheit durchaus auch Fehler in der Raumplanung zu vermerken, die dazu geführt haben, dass die Ortsgebiete, die besiedelten Gebiete überproportional gewachsen sind und damit das Straßennetz vergrößert werden musste. Wir bauen heute die Sanierungsfälle von morgen. Aus diesem Grunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich vorgegeben, eine Sanierungsoffensive im Sinne einer Sanierungs- und Verkehrsverbesserungsoffensive im Gegensatz zu einer Neubauoffensive zu machen. Das heißt, Neubau nur im Zuge von Sanierungsarbeiten und im Zuge von Verbesserungen durchzuführen.

Wir haben folgende Situation, das ist auch schon angesprochen worden, dass es vielfach gewünscht wird und die Regierung sehr stark unter Druck gesetzt wird, nämlich was die Ansiedelung neuer Arbeitsplätze betrifft. Die Ansiedelung neuer Arbeitsplätze bedingt in vielen Fällen die Schaffung neuer Infrastruktur. So gibt es auch die Vorgabe von mir, dass gerade im Bereich von neuen Betriebsansiedelungen die Wirtschaftspartner und natürlich auch diejenigen, die auf Grund der Wertsteigerung der Grundstücke von diesen Umwidmungen und Betriebsansiedelungen profitieren, auch Beiträge zur Infrastrukturentwicklung leisten sollen. Damit können natürlich auch die Entwicklungen schneller vorangetrieben werden. Ich sage es auch ganz klar, dass es für mich wichtig ist und ein Maß dafür ist, wie sehr ein Projekt den Wirtschaftspartnern oder auch den Kommunen am Herzen liegt, also ein Maß dafür ist, welche Beiträge die Kommunen beziehungsweise auch andere Interessenpartner zu leisten bereit sind. Wenn die Beträge entsprechend hoch sind, ein ganz besonders positives Beispiel ist die Stadtgemeinde Leoben, die für dieses Projekt Nordspange auch bereit ist einen entsprechenden Beitrag zu leisten, um so schneller wird die Umsetzung von Infrastrukturprojekten möglich sein. Finanzpartner, neue Finanzierungsmethoden werden wir zu suchen haben. Ich setze große Hoffnungen im Zusammenhang mit dem entstehenden Generalverkehrswegeplan des Bundes, der dann die Basis sein wird. Es gibt einen gezielten weiteren Ausbau der Infrastruktur, der notwendig wird für den Wirtschaftsstandort Steiermark.

Zur Eisenbahn einige Anmerkungen: Den Semmeringtunnel möchte ich sehr gerne so rasch wie möglich vorantreiben. Da gibt es auf der anderen Seite einen Landeshauptmann, der, ich sage es hier ganz offen, mit seiner Anti-Semmeringpolitik sehr gut wahltechnisch abgeschnitten hat. Ich denke, wir sollten alle daran arbeiten und auch die Informationen vorantreiben, und gestatten Sie mir auch die Anmerkung, der Naturschutzbescheid, der das Projekt behindert hat, wurde von der Naturschutzlandesrätin Onobi erstellt, die ja der SPÖ angehört, und damit ist auch diese Fraktion sehr maßgebend eingebunden in die Verhinderung dieses Projekts. Aber ich denke, dass wir die Informationen so vorantreiben werden, dass gerade der südliche Teil Niederösterreichs dieses Projekt selber am dringendsten braucht. Baden, Gloggnitz, Ternitz, Sie kennen alle diese Industrieorte, brauchen diesen Semmeringtunnel zur Weiterentwicklung. Ich unterstelle dem Landeshauptmann durchaus Naivität, sonst ist er es nicht, aber in diesem Punkt, wenn er glaubt, dass eine prosperierende Wirtschaft abseits von Hauptverkehrsadern möglich ist, das wird nicht funktionieren. Das wird eine falsche, eine trügerische Hoffnung sein, wenn also Niederösterreich umfahren wird, dass sich dann die entsprechenden Betriebe in Niederösterreich halten werden. Und gerade aus diesem Grunde wurde eben diese Umwidmung in Richtung Süden vorgenommen und es ist natürlich ganz klar, die Pontebbana steht an der österreichischen Staatsgrenze im Raum Villach und wir müssen Villach-Klagenfurt-Graz-Linz verstärkt ausbauen und gerade aus diesem Grund erfolgte ja auch die Umwidmung der Mittel. Also die Pyhrntrasse hat selbstverständlich, auch was die Produktströme für unsere Exportportwirtschaft betrifft, ersten Vorrang.

Leoben wurde angesprochen. Das Schallschutzprojekt wird vorangetrieben. Herr Abgeordneter Prattes, Sie wissen, Leoben ist meine Heimatstadt, und gerade aus diesem Grund lege ich besonderen Wert darauf, dass die Verkehrsinfrastrukturprojekte dort zügig vorangetrieben werden und es gibt auch sehr, sehr fruchtbare Gespräche in diesem Zusammenhang.

Es wurde auch viel über diesen „steirischen Generalverkehrsplan“, wenn ich ihn so nennen darf, über die Systematik gesprochen, das ist gut und richtig. Natürlich ist es auch legitim für jeden Abgeordneten gerade in der näheren Umgebung, für die er sich besonders verantwortlich fühlt, voranzutreiben. Dafür habe ich vollstes Verständnis. Aber letztlich müssen wir die Projekte tatsächlich nach verkehrspolitischen Gegebenheiten und verkehrspolitischen Prioritäten reihen. Es geht für mich, und ich denke auch für die meisten von Ihnen, um die Lebensqualität, die Sicherheit und die Qualität des Weges zum Arbeitsplatz vor den touristischen Effekten, so sehr sie mir auch am Herzen liegen. Auch dort werden wir etwas tun. Wir haben ja einiges im Zuge der Verkehrssituation Richtung Kreischberg vor. Wir haben andere Projekte, die die touristische Erschließung des Landes vorantreiben. Wir tun, was wir können, ich denke, die systematische Vorgangsweise wird uns helfen, auch die Glaubwürdigkeit und die Zuverlässigkeit in der Politik stärker in den Vordergrund zu stellen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 20.41 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zu einem längeren Abstimmungsvorgang. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 84/1, Tagesordnungspunkt 27, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 255/1, Tagesordnungspunkt 28, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 83/1, Tagesordnungspunkt 29, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 504/1, Tagesordnungspunkt 30, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 498/1, Tagesordnungspunkt 31, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 194/1, Tagesordnungspunkt 32, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Sanierung und Neutrassierung der L 131, Brunnalmstraße, zum Tagesordnungspunkt 32 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 195/1, Tagesordnungspunkt 33, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Straßenvorhaben in der Region der Gemeinde Lafnitz, Bezirk Hartberg, zu Tagesordnungspunkt 33 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 266/1, Tagesordnungspunkt 34, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Verbesserungen an der L 303, zu Tagesordnungspunkt 34 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 267/1, Tagesordnungspunkt 35, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 294/1, Tagesordnungspunkt 36, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Sanierung der S 6, Semmeringschnellstraße, und der L 117, Pfaffensattelstraße, zu Tagesordnungspunkt 36 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 347/1, Tagesordnungspunkt 37, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 265/1, Tagesordnungspunkt 38, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

39. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 483/1, betreffend den Bericht der Patientenombudsfrau über das Geschäftsjahr 2000.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Mag. Wolfgang Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Mag. Erlitz (20.46 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gemäß Paragraf 4 des Gesetzes vom 10. November 1992 über die Patientenvertretung hat die Patientenombudsfrau als Leiterin der Patientenvertretung für die steirischen Krankenanstalten jährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit und hiebei gesammelte Erfahrungen zu verfassen und der Landesregierung vorzulegen, die diesen Bericht dem Landtag zur Kenntnis bringt.

Die Patientenombudsfrau hat nunmehr beiliegenden Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr erstattet und wird dieser von der Steiermärkischen Landesregierung dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis gebracht.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 2. Juli 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht 2000 der Patientenombudsfrau über das abgelaufene Geschäftsjahr der steirischen Patientenvertretung wird zur Kenntnis genommen. Soweit mein Bericht. (20.46 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung Herrn Abgeordneten Mag. Erlitz und erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (20.47 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, es gibt eine einhellige Übereinstimmung darin und der Tätigkeitsbericht beweist es ja auch, dass die Patientenombudsfrau, Mag. Renate Skledar, hier eine exzellente Arbeit leistet und geleistet hat, natürlich mit ihrem Team, das aber – und das sei hier hinzugefügt – für die derzeitige, aber auch vor allem zukünftige Aufgabenstellung einfach zu klein ist. Da gibt es ein ganz ein großes Defizit, ein Personaldefizit. Ich glaube, das gilt es in gemeinsamer Anstrengung zu beheben, vor allem, wenn man weiß, dass es hier zu einer Ausweitung der Kompetenzen der Patientenvertretung auf die Pflegeheime und mobilen Dienste kommen sollte. Laut der durchgeführten Erhebungen gab es ja zum Stichtag 1. März 2001 159 Pflegeheime mit insgesamt 8120 Pflegebetten und zusätzlichen 246 Pflegeplätzen, in welchen bis zu maximal vier Bewohner gepflegt und betreut werden dürfen. Und dazu kommen auch noch die mobilen Dienste.

Wenn – und ich hoffe das – die Mündigkeit der Patienten auch weiterhin steigt, also die Zivilcourage steigt, dann wird sich das klarerweise auch in der Patientenvertretung entsprechend widerspiegeln. Auch die Politik klarerweise wird die Durchsetzung von Patientenrechten entsprechend fördern. Gerade heute ist die Patientenrechtscharta hier beschlossen worden. Auch die hält ein Recht auf Prüfung der Beschwerden von Patientinnen und Patienten fest. Das heißt, auch das wird die Frequenz bei der Patientenombudsfrau entsprechend erhöhen und wird deren Tätigkeit und Aufgabenbereiche entsprechend vermehren.

Dazu muss auch bemerkt werden, dass die Aufgabengebiete der Patientenvertretung sich ab 1. Jänner 2001 zusätzlich und auch gesetzlich vorgeschrieben erweitert haben. Nur zum Beispiel, das neue Entschädigungssystem wird zu Beginn 2002 auch praktisch zu laufen beginnen und bedeutet eine doppelte Aufgabenerfüllung im Bereich des Schadenersatzrechtes. Patienten müssen zum Beispiel doppelt beraten werden und die Patientenvertretung muss in drei anstatt zwei Kommissionen vertreten sein.

All das wird also auf die Patientenombudsfrau mit ihrem Team zukommen.

Wenn auch der Herr Landesrat Schützenhöfer in der letzten Fragestunde gemeint und festgestellt hat – ich zitiere ihn –, „dass wir insgesamt in diesem Bereich mehr Personal einzusetzen haben“, so meine ich, sollten wir ihn darin unterstützen, eben dieses Vorhaben auch in die Tat umzusetzen, nämlich mehr Personal zur Verfügung zu stellen. Deswegen darf ich einen entsprechenden Entschließungsantrag hier einbringen der Abgeordneten Mag. Erlitz und Gross.

Mit Gesetz vom 10. November 1992 wurde in der Steiermark die Einrichtung einer Patientenvertretung beschlossen. Demnach wird der Patientenombudsmann/die Patientenombudsfrau von der Landesregierung auf Vorschlag des für die Krankenanstalten zuständigen Regierungsmitgliedes für die Dauer von fünf Jahren bestellt.

Das Tätigkeitsgebiet des Patientenanwaltes umfasst derzeit alle steirischen Krankenanstalten. Im Tätigkeitsbericht 2000 wird zusätzlich festgehalten: „Im Sinne von Bürgernähe wurden und werden jedoch auch Beschwerden über niedergelassene Ärzte, Anfragen zu unserem Gesundheitssystem allgemein, zur Patientenverfügung, Verrechnungsprobleme mit den Sozialversicherungsträgern und privaten Krankenversicherungen und zu allen angrenzenden Sachgebieten entgegengenommen, da dies dem Bürgerverständnis einer Patientenvertretung entspricht.“

In der Patientenanwaltschaft gibt es derzeit fünfeinhalb Dienstposten, davon steht nur ein halber Dienstposten für allgemeine Aufgaben und Sekretariatstätigkeiten zur Verfügung. Ein Dienstposten B in der unmittelbaren Patientenberatung ist seit 14. September 2000 unbesetzt.

Auf Grund von Landtagsbeschlüssen soll der Aufgabenbereich der Patientenvertretung auf die Alten- und Pflegeheime sowie auf die mobilen Dienste ausgedehnt werden. Die Ausweitung des bisher schon sehr umfangreichen Aufgabenbereiches wird zu einer enormen Erhöhung des Arbeitsaufwandes führen, der nur mit einer entsprechenden Anzahl von zusätzlichen Dienstposten zu bewältigen ist.

Dazu kommt, dass die Anzahl der Anfragen, Anträge und Beschwerden bei den Patientenanwaltschaften in ganz Österreich – und so auch in der Steiermark – tendenziell steigend ist. Im Tätigkeitsbericht der Patientenombudsfrau für das Jahr 2000 wird eine Steigerung der Geschäftsfälle um 10,24 Prozent gegenüber dem Vorjahr angegeben.

Zurückzuführen ist diese Tatsache einerseits darauf, dass es heute mehr Spitäler gibt als noch vor einigen Jahren und andererseits auch die Patienten immer besser über ihre Rechte und Möglichkeiten Bescheid wissen.

Für das Berichtsjahr 2000 wurden von der Patientenombudsfrau in der Steiermark 837 Neuanliegen vermerkt. Zusammen mit noch offenen Geschäftsfällen aus den Vorjahren ergibt sich eine Gesamtsumme von 1098 zu behandelnden Fällen.

Im Vergleich dazu hat die Patientenanwaltschaft in Tirol im Jahr 1999 1520 Beschwerdefälle verzeichnet, wobei anzumerken ist, dass hier auch Mehrfachzählungen für eine Person erfolgen, da nicht nur – wie dies in der Steiermark geschieht – die Neuanliegen gerechnet werden. Für das Land Tirol stehen aber bitte elf Patientenvertreter und -vertreterinnen zur Verfügung.

Im Tätigkeitsbericht 2000 der Patientenanwaltschaft Oberösterreich wurden 351 Fälle verzeichnet. Die personelle Ausstattung entspricht 4,5 Dienstposten – ein Dienstposten Patientenanwalt, ein halber Dienstposten Arzt, zweimal ein halber Dienstposten sind Juristen, ein Dienstposten Bürofachkraft, ein Dienstposten Vertretung der Landessanitätsdirektion. Zusätzlich ist in jedem Krankenhaus zwingend eine Informations- und Beschwerdestelle gesetzlich vorgesehen.

Aus dem Tätigkeitsbericht 1999 der Patientenanwaltschaft Niederösterreich geht hervor, dass im Berichtsjahr 320 Fälle behandelt wurden. Dort sind fünf Dienstposten in der Patientenanwaltschaft vorgesehen.

Die Wiener Patientenanwaltschaft hat zwölf Dienstposten, davon fünf rechtskundige Bedienstete, und hat für den Berichtszeitraum 1999 1505 Beschwerdefälle dokumentiert.

Die steirische Patientenombudsfrau leistet ausgezeichnete Arbeit. Doch auf Grund des schon seit längerem bestehenden Personal mangels stoßen sowohl sie als auch ihre Mitarbeiter mittlerweile an ihre psychischen und physischen Grenzen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den seit 14. September 2000 unbesetzten Dienstposten dem Anforderungsprofil entsprechend umgehend nachzubetzen sowie entsprechend den Beschlüssen des Landtages auf Ausweitung des Tätigkeitsbereiches der Patientenvertretung auf die Pflegeheime und mobilen Dienste, dafür Sorge zu tragen, dass die Patientenvertretung mit der erforderlichen Anzahl von fünf zusätzlichen Dienstposten ausgestattet wird. (Beifall bei der SPÖ. – 20.55 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (20.55 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist schon sehr spät und es hat wenig Sinn jetzt im Detail auf den Bericht der Patientenombudsfrau einzugehen. Der Bericht ist umfassend und zeigt die hohe Qualität der Arbeit und das breite Feld der Tätigkeit der Patientenombudsfrau. Ich möchte mich bei der Patientenombudsfrau, die auch im Zuschauerraum anwesend ist, dafür bedanken, ihr für die Arbeit gratulieren und ihr sagen, dass sie das volle Vertrauen der Grünen für ihre Arbeit hat. Ich glaube, dass die Patientinnen und Patienten bei Ihnen und Ihrem Team in besten Händen sind. Danke für diese Arbeit. (Beifall bei den Grünen, der ÖVP und SPÖ.)

Wir wissen, dass es im Bereich der Besetzung der Dienstposten der Patientenombudsschaft noch offene Erfordernisse, nicht Wünsche, gibt. Ich habe es heute eigentlich sehr leicht, ich brauche als Argumentationsfaden nur auf die Patientencharta zurückzugreifen, die wir heute zum zweiten Mal im Landtag gehabt haben, und zwar weil eine 15 a-Vereinbarung beschlossen worden ist. Wie im Artikel 29 festgehalten: „Zur Vertretung von Patienteninteressen, sind unabhängige Patientenvertretungen einzurichten und mit dem notwendigen Personal- und Facherefordernissen auszustatten.“ In den Erläuterungen auf Seite 1 wird darauf hingewiesen: „... dass die Patientenrechte im Alltag bisweilen nur sehr schwer durchgesetzt werden können, weil die über eine Vielfalt von Gesetzen verstreut sind.“ Im Abschnitt 7 heißt es: „Eine weitere Aufgabe der Patientencharta soll es sein, die Stellung unabhängiger Patientenvertretungen und Patientenselbsthilfegruppen abzusichern.“ Dem ist nicht mehr viel hinzuzufügen. Ich möchte Ihnen unseren Entschließungsantrag vorstellen.

Mag. Zitz, Peter Hagenauer und Lechner-Sonnek bringen den Entschließungsantrag ein.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in der Patientenvertretung den seit September 2000 nicht adäquat besetzten Dienstposten des gehobenen Verwaltungsdienstes – Diplomkrankenschwester mit Zusatzausbildung – endlich entsprechend der erforderlichen Qualifikation zu besetzen, damit die Vertretung von PatientInneninteressen gemäß Artikel 29 der 15 a-Vereinbarung zur Sicherung der Patientenrechte – Patientencharta – nicht zu einem bloßen Lippenbekenntnis verkommt. (Beifall bei den Grünen und ÖVP. – 20.59 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dörflinger. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dörflinger (20.59 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Problem einer Tagesordnung mit 50 Punkten besteht immer darin, dass die wichtigsten Punkte zumindest für die Öffentlichkeit die ersten Punkte sind, dass es in der Mitte ein bisschen langweilig wird und zum Schluss dann die Debatte unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Es tut mir gerade in dieser Frage Leid,

weil ich glaube, dass das ein Thema ist, das nicht wahnsinnig viele Leute betrifft. Es ist mengenmäßig sicher kein Problem. Dass aber die, die es trifft, extrem trifft, weil sie sich in irgendeiner Form geschädigt fühlen, Probleme haben. Wenn ein Ehepaar, eine Mutter mit ihrem Kind daherkommt, das nach einer Geburt eine Dauerschädigung hat, ist das auch keine Geschichte die man so abhandeln kann wie einen Wasserrohrbruch, wo man sagt: „Ist was danebengegangen? Wie groß ist der Schaden? Hauen wir den Putz herunter und machen wir neue Rohre hinein und die Geschichte ist erledigt!“ Ich glaube, dass da sehr viele Emotionen, Probleme, auch Verletzungen dabei sind, die man berücksichtigen sollte. Gerade deswegen glaube ich auch in ihrem Namen reden zu können, wenn wir Renate Skledar, die hinten in der dritten Reihe sitzt, auch einmal unseren Dank aussprechen dafür, dass sie jetzt doch viele Jahre hindurch etwas tut, wo ich glaube, dass viele von uns, wenn sie es ein paar Tage lang tun müssten, einmal die Nerven wegschmeißen müssen. Wenn sie die Probleme sehen, die die Leute haben. Renate, dafür ein Danke an dich auch. (Allgemeiner Beifall.)

Der zweite Punkt ist, und ich sag das, ohne zu resignieren und ohne jetzt zu sagen, „...hau den Hut drauf“, mit jedem, mit dem man redet, der würde sagen: „Ist eh klar, die brauchen mehr Leute. Die können das nur machen, wenn sie mehr Leute kriegen.“ In Wirklichkeit kommen wir keinen Schritt weiter. Ich meine und ich fühle mich heute ein bisschen erinnert an eine tolle Diskussion zum Thema Drogentherapiestation. Wir waren vor ein paar Tagen, gemeinsam, Vertreter aller drei Regierungsfraktionen, in Kainbach bei einer Diskussion mit der Bevölkerung, ob wir dort jetzt die Drogentherapiestation errichten können oder nicht und es sind alle einhellig dort gestanden und haben gesagt, wir halten das für wichtig. Wir haben gemerkt, wie die Leute das mittragen und die Leute das mitmachen. Ich will es jetzt gar nicht lang machen. Ich würde mich freuen, wenn wir heute und da sagen, okay, wir akzeptieren und schätzen die Arbeit der Patientenombudsfrau, wir schätzen die Arbeit dieser Stelle. Wir wollen, dass sie gut weitergeführt wird, dass sie ausgeweitet wird. Stellen wir ihnen bei paar Leute mehr zur Verfügung, dass sie das auch ordentlich machen können. Darum bitte ich Sie. Es wäre der schönste Abschluss einer Diskussion, wo wir wahrscheinlich alle das Gleiche meinen, aber in Wirklichkeit leider nicht dazu kommen, das wir das auch wirklich realisieren. Danke! (Beifall bei SPÖ. – 21.01 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Landesrat. Es hat sich noch der Herr Abgeordnete Mag. Drexler zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (21.01 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Wir haben jetzt hier an sich den Bericht der Patientenombudsmannschaft und es ist vorweg festzustellen, dass selbstverständlich das, was seitens der Patientenombudsfrau in ihrer Dienststelle ge-macht wird, unterstützenswert ist. Das, was wir heute zu einem früheren Tagesordnungspunkt mit der Patientencharta und all diesen Dingen hier debattiert und beschlossen haben, ist sicher ein Fortschritt im Bereich der medizinischen Versorgung. Gleichzeitig muss man aber schon feststellen, so sehr wir diesen Bericht, der eigentlich heute Gegenstand der Behandlung ist, schätzen, dass wir jetzt seit einigen Sitzungen, ob das jetzt in Ausschüssen oder bei sonstiger Gelegenheit ist, immer wieder die Diskussion haben, dass dort Dienstposten nicht besetzt sind oder da Unterbesetzungen stattfinden und dass diese fünfeneinhalb Dienstposten offensichtlich nicht stattfinden. Da muss man einmal in aller Deutlichkeit sagen, alle fünfeneinhalb Dienstposten sind besetzt. (Abg. Lechner-Sonnek: „Aber nicht adäquat!“) Das ist dann die nächste Fragestellung. Frau Klubobfrau, Sie stimmen mir offensichtlich zu, dass alle fünfeneinhalb Dienstposten besetzt sind. (Abg. Lechner-Sonnek: „Das hilft nichts, wenn sie nicht adäquat sind!“) Insofern ist der Antrag der Sozialdemokratie mehr oder weniger erledigt, denn dort wird davon gesprochen, das fünfeneinhalb Dienstposten nicht besetzt sind. Sie sagen, möglicher Weise zu Recht, das wird noch Gegenstand der Debatte sein, ob sie adäquat besetzt sind.

Nur, es ist schon eine besondere Situation, dass wir hier seit einigen Wochen darüber diskutieren, ob jetzt diese fünfeneinhalb Dienstposten tatsächlich besetzt sind, ja oder nein.

Wir hatten hier eine Anfrage an den zuständigen Personallandesrat Schützenhöfer, wo er in aller Deutlichkeit klargestellt hat, dass die fünfeneinhalb Dienstposten besetzt sind und dass es keinen unbesetzten Dienstposten gibt. Und es ist schon bemerkenswert, dass dennoch seither immer wieder behauptet wird, das ist nicht der Fall. Okay, gut, muss man halt so zur Kenntnis nehmen, denn jeder kann ja hier sagen, was er will.

Jetzt haben wir heute hier eine neue Sprachregelung, die in der verantwortungsvollen Position der Grünen bedeutet, er ist nicht adäquat besetzt. (Abg. Gennaro: „Ja, das ist richtig!“) Kurt, ob du jetzt das beurteilen kannst, ob der adäquat besetzt ist, ja oder nein. (Abg. Gennaro: „Leichter wie du, ich glaube, du hast schon Schwierigkeiten, du hölzest ein bisschen!“) Das möchte ich gleich einmal bei der Gelegenheit zurückweisen.

Allein der Punkt ist der, dass derzeit alle fünfeneinhalb Dienstposten besetzt sind und daher die zum Teil emotional geführte Diskussion der letzten Wochen und Monate, dass das nicht so der Fall sei, sich eigentlich erübrigt hat. (Abg. Mag. Erlitz: „Was willst du sagen?“) Ich will in erster Linie das sagen, dass wir die Patientenombudsmannschaft als wesentliche Einrichtung schätzen, nicht zuletzt deswegen, weil wir heute die Patientencharta entsprechend hier auch beschlossen haben, wie ich glaube.

Ich glaube aber dennoch nicht, dass wir einfach über die tatsächlichen Gegebenheiten hinweggehen können, dass wir dort fünfeneinhalb Dienstposten haben, die alle besetzt sind und dass wir hoffen, dass auch entsprechend die Dienstleistungen seitens dieser Dienststelle erbracht werden.

Natürlich gibt es zu Recht Überlegungen, dass man sich überlegt, okay, dieses und jenes wäre in Hinkunft und in Zukunft sinnvoll, aber ich glaube schon, dass wir im Grunde genommen der Meinung sein müssen, dass der Bericht als solcher zur Kenntnis zu nehmen ist und dass das überhaupt keine Indizwirkung dahin gehend hat, ob dort jetzt weniger, mehr oder sonst irgendwer einzusetzen ist.

Daher glaube ich, dass beide Entschließungsanträge zu diesem Thema an sich den Tatbestand der Themaverfehlung erfüllen, weil wir glücklich sind, dass wir diese Einrichtung haben, aber gleichzeitig der Meinung sind, dass im Grunde genommen die personelle Ausstattung so ist, dass sie eine ausreichende Arbeit leisten könnte. (Abg. Mag. Erlitz: „Da hat der Landesrat was anderes gesagt. Lies das Protokoll nach. Der Herr Landesrat hat gesagt, es ist mehr Personal einzusetzen!“) Wie der Kollege Hagenauer heute schon treffenderweise bemerkt hat, ist es ja hier keine Regierungsdiskussion, sondern eine Landtagsdebatte. Daher ist klar, dass mir zwar lieb und teuer alles ist, was ein Landesrat sagt (Abg. Mag. Erlitz: „Er weiß, dass mehr einzusetzen sind!“), allein geht es dennoch darum, dass wir hier feststellen haben, der Bericht ist Zeugnis einer ambitionierten Arbeit in den letzten zwölf Monaten, aber die Frage, ob wir jetzt hier einzelne Dienstposten überhaupt nicht besetzt haben oder nicht adäquat besetzt haben, ist schon bemerkenswert, denn wir haben erst vor 14 Tagen hier oder vor einem Monat eine Anfragebeantwortung erlebt, wo wir gehört haben, dass die Anfrage bezüglich der Nichtbesetzung eines Dienstpostens im Grunde genommen ins Leere gegangen ist, weil wir gehört haben, dass der Dienstposten jedenfalls besetzt war. Das heißt, ich will mich da jetzt eigentlich nicht ins Detail in dem Zusammenhang verlieren, nur, die Behauptung, dass die Patientenombudsmannschaft in irgendeiner Frage unterbesetzt sei, nach den derzeitigen Gegebenheiten, ist jedenfalls mit einem klaren Nein zu beantworten.

Die weitere Frage, ob man zukünftig, bei späteren Gelegenheiten, bei zusätzlichen gesetzlichen Verantwortlichkeiten und dergleichen mehr weitere Dienstposten braucht, können wir heute, glaube ich, aus bestem Wissen und Gewissen nicht beantworten. Daher sind meines Erachtens beide Entschließungsanträge, die hier zu diesem Tagesordnungspunkt eingebracht wurden, abzulehnen, bei aller Wertschätzung für die Leistung, die hier in diesem Bereich erbracht wird, und die auch nicht zu gering zu schätzen ist, damit das keine Frage ist. Nur, ich lasse mich sicher nicht ein auf eine Diskussion, die zuerst in die Richtung geheißen hat, er ist nicht besetzt, jetzt ist er auf einmal doch besetzt, aber nicht adäquat besetzt. Das ist eindeutig zu viel in dem Zusammenhang. Daher bin ich der Meinung, dass wir in Verfolgung auch der Anfragebeantwortung vor vier Wochen durchaus diese beiden Entschließungsanträge ablehnen können und trotzdem ein entsprechendes Niveau der Patientenvertretung in diesem Lande gewährleisten können. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 21.10 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (21.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn da jemand das Thema verfehlt hat, Herr Kollege Drexler, dann sind eindeutig Sie das jetzt gewesen.

Wenn Sie nämlich hergehen und sagen, dieser wunderbare Bericht und was er nicht alles festhält und er ist ernst zu nehmen und zu unterstützen, dann muss ich sagen, in diesem Bericht steht – schwarz auf weiß, ich erfinde das nicht –, dass dieser Dienstposten, über den wir uns jetzt unterhalten, der Dienstposten einer Diplomkrankenschwester mit Zusatzausbildungen und mindestens 15 Jahren Berufserfahrung ist. Das sind Tatbestände, das kann man nachweisen über Zeugnisse, über eindeutige Daten. Das ist nicht meine Ansicht, das steht hier.

Dieses Anforderungsprofil wurde erfragt, bevor dieser Dienstposten besetzt worden ist. Und dieser Dienstposten ist eindeutig nicht nach diesem Anforderungsprofil besetzt worden.

Sie müssen sich jetzt entscheiden, was für Sie stimmt. Unterstützen Sie die Patientenombudsschaft? Sagen Sie, dass dieser Bericht in Ordnung ist? Stimmen Sie der Patientencharta zu, wie Sie das bereits getan haben? Oder was ist los? Sie können nicht beides! Sie können nicht sagen, es geht hier um eine Spitzfindigkeit, es geht hier um eine Themaverfehlung.

Dieser Dienstposten ist nicht so besetzt, wie es hier festgehalten ist. Und eine Person, die gelernt hat Sekretariatstätigkeiten durchzuführen, kann man nicht für Tätigkeiten heranziehen, die eine gewisse Qualifikation erfordern. Ich habe Sie auch im Ausschuss gefragt, würden Sie gleich argumentieren, wenn es um die Arbeit eines Arztes geht, eines Psychotherapeuten oder eines Statikers. Sie haben dort die Frage nicht beantwortet, und ich weiß warum. (Abg. Mag. Drexler: „Sie haben mich im Ausschuss ganz etwas anderes gefragt!“)

Sie hätten da nämlich zugeben müssen, dass es klar um Qualifikation geht. Und dann kann man nicht sagen, es ist eine Meinungssache. Hier steht klar, was diese Person können muss und was sie mitbringen muss. Und das ist keine Meinungssache, ob sie das kann oder nicht.

Ein Hinweis darauf, wie Sie ihn im Ausschuss getan haben, „man wird sich halt hineinarbeiten“, so etwas kann ich wirklich nur als dilettantisch ablehnen. Danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 21.12 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, jetzt hat sich der Herr Landesrat Dörflinger gemeldet.

Landesrat Dörflinger (21.12 Uhr): Zwei, drei Bemerkungen noch, weil, wie Sie gesehen haben, hier heroben ein paar Möglichkeiten diskutiert werden, wie wir vielleicht weiterkommen.

Der erste Punkt, lieber Kollege Drexler, hören wir, glaube ich, auf, uns gegenseitig etwas aufzurechnen. Sind es fünfeneinhalb, sind sie es nicht. Ich würde alle einladen – Mitglieder des Gesundheitsausschusses oder nicht – einmal mit der Renate Skledar zu einer Schlichtungsverhandlung mitzugehen, einen Nachmittag lang

dort zu sitzen, dann wären wir uns (Abg. Mag. Drexler: „Herr Landesrat!“) – ich habe dir auch zugehört –, glaube ich, einig, dass es keine Frage ist, ob wir das oder das machen.

Der zweite Punkt – und da sei mir nicht böse, ich sage es ganz ehrlich –, ich glaube dir nicht, dass du das ehrlich meinst, was du gesagt hast. Wenn wir in dem Landtag beschließen – und jetzt sage ich die letzten Zahlen heute –, dass wir 159 Pflegeheime mit 8120 Betten und 246 Pflegeplätze dazunehmen, und die soll mit dem gleichen Personal das noch machen, dann glaube ich dir nicht, dass du das selber glaubst. Da bist du zu sehr ÖAAB-ler und da bist du zu sehr in der Arbeitswelt verankert, als dass du das irgendwem zumuten kannst. Im Umkehrschluss würde das heißen, dass die in Wirklichkeit heute alle herumstehen, nichts zum Schöpfen haben und nur darauf warten, dass sie endlich 8000 Pflegeheimplätze dazukriegen, wo sie etwas tun können.

Und der dritte Punkt, und ich hoffe, dass wir jetzt noch in dieser Diskussion – deswegen rede ich ein bisschen länger – zu einer Lösung kommen. Der dritte Punkt ist, Christopher Drexler, laut Statistiken, der gefährlichste Platz der Welt das Bett. Motorrad fahren ist völlig ungefährlich. Statistisch gesehen ist das Bett das Gefährlichste überhaupt, denn im Bett sterben die meisten Leute. Viel mehr als beim Motorrad fahren. Deswegen kannst du niemandem empfehlen sich nicht ins Bett zu legen, sondern Motorrad zu fahren. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 21.15 Uhr.)

Präsident: Danke, zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Schützenhöfer. Herr Landesrat, du bist am Wort.

Landesrat Schützenhöfer (21.15 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Patientenvertretung ist eine wichtige Einrichtung. Ich bin als Personalreferent sehr daran interessiert, dass wir offene Personalfragen, aus welcher Blickrichtung immer man sie betrachtet, im Interesse der Sache lösen. Ich tu mir leichter, wenn man durch Entschließungsanträge nicht gebunden ist. Ob das fünf, sieben, neun oder zwei Dienstposten mehr sind oder keine mehr sind, ist eine Sache, die wir uns in aller Sachlichkeit gemeinsam überlegen sollten. Feststeht, dass die Posten besetzt sind. Was jetzt adäquat ist oder nicht, entscheiden nicht Sie, Frau Klubobfrau, sondern die, die das zu beurteilen haben. Das ist weniger die Patientenombudsfrau, die kann auch nicht sagen, der passt mir, der passt mir nicht – damit das klar ist. Sondern, dass ist die zuständige Personalabteilung in Verbindung mit den jeweiligen Dienststellen. Wenn jede Dienststelle des Landes mir Entschließungsanträge schickt durch alle Parteien, dass etwas nicht adäquat besetzt ist, Sie wissen was ich mir dann geben kann? Die so genannte ... Also ich muss insgesamt einen Überblick haben und schauen, dass das, was geschieht, mit fairen Gesichtspunkten geschieht. Ich kenne die Frau Skledar gar nicht. (Abg. Gennaro: „Eine fesche Frau!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Bei uns geht es um die Sache und nicht um das Aussehen!“ – Abg. Gennaro: „Eine fesche und gescheite Frau!“) Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, dass es nicht wenige Dienststellenleiter und Abteilungsleiter gibt, die zu mir kommen wollen, mich persönlich zu überzeugen, dass sie sehr glücklich sind, dass jetzt der Landesrat spart, aber ich brauche drei Dienstposten mehr. Sie können mir glauben und auch wenn Sie es mir nicht glauben, ist es so, dass ich einer bin, zu dem der so genannte Bürger vorkommt. Bestimmte Abteilungsleiter waren noch nicht bei mir, weil ich durch meine Personalabteilung geprüft haben möchte, ob das was vorgebracht wird, etwas ist, dem man näher treten kann. Und Sie verstehen es nicht falsch, das ist nicht der Anflug einer Präpotenz, bitte unterstellen Sie mir jetzt nicht, wenn ich das sage. Ich kann mir nicht ununterbrochen über die Medien ausrichten lassen, wer wo zu wenig ist und dass die- oder derjenige nicht adäquat ist. Diesen Hochmut hätte ich nicht über Landesbedienstete so zu reden und das lasse ich auch nicht zu, dass über Landesbedienstete so geredet wird. (Beifall bei der ÖVP.) Aber, ich will dieses Problem im Einvernehmen mit den im Landtag vertretenen Parteien lösen. Und wenn Sie mir die Chance dazu geben, dieses Problem im Einvernehmen zu lösen, bitte ich Sie, Entschließungsanträge – wir können da ruhig auch eine Frist vereinbaren, etwa Ende des Jahres – zurückzuziehen, um dann zu sehen, ob seitens des Personalreferates so entschieden wurde, dass die Dienststelle damit einverstanden sein kann, und wenn sie nicht einverstanden damit ist, werde ich es begründen. Und dann kann der Landtag ohnehin – das steht mir ja gar nicht zu – beschließen, was er für richtig hält. Ich sage noch einmal zum Abschluss. Was immer Sie mir persönlich auch vorwerfen, ich würde mir sehr ungern vorwerfen lassen in diesem nicht einmal ersten Jahr, etwas ausschließlich durch die parteipolitische Brille gesehen zu haben. Nur, das ist eine Versicherung auch auf Gegenseitigkeit und die würde ich gerne mit Ihnen eingehen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 21.21 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir kommen noch nicht zur Abstimmung. Es hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (21.21 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der Sache geht es uns grundsätzlich darum, das wurde bereits aufgezeigt, dass dieser Bericht der Patientenombudsfrau ein positiver Bericht ist. Der Kollege Drexler hat es herausgestrichen. Ihr wolltet eben Öl ins Feuer gießen. Aber auf Grund der Wortmeldung von Landesrat Schützenhöfer, ich will nur eines dazu sagen. So ist es nicht, weil sonst schaut es so aus, als wäre es ein Rückzieher, aber weißt du, ganz alleine mächtig und entscheiden, wie du es jetzt dargestellt hast, wirst du es sicherlich nicht, aber nachdem unserer sozialdemokratischen Fraktion sehr viel an der Lösung dieses Problems liegt und wir wissen, dass die Dienstposten zu wenig sind, dass grundsätzlich eine Personalaufstockung notwendig ist, dann muss ich jetzt sagen – glauben tu ich normal in der Kirche, aber irgendwo will ich es dir beweisen –, wir nehmen jetzt den Ball auf und wir werden das

beobachten. Wir werden unseren Entschließungsantrag, den wir gestellt haben zu diesem Tagesordnungspunkt, zurückziehen, mit der Auflage, dass wir sehr genau verfolgt werden, dass bis zum Ende des Jahres dieses Problem gelöst wird. Wenn nicht, dann haben wir ja wieder die Möglichkeit hier im Hohen Haus uns einzubringen. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 21.23 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich noch die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Lechner-Sonnek (21.23 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Landesrat!

Ich möchte Ihnen gerne die Chance einräumen, um die Sie gebeten haben, weil ich sehr daran interessiert bin, dass wir hier zu einer Lösung kommen, die dem entspricht, was für die Patientenombudsschaft unter anderem im Bericht festgeschrieben ist, und ich denke, so wie Sie gesagt haben, wenn nicht das, was Sie tun, wie Sie entscheiden, nicht die Zustimmung der Parteien finden wird, dann wird hier wieder zu diskutieren sein. Sollte das so kommen, was ich jetzt im Moment nicht hoffe, werde ich im Jänner einfach wieder hier stehen. Ich hoffe sehr im Interesse der Sache, dass es jetzt konstruktiv weitergeht und ziehe hier offiziell den Antrag der Grünen zurück. (Allgemeiner Beifall. – 21.24 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung und ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Der Entschließungsantrag von der SPÖ ist zurückgezogen, der von den Grünen ebenso.

40. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 495/1, Beilage Nr. 65, Gesetz über die Fortführung des Fonds zur leistungsorientierten Finanzierung steirischer Krankenanstalten (Steiermärkisches Krankenanstalten-Finanzierungsfondsgesetz-SKAFF-Gesetz 2001).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Mag. Wolfgang Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (21.25 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zur Wahrnehmung von Aufgaben auf Grund der Vereinbarung gemäß Artikel 15 a über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung wird für die Fortsetzung der leistungsorientierten Finanzierung von steirischen Krankenanstalten der Landesfonds mit eigener Rechtspersönlichkeit mit der Bezeichnung „Steiermärkischer Krankenanstalten-Finanzierungsfonds“, kurz SKAFF genannt, fortgeführt.

Dieser Fonds hat den Trägern folgender Krankenanstalten, soweit diese Krankenanstalten im Jahr 1996 Zuschüsse des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds (KRAZAF) erhalten haben, Zahlungen zu gewähren: erstens öffentliche allgemeine Krankenanstalten und öffentliche Sonderkrankenanstalten mit Ausnahme der Pflegeabteilungen in öffentlichen Krankenanstalten für Psychiatrie und zweitens private allgemeine Krankenanstalten, die gemäß Paragraph 22 KALG gemeinnützig geführt werden.

Meine Damen und Herren, Sie kennen dieses vorliegende Gesetz und ich bitte Sie, diesem Gesetz über die Fortführung des Fonds zur leistungsorientierten Finanzierung steirischer Krankenanstalten (SKAFF-Gesetz) die Zustimmung zu erteilen. Danke! (21.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, zum Tagesordnungspunkt 40 liegt keine Wortmeldung vor.

Ich komme daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

41. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 497/1, betreffend Abverkauf der Liegenschaftsfläche samt Wohnobjekt „Pfortnerhaus“ Nr. 1921/2 und .596, EZ. 313, GB. 67511 Rottenmann an Josef und Maria Frewein, 8786 Rottenmann, Boder 82.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (21.26 Uhr): Es geht hier um den Verkauf einer Liegenschaft an Josef und Maria Frewein in Rottenmann. Es wurde geprüft durch ein Schätzgutachten mit einem Gesamtwert von 1,261.000 Schilling für diese Liegenschaft samt Wohnobjekt.

Ich stelle folgenden Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der vorstehende Bericht wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Der Abverkauf der landeseigenen Liegenschaftsfläche samt Wohnobjekt Nr. 1921/2 und .596, EZ. 313, GB. 67511 Rottenmann, an Josef und Maria Frewein, Boder 82, 8786 Rottenmann, zum Betrag von 1,261.000 Schilling wird genehmigt. (21.27 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Zu dem Tagesordnungspunkt 41 liegt keine Wortmeldung vor.

Ich komme daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

42. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 207/3, zum Beschluss Nr. 115 des Steiermärkischen Landtages vom 3. April 2001, betreffend die Anerkennung ausgebildeter Kindergärtnerinnen als Kinderbetreuerinnen beziehungsweise Tagesmütter.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Michaela Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (21.28 Uhr): Danke! Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 3. April 2001 wurde nach vorhergehender Beratung im Ausschuss für Soziales und Kindergärten folgender Antrag beschlossen:

„Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, nach Anhörung der Trägervereine, den Lehrplan für die Ausbildung zur Kindergartenpädagogin in der Form zu erweitern beziehungsweise zu adaptieren, dass eine Absolventin die Voraussetzung für die umfassende Betreuung von Kindern ohne Einschränkung auf eine bestimmte Altersklasse erfüllt und damit ihre Berufsmöglichkeiten erweitern kann.“

Im Hinblick auf den vorliegenden Landtagsbeschluss erging an den Landesschulrat für Steiermark das Ersuchen, die Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik auf die Ausbildungserfordernisse, betreffend den Beruf einer Tagesmutter/Kinderbetreuerin, aufmerksam zu machen beziehungsweise den Absolventinnen der Bundesbildungsanstalt den gleichzeitigen Erwerb von zwei Berufen – Kindergartenpädagogin/Tagesmutter oder Kinderbetreuerin – zu ermöglichen.

In Zusammenarbeit zwischen der Fortbildungsstelle der Rechtsabteilung 13, dem Landesschulrat für Steiermark und den Direktoren der steirischen Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik konnte folgende Lösung erzielt werden:

Alle Absolventinnen der Bundesbildungsanstalt für Bildungspädagogik, die im Rahmen ihres Schulbesuches die Zusatzausbildung beziehungsweise Erweiterungsausbildung „Früherziehung“ absolviert haben und eine Bestätigung der Schule vorweisen, aus der hervorgeht, dass spezielle organisatorische und rechtliche Fragen der Kinderbetreuungseinrichtung „Tagesmutter“ im Unterricht aus „Rechtskunde und Politische Bildung“ nach Lehrplan 1992, in der geltenden Fassung, beziehungsweise aus „Seminar Organisation, Management und Recht“ im kommenden Lehrplan 2003 oder 2004 und Entwicklungspsychologie und Didaktik der angesprochenen Altersgruppe der Null- bis Dreijährigen in den entsprechenden Unterrichtsgegenständen – „Pädagogik“ und „Didaktik“ der Früherziehung – besprochen und einer Leistungsbeurteilung unterzogen wurden und ein Praktikum im Umfang von 14 Tagen bei einer Tagesmutter absolviert haben, werden als Tagesmütter oder Kinderbetreuerinnen anerkannt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 17. September 2001 den Antrag, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 115 des Steiermärkischen Landtages vom 3. April 2001, betreffend die Anerkennung ausgebildeter Kindergärtnerinnen als Kinderbetreuerinnen beziehungsweise Tagesmütter, wird zur Kenntnis genommen. (21.30 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 42 liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

43. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 289/2, zum Beschluss Nr. 110 des Steiermärkischen Landtages vom 3. April 2001, betreffend die Beibehaltung der bisherigen Öffnungszeiten.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (21.31 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zur Einl.-Zahl 289/2, betreffend die Beibehaltung der bisherigen Öffnungszeiten.

Am 3. April 2001 wurde in der achten Sitzung der XIV. Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung mit der dringenden Bitte heranzutreten, im Sinne der Antragsbegründung die bisherigen Ladenöffnungszeiten beizubehalten.

Es ist in der Begründung genau angeführt, zu welchen Punkten hier Stellung genommen wird und ich stelle daher den Antrag, diese Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen. (21.31 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (21.32 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das Problem ist mir zu wichtig, auch wenn die Stunde fortgeschritten ist, dass man auf der einen Seite permanent immer in der Öffentlichkeit, oder wenn Presse und Medien noch anwesend sind, versucht, diese Problematik so hinzustellen, als stehen wir auf der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und andererseits gibt es dann eine Regierungsvorlage, die wir als sozialdemokratische Fraktion sicherlich nicht zur Kenntnis nehmen werden und dieser auch nicht zustimmen.

Ich möchte nur darauf verweisen, dass diese Diskussion ja nicht neu ist, dass sie permanent geführt wird und dass ich mich auch in guter Gesellschaft von manchen ÖVP-Politikern finde, wenn ich an den Tiroler Kammerpräsidenten Dinkhauser denke, der die Vorstellungen des Wirtschaftsministers Bartenstein sehr wohl zurückweist und eigentlich meint, dass der Minister das wie eine heiße Kartoffel an die Länder weitergibt und wir vor allem danach trachten sollen, dass hinter dieser Diskussion bezüglich Sonntagsöffnung oder überhaupt die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten – (Abg. Lafer: „Einer Meinung!“) Alles klar, ich muss das ja noch begründen, Herr Klubobmann Lafer. Eure Haltung ist einmal so, einmal so. Ich freue mich, wenn du mir durch einen Zuruf zu erkennen gibst, dass hier von euch zugestimmt wird. Es gibt eine Umfrage, ich will es nicht in die Länge ziehen, meine Damen und Herren, nur grundsätzlich muss uns klar sein, dass wir auch die Beschäftigten, die dahinter stehen, zu sehen haben, und es hat eine Umfrage gegeben, ob man eine Änderung bei der Ladenöffnungszeiten überhaupt haben will und welche Problematik für die Betroffenen entsteht. 100 Prozent der allein erziehenden Mütter haben mit den Ladenöffnungszeiten, wenn sie erweitert werden, Probleme. Es ist auch das Konsumverhalten der Konsumenten getestet worden. Es sind eigentlich nur 6 Prozent, die sich eine Änderung gewünscht haben. Die restlichen 94 Prozent sind damit einverstanden, und noch dazu kommt, dass von Seiten des Handels, von den Kleingewerbetreibenden, die nicht mitkönnen, weil diese variablen Ladenöffnungszeiten können sich nur die großen leisten, die immer mehr Leute dadurch in die Teilzeitarbeit, in die Geringfügigkeit bringen. Das ist sicherlich nicht unser Ansinnen. Ich habe schon öfters hier im Hause klargelegt, welche Problematik für Geringfügigbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte in der weiteren Folge, was die Sozialversicherung und die Pensionsleistung betrifft, mit sich bringen wird. Ich darf daher namens unserer Fraktion einen Entschließungsantrag einbringen. Der Text ist ident mit der Vorlage, nur die Begründung wird nicht zur Kenntnis genommen. Daher erspare ich mir den gesamten Text. Ich bringe nur den Antrag.

Entschließungsantrag zum Tagesordnungspunkt 43, gemäß Paragraph 51 der GeoLT.

Der Landtag wolle beschließen. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der ausdrücklichen Bitte heranzutreten, dem Nationalrat einen Novellierungsentwurf zum Arbeitsruhegesetz, BGBl. Nr. 144/1983 in der geltenden Fassung vorzulegen, mit dem der arbeitsfreie Sonntag im Wege einer Verfassungsbestimmung grundsätzlich verankert wird. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 21.36 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 43 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Novellierung des Arbeitsruhegesetzes, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

44. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 508/1, betreffend Tourismusbericht 2000.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (21.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Landesregierung legt den Tourismusbericht 2000 vor. Der Tourismusbericht 2000 enthält einen Bundesländervergleich, Einkünfte und Übernachtungen in Österreich 1994 bis 2000 sowie einen Bericht über die Steiermark im Österreichvergleich 2000. Auch werden die steirischen Tourismusregionen im Vergleich 2000 dargestellt. Regionalverbände können selbst bilanzieren. Die Leitprojekte im steirischen Tourismus werden präsentiert – Formel 1, A1-Ring, Alpentour Steiermark, Hufeisentour Steiermark und Golf. Die Qualitätsverbesserung im steirischen Tourismus wird vorgestellt sowie die Zahlen des Budgets 2000. Die Logistik der steirischen Tourismusplanung und -entwicklung sowie weitere Aufgaben um die steirische Tourismusgesellschaft dargestellt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 2. Juli 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung betreffend die Vorlage eines Tourismusberichtes für das Jahr 2000 wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (21.38 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich ebenfalls der Herr Berichterstatter Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (21.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir können stolz sein auf den Tourismusbericht 2000, die Erfolgsstory des steirischen Tourismus setzt sich vehement fort. Das Bundesland Steiermark hat im Zeitraum von 1990 bis 2000 im Bundesvergleich eine besonders erfolgreiche Entwicklung zu verzeichnen. Während der Bundesdurchschnitt der Übernachtungsziffern von 123,6 Millionen auf 113,7 Millionen, also um 8,7 Prozent zurückgegangen ist, konnte die Steiermark von rund 9,3 Millionen auf knapp 9,5 Millionen Nächtigungen zulegen, somit ist ein Plus zu verzeichnen. Die Einnahmen aus dem Tourismus stiegen in einem noch höheren Ausmaß. Ebenso die Zahl der Arbeitnehmer im Hotel- und Gastgewerbe. Und zu anderen österreichischen Gästenächtigungen stieg von 7,5 im Jahr 1990 auf 8,3 im Jahr 2000. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Touristen in der Steiermark lag bei vier Tagen. Die Übernachtungen im Winterhalbjahr betragen 4 Millionen. Die Übernachtungen im Sommerhalbjahr betragen 5,3 Millionen. Im Winterhalbjahr konnte die Steiermark ein Nächtigungsplus von 1,6 Prozent verzeichnen. Besonders aus den osteuropäischen Ländern kamen im Jahr 2000 vermehrt Touristen in die Steiermark. Und da besonders die Polen, Slowaken, Ungarn und Tschechen. Bei den Nächtigungen in den stärksten Regionen, das sind die Dachstein-Tauern-Region und das steirische Thermenland, das ganz gewaltig auf der Überholspur ist – eine Auslastung in den steirischen Thermen von 260 Auslastungstagen im Jahr –, das ist fast unwahrscheinlich und ist daher eine ganz erfreuliche Tatsache, wie vehement das Thermenland zunimmt, im Jahr 2000 war ein Zuwachs von 5 Prozent zu verzeichnen. Meine Damen und Herren, 5 Prozent Zuwachsrate im Thermenland. Man kann also nur der Thermenregion sehr herzlich gratulieren. Es ist immer wieder so, dass die Menschen dort sehr herzlich empfangen wurden und werden und dort das Wort gilt: Grüß dich Gott, das ist ein schönes Wort. Aber Pfiat di Gott, da geschieht mir hart. Und das spüren die Leute, und ich muss also sagen, ich finde, gerade im steirischen Salzkammergut und in der Dachstein-Tauern-Region wäre es notwendig, wenn man sich von den eigentlich sehr jungen Tourismusgebieten, von deren Freundlichkeit, von der Zuvorkommenheit, wie gehe ich mit dem Gast um, einiges abschauen würde. Obwohl ich dort oben zu Hause bin und von dort oben komme. Die größte Übernachtungszahl wurde in der Dachstein-Tauern-Region gemessen und, wie ich schon gesagt habe, im Thermenland. Und vor allem ist auch Graz ganz gut und vor allem in den 4- und 5-Sterne-Hotelbetrieben, wo also beträchtliche Zuwachsraten zu verzeichnen sind. Zum Unterschied von den 2- und 3-Sterne-Hotelbetrieben, wo gravierende Abnahmen vorhanden sind. Im Bereich des Wintertourismus erfolgte eine maßgeblich Modernisierung und eine Attraktivierung insbesondere bei Aufstiegshilfen und Beschneiungsanlagen. Und ich darf also wirklich unserem Landesrat Gerhard Hirschmann danken, besonders für die großzügige Unterstützung des Zusammenschlusses Dachstein-Tauern-Region, der Skiberge, die Modernisierung an der Riesneralm und die Sanierung der Straße auf die Planeralm. Und jetzt das große Projekt auf der Tauplitzalm, mit über 100 Millionen Schilling, wo der Besitzer 50 Millionen Schilling aufbringt und die Region 20 Millionen Schilling und wo wir uns vom Land zirka 30.000 Millionen Schilling erhoffen. Das war also nicht 5 Minuten vor 12, sondern das war 5 Minuten nach 12 für die Tauplitzalm. Sie wäre auf Grund der enormen Modernisierung der Lifte in der Dachstein-Tauern-Region und in der Umgebung dem Untergang geweiht gewesen. Und ich darf mich also für diesen enormen Ruck in diesem Gebiet und vor allem in der Wintersaison bei der Landesregierung und vor allem bei unserem zuständigen Tourismuslandesrat Gerhard Hirschmann, lieber Gerhard, bei dir besonders bedanken. (Beifall bei der ÖVP.)

Für den Sommer wurden und werden beispielgebende thematische Entwicklungen eingeleitet. Wie zum Beispiel die Alpen-, Hufeisentour und die Golfkonzepte und zum Wandern. Das Angebot der steirischen Thermen wurde maßgeblich erweitert und attraktiviert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die sportlichen Großereignisse, wie die Snowboard-WM 2003 am Kreischberg oder die Landeshauptstadt Graz als europäische Kulturhauptstadt 2003, werden zusätzlich neue Gästeschichten für die Steiermark erschließen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir stolz auf unseren steirischen Tourismus sein können. Dass wir stolz auf unsere Quartiergeber sein können, die alles unternehmen, um den Gast willkommen zu heißen und gut aufzunehmen und wir sind stolz auf unsere Arbeitnehmer, die also in der Gastronomie und in den Beherbergungsbetrieben oft ohne beziehungsweise mit wenig Freizeit und mit großem Einsatz arbeiten. Ohne diese Menschen, die für den Tourismus, für die Gäste ja fast Tag und Nacht da sind, würden wir auch trotz enormer Modernisierung, trotz Standortverbesserungen diese Ergebnisse in der Steiermark nicht haben. Und ich wünsche mir auch in Zukunft ein Vorwärts und ein Aufwärts und beende mich mit einem steirischen Glückauf. (Beifall bei der ÖVP. – 21.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es ihm.

Abg. List (21.45 Uhr): Herr Präsident, Herr Tourismuslandesrat, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Ich habe vorher mit dem Herrn Landesrat gesprochen. Leider ist es jetzt schon ziemlich spät, um eine effektive Tourismusdebatte führen zu können und wirklich das eine oder andere möglichst effizient aus dieser Debatte herausholen zu können. Trotzdem ist es mir hier ein Anliegen, das eine oder andere zum Tourismus zu sagen.

Geschätzte Damen und Herren, Sie wissen, der steirische Tourismus boomt. Ich denke, dass bei diesem Tourismusbericht für das Jahr 2000 alle befassten Personen, die bei diesem Bericht mitgearbeitet haben, sich sicherlich sehr gefreut haben. Wir können stolz sein auf diese Zahlen, die im Bericht enthalten sind. Der Kollege Kurt Tasch hat sie bereits in seiner unverblühten Art referiert und vorgetragen.

Trotzdem aber muss ich vor übertriebener Euphorie warnen und werde mich konkret mit den Bereichen Qualität im Tourismus und Verkauf von Teilen der Landesholding kurz befassen.

Herr Landesrat, Mitte Juni dieses Jahres konnte man aus den diversen Medien, den Printmedien, erfahren, dass ab Herbst dieses Jahres Lifte und Thermen zum Verkauf bereitstehen. Demnach, denke ich, müsste die Bewertung bereits abgeschlossen sein. Du wirst wahrscheinlich in deinem Beitrag uns darüber berichten.

Zu dieser Problematik: Viele durch diese Veräußerungen betroffenen Bürger sind mit Skepsis bedacht und sind ein wenig besorgt. Sie vermuten nämlich, dass Thermen und Lifte verschleudert werden könnten. Nach kurzer Ausbeutung von Privaten wieder als Sanierungsfälle vom Land Steiermark, das heißt von uns, übernommen werden müssten und notgedrungen eine kleine Auffrischung erhalten werden.

Hier, denke ich einmal, sind von Seiten der Abteilung, von Seiten der Landesregierung alle Maßnahmen zu treffen, dass beim Verkauf von diesen Teilen der Landesholding solche Sachen nicht passieren können. Die Ausbeutung oder das Schindluder treiben mit Teilen, mit Vorzeigebetrieben in der Landesholding muss unbedingt verhindert werden.

Wir Freiheitlichen, geschätzte Damen und Herren, in diesem Haus werden in jedem konkreten Fall gewissenhaft prüfen, ob der Verkauf das Beste für das Land ist und dann erst zustimmen, wenn es so weit ist.

Gleichzeitig müssen wir aber darauf drängen, dass eine Qualitätssteigerung auch im Tourismus erreicht wird, und diese Qualitätssteigerung auf allen Ebenen. Thermen und Schiregionen müssen wettbewerbsfähiger sein, denn der internationale Standard ist hier sehr, sehr hoch angelegt.

Es kann und darf nicht sein – an einem konkreten Beispiel –, dass ein Schweinezuchtbetrieb mit Mutter-sauen im unmittelbaren Nahbereich der Therme gebaut wird oder geplant wurde. Dieses Vorhaben haben wir vor kurzem bei der Therme von Bad Radkersburg gemeinsam mit dem Kollegen Anton Gangl von der ÖVP verhindern können. Die Therme ist nämlich der Wirtschaftsfaktor in der Region und die Nummer eins im Tourismus, sie muss dort im Zentrum stehen.

Ein möglicher Weg, geschätzte Damen und Herren, wäre – zurück zu den Veräußerungen – etwa die Beteiligung auch von Firmen und Beherbergungsbetrieben, die in unmittelbarer Nähe ihren Profit erwirtschaften und damit die Leitbetriebe in den Thermenregionen unterstützen könnten, nämlich die Thermen. Zusätzlich würde aber auch die Identifikation mit den Thermen und Liften in diesen Gebieten wesentlich erhöht werden.

Die Beteiligung vor Ort ist für alle viel, viel sinnvoller und sollte das Ziel sein. Herr Landesrat, man muss rasch nach Umsetzungsvarianten suchen und diese Möglichkeiten in den Regionen den dort betroffenen Personen, den Wirtschaftstreibenden schmackhaft machen. Seitens des Landes muss man sehr, sehr behutsam vorgehen. Wir Freiheitlichen werden Sie oder werden dich, Herr Landesrat, dabei unterstützen.

Es kann auch nicht sein, wie es kürzlich passiert ist, dass etwa in Radkersburg die Qualitätssteigerung verhindert wird. Der Herr Hofrat sitzt hier. Er dürfte in den letzten Tagen in Radkersburg mit dem Fahrrad sehr, sehr flott unterwegs gewesen sein. Vielleicht dürfte er bei seinem Kuraufenthalt oder nach seinen Therapien auch in der Nachbargemeinde, in Halbenrain, vorbeigefahren sein. Und zwar vorbeigefahren sein bei einem wesentlichen Platz, der Mülldeponie in Halbenrain. Dort ist etwas passiert, was auch nicht passieren hätte dürfen. Es ist auf Druck der Gemeindeverantwortlichen mit 40 Millionen Schilling von der ASA, dem Betreiber, im Rücken, im Zuge der Volksbefragung für die Erweiterung der Mülldeponie gestimmt worden. Diese Erweiterung ist schädlich für den Tourismus, vor allem für den Thementourismus in der Region. Diese Mülldeponie senkt leider die Qualität um Radkersburg. Hier sollten wir auch gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, die alle eine Schließung dieser Mülldeponie mittelfristig zum Ziel haben sollten.

Erstes Gebot bei der Qualitätssicherung von Thermen sollte die Sicherung des Standortes in dieser Region sein. Alle nämlich leben davon.

Geschätzte Damen und Herren, der Tourismus ist aber auch als Chance in den ehemaligen Industriegebieten zu sehen. In vielen Regionen Europas wurde nach dem Niedergang von Bergbau und Industrie die Freizeitwirtschaft ein wesentliches Standbein zur Wertschöpfung. Die Gegend um Leoben etwa, die Eisenstraße, und das Mürztal sind erst am Beginn einer möglichen Entwicklung in diese Richtung. Nischen und Marktlücken müssen gesucht und gefunden werden, um auch eine sterbende Region durch Tourismussparten anzukurbeln und wiederbeleben zu können. (Abg. Prattes: „Es gibt keine sterbende Region!“)

Aussterbende Region, könnte ja sein. Aber hier wäre wirklich eine Marktlücke vorhanden. Eine vom Aussterben möglicherweise betroffene Region – wenn du das so haben möchtest. Herr Kollege, ich war zum Beispiel am letzten Samstag in Leoben bei einer Tourismusdebatte und habe über dieses Thema unter anderem das gehört. Aber ich habe dich nicht gesehen. Ich weiß nicht, wo du warst. (Abg. Prattes: „Wann?“)

Um 20.00 Uhr „Chancen von ehemaligen Industriegebieten durch Tourismus“.

Hier gibt es wirklich auch Chancen, die man nützen und nach denen man gemeinsam suchen sollte. Als ein Beispiel – nur so angedacht – könnte man hier ein qualitativ hochwertiges Fliegenfischen nach Forellen in der Mürz anführen, aber auch viele andere Möglichkeiten. Alles, was damit zusammenhängt, für den Bereich der Erholung oder Wellness als Entspannung. Damit aber müssen sich andere beschäftigen und hier die entsprechenden Vorgaben, die möglichen Varianten ausarbeiten.

Ich bin überzeugt, hier sind genügend Perspektiven für die kleinen Betriebe vorhanden. Es sind nämlich die kleinen Betriebe mit maximal vier Mitarbeitern, die in der Tourismuswirtschaft tätig sind, das wissen wir alle. Um diese Betriebe müssen wir kämpfen, denn sie benötigen unsere Unterstützung auf allen Ebenen. Beispielsweise in der Vermarktung, die derzeit schlummert.

70 Prozent der kleinen Betriebe haben keinen Internetzugang. Der Internetzugang ist ein wesentlicher Bestandteil im Wettbewerb und wird auch im Tourismusbericht behandelt. Hier herrscht großer Nachholbedarf über die Tourismusschiene in der Öffentlichkeitsarbeit. Hier müsste etwas getan werden.

Abschließend erlebt der Tourismus in der Steiermark insgesamt gegenwärtig einen Höhenflug, und zwar einen gewaltigen Höhenflug.

Leider oder zum Glück sind aber auch die Katastrophen vom 11. September in den Vereinigten Staaten und der jetzige Kampf gegen den internationalen Terrorismus ein Beweggrund, ein echter Beweggrund, für viele in Österreich und jetzt vor allem in der Steiermark Urlaub zu machen. Auch diese Chance, geschätzte Damen und Herren, neue Gäste in die Steiermark zu bekommen, müssen wir nutzen. Wir als Tourismusverantwortliche mit den einzelnen Betrieben in erster Reihe müssen uns um jeden neuen Gast besonders bemühen, dass er aus Überzeugung gerne wieder auf Besuch kommt. Wenn die Verantwortlichen im Tourismus diese Chance erkennen und nutzen, dann dürfen wir auch in den kommenden Jahren mit positiven Zahlen im Tourismusbericht rechnen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 21.55 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (21.55 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist eigentlich bezeichnend, dass wiederum – wenn man die Tagesordnung so gestalten kann – zu fast miternächtlicher Stunde zu einem Thema gesprochen werden soll, wo alle sagen, jetzt geht der schon wieder hinaus, damit man das schnell abgehandelt wissen will, ohne Öffentlichkeit und, und. Ich stehe nicht an und sage, alle, die diesen Bericht verfasst haben, wie er uns jetzt vorliegt, ist er hervorragend anzuschauen, ein sehr gutes Werbeblatt. Nur, Herr Landesrat, der Jahresbericht 2000 deiner GesmbH. stellt sich für mich schon so dar, so wie das Werk da ist, kann ich nachschlagen, da sehe ich viele Bilder. Wer gerne Bilder schaut, für den ist es was, aber ein aussagekräftiger Jahresbericht einer GesmbH. ist es sicherlich nicht, weder Gewinn- noch Verlustrechnung, noch eine Bilanz, noch ein Lagebericht. Also da würde man sich etwas anderes vorstellen, um ein objektives Ergebnis darstellen zu können. Mit diesen Grafiken, die da drinnen sind, kannst du wirklich nicht viel anfangen, erster Punkt.

Zweiter Punkt. Seit März versuchen wir schon, das Tourismusförderungsfondsgesetz zu novellieren und der Herr Landesrat hat ja ein Gesetz in Begutachtung geschickt. Das ist schon seit März draußen, aber ich weiß nicht, warum bis heute dem Landtag noch nichts vorliegt, obwohl sämtliche Stellungnahmen nach meinem Wissensstand eingelangt sind, und wir mussten sogar bei der Novellierung des Wirtschaftsförderungsgesetzes eine Ausnahmeregelung schaffen, damit der Tourismusförderungsfonds überhaupt aktiv sein kann, weil durch die Novellierung des Wirtschaftsförderungsgesetzes auch der Tourismus betroffen wäre. Es ist natürlich schon nicht verständlich, und ich weiß nicht, warum, wir können es belegen, dass man kein Interesse hat, das Tourismusförderungsgesetz zu novellieren, weil, Herr Landesrat, man hat sich bemüht und ich muss das jetzt sagen, die steirische Arbeiterkammer, die auch in diesem Fonds vertreten ist, hat bereits in ihrer Stellungnahme einen Gesetzestext vorgelegt, wo es sogar dem Tourismus leichter möglich wäre, Zugänge zu Verbesserungen für überbetriebliche Strukturen, für Ungleichgewichte Unterstützung zu erhalten, auch die nicht bei der Wirtschaftskammer sind, weil bisher haben nur die die Möglichkeit Förderungen zu kriegen, wenn sie bei der Wirtschaftskammer sind. Und wenn man sich die Seite 32 – ich will das nicht schmälern, aber man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen – aus diesem Bericht aufschlägt, kommt man einmal zu dem Ergebnis, dass die Gießkanne feucht und fröhlich über alles drübergießt, dass wir Förderungsfälle im Tourismusförderungsfonds haben, die wir bereits kritisiert haben, weil es nicht einsichtig ist, dass jemand bei Investitionen von zirka 300.000 und mehr eine Förderung von läppischen 3000 bis 4000 Schilling kriegt. In der ersten Position bei 112 Projektzuschüssen wurde ein Gesamtzuschussbetrag von 8,608.290 Schilling ausbezahlt. Und wenn man sich die dicken Wälzer durchschaut und sich die Mühe macht, dann kommt man darauf, dass eben diese Förderungsfälle auch nach der Gießkanne vergeben werden.

Ein Beispiel, damit man das gleich nachvollziehen kann. Da werden zwei Autos gefördert, die ein Alpen-gasthaus beliefern sollen. Da ist nur ein Höhenunterschied von 20 Meter und da gibt es Förderungsunterschiede, die gigantisch sind. Und wenn die Bearbeitung eines Aktes rund 6000 bis 7000 Schilling kostet und die Förderung 3000 Schilling ausmacht, dann denke ich mir als Förderungsnehmer etwas dabei, weil da kann ich bei diesen Investitionen vielleicht einmal jemanden oder eine Partie zum Essen einladen. Das ist bitte überhaupt nicht mehr möglich, hier muss man bitte novellieren, da müssen Grenzen geschaffen werden, Untergrenzen, dass man sagt, alles, was unter dem Wert ist, was ein Akt überhaupt kostet, kann nicht gefördert werden.

Nächster Punkt, die von der Wirtschaftskammer nicht betroffen sind. Zum Beispiel, wir fördern Kinos, wir können keine Sessellifte fördern aus dem Tourismusförderungsfonds, keine Schlepplifte, weil sie nicht wirtschaftskammerzugehörig sind. Die Tourismusbehörden können nicht gefördert werden, weil sie nicht wirtschaftskammerzugehörig sind. Für regionale Initiativen müssen eigene Programme genehmigt werden. Und, Herr Landesrat, selbst die Snowboard-WM in Murau, Förderung. Das Land zahlt innerhalb von zehn Jahren 19 Millionen Schilling, alles über Sonderprogramme, weil man das über den Tourismus nicht fördern kann. Und

wenn ich mir die Projektkostenzuschüsse anschau, ohne auch nur zu kritisieren, aber man muss es hinterfragen. Wenn ich weiß, dass 7 Millionen Schilling im Budget vorgesehen sind, für eine Position, Aktion der romantischen Zimmer. Jetzt weiß ich schon, es ist klass, wenn man das macht, aber auch 7 Millionen im Budget, dann stelle ich in einem Bericht fest, dass das überhaupt nicht angenommen wird. Weil da hat es eine Förderung gegeben und diese eine Förderung macht genau sage und schreibe 75.000 Schilling aus. Jetzt frage ich, ist das restliche Geld irgendwo ein Körpergeld, dass man sich da noch etwas offen lässt oder ist das ernst gemeint, wird es von der Wirtschaft nicht angenommen. Die Euroumstellungsaktion im Tourismus. Ja, das kann man sich auch anschauen. Da hat man gesagt, alle, die die Eurokassen umstellen, werden gefördert. Man hat sich ein Limit mit 150 Fällen eingezogen, tatsächlich sind nur 73 Fälle gefördert worden, weil das dann nicht mehr so gegriffen hat, haben sich manche über diesen Titel überhaupt die ganze EDV-Anlage fördern lassen aus dem Tourismusförderungsfonds. Das kann es ja bitte in der Form nicht sein. Und die EDV-Vernetzung für die ganzen Aktivitäten ist sicherlich wichtig. Das soll man bitte auch vernetzen, dass man da günstigere Situationen hat.

Und um das nicht in die Länge zu ziehen, möchte ich nur noch auf die Seite 33 verweisen. Ich bin nur VHB-Absolvent, Volks-, Haupt- und Berufsschule heißt das, falls sich einer nicht auskennt. Lesen habe ich aber immer gut können. Auf der Seite 33 steht in einem Bericht drinnen, der Öffentlichkeitszugang hat im Jahre 2000 aus dem Tourismusförderungsfonds für 475 Förderfälle im Rahmen des eigenen Bereiches insgesamt 58,709.310 Schilling an Förderung genehmigt, die Groschen lasse ich weg. Mit diesem Betrag konnten Investitionen von rund 1,8 Milliarden Schilling gefördert werden. Das verstehe ich. Und dann steht, unter Berücksichtigung der genehmigten Förderungsbeträge und Festlegungen aus dem Vorjahr beziehungsweise aus dem Jahr 2000 wurden rund 52,3 Millionen ausbezahlt. 58 waren im Topf drinnen und per 31. Dezember 2000 verbleiben nach Festlegungen von rund 46,9 Millionen, so dass sich per 1. Jänner 2001 ein Dispositionsstand von 33,4 Millionen Schilling errechnet. Also das, Herr Landesrat, vielleicht kannst du mir das einmal aufklären lassen. Du wirst es jetzt nicht beantworten können, weil du es wahrscheinlich nicht gelesen oder gesehen hast. Aber ich hätte gerne, dass man das von der Abteilung aufklärt, das ist aufklärungswürdig.

Im Grundsatz darf ich nur eines dazu sagen, ich möchte auch den Tourismus nicht – so wie wir schon bereits angeführt haben – zunichte reden und sagen, alles ist schlecht. Man kann über die Nächtigung so und so denken. Die Steigerungen, ja haben wir ein Pech, geht nicht mehr, mit Gewalt kann man keinen herziehen. Wenn ich die ganzen Situationen hier darlege, was auch im Bericht angeführt wird, von den Nächtigungen, was tatsächliche Ankünfte und Übernachtungen Graz sind, da haben wir weit mehr, weil bei den Ankünften haben wir weit mehr, nämlich 2,3 Prozent, Gott sei Dank, mehr, aber die Nächtigungen sind nur mit 0,7 Prozent. Also so ist das nicht mit den Nächtigungen, mit dem Jubelschrei. Und auch hier, meine Damen und Herren, die Position der Sozialdemokraten. Ich war – ich habe es heute schon einmal gesagt – in Loipersdorf und der Herr Geschäftsführer ist sicherlich kein Sozialdemokrat, aber ich schätze ihn, weil er gute Arbeit leistet und der hat uns vor Augen geführt, was es bedeutet, wenn er innerhalb der Landesholding, weil man da jetzt auch davon ausgehen muss und der Bericht gibt es auch wieder, wer es sich angeschaut hat, dass für die Tourismusbetriebe aus der Landesholding ein Cash-flow von rund 27 Prozent erwirtschaftet wird.

Und das will man jetzt alles wieder privatisieren und verscherbeln. Die haben die größten Bedenken und Ängste, dass das privatisiert wird und dass nur das Geld herausgenommen wird, aber nicht so, wie bis jetzt investiert wird. Und wir haben damals schon beim Budget gesagt, wir sind dafür, dass die Betriebe, wo der Steuerschilling drinnen ist, wo das Land in die Taschen gegriffen hat, wo wir einstimmig gesagt haben, jawohl, ob das Blumau, ob das Gleichenberg, ob das andere Geschichten sind, dass das Land bitte nicht in der Form verscherbeln soll, sondern mit dem Geld andere fördern soll (Beifall bei der SPÖ.) wie zum Beispiel Gabelhofen und so verschiedene Dinge mehr. Ich habe auch Befürchtungen, die habe ich geteilt mit dem Geschäftsführer unten.

Ich war schon sehr lange nicht unten. Ich muss sagen, ich habe wirklich große Augen gemacht, was da investiert worden ist für die Region, an Arbeitsplätzen und so weiter, wo die ganze Hotellerie, die dort ist, mitschneidet mit der Investition vom Land. Ich vergönne es ihnen. Die haben eine Infrastruktur hingekriegt und können damit auch positive Geschäftsergebnisse machen. Nur, dass man dann hergeht, na ja, da hauen wir uns jetzt drauf, das wird jetzt verscherbelt, verstehe ich nicht. Und die haben jetzt da unten die größten Ängste, weil wenn die Privatwirtschaft oder ein Privater das übernimmt und irgendwelche Sorgen oder Probleme entstehen, dann wissen wir schon, wie das geht. Letztendlich wird es wieder in den Landtag kommen und dann wird man sagen, liebes Land, du hast die regionale Verantwortung, da gibt es ein Problem, du musst wieder einsteigen.

Das wollen wir verhindern. Und da bitten wir auch Sie, oder dich, Herr Landesrat – jetzt brauche ich nicht so förmlich sein –, dass du bitte auch mit dem Tourismusförderungsgesetz in relativer Kürze herauskommst, dass wir das diskutieren, dass wir dir auch die Grundlagen schaffen, dass man aus dem Tourismusförderungsfonds gewisse Dinge fördern kann, die du jetzt nicht fördern kannst und wo du jetzt ein Sonderprogramm brauchst. (Beifall bei der SPÖ. – 22.06 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (22.06 Uhr): Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kollegen und Kolleginnen!

Im Gegensatz zum Kollegen Gennaro möchte ich diesen Tourismusbericht etwas positiver beleuchten, denn es ist ein sehr positiver Bericht. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Peter, der Kurti war sehr positiv!“) Ich staune, er sagt, es gibt nur Grafiken und Bilder und man kann da nichts herauslesen. Aber du hast sehr viel herausgelesen

aus diesem Tourismusbericht. (Abg. Gennaro: „Weil ich mich damit beschäftigt habe. Du kannst mir dann be- weisen, wie du das siehst, und dann sage ich dir, wie ich das gesehen habe!“) Wir können das gegenüberstellen. (Abg. Gennaro: „Man kann sagen, das Glas ist halb voll oder halb leer. Es ist aber immer dasselbe!“) Das ist eine Anschauungssache, richtig. (Abg. Gennaro: „Jawohl, so ist es!“)

Der Tourismusbericht 2000 ist für mich die Fortsetzung einer Erfolgsgeschichte für unser Land. Herr Landes- rat und geschätzte Mitarbeiter im Hause, ich möchte auch zu dieser touristischen Erfolgsgeschichte herzlichst gratulieren.

Der Aufwärtstrend im Tourismus ist derzeit nicht zu stoppen und so können wir überdurchschnittliche Umsatzzuwächse verzeichnen. Auch dies ist im Bericht vermerkt. Aktuell heißt das für die Steiermark, dass zum Beispiel im heurigen Zeitraum – von Mai bis Juli – ein Umsatzzuwachs von einem Plus von 7,6 Prozent, also noch vor dem Burgenland, Salzburg und Vorarlberg, zu verzeichnen war. Diese Entwicklung zeichnet sich aber schon seit dem Jahre 1990 ab. Und 1996 ist unsere steirische Tourismuswirtschaft stärker gewachsen als im Bundes- durchschnitt. So konnte unser Marktanteil auch gewaltig verbessert werden. Vergleichen wir die Umsätze 1991 mit 8,9 Milliarden Schilling mit dem Jahr 2000 mit 11,9 Milliarden Schilling. Während im Bund die Nächtigungen sinken, also die haben ein Minus von 8,7 Prozent, holen wir in der Steiermark mit den Nächtigungen auf, das heißt einen Zuwachs von 2,15 Prozent. Und die Gesamtnächtigungen stiegen – das hat auch der Kollege Tasch schon erwähnt – von 7,5 Prozent im Jahr 1990 auf 8,3 Prozent im Jahr 2000. Das heißt, wir liegen im Ranking der Bundesländer auf Platz vier.

Meine Damen und Herren, jede Entwicklung hat aber auch ihre Ursachen. Diese sind für mich schnell gefunden und aufgezählt. Ein Grund dafür ist ganz sicher Landesrat Hirschmann mit seinem Team, die es zustande gebracht haben und auch versucht haben und es weiterhin versuchen, Leitziele genau zu definieren, diese konsequent und mit Nachdruck auch in die Regionen zu transportieren und diese umzusetzen. Ich möchte ein paar davon aufzählen. Eines davon ist die wirtschaftliche Entwicklung, die Zusammenarbeit und die Integra- tion in grenznahen Regionen, ein weiteres den grenzübergreifenden Tourismus, Angebote im Bezirk, Kultur, die Thermen, Wellness, Radfahren, Reiten, Wein zu unterstützen und auch weiter auszubauen.

Ein weiterer Schritt ist, die Infrastruktur in der Gastronomie und Beherbergung auszubauen und zu moder- nisieren. Wichtig für jeden Unternehmer oder jedes Unternehmen einer Tourismusregion ist die Marke, ein gutes Marketing und der Vertrieb dieser Marke.

Ich habe jetzt von theoretischen Ansätzen und Möglichkeiten gesprochen, praktisch hat aber das Land viele Beispiele vorzuweisen, aber insbesondere das Team mit Gerhard Hirschmann, und zwar – ich erwähne es noch einmal – den A1-Ring als Großveranstaltung, die Alpentour, die längste Bikertour von derzeit 900 Kilometer Streckenführung zusammenhängend, die Hufeisentour, die seit dem 1. März 2001 auch zu einem Verein zusammengeschlossen ist und die das bestehende Reitwegenetz von der Oststeiermark in die Südsteiermark und die Betriebe bis ins Thermenland und ins südsteirische Weinland verbindet. Eine Ausweitung dieser Hufeisen- tour ins Murtal ist noch geplant. Oder, das Radwegenetz ist mit einem großen finanziellen Aufwand und Engagement, auch der Gemeinden, ausgebaut worden. So soll auch die Steiermark, und wir hoffen es, das Radelland Nummer eins werden. Projekte dieser Art, Anradeln im Frühjahr, sind ja geplant oder wurden schon durchgeführt.

Ein weiteres Projekt ist der Naturpark „Südsteirisches Weinland“ – das muss ich als Südsteirer sagen –, wo sich 26 Gemeinden zu einem Naturpark zusammengeschlossen haben. Ziel dieses Zusammenschlusses ist es, erstens einmal eine Marke zu verkaufen. Aber nicht nur verkaufen – wir haben hervorragende Produkte, die wir vermarkten und erzeugen und die auch international abgesetzt werden –, eine weitere Chance mehr, um die Attraktivität des Weinlandes auch zu steigern und eine Chance mehr, das südsteirische Weinland gerade mit seinem charakteristischen Landschaftsbild zu erhalten. Auch ein Landschaftspflegeplan wird hier ausge- arbeitet.

Oder – heute schon angeführt –, der Kulturtourismus ist im Aufwind. Daher sind kluge Investitionen für die Kultur über den Tourismus notwendig und auch rentabel. Ein oder mehrere Beispiele gibt es ja in Europa. Ich möchte hier nur Bilbao erwähnen. Die Steiermark und Graz haben dieselbe Chance mit dem Kunsthaus.

Zum Schluss möchte ich noch – und im Bericht auch angeführt und ich war selbst überrascht – Golfen als Wirtschaftsfaktor erwähnen, denn wenn 10.000 Golftouristen 150 Millionen Schilling in einer Region lassen, dann kann man hier nicht mehr von einem elitären Sport, sondern eher von einem Volkssport sprechen. Ich denke, dass sich dieser Volkssport noch weiter entwickeln wird.

Meine Damen und Herren, wenn wir unsere Spitzenposition im Inlandstourismus weiter ausbauen wollen und das Urlaubsland Nummer eins bleiben wollen – derzeit sprechen wir von 6,2 Millionen Inlandsübernachtun- gen, das heißt auch ein Plus von 2,2 Prozent zu 1999 –, so müssen wir auch unsere Schwerpunkte und Projekte, wie wir sie begonnen haben, weiterentwickeln, über die Bezirksgrenzen hinaus, stärker gemeinsam und nicht einsam auftreten, neue Vermarktungs- und Organisationsformen auch anwenden und das Management in den Regionen auch in professionelle Hände legen.

Der Tourismus ist für die Steiermark der wichtigste Wirtschaftsfaktor geworden. Die Tourismusbranche bietet in der Steiermark 30.000 Arbeitsplätze und das ist nicht zu unterschätzen und wohl einer der größten Arbeitgeber in der Steiermark. Daher wünsche ich den Betrieben, den Menschen und den Verantwortlichen vor Ort und im Land alles Gute und möge dieser positive Aufwärtstrend im Tourismus noch weiter anhalten. (Beifall bei der ÖVP. – 22.13 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (22.13 Uhr): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages, werte noch verweilende Zuhörerinnen und Zuhörer!

Auch ich habe den Tourismusbericht 2000 sehr intensiv durchgelesen, habe vieles herausgelesen und bin auch zu vielen Schlüssen, wie mein Kollege Gennaro, gekommen. Dann habe ich die Gastkommentare von Dr. Egon Smeral und Wolfgang Bachmaier genau gelesen und für meine Region Oststeiermark folgende Aussage festgehalten:

„Der Kern des Erfolges einer Region oder eines Regionalverbandes liegt im Zusammenspiel mit allen infrastrukturellen touristischen Angeboten, wobei diesbezüglich eine Kontinuität der Arbeit ein wesentlicher Faktor ist.“ Ein Satz, dessen es nicht lange bedurft hat, ihn aufzuschreiben. Aber das, was ich mir vorgenommen habe, ihn umzusetzen, schon! Es bedarf für eine derartige Sache einer Struktur, es bedarf eines Teams und es bedarf auch der Förderungen.

Jetzt komme ich zum Tourismusverband Hartberg, Herr Landesrat, Förderungen für das Jahr 2000 zum Teil erst im Herbst 2001 auszuzahlen, ist gerade für den betroffenen Tourismusverband Hartberg nicht angenehm und ich würde Sie schon ersuchen, ich kenne diese Zusagen noch vom Stadion Hartberg, wo Versprechen wahre Versprecher geworden sind. Aber sind Sie, Herr Landesrat, gerade beim Tourismusregionalverband Hartberg nicht so nachlässig, nicht so säumig. Wir haben zwar im Bezirk Hartberg sehr positive Tendenzen, wenn man aber diese genauer anschaut, so beruhen diese oder so fußen diese auf der Therme Bad Waltersdorf. Zieht man die Nächtigungen der Therme Bad Waltersdorf ab, was bleibt dann vom Bezirk Hartberg, von seiner Region über? (Abg. Riebenbauer: „Der restliche Bezirk!“) Es bleibt über, lieber Franz, genau der restliche Bezirk. Nur beim restlichen Bezirk – und ich glaube, du hast dir das nicht angeschaut, weil sonst hättest du mir diese Antwort nicht gegeben –, der Bezirk Hartberg hat eine Tourismusreduktion von minus 11 Prozent. Diese Reduktion zieht sich im Jahr 2000 so weit, dass zum Beispiel Gegenden um das Joglland, um das Pöllauer Gebiet bis hin sogar nach Stubenberg Rückgänge von 6 Prozent, 18 bis 20 Prozent zu verzeichnen haben. In Zahlen ausgedrückt, die Nächtigungsstatistik der Oststeiermark ist mit Bad Waltersdorf sehr positiv, ohne Bad Waltersdorf weist unsere Region einen Nächtigungsrückgang von 10,2 Prozent auf. Und jetzt kommt es für mich noch drastischer, wir haben auch einen Rückgang von zirka 15 Prozent an Betrieben und 8 Prozent an Betten zu verzeichnen. Das heißt, im Bezirk Hartberg ohne Bad Waltersdorf hinkt das so genannte Nachland nach. Und da finde ich die Idee, Herr Landesrat, größere Regionen zu schaffen, wie Sie voriges Jahr zum Tourismusbericht 1999 gesprochen haben, nicht schlecht, nur, es ist nichts passiert. Passiert ist nur eines, dass innerhalb kürzester Zeit die Geschäftsführung des Regionalverbandes, des Bezirkes Hartberg aufgefordert worden ist, Konzepte zu erstellen. Diese Konzepte, es wurden zwei Varianten erarbeitet, einmal dass der Regionalverband so bleibt, wie er derzeit ist, und einmal, dass dieser Regionalverband mit dem Regionalverband Steirisches Thermenland verbunden ist. Die Geschäftsführung hat sich stundenlang zusammengesetzt und hat Voraussetzungen, Ziele, Organisationen, Finanzierungsmodelle neu aufs Papier gebracht. Sie haben nur bis zum heutigen Tag, Herr Landesrat, von Ihrer Tourismusabteilung keine Nachricht bekommen. Ich würde sagen, auch hier wiederum eine sehr nachlässige Sache und, Herr Landesrat, damit auch Sie das einmal in die Hand bekommen, möchte ich Ihnen von meinem Rednerpult aus das überreichen. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Danke!“)

Ich komme schon zum Schluss: Wenn wir Tourismus steiermarkweit planen, dann nicht nur Highlights, nicht nur Events, sondern vergessen wir nicht die Regionen, vergessen wir nicht die Umfelder unserer Thermen in der Oststeiermark, wo wirklich noch einiges zu tun ist. Ich denke, unterstützen wir viele Betriebe, die noch den so genannten Standard von Ein- oder Zwei-Stern-Betten haben und unterstützen wir sie, dass sie drei und vier Sterne bekommen. Das Nächste, unterstützen wir auch die Region Hartberg. Eine Studie hat ergeben, dass diese Region ohne weiteres zur Belebung – und die ist notwendig – zwei Jugend- und Familiengästehäuser beherbergen könnte.

Ich ersuche Sie, Herr Landesrat, schauen Sie, unterstützen Sie uns Politiker bei diesen Vorhaben, nicht nur ideell, sondern auch finanziell. Wenn es zu neuen Regionen kommt, dann bitte ich auch weiterhin um eine sinnvolle Verteilung der Gelder. Auch die Frage der Abgabenordnung ist noch nicht ganz geklärt. Ich würde Sie ersuchen, das 70-zu-30-Verhältnis beizubehalten. Ich würde aber auch daran denken, wenn ich große Regionen bilde, eventuell auch einen finanziellen Ausgleich zwischen den einzelnen Bereichen einer Region zu schaffen, wie es das ja in anderen Wirtschaftsbereichen gibt. Dann kann ich mir vorstellen, dass auch in der Region Oststeiermark dieser Trend, der so großzügig und so großartig im Tourismusbericht drinnen steht, dass dieser Trend anhält. Und dann wünsche ich Ihnen, Herr Landesrat, und uns viel Arbeit, denn die steht uns noch bevor! (Beifall bei der SPÖ. – 22.19 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Rieser (22.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Damen und Herren, liebe Kollegen!

Nicht zittern, es wird nicht allzu lange. (Abg. Gross: „Das hat der Tasch auch versprochen!“)

Nur etwas muss ich schon erwähnen zum Kollegen Böhmer und zum Kurt Gennaro. Eigentlich habt ihr euch schlecht abgestimmt, weil der Widerspruch sofort gekommen ist. Der Kurt hat vorhin gesagt, mit dem Gießkannenprinzip sollte man aufhören, du sagst mit Recht, dass man die Regionen nicht vergessen soll. Das stimmt ja dann irgendwo nicht zusammen. (Abg. Gross: „Das ist kein Widerspruch!“)

Zum einen, zum zweiten muss ich schon noch dazusagen, Kurt, du weißt genau, dass diese Beschlüsse im Kuratorium des Tourismusförderungsfonds getroffen werden. Und auch die kleinen Betriebe, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Steuerzahler. Die kleinen Betriebe investieren etwas weniger, aber beschäftigen auch Leute in diesem Land. (Beifall bei der ÖVP.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Zahlenwerk, das wir hier gegenwärtig diskutieren, ist eigentlich eine Leistungsbilanz, eine Leistungsbilanz der Wirtschaft, eine Leistungsbilanz der Bevölkerung, aber auch eine Leistungsbilanz des Landes. Und man kann zusammenfassen und sagen: Sehr geehrter Herr Landesrat, wir sind allen sehr dankbar, dir, der Regierung. Und ich werde schon noch einiges sagen, wie die Beschlüsse zustande kommen. (Abg. Gennaro: „Dem Landtag auch!“) Selbstverständlich auch dem Landtag, Kurt, und auch den Gemeinden draußen und den Privatinvestoren, selbstverständlich!

Es gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenig Ereignisse – und ich muss es ansprechen, weil es noch nicht angesprochen wurde – auf dem Veranstaltungssektor, denen nahezu die ganze Welt ihre Aufmerksamkeit schenkt. Nach den Olympischen Spielen und Fußballweltmeisterschaften trifft das im Besonderen natürlich auf die Formel 1 zu, mit ihren 900 Millionen Fernsehzuschauern ganz besonders. Und von den insgesamt 17 Formel-1-Rennen – ich sage euch ja nichts Neues – darf sich das kleine Österreich und insbesondere die Steiermark glücklich schätzen, dass wir eine solche Veranstaltung bei uns haben. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist uns sehr wichtig – und hier müssen wir dem Herrn Landesrat den Rücken stärken –, dass es ihm gelingt, in den Verhandlungen in den kommenden Wochen es zu erwirken und es zu erreichen, dass es auch nach dem Jahr 2002 eine Formel 1 in der Steiermark gibt. Es wird sehr schwer sein, mit den Ländern Russland, China und neuerdings auch mit der Türkei diese Verhandlungen zu gewinnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte schon noch eines dazu sagen, weil ich immer wieder das Gefühl habe, dass gerade ihr von der SPÖ es bis heute nicht richtig verstanden habt, welchen Stellenwert die Formel 1 für uns in der Steiermark, aber besonders für unsere Region im Murtal hat.

Ich zitiere hier eine besondere Frage. Sie wurde an einen Politiker gestellt. „Was bringen Olympische Spiele?“ Und die Antwort war: „Diese Bewerbung allein sichert uns schon eine intensive Werbung und werden wir tatsächlich Olympiastadt, dann können wir mit einem gewaltigen Infrastrukturschub und weltweitem Medieninteresse auf Jahrzehnte hinaus rechnen.“ Was glaubt ihr, wer das gesagt hat? Der Salzburger SPÖ-Bürgermeister Heinz Schaden. Er hat diese Aussage getroffen und man sieht und merkt, wie sie sich gegenseitig auch unterstützen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Formel 1 in Spielberg, seit 1997 mit den fünf Rennen, hat 800.000 Besucher gezählt. Mehr als 40 Prozent davon kamen aus dem Ausland und verblieben durchschnittlich 1,5 Tage in unserem Land. Bitte, das sind 1,2 Millionen Nächtigungen. Das gesamte Steueraufkommen betrug rund 1,3 Milliarden Schilling. Die regionale Wertschöpfung für die Steiermark errechnete das angesehene OGM-Institut mit 600 Millionen Schilling. Ich rede hier aber nur von Formel 1. Wie ja bekannt, ist der Ganzjahresbetrieb dort wesentlich, von dem wir durch die Formel 1 profitieren. Etwa eine Million Menschen pro Jahr frequentieren den Österreichring, eine Millionen Menschen, Jahr für Jahr.

Und wenn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPÖ, diese Zahlen nicht überzeugen, sollte wenigstens die Umfrage der OGM-Studie uns und Sie überzeugen. Auf die Frage, „glauben Sie, dass diese Formel-1-Rennen einen wirtschaftlichen Nutzen für Österreich bringen?“, antworteten 78 Prozent mit „ja“. OGM hat auch die Parteipräferenzen dazu befragt. Und jetzt passt auf, die Antwort müsste euch eigentlich zu denken geben. Von den 78 Prozent Ja-Sagern sind aber 79 Prozent der SPÖ zuzurechnen. Und am höchsten, Kollege Wiedner, ist die Zustimmung bei den FPÖ-Sympathisanten, nämlich mit 83 Prozent. (Abg. Wiedner: „Weil der German Vesko das damals gemacht hat!“) So ist es.

Nächste Frage, in der das OGM hier ermittelt hat. Jeder Grand Prix kostet rund 30 Millionen öffentliche Zuschüsse. „Glauben Sie,“ – war die Frage – „dass sich diese Investition der öffentlichen Hand durch Steuereinnahmen und andere Effekte rechnet?“ Die Antwort war: 62 Prozent sagten „ja“ und die Parteipräferenz der Ja-Sager 60 Prozent SPÖ.

Auf die Frage, „Soll sich Österreich um eine Vertragsverlängerung bemühen?“, sagten, meine sehr verehrten Damen und Herren, 72 Prozent „ja“. Und hier wieder auf die Frage der Parteisymphathisanten 76 Prozent davon SPÖ.

Ich habe es vorhin erwähnt, in den nächsten Wochen wird der Herr Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann diese sehr wichtigen Verhandlungen führen. Ich darf euch nur ersuchen und auffordern, dass wir ihm auch die Unterstützung geben von dieser Stelle aus.

Ich möchte abschließend – (Abg. Gennaro: „Bleib' uns gut in Erinnerung und höre auf!“) Ja, ja, passt schon.

Ich möchte abschließend auch dir noch einmal, sehr geehrter Landesrat, aufrichtig danken und dich ersuchen, dich auch in Zukunft für die Formel 1 und damit für die Region Aichfeld-Murboden zu verwenden. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 22.29 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (22.29 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ganz kurz! Ich glaube nicht an die Million, wenn das Ring-Wochenende ungefähr 150.000 auf den Österreich bringt. Und das soll das Highlight sein? Wenn man das andere alles zusammenzählt, alle Radelfahrer zusammengerechnet, vielleicht ja. Ist aber nicht Thema.

Erfolgreiche Tourismuspolitik ist eine Ausgewogenheit zwischen Qualität und Quantität. Und wenn es in einem Artikel heißt, „nicht jeder Ort im Land kann Tourismus machen“, dann kann ich dem Tourismuschef, Wolfgang Eltner, den ich übrigens sehr schätze, nur bedingt Recht geben. Nicht jeder Ort ist automatisch Tourismushochburg, aber es soll in jedem Ort, in jeder Stadt dafür gesorgt werden, dass eine touristische Grundauslastung gewährleistet ist.

Tourismus ist nur auf Dauer erfolgreich, wenn die Qualität stimmt. Die Qualitätssicherung in Form von Gütesiegeln ist ein ausgezeichnete Steuerungsmechanismus – Loipengütesiegel, wie wir es im Tourismusbericht haben, Pistengütesiegel und Bädergütesiegel.

Wichtig wäre es auch, für die vielen bestehenden Badeseen hier entsprechende Qualitätskriterien zu schaffen.

Von den Schiregionen bis zu den Thermen sind Tourismusverbände, sind Tourismusorganisationen bestrebt, Objekte und Projekte zu organisieren.

Es heißt in diesem Artikel auch: „Neid ist die beste Triebfeder im Tourismus!“ Wir hören immer wieder von der Tourismuslokomotive Therme. Wir hoffen, dass wir bald in der Region Obersteiermark auch eine solche Tourismuslokomotive haben, nämlich die Therme Gabelhofen, damit die anderen neidvoll auf uns hinschauen. (Beifall bei der SPÖ. – 22.31 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dr. Hirschmann (22.31 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mir bleibt nur übrig, mich sehr herzlich zu bedanken, weil ich die Herren der Abteilung da auch sehe, die jahraus, jahrein sehr intensiv und mit großer Freude und wie der Kurti List festgestellt hat, auch vor Ort tätig sind, sozusagen touristisch. Ich möchte mich auch bedanken für die Erstellung dieses Berichtes.

Lieber Kurti Gennaro, das ist nicht der Geschäftsbericht der StG, den du gemeint hast, sondern das ist der Tourismusbericht der Abteilung.

Ich möchte mich also auch dafür sehr herzlich bedanken, bei allen Abgeordneten. Beim Kurti Tasch für die schönen Einleitungsworte, wie immer. Beim Kurti List für mancherlei Anregung. Beim Kurti Gennaro für mancherlei Widerspruch. Ohne den wäre es ehrlich gesagt (Abg. Gennaro: „Nicht lustig!“), nein, es wäre nicht schön. Wenn es dich nicht gäbe, wir würden dich erfinden, wir lieben dich. Also du bist wirklich unser Mann. Beim Peter Tschernko, beim Peter Rieser und bei der Frau Gruber und beim Herrn Böhmer. Ich nehme das alles – Zuspruch wie Widerspruch – als eine gloriose Abrundung und Beschreibung des steirischen Tourismus. Ein exzellenter Bericht. Exzellente Arbeit im ganzen Land. Eine exzellente Zukunft. Wunderbar! Ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 22.33 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 45 und 46 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

45. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 592/1, betreffend Überprüfung der Landesbildstelle Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (22.33 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 9. Oktober 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 27, betreffend die Überprüfung der Landesbildstelle Steiermark mit der Einl.-Zahl 592/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Überprüfung der Landesbildstelle Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Zustimmung. (22.34 Uhr.)

Präsident: Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

46. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Kontrolle zum Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 592/2, betreffend Überprüfung der Landesbildstelle Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Draxler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (22.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Bericht des Landesrechnungshofes über die Landesbildstelle Steiermark lässt einen dringenden Reformbedarf in dieser Dienststelle des Landes erkennen.

Die Landesregierung soll daher aufgefordert werden, bei Umsetzung der neuen Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, wonach die Landesbildstelle aus der Zuständigkeit der Rechtsabteilung 6 in die Zuständigkeit der Rechtsabteilung 13 fallen soll, die Landesbildstelle unter Berücksichtigung der Ergebnisse und Vorschläge des Landesrechnungshofes neu zu strukturieren, an die neuen Gegebenheiten anzupassen oder im Falle einer beabsichtigten Auflösung eine Vorlage zur Änderung des Paragraphen 54 Pflichtschulerhaltungsgesetz in den Landtag einzubringen.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei Umsetzung der neuen Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung die Landesbildstelle unter Berücksichtigung der Ergebnisse und Vorschläge des Landesrechnungshofes neu zu strukturieren, an die neuen Gegebenheiten anzupassen oder im Falle einer beabsichtigten Auflösung eine Vorlage zur Änderung des Paragraphen 54 Pflichtschulerhaltungsgesetz in den Landtag einzubringen. Ich bitte um Annahme! (22.35 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (22.36 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Beamte haben üblicherweise den Ruf, „Vurschrift ist Vurschrift“ zu schreiben, sehr häufig zum Ärger der Parteien, die es mit ihnen zu tun haben. So ist es bei der Landesbildstelle offenbar nicht gewesen. Ich musste häufig lachen, als ich diesen Rechnungshofbericht gelesen habe, denn hier wurde eine bestimmte Kreativität entwickelt in der Umgebung von Vorschriften, insbesondere was das Vergaberecht anlangt. Außerdem schien diese Dienststelle vor allem mit ihrer Selbstdarstellung befasst zu sein, was natürlich die Gemeinden, die das ja auch mitfinanzieren, nicht besonders goutieren dürften.

Herr Landesrat Hirschmann hat dann im Ausschuss in seiner gewohnt lockeren oder auch negativer ausgedrückt schnoddrigen Art gesagt, man sollte diese Dienststelle abschaffen, er hat also den Nachruf auf sie schon ausgerufen. Ich denke, so schnell und so scharf sollte man nicht schießen. Ich habe mich hier ein bisschen kundig gemacht, offenbar sind die Bezirksbildstellen häufig genutzt und es gibt eine gute Zusammenarbeit mit den Lehrern, wie ich mir habe sagen lassen, sie werden auch gebraucht. Und dann möchte ich auf ein weiteres Problem hinweisen, nämlich auf ein rechtliches Problem. Es ist nicht so einfach, wie behauptet wurde, jeder Lehrer könnte sich ja ohnehin aus dem Fernsehen oder sonst wo die benötigten Videobänder herunterladen und dann vorführen. Das geht rechtlich schon aus Urheberrechtsgründen nicht, während ja eine Einrichtung wie eine Landesbildstelle ja die Aufführungsrechte gleich mitkauft.

Also diesem Nachruf würde ich nicht 100-prozentig folgen. Wir müssen natürlich überlegen, was wir mit diesem Rechnungshofbericht anfangen. Dass wir das nicht so stehen lassen können, ist auch klar. Deshalb will ich in diesem Zusammenhang einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen. Die Unterstellung zur Rechtsabteilung 13, das wurde schon gesagt, wir könnten uns aber auch die Ansiedelung der Landesbildstelle im Landesmuseum Joanneum vorstellen. Natürlich müsste genau nachgeprüft werden, wie oft, wie häufig und wie notwendig die Bildstelle ist. Aber ich denke, das dauert einige Zeit und da sollten wir alle gemeinsam überlegen, wie wir das für alle Beteiligten am besten lösen können.

Ich bringe hiemit den Antrag der Abgeordneten Dr. Reinprecht und Kröpfl ein.

Dem kritischen Bericht des Landesrechnungshofes über die Landesbildstelle Steiermark ist zu entnehmen, dass diese auf Grund des Pflichtschulerhaltungsgesetzes etablierte Institution möglichst rasch einer Neustrukturierung bedarf.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der neuen Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung sollte diese Dienststelle aus der Zuständigkeit der Rechtsabteilung 6 in die Zuständigkeit der Rechtsabteilung 13 übergeführt werden.

Für den Fall, dass diese Dienststelle entbehrlich erscheint, müsste auch eine entsprechende gesetzliche Regelung getroffen werden.

Jedenfalls ist jedoch dringender Handlungsbedarf gegeben, weshalb der Landtag bis spätestens 1. November 2002 einen Bericht der Landesregierung erhalten soll, aus dem die gesetzten Reformmaßnahmen ersichtlich sind.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis spätestens 1. November 2002 einen Bericht vorzulegen, aus dem die gesetzten Reformmaßnahmen im Hinblick auf die Neustrukturierung der Landesbildstelle beziehungsweise deren Auflösung und mögliche Eingliederung ins Landesmuseum Joanneum ersichtlich sind. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ. – 22.40 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 592/1, Tagesordnungspunkt 45 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Überprüfung der Landesbildstelle Steiermark, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 592/3, Tagesordnungspunkt 46 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

47. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 594/1, betreffend Überprüfung der Steiermärkischen Landesdruckerei Gesellschaft m.b.H.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (22.41 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landesräte, Hohes Haus!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner letzten Sitzung über den Landesrechnungshofbericht Nr. 29, betreffend Überprüfung der Steiermärkischen Landesdruckerei Gesellschaft m.b.H., Einl.-Zahl 594/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Überprüfung der Steiermärkischen Landesdruckerei Ges.m.b.H. wird zur Kenntnis genommen.

Ich darf Sie einladen, diesen Antrag anzunehmen. (22.42 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Lackner.

Ich erteile der Frau Abgeordneten das Wort.

Abg. Mag. Lackner (22.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Uns liegt ein sehr positiver Bericht vor und ich weiß nicht, ob Kollege Ferstl noch ausführlich berichten wird, was alles diesem Bericht zu entnehmen ist. (Abg. Ferstl: „Nein!“) Es ist eigentlich schade, dass das vom Berichterstatter nicht kommt. Es wurde vom Rechnungshof Ordnungsmäßigkeit festgestellt, das Produkt ist in Ordnung, sach- und fachgerechter Mitteleinsatz, zweckmäßige und sparsame Wirtschaftsführung. Also alles, was man sich nur wünschen kann, wenn es darum geht, dass der Rechnungshof einen Bericht legt. Und der Gesamteindruck letztlich ist ein sehr, sehr positiver. Es wurde, wenn ich das jetzt kurz erläutern darf, die Firmenstruktur geprüft, die wirtschaftlichen Verhältnisse. Zu diesem Bereich möchte ich nur kurz sagen, dass die Gewinne in Modernisierung investiert wurden und noch werden und dass die insgesamt Betriebsleistung im Jahre 1999 über 94 Millionen Schilling betragen hat und im Jahr 2000 bereits 104 Millionen und damit die 100-Millionen-Schilling-Grenze erstmals auch überschritten werden konnte.

Die Investitionstätigkeit ist auch sehr beachtlich mit einer Summe von 60 Millionen Schilling, die in Sachanlagen in diesen vier Jahren investiert worden sind.

Ein weiteres Kapitel wird auch der Personalentwicklung gewidmet. Diese wird in Zusammenhang gebracht mit dem Jahresumsatz und der Mitarbeiterproduktivität. Da gibt es auch einen sehr positiven Abschluss.

Letztlich wurden auch verschiedene „besondere Aufwandsbereiche“ hervorgehoben. Auch hier positive Eindrücke.

Kurz für das Verständnis für die nächsten Ausführungen: Im März 1998 wurde die 100-prozentige Tochtergesellschaft Medienfabrik Graz gegründet. Dieser Tochtergesellschaft, die ja tatsächliche Gewinne macht, stehen aber keine Verfügungsrechte am Gewinn zu, sondern die fließen allesamt in die Muttergesellschaft.

Der einzige Kritikpunkt des Landesrechnungshofes besteht darin, dass Personalunion des geschäftsführenden Vorstandes der Landesdruckerei vorliegt, der auch Geschäftsführer der Steiermärkischen Landesholding ist und der Rechnungshof feststellt, dass hier grundsätzlich Unvereinbarkeit vorliegt.

Resümee, wiederhole ich nicht noch einmal, entspricht dem, was ich zu Anfang gesagt habe.

Aber worum geht es eigentlich in diesem Bericht? Es ist ein gewinnbringender Betrieb, über den wir hier einen Bericht vorliegen haben. Trotzdem soll die Landesdruckerei verkauft werden. Diesen Grundsatzbeschluss gibt es bereits in der Landesregierung. Um diesen Umstand geht es eigentlich. Darüber muss auch geredet werden, heute auch zu später Stunde.

Es ist eine völlig unverständliche Vorgangsweise, manche würden sagen, es ist ein Skandal, dass im Zuge der schwarz-blauen Privatisierungswut nun auch positiv bilanzierende, hervorragende Unternehmen, wie die Landesdruckerei mit der Medienfabrik Graz, verkauft werden.

Die Zahlen aus dem Rechnungshofbericht sprechen an sich für dieses positive Unternehmen. Eine Zahl möchte ich noch hervorstreichen. Innerhalb der letzten drei Jahre konnte das Unternehmen ein Investitionsvolumen von 65 Millionen Schilling aus dem eigenen Cashflow erwirtschaften!

Wenn Herr Landesrat Paierl heute gesagt hat – es könnte ja sein, dass das noch jemand einbringt, falls noch Begeisterung herrscht, dazu überhaupt zu reden –, dass 1991 die SPÖ einen Antrag eingebracht hat auf den Verkauf der Landesdruckerei, so gibt es zwei wesentliche Unterschiede zum jetzigen Situationsbild. Erstens hatte damals die Landesdruckerei eine fast monopolartige Stellung und zweitens hat damals die Landesdruckerei nur rote Zahlen geschrieben, also war defizitär. Es wurde damals lediglich ein Antrag gestellt, den Verkauf der Anteile des Landes zu prüfen. Mehr war es nicht und es ist auch nicht dazu gekommen. Es war richtig, diesen Verkauf nicht durchzuführen, auch zum damaligen Zeitpunkt, so wie es jetzt falsch ist, den Verkauf über die Bühne gehen zu lassen.

Im Lichte des Nulldefizit-Gespenstes – (Abg. Gross: „Ich hoffe, der Herr Landesrat Paierl liest das!“) Die stenographischen Berichte liegen irgendwann auf, aber es wird ihn nicht sehr berühren.

Im Lichte dieses Nulldefizites und der Gespenster, die da herumgehen, soll halt auch die Medienfabrik verkauft werden. Wir sehen es eindeutig als eine sehr kurzfristige Geldbeschaffungsaktion.

Über den Verkauf der Hypo-Anteile wurde heute schon diskutiert, ebenso über den Ausverkauf von Wald und Wasser. Zu erwähnen wäre noch als weiteres Beispiel der Ausverkauf der Wasserkraftwerke oder der Verkauf der ESTAG-Anteile oder der Verkauf der thermischen Verbundkraftwerke.

Ein weiteres Beispiel ist ja auch aus dem Tourismusbericht hervorgegangen, der Kreischberg. Da muss man dazusagen, dass hier sehr, sehr hohe Investitionen in letzter Zeit getätigt wurden, dass auf Betreiben der Region, der Bürgermeister, der Gemeinden, der Wirte diese Investitionen durchgeführt worden sind. Jetzt kommen noch 80 Millionen Schilling dazu. Das sind Fördermittel, die bereits voriges Jahr genehmigt wurden. Die kommen jetzt zur Auszahlung. Dann gibt es noch weitere 70 Millionen Schilling an Steuermitteln für die Ausrichtung der Snowboard-WM. Der Verkaufspreis für den Kreischberg beträgt 35 Millionen Schilling. Das steht wohl in keiner wirklichen Relation zu dem, was bisher investiert worden ist.

Aus diesen Einrichtungen – der Kreischberg ist ein Beispiel – werden Private dann einige Jahre Gewinne ziehen, bis zu dem Zeitpunkt, wenn dann große Investitionen notwendig werden. Dann wird das Land Steiermark wieder recht sein, diese Investitionen durchzuführen, damit eben in der Region die Arbeitsplätze erhalten werden können et cetera, et cetera. Das kommt dann vielleicht sogar einer Erpressung gleich.

Zuerst mit Steuermitteln gut gehende Betriebe hergeben, (Abg. Tasch: „Zur Sache!“) zuletzt dann Steuermittel für Sanierungen ausgeben und dazwischen gibt es Gewinne, die von den Privaten nach Hause getragen werden, und die freuen sich ganz sicher über diese Vorgangsweise, über Ihre politische und wirtschaftliche Philosophie.

Unsere Meinung ist, dass wir einen besseren Weg beschreiten können, dass die Betriebe im Landesbesitz bleiben, dass die Gewinne, die daraus gezogen werden, auch wieder in diese Betriebe rückfließen, so wie es bis jetzt der Fall war, und dass die Wertminderung beziehungsweise die Vermögenswerte nicht unwiederbringlich verloren sind. Das ist unser Vorschlag und noch einmal unser Appell heute an dieser Stelle.

Es ist auch noch keine Antwort gegeben worden auf die Frage, was mit den Beschäftigten der Landesdruckerei passieren soll. Aus dem Sitzungsantrag von Landesrat Paierl ist zwischen den Zeilen zu entnehmen, dass es höchstwahrscheinlich ein Käufer aus der Druckereibranche sein wird, der sich da interessiert. Es heißt auch, dass viele Beschäftigte auf der Strecke bleiben und dass man mit dieser Vorgangsweise auch einen florierenden Betrieb um seine Arbeitsplätze bringt. Das heißt, dass hier Arbeitsplätze vernichtet werden.

Lassen Sie jetzt auch noch die Vermutung zu, dass Sie von der ÖVP und von der FPÖ Interesse daran haben, die Konkurrenz im Medienbereich auch zu reduzieren. Das könnte durchaus auch gerade recht kommen.

Zum Schluss noch einmal der Appell an Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von ÖVP und FPÖ, diese Verkaufswut zu beenden. Die Beispiele habe ich gebracht. Es geht darum, langfristig Schaden abzuwenden vom Land Steiermark und von seinen Menschen und bei den essentiellen Dingen in Zukunft mitbestimmen zu können und das nicht Privaten zu überlassen.

Ich danke aber auch an dieser Stelle den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Rechnungshofes für die Arbeit an diesem Bericht. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 22.52 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

48. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 593/1, betreffend stichprobenweise Überprüfung des Rechnungswesens der Gemeinnützigen Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft für Leoben und Umgebung reg. Gen.m.b.H.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (22.52 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 9. Oktober 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Überprüfung des Rechnungswesens der Gemeinnützigen Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft für Leoben und Umgebung, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Überprüfung des Rechnungswesens der Gemeinnützigen Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft für Leoben und Umgebung, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme! (22.53 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

49. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 524/1, Beilage Nr. 72, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird (Wohnbauförderungsgesetznovelle 2001 – Nr. 2).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Friedrich Kreisl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kreisl (22.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage hat zum Inhalt, dass mit der Ergänzung des Paragraphen 55 Wohnbauförderungsgesetz durch die Hinzufügung eines Absatzes 15 ermöglicht werden soll, dass noch jene Bauvorhaben gefördert werden können, deren Förderungen vor dem 1. April 2001 von Bauvereinigungen beantragt wurden, die gemäß Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz mit 1. April 2001 nicht mehr als gemeinnützig anerkannt sind. Es handelt sich dabei ausschließlich um Bauvereinigungen im Bundeseigentum. Ich ersuche diesem Bericht zuzustimmen. (22.54 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Es hat sich zu Wort gemeldet Herr Abgeordneter Schleich. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Schleich (22.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bringe gemäß Paragraph 22 einen Abänderungsantrag des Ausschusses für Wohnbau zur Einl.-Zahl 524/1, betreffend Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes, ein.

Der Landtag wolle beschließen:

Bei dem in der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 524/1, vorgeschlagenen Text des Paragraphen 55 Absatz 15 wird am Ende des letzten Gliedsatzes nach dem Wort „eingereicht“ und vor dem Wort „worden“ Folgendes angefügt: „und bis zu diesem Datum für die entsprechenden Wohnungen Miet-, Kauf- oder Kaufanwartschaftsverträge abgeschlossen.“

Dann bringe ich noch zusätzlich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Schleich und Schrittwieser zum Tagesordnungspunkt 49 ein, betreffend Wohnbauförderung in der Steiermark, weitere Vorgangsweise.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz so zu novellieren, dass die letzten Änderungen bezüglich der Wohnbeihilfe insofern rückgängig gemacht werden, als sie zum Zeitpunkt der vorigen Novellierung aufrechte Mietverhältnisse betreffen sowie zweitens binnen drei Monaten einen runden Tisch zum Thema Wohnkostensenkungspotential einzuberufen, an dem die für den Wohnbau zuständigen Mitglieder der Landesregierung, Vertreter aller Landtagsklubs, Vertreter des Bausektors, Vertreter der Architekten, Mietervertretungen, Vertreter der Finanzwirtschaft beziehungsweise Banken, Vertreter der Energiewirtschaft sowie andere themenbezogene Experten teilnehmen sollen sowie im Anschluss daran eine Arbeitsgruppe mit den oben genannten Teilnehmern oder Teilnehmerinnen einzusetzen, die bis spätestens Sommer 2002 dem Landtag konkrete Ergebnisse vorlegen soll, wie das Wohnen in der Steiermark leistbarer werden kann. Danke! (22.57 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir vom Herrn Abgeordneten Riebenbauer vor.

Abg. Riebenbauer (22.57 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Geschätzte Kollegen von der SPÖ-Fraktion, ich muss leider mit Bedauern feststellen, dass wir diesen Entschließungsantrag, den der Kollege jetzt vorgebracht hat, niemals bekommen und gesehen haben, deshalb können wir ihm auch nicht zustimmen. (22.57 Uhr.)

Präsident: Danke, eine weitere Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Kreisl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kreisl (22.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich darf noch hinzufügen, dass es sich hier um 166 Wohnungen handelt, das sind 65 Wohnungen der WAG, 77 Wohnungen der BUWOG und 24 Wohnungen der ESG. Die Rechtsabteilung 14 wird bei der Förderungszusage zum Schutz der Mieter darauf Bedacht nehmen, dass die Mieter gleichgestellt sind beziehungsweise keine Schlechterstellung erfahren. Danke! (22.58 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nun nicht mehr vor.

Ich gehe zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der SPÖ, betreffend Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Wohnbauförderung in der Steiermark – weitere Vorgangsweise, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

50. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 476/1, der Abgeordneten Wicher, Bacher, Gross und Tschernko, betreffend gesetzliche Verankerung des Österreichischen Behindertensportverbandes.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Anne Marie Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (23.00 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat!

Danke, ich darf Ihnen diesen Antrag zur Kenntnis bringen.

Der Österreichische Versehrtensportverband hat 1990 auf ausdrücklichen Wunsch der Bundesregierung zu den bisher im Verband vertretenen Behindertengruppen (Amputierte, Blinde und Sehbehinderte, Cerebralparetiker und Querschnittsgelähmte) auch die Gruppe der Mentalbehinderten sowie der Hörbehinderten aufgenommen, um damit eine Dachorganisation für alle Sport betreibenden Behindertengruppen zu bilden. Als sichtbares Zeichen erfolgte parallel auch die Umbenennung in „Österreichischer Behindertensportverband“ (ÖBSV).

Diese Umstrukturierung hat dazu geführt, dass der Österreichische Behindertensportverband im Jahr 1996 als ordentliches Mitglied mit besonderer Aufgabenstellung in die österreichische Bundessportorganisation (BSO) aufgenommen wurde. Diese Aufnahme in die BSO war jedoch nur unter Verzicht auf die besonderen Sportförderungsmittel möglich, da es laut BSO ansonsten zu Mehrfachförderungen bei einzelnen Sportarten (zum Beispiel Tennis) kommen würde.

Die besonderen Sportförderungsmittel sind ausschließlich auf Mitgliederzahlen abgestimmt und können naturgemäß nicht auf die besonderen Bedürfnisse behinderter SportlerInnen eingehen. Um behinderte Sportler dem Gleichheitsgebot entsprechend behandeln zu können, sollten neue Mittel erschlossen werden, die von der BSO für den Behindertensport zur Verfügung gestellt werden müssen.

Die Finanzierungsproblematik des Behindertensportes könnte gelöst werden, wenn der ÖBSV als Dachorganisation der Behindertensportverbände und -vereine im Bundesbehindertengesetz beziehungsweise im Bundessportförderungsgesetz gesetzlich verankert werden würde. Mit dieser Maßnahme hätten auch die staatlichen Förderungsgeber einen Ansprechpartner, dessen Legitimation außer Streit gestellt und der für die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel verantwortlich wäre.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dass der Österreichische Behindertensportverband als Dachorganisation der Behindertensportverbände und -vereine im Bundesbehindertengesetz beziehungsweise Bundessportförderungsgesetz gesetzlich verankert wird, um die Finanzierungsproblematik des Behindertensportes zu lösen. Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen. (23.02 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (23.03 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Es ist eigentlich sehr schade, dass dieser Tagesordnungspunkt so spät dran ist und alle schon mehr oder minder in den Startlöchern scharren. (Abg. Tasch: „Annemarie, du musst nach dem Wort reden: Tritt' frisch auf, mach's Maul auf und hör' bald auf!") Ich werde mir deinen Rat zu Herzen nehmen.

Ich möchte aber trotzdem ein, zwei Gedanken noch einbringen, um Ihnen vielleicht die Wichtigkeit dieses unseres Antrages näher zu bringen.

Vorausschicken möchte ich, dass die Steiermark – und das sage ich mit ganz besonderem Stolz – vorbildlich in der Förderung des Behindertensports ist. Der Steirische VersehrtenSPORTverband beziehungsweise der Behindertensportverband ist im Landessportrat vertreten, mit drei Vertretern von 46 Verbänden, die im Landes-sportrat zusammengeschlossen sind. Der Versehrten- beziehungsweise Behindertensport ist expressis verbis im Budgetvoranschlag angeführt, und das ist nur – und da möchte ich dem Herrn Landesrat Hirschmann ganz herzlich danken – wenigen Sportvereinen vorbehalten. Es wurde auch – und auch das möchte ich wirklich hervorheben – das Budget für den Behindertensport im vorigen Jahr und im heurigen Jahr verdoppelt. Es ist nicht so viel, wie wir eigentlich brauchen würden, wir können noch immer wesentlich mehr brauchen, aber trotzdem herzlichen Dank.

Jetzt erlauben Sie mir noch ein Zitat beziehungsweise würde ich gerne zitieren, wie ein querschnitt-gelähmter Sportler seine Gedanken formuliert hat. „Der Verlust der Bewegungsfreiheit ist einschneidend, der Verlust der Lebensenergie zermürend, die Gedanken über den Sinn des Lebens lähmen jede Hoffnung. Nur ganz langsam war ich bereit, Hilfe anzunehmen und meine neuen Grenzen zu definieren. Mit sportlicher Bewegung habe ich das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zurückgewonnen. Ein mühsamer Weg, aber es zahlt sich aus.“

Dem kann ich nur hinzufügen, ich weiß es selbst, dass es sich auszahlt. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 23.04 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor, auch nicht von den Mitgliedern des Bundesrates. Deshalb, meine Damen und Herren, komme ich zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

51. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 212/2, zum Entschließungsantrag 212/1, Beschluss Nr. 54 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Februar 2001, betreffend den Managementvertrag Vital-Hotel Bad Radkersburg.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (23.07 Uhr): Herr Präsident!

Ich darf berichten: Zu diesem Tagesordnungspunkt, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, liegt uns eine elfseitige Regierungsvorlage vor. Ihr Einverständnis voraussetzend, werde ich mich nur auf den Antrag konzentrieren.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung, wonach sich der Managementvertrag nicht wettbewerbsverzerrend auf die Situation des Tourismus in der Region auswirkt, dieser den rechtlichen Kriterien der Europäischen Union bezüglich Vergabe von Subventionen und Ausfallhaftungen entspricht, die Förderungen an die Vital-Hotel Finanzierungsgesellschaft m.b.H. in Form eines ERP-Kredites und einer Beihilfe in der Höhe von 8,596.000 Schilling deutlich unter dem möglichen Nettosubventionsäquivalent von 20 Prozent liegen und die Kur- und Fremdenverkehrsbetriebe Bad Radkersburg bemüht sind, Synergien mit den Partnerbetrieben hinsichtlich der Tourismusentwicklung der Region Bad Radkersburg zu sichern, wird zur Kenntnis genommen. (23.07 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 23.09 Uhr.)